

Assad lehnt Schutzzone für Flüchtlinge ab; Syrischer Präsident zeigt sich im Interview unnachgiebig und siegesgewiss

Die Welt

Donnerstag 30. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 203

Length: 519 words

Body

Der syrische Präsident Baschar al-Assad will den **Flüchtlingen** in seinem Land keine Zuflucht in einer Schutzzone bieten. „Gespräche über Pufferzonen liegen erstens nicht auf dem Tisch und sind zweitens eine unrealistische Idee von feindseligen Ländern und den Feinden Syriens“, sagte Assad dem regierungstreuen TV-Sender al-Dunia. Assad zeigte sich in dem Interview unnachgiebig und lobte seine Sicherheitskräfte für ihr „heldenhaftes Verhalten“ im Kampf gegen die Rebellen.

„Wir haben noch nicht gewonnen, das braucht noch Zeit“, sagte Assad. Die Regierungstruppen kämen aber voran. Zugleich spottete er über die Flucht von ranghohen Militärangehörigen und Führungskräften in den vergangenen Monaten. „Patriotische und gute Menschen fliehen nicht“, sagte er. Die Überläufer hätten aber zur „Selbstreinigung“ des Staates beigetragen.

Assad lässt seit Mitte März 2011 den Aufstand in seinem Land blutig niederschlagen. In dem Konflikt kamen nach Angaben von Aktivisten seither rund 25.000 Menschen ums Leben. Angesichts der anhaltenden Gewalt haben sich bereits mehrere Verantwortliche von Assad losgesagt, darunter der Ex-Regierungschef Riad Hidschab und der bekannte General Manaf Tlass.

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu forderte zuletzt mehrfach die Einrichtung von Schutzzonen auf syrischem Gebiet, um die Zahl der ankommenden Flüchtlinge in seinem Land zu drosseln. Das Problem dürfe nicht den Nachbarländern überlassen werden, sagte er vor seinem Abflug nach New York. Dort will er dem Treffen des UN-Sicherheitsrates zum Thema beiwohnen.

Nach Angaben Davutoglus diskutiert die Türkei bereits mit den Vereinten Nationen über die Möglichkeit, die vor Kämpfen flüchtenden Syrer in ihrer Heimat unterzubringen. Der Sicherheitsrat müsse bei seiner Sitzung über die Modalitäten und Vorgehensweise sprechen, forderte er. Die Türkei hat nach eigenen Angaben bereits mehr als 80.000 Syrer aufgenommen; laut UN flohen bisher 214.000 Menschen in die Nachbarländer.

Die Einrichtung von Schutzzonen ist nach Einschätzung des französischen Außenministers Laurent Fabius allerdings „sehr kompliziert“. Fabius sagte dem Sender France Inter, solche Pufferzonen in von der syrischen

Assad lehnt Schutzzone für Flüchtlinge ab Syrischer Präsident zeigt sich im Interview unnachgiebig und siegesgewiss

Opposition kontrolliertem Gebiet seien ohne Flugverbotszonen „unmöglich“. Frankreichs Präsident François Hollande hatte zuvor gesagt, sein Land arbeite mit anderen Staaten an der Einrichtung von Schutzzonen.

In Syrien dauerten die Kämpfe derweil unvermindert an. Auf einem Militärflughafen zwischen Idlib und Aleppo zerstörten die Rebellen nach eigenen Angaben fünf Hubschrauber und mehrere Gebäude. Die staatliche Nachrichtenagentur Sana meldete einen Angriff von „Terroristen“ auf die Ortschaft Samalka östlich von Damaskus. Dabei seien „vor den Augen der Bewohner“ Frauen und Kinder getötet worden.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon will mit der iranischen Führung über den Krieg in Syrien sprechen. Der Iran sei ein wichtiges Land, das in regionalen Konflikten vermitteln könne, erklärte Ban bei seiner Ankunft in Teheran. Er wollte den obersten geistlichen Führer im Iran, Ayatollah Ali Chamenei, und Präsident Mahmud Ahmadinedschad treffen.

Load-Date: December 29, 2012

End of Document

**Ausland Kompakt; Zypern: EU-Hilfen: Nikosia soll Geldwäsche aufklären ++
Syrien: Zahl der Flüchtlinge steigt im Januar um 25 Prozent an ++ Mali:
Selbstmordanschlag an Kontrollpunkt in Nord-Mali ++ Kuba: Anführerin der
„Damen in Weiß“ erhält Reisepass**

Die Welt

Samstag 9. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 34

Length: 586 words

Body

Zypern

EU-Hilfen: Nikosia soll Geldwäsche aufklären

Die EU soll ihre Hilfe für Zypern an die Bedingung knüpfen, dass die zypriotischen Behörden ernsthafte Ermittlungen in einem prominenten Geldwäschefall aufnehmen. Das fordert Bill Browder, als Kopf von Hermitage Capital ehemaliger Arbeitgeber von Sergej Magnitzky, dem russischen Anwalt, der Opfer des größten Steuerbetrugs der russischen Geschichte wurde. Die Kriminellen, die den russischen Staat um etwa 230 Millionen Dollar erleichtert haben und dann dafür sorgten, dass Magnitzky in russischen Gefängnissen elendig zu Tode kam, haben etwa 135 Millionen Dollar ihrer Beute nach Ermittlungen von Browder ins Ausland gebracht. Zweitgrößter Empfänger mit etwa 31 Millionen Dollar soll Zypern gewesen sein, das als Geldwäscheparadies für reiche Russen gilt. Da die zypriotischen Behörden erst gar nicht in dem Fall ermittelten und dann nur zögerlich eine Untersuchung einleiteten, fordert Browder nun, dass die EU eine Untersuchung des Falles auf europäischer Ebene zur Bedingung für EU-Hilfen macht. „Um die Leute juristisch zu belangen, die hinter dem Fall Magnitzky stehen, muss man dem Geld folgen“, sagte Bill Browder der „Welt“. „Und der Schlüssel dafür ist, dass Europol und Eurojust die Ermittlungen koordinieren.“ Browder war am Freitag in Berlin, um das deutsche Finanzministerium mit den Details der Untersuchungen über die Finanzströme im Fall Magnitzky vertraut zu machen und sie davon zu überzeugen, EU-Hilfen an Zypern von Fortschritten bei der Geldwäschebekämpfung abhängig zu machen.

Syrien

Zahl der Flüchtlinge steigt im Januar um 25 Prozent an

Jeden Tag fliehen nach Angaben der Vereinten Nationen 5000 Syrer vor dem Bürgerkrieg in die Nachbarländer. Im Januar sei die Zahl der registrierten Flüchtlinge während eines Monats um 25 Prozent gestiegen, sagte ein

Ausland Kompakt Zypern: EU-Hilfen: Nikosia soll Geldwäsche aufklären ++ Syrien: Zahl der Flüchtlinge steigt im Januar um 25 Prozent an ++ Mali: Selbstmordanschl....

Sprecher des Flüchtlingshilfswerks UNHCR in Genf. Im Kampf um die Hauptstadt Damaskus sind die syrischen Rebellen nach Angaben von Aktivisten weiter vorangerückt. Ihnen gelang es demnach am Freitag, eine der wichtigsten Ausfahrten aus der Stadt mit brennenden Reifen zu blockieren. Ein Video zeigt, wie dicker schwarzer Rauch über der Autobahn aufstieg. In der Gegend im Nordosten der Stadt kam es zu Gefechten mit Regierungstruppen.

Mali

Selbstmordanschlag an Kontrollpunkt in Nord-Mali

Erstmals seit Beginn der französischen Militärintervention ist es in Mali zu einem Selbstmordanschlag gekommen. Der Attentäter sprengte sich am Freitag an einem Kontrollpunkt in der Nähe der nordmalischen Stadt Gao in die Luft. Dabei kam anscheinend nur der Angreifer selbst ums Leben. Bei dem Attentäter habe es sich um einen Targi, einen Angehörigen der Tuareg, gehandelt, sagte ein Polizeisprecher. Ob es Verwundete gab, war zunächst unklar. Währenddessen kam es in der Hauptstadt Bamako im Süden zu Schusswechseln zwischen rivalisierenden Armeeeinheiten. Wie der französische Sender RFI berichtete, wurde das Armeelager der „Roten Barette“ von Sicherheitskräften umstellt.

Kuba

Anführerin der „Damen in Weiß“ erhält Reisepass

Berta Soler, die Anführerin der kubanischen Menschenrechtsgruppe „Damen in Weiß“ hat am Freitag in Kubas Hauptstadt Havanna einen Reisepass erhalten. Das teilte der Ehemann der Aktivistin der „Welt“ mit. Damit profitiert sie von den Reiseerleichterungen, die im Januar in Kuba in Kraft traten und die Ausreise mit einem neuen Reisepass ohne zusätzliche Genehmigung ermöglichen. Einigen Menschenrechtsaktivisten wurde allerdings die Ausgabe des notwendigen Reisepasses verwehrt.

Load-Date: February 9, 2013

**Deutsche haben wenig Sympathie für Snowden; 55 Prozent lehnen
Asylantrag des Ex-Geheimdienstlers ab, 78 Prozent wünschen sich aber
Machtwort von Merkel. Telefonat mit Obama**

Die Welt

Freitag 5. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 154

Length: 857 words

Byline: Lars-broder Keil

Body

Die Deutschen haben nicht prinzipiell etwas gegen eine geheimdienstliche Datenüberwachung. Solange es sich um Terrorbekämpfung handelt. Wer will, dass drohende Terrorakte schon im Vorfeld verhindert werden, muss damit leben, dass die Geheimdienste großflächig Daten sammeln: Das finden nach dem neuesten Deutschlandtrend von Infratest Dimap im Auftrag von ARD-„Tagesthemen“ und der „Welt“ etwa 55 Prozent der Bundesbürger.

Vom Ausmaß, in dem die USA und Großbritannien Telefonverbindungen und Internet ausspähen, sind jedoch die meisten Deutschen überrascht (61 Prozent), ebenso vom Umstand, dass ausgerechnet die Bundesrepublik Zielscheibe dieser Geheimdienstaktivitäten in Europa geworden ist (62 Prozent).

Entsprechend ist das Vertrauen in die Partnerländer gestört. Die Zahl derer, die die USA als vertrauenswürdigen Partner Deutschlands bezeichnen, ist von 65 Prozent auf 49 Prozent zurückgegangen. Großbritannien gilt mit 63 Prozent zwar weiter bei einer Mehrheit der Bundesbürger als Partner, dem Deutschland vertrauen kann. Jedoch hatten sich noch 2009 acht von zehn Bundesbürgern (80 Prozent) entsprechend positiv geäußert. Trotz des Vertrauenseinbruchs stehen beide Bündnispartner den Deutschen weiter nahe. Das größte Vertrauen bringen sie mit aktuell 77 Prozent (minus 5) nach wie vor Frankreich entgegen.

Besondere Sympathie hegen die Befragten gegenüber dem ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden jedoch nicht. Der hatte Material veröffentlicht, das belegen soll, dass die USA Bürger und Regierungen anderer Staaten in beispiellosem Umfang ausspähen. Die europäischen Regierungen prüfen diese Darstellungen derzeit. Nur 35 Prozent der Deutschen hätten laut Deutschlandtrend einen Asylantrag des Amerikaners unterstützt, 58 Prozent sind gegen ein Asylangebot Deutschlands.

Die Kritik der Opposition gegenüber der Bundesregierung, den Vorgängen insgesamt zu wenig Aufmerksamkeit zu widmen, wird von den Deutschen geteilt. 78 Prozent wünschen sich eine angemessene Reaktion von Angela Merkel gegenüber den USA und Großbritannien. 67 Prozent sind zugleich der Meinung, dass der deutsche Staat

Deutsche haben wenig Sympathie für Snowden 55 Prozent lehnen Asylantrag des Ex-Geheimdienstlers ab, 78 Prozent wünschen sich aber Machtwort von Merkel. Telefona....

nicht die Macht hat, die eigene Bevölkerung vor dem Ausspähen durch amerikanische Geheimdienste angemessen zu schützen.

Die SPD hat die Bundesregierung unterdessen davor gewarnt, sich von US-Präsident Barack Obama in der Ausspähaffäre nur beschwichtigen zu lassen. Es reiche bei Weitem nicht aus, Unterabteilungsleiter nach Washington zu schicken, sagte Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) müsse selbst reisen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) dürfe sich zudem nicht einfach von Obama am Telefon mit weiteren Beruhigungsversuchen abspeisen lassen. Beide hatten in der Nacht zum Donnerstag miteinander telefoniert. Oppermann: „Wenn solche ungeheuerlichen Enthüllungen seit dreieinhalb Wochen bekannt sind, erwarte ich mehr als die Zusicherung, das prüfen zu wollen.“ Es müsse doch für die US-Regierung möglich sein, die Vorwürfe entweder zu bestätigen oder zu dementieren.

Der Forderung von SPD-Chef Sigmar Gabriel, die Bundesanwaltschaft müsse Snowden in Moskau befragen und gegebenenfalls in ein Zeugenschutzprogramm aufnehmen, schloss sich Oppermann nicht explizit an. Gabriel hat zudem die Bundesanwaltschaft zu Ermittlungen gegen die Verantwortlichen in den USA aufgerufen. „Es handelt sich um einen Angriff auf in der Verfassung geschützte Grundrechte“, sagte er „Spiegel online“. Deshalb sei es angemessen, „ein Verfahren gegen die Verantwortlichen der amerikanischen und britischen Geheimdienste“ anzustrengen. Im Zweifel müsse auch gegen die „deutschen Helfershelfer“ etwa beim Bundesnachrichtendienst (BND) ermittelt werden, sagte Gabriel weiter. „Wenn der BND über den ihm gesetzten Rahmen hinausgehen oder mit anderen Geheimdiensten zusammenarbeiten sollte, um gesetzliche Beschränkungen zu umgehen, ist das eine Straftat und muss verfolgt werden.“

US-Präsident Obama hat Kanzlerin Merkel zugesichert, den Verbündeten Informationen über die Aktivitäten des Geheimdienstes NSA zur Verfügung zu stellen, und die Kanzlerin habe das begrüßt, sagte ihr Sprecher Steffen Seibert zum Telefonat der beiden. Sie hätten dafür plädiert, dass eine Arbeitsgruppe aus Experten der EU und der USA kommende Woche Gespräche aufnehmen sollten. Auch der Besuch einer Delegation deutscher Ministerien und Nachrichtendienste in Washington werde Gelegenheit geben, die Debatte um eine „weiter vertiefte Zusammenarbeit“ zu führen.

Nach dem Telefonat waren sich beide Politiker auch einig, dass die EU und die USA trotz massiver Belastung ihrer Beziehungen wie geplant mit den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen beginnen sollten. „Die Verhandlungen haben weiterhin höchste Priorität, sie sollen am 8. Juli aufgenommen werden“, erklärte Seibert.

Allerdings sieht der Außenhandelschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertrages (DIHK), Volker Treier, die Gespräche durch die NSA-Spähaktionen schwer belastet. Man müsse ja das Gefühl haben, „dass der Partner schon viel mehr über uns weiß“. Er hoffe, dass auch die US-Wirtschaft aus eigenem Interesse Druck mache, um derartige Praktiken zu stoppen.

Graphic

Jutta Setzer

Load-Date: July 5, 2013

Leserbriefe

Die Welt

Montag 4. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 2; Ausg. 257

Length: 566 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Echte Freunde

Zu: „Snowden will mit den Deutschen reden“, „Putins größter Coup“ und „Ströbeles Alleingang“ vom 2. November

Handys und neue IT-Technologien bringen eine, höflich gesagt, Mitteilungsgesellschaft hervor, bei der man sich fragt, wann die Teilnehmer vor lauter Informations- und Darstellungsbedürfnis noch zum eigenen Denken kommen. Frau Dr. Merkels 08/15-Handy bewegt die Weltgeschichte, von der man weiß, dass Spionage und Geheimnisverrat gegen jedermann so alt sind wie die Freuden der käuflichen Liebe. Und nun für den strahlenden Grünen Ströbele der briefliche Lorbeerkrantz Snowdens. Natürlich will der intelligente Snowden raus aus dem Moskauer Asyl, das Putin die Möglichkeit gibt, die atlantische Brücke zwischen Europa und Amerika weiter zu schwächen. Wenn Snowden es ehrlich meint mit seinem nachträglichen „am liebsten würde er vor dem amerikanischen Kongress aussagen“, dann soll er sich seinem Land stellen. Präsident und Kongress sollten sich als große Demokratie beweisen und ihm dieses Recht einräumen. Washington und Berlin dürfen sich in dieser extrem schwierigen Situation nicht auf das Niveau moralischer Besserwisserei einlassen. Nicht gegeneinander, sondern miteinander müssen Obama und Merkel ehrlich und gezielt aufräumen, ohne dabei zu vergessen, dass gute Geheimdienste notwendig für das Wohl ihres Landes bleiben.

Siegfried F. Storbeck, Hamburg

Ist das nicht ein sympathisches Foto dieses schillernden Politikers mit dem Stoffbeutel und seinem Fahrrad im Hintergrund auf Seite 1? Und warum hat er bei der Gelegenheit nicht um Audienz beim „lupenreinen Demokraten“ gebeten? Und wo ist eigentlich unsere Regierungschefin, freut sie sich auch schon auf den Kaffeeplausch mit dem Verräter? Genug der Fragen: Ein ganz besonderes Dankeschön an Herrn Günther Lachmann für seinen klärenden Artikel, ich bin erfreut über Abhandlungen dieser Art, rücken sie doch diesen „Skandal“ ins rechte Licht.

Karl-Hans Riechert, Hamburg

Leserbriefe

An Ihrem Kommentar ist tröstlich, dass Sie Ströbeles Reise nach Moskau als Alleingang einordnen, was er hoffentlich auch war. In höchstem Maße erschreckend ist jedoch, dass sich mehrere unserer Politiker ernsthaft mit der Frage zu beschäftigen scheinen, wie und wo man Edward Snowden nach seinem Wissen über eventuelle Abhörmaßnahmen der NSA befragen kann, offenbar mit dem Ziel, der Regierung der USA am Zeug zu flicken. Sie schreiben, Snowden gebe vor, aus moralischen Gründen gehandelt zu haben, und Sie wollen ihm das bis zum Beweis des Gegenteils abnehmen. Wo und von welcher Instanz soll denn der Beweis erbracht werden, wenn nicht von einem dafür zuständigen Gericht? Wenn Frau Merkels erste Reaktion „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht“ mehr als ein weiterer populistischer Ausfall gewesen sein soll, dann kann doch die von deutschen Politikern beabsichtigte Vernehmung von Snowden, der von seinem Land des Geheimnisverrats bezichtigt wird, möglicherweise auch noch bei gleichzeitig in Erwägung gezogener Gewährung von Asyl in Deutschland, erst recht nicht gehen. Bevor mit derartig abstrusen Ideen großer politischer Schaden angerichtet wird, wäre es doch wohl angemessen und politisch korrekt, wenn Frau Merkel schleunigst und öffentlich ihren strategischen Partner Putin auffordern würde, Snowden an die USA auszuliefern, damit er dort vor dem Kongress oder einem ordentlichen Gericht aussagen kann.

Jörn Deistler, Friedrichstadt

Load-Date: November 4, 2013

Zehn Tote, 12.000 Akten, zu viel Versagen; NSU-Ausschuss fordert stärkere Kontrolle der Geheimdienste

Die Welt

Donnerstag 22. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 195

Length: 1195 words

Byline: Manuel Bewarder

Martin Lutz

Body

Es wird ein mahnendes Dokument des Versagens sein: Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses zur NSU-Mordserie haben dokumentiert, wo Verfassungsschutz, Polizei, Justiz und Politik gründlich danebenlagen: Die Abgeordneten hörten mehr als 95 Zeugen an, über 349 Stunden tagten sie, und einmal dauerte eine Ausschusssitzung gar 14 Stunden und 17 Minuten - am Ende war es vor den Fenstern des Saals mit Blick auf die Spree längst dunkel geworden.

Durch insgesamt 12.000 Akten wühlten sich die Parlamentarier, um herauszufinden, wieso die Rechtsterroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) Ende der 90er-Jahre abtauchen und anschließend jahrelang unerkannt mordend durchs Land ziehen konnten. Zehn Menschen, fast alle mit Migrationshintergrund, richtete das Terrortrio regelrecht hin. Zwei Sprengstoffanschläge und viele Raubüberfälle gehen auf sein Konto. Von einem „historisch beispiellosen Versagen der Sicherheitsbehörden“, sprachen Ausschussmitglieder bereits vor Monaten. In den Sitzungen hatten sie Geschichten über Fahnder gehört, die bei der Verbrecherjagd sogar Geister anriefen. Oder über Ermittler, sich als Dönerverkäufer versuchten und die Täter so anlocken wollten. Rund 1000 Seiten umfasst nun der Abschlussbericht des Gremiums, der am heutigen Donnerstag vorgestellt wird.

Es geht in dem Bericht zum einen um die Dokumentation der aufgedeckten Fehler - viel wichtiger sind jedoch die Empfehlungen. Viele davon stehen schon länger im Raum: Polizei und Verfassungsschutz sollen verpflichtet werden, sich mehr auszutauschen. Die Sicherheitsbehörden sollen mehr Menschen aus Zuwandererfamilien einstellen und die Ausbildung reformieren, um Vorurteile abzubauen. Die Vorschriften für den Einsatz von V-Leuten sollen strenger werden, der Generalbundesanwalt soll mehr Befugnisse bekommen. Mehr als solche Andeutungen drangen jedoch nicht nach außen. Bis jetzt, wo erste Inhalte des Berichts schließlich doch noch durchgesickert sind.

Zehn Tote, 12.000 Akten, zu viel Versagen NSU-Ausschuss fordert stärkere Kontrolle der Geheimdienste

Nach dem Versagen bei der Aufklärung plädieren alle Fraktionen im Untersuchungsausschuss für eine stärkere Kontrolle der Nachrichtendienste. Das geht aus einer Passage des Einzelvotums der SPD-Fraktion hervor, das Teil des Abschlussberichts ist und bereits vorgestellt wurde. Demnach haben sich alle Parteien darauf verständigt, eine bessere Personal- und Sachausstattung für die Kontrolle zu fordern. Zur genauen Ausgestaltung gibt es allerdings verschiedene Vorschläge.

Die Obleute von Union und FDP sprechen sich dabei für die Einsetzung eines Geheimdienstbeauftragten aus. Der Obmann der Union, Clemens Binninger (CDU), sagte der „Welt“: „Der Beauftragte für die Nachrichtendienste sollte vom Bundestag gewählt werden.“ Er solle einen Stab mit Mitarbeitern bekommen und das ganze Jahr über tätig sein. „Zu den Kompetenzen müssen Zutrittsrecht zu den Diensten sowie ein Akteneinsichts- und Befragungsrecht gehören“, bekräftigte Binninger seine Forderung, die er bereits im vergangenen Jahr geäußert hatte. „Der Beauftragte sollte aber seine Untersuchungen in erster Linie im Auftrag des Parlamentarischen Kontrollgremiums durchführen.“

Hartfrid Wolff, Obmann der FDP im Ausschuss, sagte dieser Zeitung: „Das Parlamentarische Kontrollgremium braucht einen ständigen Sonderermittler, um regelmäßig, schneller und direkter kontrollieren zu können.“ Dies müsse eine Konsequenz aus Aufklärungsversuchen rund um den NSU und der Debatte über die Spähaktionen des US-Nachrichtendienstes National Security Agency (NSA) sein, sagte Wolff, der wie Binninger auch Mitglied im Kontrollgremium ist. Anders als beim Vorschlag der Union solle der Sonderermittler jedoch kein Parlamentarier sein. „Wir wollen die Kontrolle deutlich verbessern. Eine kleine Änderung hilft nicht“, erklärte Wolff. Lückenhafte Informationen oder Falschaussagen im Kontrollgremium müssten zudem dienstrechtliche Konsequenzen haben. Entsprechende Vorschläge habe die FDP bereits gemacht.

Auch SPD-Obfrau Eva Högl verlangt eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. Im Einzelvotum der SPD-Mitglieder im Ausschuss heißt es: Derzeit fehle es „vor allem an einer ausreichenden professionellen Personal- und Sachausstattung“ des Kontrollgremiums. Die Einsetzung eines Geheimdienstbeauftragten lehnt die SPD jedoch ab. Dadurch entstehe der Eindruck, „das Kontrollgremium wolle sich ureigenster parlamentarischer Aufgaben entledigen“, indem es Teile seiner Kontrollfunktion aus den Händen gebe. „Die Kontrolle sollte unmittelbar beim Deutschen Bundestag und damit im Parlamentarischen Kontrollgremium verbleiben“, heißt es im Einzelvotum. Högl sagte, die schweren Versäumnisse seien ein „systematisches und flächendeckendes Versagen“ der Sicherheitsbehörden.

Auch der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), hält die derzeitige Kontrolle der Nachrichtendienste für ungenügend: „Ich glaube, dass ein kleiner Stab qualifizierter Mitarbeiter in enger Zusammenarbeit mit dem Kontrollgremium für eine parlamentarische Aufsicht notwendig ist.“ Bosbach kritisierte die Sicherheitsbehörden: „Es ist eine Summe atemberaubender Fehler und falscher Einschätzungen, die dazu geführt hat, dass diese Bande über Jahre hinweg unerkannt morden konnte“, sagte Bosbach.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses zum NSU zeichnete sich neben der umfassenden Aufklärungsarbeit dadurch aus, dass sie fast nie durch parteipolitische Manöver gestört wurde. Ehemalige Minister wurden im Laufe der Zeit von Mitgliedern aller Fraktionen in die Mangel genommen - egal ob es sich um Parteifreunde handelte oder nicht. Anfang 2012 war der Ausschuss mit der Zustimmung aller Fraktionen im Bundestag eingesetzt worden - eine Premiere. Im Untersuchungszeitraum von rund eineinhalb Jahren gab es insgesamt etwa 300 Entscheidungen der Fraktionen - immer fielen diese einstimmig aus. Beim Thema Rechtsterrorismus zogen also alle Parteien an einem Strang. Das zeigt nun auch der Abschlussbericht: Er wurde gemeinsam erstellt und umfasst gemeinsame Empfehlungen. Hinzu kommen noch Bewertungen der einzelnen Parteien - was üblich ist.

Die Vorstellung des SPD-Einzelvotums vor der offiziellen Präsentation des Gesamtberichts auf der Bundespressekonferenz sorgt jedoch für Unmut. Eigentlich wollten die Fraktionen bis zum Ende im Interesse der Sache und der Angehörigen der Opfer zusammenarbeiten und hatten sich darauf verständigt, keine Alleingänge zu wagen. Die vorgezogene Präsentation des 60-seitigen Einzelvotums der SPD verbreitet im Kreis der Abgeordneten keine Freude. Pikant ist vor allem, dass daraus nicht nur SPD-Positionen, sondern eben auch jene der anderen Fraktionen hervorgehen. Ein bisschen scheint der Wahlkampf doch im Gremium angekommen zu sein.

Zehn Tote, 12.000 Akten, zu viel Versagen NSU-Ausschuss fordert stärkere Kontrolle der Geheimdienste

Noch ist unklar, was von den Vorschlägen des Ausschusses tatsächlich umgesetzt wird. Auch in mehreren Bundesländern wurden Untersuchungsausschüsse zu dem Thema eingesetzt. Das Bundesinnenministerium berief zudem eine Bund-Länder-Kommission. Am 2. September berät der Bundestag jedenfalls über die Ergebnisse des Bundestagsausschusses. Eine bindende Wirkung haben die Empfehlungen dabei nicht.

„Wir wollen die Kontrolle deutlich verbessern“ Hartfrid Wolff (FDP), Obmann Untersuchungsausschuss

Graphic

picture alliance / dpa/fg/dt/mg_gr

Bei einem Nagelbombenanschlag des NSU in Köln gab es 2004 viele Verletzte

fg/dt/mg_gr

Load-Date: August 22, 2013

End of Document

Albtraum Syrien; Der Krieg wird nicht enden, wenn die Rebellen nicht besser ausgerüstet werden

Die Welt

Montag 22. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 93

Length: 329 words

Byline: Dietrich Alexander

Body

Es kann so nicht mehr weitergehen. Das Abschlagen in Syrien, die **Flüchtlingsdramen** in den angrenzenden Ländern, die Aussichtslosigkeit eines baldigen Waffenstillstandes - all das kann und wird die Weltgemeinschaft nicht mehr länger hinnehmen können, wenn sie einigermaßen glaubwürdig bleiben will. Allein: Es herrscht keine Einigkeit darüber, wie dem Fiasko am besten beizukommen sei. Saudi-Arabien und Katar setzen schon seit Langem nicht mehr nur auf finanzielle Unterstützung, sondern schaffen tonnenweise Waffen in das Bürgerkriegsland. Der falsche Weg, rufen die Bedenkenräger vornehmlich westlicher Demokratien, die allerdings auch gute Argumente haben. Es könnte so ausgehen wie im Irak oder in Afghanistan, wo sich die einst an vermeintliche Verbündete gelieferten Waffen (Irak im Kampf gegen den Iran, die afghanischen Mudschaheddin im Kampf gegen die Sowjets) gegen die Lieferanten gewendet haben, nunmehr in der Hand radikaler Islamisten und sektiererischer Glaubenskämpfer.

Doch das Risiko muss eingegangen werden, weil die menschenverachtende Kompromisslosigkeit und Härte des syrischen Diktators in einen Genozid zu münden droht. Die so genannten Freunde Syriens kennen doch ihre Partner innerhalb der syrischen Opposition. Sie sollten sie verantwortungsbewusst und kontrolliert mit allem versorgen, was sie für ihren Kampf gegen Assads Terror-Regime brauchen. Denn es ist ein Kampf auf Leben und Tod, einer, der keine Kompromisse und keine friedliche politische Einigung möglich erscheinen lässt. Dazu ist es viel zu spät.

Das Waffenembargo wird über kurz oder lang fallen. Begleitend sollte alliierte Lufthoheit mindestens in den grenznahen Regionen hergestellt und sichere Flüchtlingskorridore gewährleistet werden, gezielte Luftangriffe auf Assads Waffenarsenale sind eine weitere deutliche Option. Assad reagiert nur auf deutliche Gesten und Worte. Bisher muss er die Freundesgruppe zu Recht für einen Papiertiger halten. Es wird Zeit, dass sich das ändert.

Load-Date: April 22, 2013

Albtraum Syrien Der Krieg wird nicht enden, wenn die Rebellen nicht besser ausgerüstet werden

End of Document

Deutschland Kompakt; Baden-Württemberg: Land lässt EnBW-Kaufpreis gerichtlich prüfen ++ Gefangenenlager: Menschenrechtsbeauftragter für Guantánamo-Schließung ++ Grüne: Wirtschaftsexpertin rückt in den Fraktionsvorstand auf ++ Syrien-Flüchtlinge: Drittes Bundesland erlässt Abschiebestopp

Die Welt

Freitag 17. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 41

Length: 562 words

Byline: Matthias Kamann

Body

Baden-Württemberg

Land lässt EnBW-Kaufpreis gerichtlich prüfen

Gut ein Jahr nach dem Einstieg des Landes Baden-Württemberg beim Energiekonzern EnBW lässt die grün-rote Regierung den Kaufpreis von 4,7 Milliarden Euro gerichtlich überprüfen. Finanzminister Nils Schmid (SPD) sagte, das Land habe eine Schiedsgerichtsklage bei der internationalen Handelskammer in Paris eingelegt: „Wir wahren damit die Möglichkeit, Schadenersatzansprüche gegenüber EDF geltend zu machen.“ Unter dem damaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) hatte das Land rund 45 Prozent der EnBW-Anteile vom französischen Staatskonzern EDF gekauft. Grün-Rot hält den Preis für zu hoch. Schmid erklärte: „Es geht um die Kernfrage, ob der damalige Kaufpreis angemessen war oder nicht.“ Er stellte aber klar, dass ein Ausstieg des Landes nicht infrage komme. Die Klage sei auch für mögliche Schadenersatzforderungen gegen Mappus und dessen Berater nötig. Der Staatsgerichtshof des Landes erklärte den Aktienkauf wegen fehlender Zustimmung des Parlaments im Oktober 2011 für verfassungswidrig.

Gefangenenlager

Menschenrechtsbeauftragter für Guantánamo-Schließung

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Lönig (FDP), hat die USA bei einem Besuch in Washington an ihre Verantwortung für die Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo erinnert. Europäische Länder hätten mit der Aufnahme von 51 ehemaligen Häftlingen des umstrittenen Lagers bereits einen

Deutschland Kompakt Baden-Württemberg : Land lässt EnBW -Kaufpreis gerichtlich prüfen ++
Gefangenenlager: Menschenrechtsbeauftragter für Guantánamo -Schließung

„wesentlichen Beitrag“ geleistet, sagte Löning. Nun seien die Vereinigten Staaten an der Reihe, mit der Aufnahme einer „substanziellen Zahl“ von Häftlingen ein „Signal“ zu setzen. Löning hatte zuvor das auf einem US-Militärstützpunkt auf Kuba gelegene Lager besucht. Guantánamo habe der Glaubwürdigkeit des Westens in anderen Gegenden der Welt „unglaublichen Schaden“ zugefügt, wenn es um die Menschenrechte geht, sagte der FDP-Politiker. Dieses „große politische Problem“ lasse sich nur durch die Schließung lösen.

Grüne

Wirtschaftsexpertin rückt in den Fraktionsvorstand auf

Die Bundestagsfraktion der Grünen stärkt ihr wirtschaftspolitisches Profil. Nach Informationen der „Welt“ soll die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin Kerstin Andreae (43), die dem liberalen Reformflügel angehört, in den Fraktionsvorstand aufrücken und die Nachfolge von Fraktionsvize Fritz Kuhn antreten, der sich um den Oberbürgermeisterposten in Stuttgart bewirbt. Andreae, die von Fraktionschefin Renate Künast vorgeschlagen wurde, soll am 27. Februar gewählt werden und das Amt am 1. März antreten. mka

Syrien-Flüchtlinge

Drittes Bundesland erlässt Abschiebestopp

Brandenburg hat nach Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg als drittes Bundesland einen Abschiebestopp für ausreisepflichtige Flüchtlinge aus Syrien erlassen. Die Regelung gilt ab sofort bis zum 15. August, wie Innenminister Dietmar Woidke (SPD) sagte. Damit macht das Land von seinem Recht Gebrauch, eigenständig bis zu sechsmonatige Abschiebestopps zu verfügen. Woidke begründete die Entscheidung mit der Gewalt in Syrien. Vergangene Woche hatte der Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen Anträge der Opposition abgelehnt, in denen die Regierung aufgefordert wird, einen generellen Abschiebestopp für syrische Flüchtlinge zu beschließen. Die schwarz-gelbe Mehrheit lehnte zudem eine Kündigung des 2009 unterzeichneten Rückführungsabkommens zwischen Deutschland und Syrien ab.

Load-Date: February 17, 2012

**Deutschland Kompakt; Ministerien: Viele Kranke im Verteidigungsressort ++
Maut: Ramsauer freut sich auf Klagen aus Europa ++ NSU-Morde:
Befangenheitsantrag verzögert Prozess ++ Syrien-Hilfe: Länder wollen
nochmals 5000 Flüchtlinge aufnehmen ++ Rundfunkgebühren: Forderungen
nach Senkung werden lauter**

Die Welt

Freitag 6. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 285

Length: 591 words

Body

Ministerien

Viele Kranke im Verteidigungsressort

Die Zahl der Krankheitstage in der Bundesverwaltung ist laut „Bild“-Zeitung im vergangenen Jahr gestiegen. Durchschnittlich habe es 19,25 Fehltage gegeben, heißt es unter Berufung auf einen Bericht des Innenministeriums. Dies sei der bislang höchste Stand überhaupt. Seit 2006 habe die durchschnittliche Zahl der Krankheitstage um knapp vier Tage zugenommen. Die Abwesenheitsquote in den Ministerien betrug 6,44 Prozent und war damit höher als der Durchschnitt der AOK-Versicherten (5,5 Prozent). Die meisten Fehlzeiten in den obersten Bundesbehörden gab es demnach im Verteidigungsministerium (20,55 Fehltage), die wenigsten beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (11,12 Fehltage).

Maut

Ramsauer freut sich auf Klagen aus Europa

Im Streit über die Einführung einer deutschen Pkw-Maut für Ausländer zeigt sich Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) unbeirrt. Österreich und die Niederlande erwägen, den Europäischen Gerichtshof anzurufen. „Je mehr solche Länder uns verklagen, desto mehr steigt auch die Zustimmung in Deutschland für eine solche Pkw-Maut“, sagte Ramsauer vor einem Treffen mit seinen Kollegen. Deutschland sei ein Transitland mit viel Durchgangsverkehr. „Deshalb wollen wir auch im Ausland zugelassene Fahrzeuge an der Finanzierung unserer Infrastruktur beteiligen.“

NSU-Morde

Deutschland Kompakt Ministerien: Viele Kranke im Verteidigungsressort ++ Maut: Ramsauer freut sich auf Klagen aus Europa ++ NSU-Morde: Befangenheitsantrag verzö....

Befangenheitsantrag verzögert Prozess

Ein Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter Manfred Götzl hat das Verfahren gegen die rechtsextreme Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) aufgehalten. Die Anwälte des Angeklagten Ralf Wohlleben hatten die Befragung des Ex-V-Manns Benjamin G. durch eine Nebenklagevertreterin kritisiert. Die Anwältin hatte G. auf der Basis handschriftlicher Notizen Vorhalte aus Ermittlungsakten machen wollen, die bei der Bundesanwaltschaft einsehbar sind, vom Gericht aber nicht beigezogen wurden. Eine solche Befragung sei nicht akzeptabel, weil den Prozessbeteiligten die Akten nicht vorlägen, so die Verteidigerin. Sonst werde dies immer verlangt. Götzl habe die Befragung dennoch zugelassen.

Syrien-Hilfe

Länder wollen nochmals 5000 Flüchtlinge aufnehmen

Die Innenministerkonferenz (IMK) von Bund und Ländern hat sich am Donnerstagabend darauf geeinigt, weitere 5000 Flüchtlinge aufzunehmen. Im Frühjahr 2014 soll die Zahl nochmals evaluiert werden, erfuhr die „Welt“ am Rande in Osnabrück. Das ist ein Kompromiss zwischen Union und SPD. Hamburgs Innensenator Michael Neumann (SPD) hatte die Aufnahme von insgesamt 20.000 Flüchtlingen angeregt, konnte sich damit aber nicht gegen die Union durchsetzen. Zudem hat IMK-Chef Boris Pistorius die Bürger aufgefordert, sich selbst mehr vor Internetkriminalität zu schützen. „Keiner lässt sein Auto unabgeschlossen stehen, aber bei den meisten von uns sind der Computer und damit auch die persönlichen Daten ungeschützt.“

Rundfunkgebühren

Forderungen nach Senkung werden lauter

Seitdem die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) mit Mehreinnahmen von bis zu einer Milliarde Euro durch das neue Verfahren zur Erhebung der Rundfunkgebühr rechnet, mehren sich die Stimmen aus den Staatskanzleien, die Gebühr zu senken. Eine Senkung habe in diesem Fall „eindeutig Vorrang“, erfuhr die „Welt“ aus der bayerischen Staatskanzlei. Auch für Hamburg hat dies „Priorität“, sollten Mehreinnahmen vorliegen, so ein Sprecher. In Niedersachsen will man allerdings zuvor „überproportional belastete Gruppen entlasten“. Sachsens und Rheinland-Pfalz hatten die Debatte über die Mehreinnahmen ausgelöst.

Load-Date: December 6, 2013

Der Kreml verhilft Snowden zur Flucht; Ex-US-Geheimdienstmitarbeiter beantragt Asyl in Ecuador. Deutsche Politiker fordern Aufklärung über neues Spähprogramm

Die Welt

Montag 24. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; S. 1; Ausg. 144

Length: 513 words

Body

Der von den USA gesuchte ehemalige Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden ist an Bord einer Maschine der russischen Fluggesellschaft Aeroflot von Hongkong nach Moskau geflohen. In der russischen Hauptstadt wird er allerdings nur umsteigen.

Am Abend teilte der Außenminister von Ecuador, Ricardo Patiño Aroca, mit, Snowden habe Asyl in seinem Land beantragt. Der ecuadorianische Botschafter in Moskau, Patricio Alberto Chávez Závala, sagte, er gehe davon aus, Snowden noch im Hotel zu treffen. Ein Vertreter der Sicherheitskräfte teilte mit, in Russland liege nichts gegen Snowden vor und es gebe keine Anweisung, ihn festzunehmen.

Snowden handelt damit wie Wikileaks-Gründer Julian Assange, der in Schweden wegen einer Sexualstraftat vernommen werden soll. Er hatte sich vor längerer Zeit in London in die ecuadorianische Botschaft geflüchtet. Snowden bekommt offenbar rechtlichen Beistand von Wikileaks. Er habe Wikileaks selbst darum gebeten, um seine Sicherheit zu gewährleisten, teilte die Organisation mit.

Snowden hatte sich seit Ende Mai in Hongkong versteckt und dort das US-Abhörprogramm Prism verraten. Die Behörden ließen ihn ohne Probleme ausreisen, obwohl die USA den 30-Jährigen offiziell der Spionage beschuldigen und die Auslieferung verlangt hatten. Die von den USA vorgelegten Dokumente „erfüllen nicht vollständig die rechtlichen Anforderungen“, teilten die Behörden in Hongkong mit. Es sei um zusätzliche Informationen gebeten worden, die aber noch nicht vorgelegen hätten. So habe es „keine rechtliche Grundlage“ gegeben, den ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter an der Ausreise zu hindern.

Die spektakuläre Ausreise löste in den USA Empörung aus. Der einflussreiche demokratische Senator Chuck Schumer drohte Moskau, dies werde „ernste Konsequenzen“ für die russisch-amerikanischen Beziehungen haben. Präsident Wladimir Putin müsse von der Aktion gewusst haben. Es scheine, als wolle „Russland den USA Knüppel zwischen die Beine werfen“.

Der Kreml verhilft Snowden zur Flucht Ex- US -Geheimdienstmitarbeiter beantragt Asyl in Ecuador . Deutsche Politiker fordern Aufklärung über neues Spähprogramm

Der IT-Spezialist hatte am Wochenende Großbritannien vorgeworfen, beim Ausspähen von Daten „schlimmer als die USA“ zu handeln. Demnach bespitzelt das Government Communications Headquarters (GCHQ) systematisch Telefon- und Internetnutzer in aller Welt und teilt seine Erkenntnisse mit den US-Kollegen. Snowden beschrieb ein grenzenloses Überwachungsprogramm mit Decknamen Tempora, das „ohne jede öffentliche Kenntnis oder Debatte“ ablaufe.

Deutsche Politiker forderten Aufklärung. Michael Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sagte der „Welt“: „Wenn die bekannt gewordenen Vorwürfe zutreffen, dann muss innerhalb Europas zwischen den Diensten und ihren Regierungen Klarheit geschaffen werden über Regeln und bürgerrechtliche Grenzen ihres Agierens. Das massenhafte Ausspähen von Deutschen ist durch nichts gerechtfertigt.“

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) appellierte in der „Welt am Sonntag“ an die deutschen Sicherheitsbehörden, deutsche Gesetze zu beachten. Sie müssten sicherstellen, dass sie „nicht an Überwachungsprogrammen beteiligt sind“.

Siehe Kommentar und Seite 7

Graphic

dpa/Jerome Favre; pa/AP Photo

Die TV-Stationen in Hongkong berichten über Snowdens Flug nach Moskau. Für China ist es ein kleiner Sieg über die USA

Jerome Favre

Load-Date: June 24, 2013

Türkei macht Druck

Die Welt

Freitag 13. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 87

Length: 284 words

Byline: Stefanie Bolzen

Body

Die Türkei versucht den Druck auf Syrien nun auch mithilfe ihrer Verbündeten zu erhöhen - ob dies nun ein realistisches Szenario ist oder nicht. Regierungschef Recep Tayyip Erdogan reagierte auf den Beschluss eines türkischen Flüchtlingslagers durch syrische Truppen mit dem Hinweis, dass die Nato „entsprechend Artikel fünf eine Verpflichtung zum Schutz der türkischen Grenze“ habe. „Wir haben viele Optionen“, so Erdogan. Artikel fünf des Nato-Vertrags besagt, dass der Angriff auf ein Mitglied dem Angriff auf das Bündnis gleichkommt.

Damit will Ankara, dessen ohnehin angespanntes Verhältnis zum Assad-Regime durch den Beschluss nur noch verschärft wird, eine noch breitere Drohkulisse gegen Damaskus aufbauen. In Brüssel nahm man Erdogans Äußerung zurückhaltend zur Kenntnis und betonte die selbstverständliche Verpflichtung zum Beistand. „Wir sind zutiefst besorgt über die Ereignisse in Syrien, besonders die jüngsten Zwischenfälle an der Grenze zu unserem Bündnismitglied Türkei“, sagte eine Nato-Sprecherin. Man beobachte die Lage genau. Türkeys Außenminister Ahmet Davutoglu sagte am Donnerstag, sein Land behalte sich ein unilaterales Vorgehen gegen Syriens Truppen vor, wenn es zu einer Verletzung der Grenzen käme. An eine solche Eskalation glauben in der Türkei aber nur wenige. „Es gibt keine Ambitionen, unilateral gegen Syrien vorzugehen. Ein militärisches Vorgehen kann man sich nur im Rahmen einer internationalen Koalition vorstellen“, meint der türkische Außenexperte Sinan Ülgen. Die 900 Kilometer lange Grenze zwischen der Türkei und Syrien ist die Außenlinie der Nato zum Nahen Osten. Ankara hat seit Beginn des Konflikts rund 25.000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland aufgenommen. steb

Load-Date: April 13, 2012

Ausland Kompakt II; Frankreich: Grünen-Politikerin Eva Joly: Gazastreifen ist wie ein KZ ++ Syrien: Soldaten töten Flüchtlinge an der türkischen Grenze ++ Spanien: Neue Sparmaßnahmen für zehn Milliarden Euro ++ Pakistan: Lawine begräbt 124 Soldaten auf höchstem Schlachtfeld

Die Welt

Dienstag 10. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 86

Length: 572 words

Body

Frankreich

Grünen-Politikerin Eva Joly: Gazastreifen ist wie ein KZ

Die Präsidentschaftskandidatin der französischen Grünen, Eva Joly, hat sich einen Vergleich zwischen dem Gazastreifen und Konzentrationslagern zu eigen gemacht. Joly wurde in einem Interview des Senders Europe 1 auf einen Ausspruch der trotzkistischen Präsidentschaftskandidatin Nathalie Arthaud angesprochen, nach dem die israelische Regierung die Palästinensergebiete "in Konzentrationslager unter freiem Himmel verwandelt" habe. Sie würde das „unterschreiben“, sagte Joly. Bei einem Besuch im Gazastreifen 2008 mit einer EU-Delegation habe sie gesehen, dass die Palästinenser im Gazastreifen tatsächlich „eingesperrt“ seien. Auf ihrem Twitter-Account erklärte Joly, der Fragesteller habe ihr eine Falle stellen wollen. Sie sei die „falschen Polemiken“ aber „leid“.

Syrien

Soldaten töten Flüchtlinge an der türkischen Grenze

Bei Schüssen an der türkisch-syrischen Grenze sind mindestens zwei Menschen getötet worden. 15 weitere Menschen seien verletzt worden, berichteten türkische Medien. Der Vorfall ereignete sich bei Kilis, wo ein Lager für syrische Flüchtlinge errichtet wurde. Das Außenministerium habe sich sofort bei der syrischen Botschaft über den Vorfall beschwert. Trotz zusätzlicher Forderungen der syrischen Führung für einen Waffenstillstand geht Russland derweil von einem Rückzug der Regierungstruppen aus den Protesthochburgen an diesem Dienstag aus. Nach russischen Agenturberichten „erinnerte“ Vizeaußenminister Gennadi Gatilow daran, dass die Soldaten am 10. April aus den Städten abgezogen werden müssten und beide Seiten die Gewalt bis zum 12. April einzustellen hätten. Russland unterstütze den Friedensplan des Sondergesandten Kofi Annan.

Ausland Kompakt II Frankreich: Grünen-Politikerin Eva Joly: Gazastreifen ist wie ein KZ ++ Syrien: Soldaten töten Flüchtlinge an der türkischen Grenze ++ Spanie....

Spanien

Neue Sparmaßnahmen für zehn Milliarden Euro

Spanien hat zusätzliche Einsparungen in Milliardenhöhe angekündigt. Wie die Regierung am Montag mitteilte, will Madrid durch eine Reform des Bildungs- und Gesundheitssystems die Ausgaben in diesen Bereichen um mehr als zehn Milliarden Euro senken. Die Einsparungen sollten dadurch erreicht werden, dass doppelte Zuständigkeiten verschiedener staatlicher Instanzen beseitigt, die Verwaltung im Bildungs- und Gesundheitswesen rationalisiert und die Effektivität erhöht werden. Nähere Einzelheiten gab die Regierung zunächst nicht bekannt. Rajoy hatte im Haushaltsentwurf für 2012 bereits 27 Milliarden Euro an Sparmaßnahmen vorgesehen. Das reichte aber nicht aus, um Spanien vom Druck der Finanzmärkte zu befreien.

Pakistan

Lawine begräbt 124 Soldaten auf höchstem Schlachtfeld

Zwei Tage nach der tödlichen Schneelawine auf dem umkämpften Siachen-Gletscher, dem mit bis zu 4572 Metern höchsten Schlachtfeld der Erde, finden die Rettungskräfte unter den Eismassen keinerlei Lebenszeichen. Die Lawine hatte ein Bataillonshauptquartier der pakistanischen Infanterie mit 124 Soldaten und elf Zivilisten in Giari unter sich begraben. Experten schätzen, dass Indien in sieben Bataillonen rund 5000 Soldaten auf dem Siachen stationiert, während Pakistan in drei Bataillonen etwas weniger als die Hälfte entsandt hat. Doch das umkämpfte Gebiet hat bisher weitaus mehr Opfer durch äußere Umstände als durch Gefechte gekostet. So sind bisher nur rund 150 Mann auf beiden Seiten im Kampf gefallen, aber fast 9000 auf andere Weise ums Leben gekommen. Die Wintertemperaturen fallen auf bis zu minus 70 Grad. Blizzards entwickeln Stärken von 300 Kilometern pro Stunde.

Load-Date: April 10, 2012

Immigranten wählen wie Einheimische; Studie: Wahlverhalten weitgehend angeglichen

Die Welt

Donnerstag 15. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; S. 1; Ausg. 189

Length: 165 words

Body

Berlin - Ausländische und hier geborene Wahlbürger sind in ihrem Wahlverhalten sehr ähnlich. Das ist das Ergebnis einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration (SVR), bei der über 1200 Ausländer in Berlin und Stuttgart befragt wurden. „Prinzipiell wählt heute ein eingebürgerter **Migrant** nach denselben Präferenzen wie ein Deutscher: nach dem Milieu, aus dem er kommt, nach dem sozioökonomischen Status, nach privaten und beruflichen Interessen“, erläutert Jan Schneider vom SVR. Von Oktober 2011 bis Januar 2012 wurden im Rahmen des „Immigrant Citizen Survey“ in sieben europäischen Ländern Drittstaatsangehörige zur Einwanderungspolitik in ihrem Land befragt.

Die SVR-Daten basieren auf der deutschen Teilstudie, deren Ergebnisse der „Welt“ exklusiv vorliegen. Ein weiteres Ergebnis ist, dass sich die migrantischen Stimmen mittelfristig eher nach links verlagern werden, so die Einschätzung der von dieser Zeitung befragten Experten.

Kommentar Seite 3 und Seite 5

Load-Date: August 15, 2013

Deutschland Kompakt; Appell an Politik: Prominente: „So kann es nicht weitergehen“ ++ Bundeswehr: Soldat begeht offenbar Selbstmord in Afghanistan ++ Syrische Flüchtlinge: Friedrich wirbt für EU-Aufnahmeinitiative ++ Missbrauch: Längere Verjährungsfristen im Strafrecht gefordert ++ Gorleben: Opposition und Koalition bleiben unversöhnlich

Die Welt

Freitag 7. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 130

Length: 654 words

Body

Appell an Politik

Prominente: „So kann es nicht weitergehen“

Ein Bündnis aus Prominenten, Wissenschaftlern und Wirtschaftsvertretern hat den Parteien rund dreieinhalb Monate vor der Bundestagswahl eine mutlose und halbherzige Politik vorgeworfen. In einem „Generationen-Manifest“ beklagen die Unterzeichner gesellschaftliche Schieflagen, eine zu zögerliche Umsetzung der Energiewende und ein ungerechtes Bildungssystem in Deutschland. „So kann es nicht weitergehen. Wir machen uns Sorgen. Große Sorgen“, heißt es in dem Papier mit zehn Forderungen. Die Initiative will auch Demonstrationen vor dem Kanzleramt organisieren und bis zur Wahl am 22. September rund 100.000 Unterschriften für das „Manifest“ sammeln. Schauspieler Benno Fürmann sagte dazu: „Ich finde, dass wir so einschläfernd und lähmend vor uns hintuckern. Ich finde, wir leben am Zeitgeist vorbei, wir können mehr tun.“ Politiker proklamierten Dinge und „hören der Bevölkerung nicht mehr zu“. Neben der Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan unterstützen unter anderen der Musiker Marius Müller-Westernhagen, der Schauspieler Hannes Jaenicke und TV-Köchin Sarah Wiener das „Generationen-Manifest“.

Bundeswehr

Soldat begeht offenbar Selbstmord in Afghanistan

In Afghanistan hat sich ein deutscher Soldat offenbar selbst das Leben genommen. „Die bisherigen Ermittlungen weisen auf eine Selbsttötung hin“, teilte die Bundeswehr mit. Der 24-jährige Stabsgefreite wurde demnach am Morgen im Feldlager Masar-i-Scharif schwer verletzt aufgefunden. Im Lazarett sei dann sein Tod festgestellt worden. Zum Zeitpunkt des Vorfalls habe der Soldat unter Alkoholeinfluss gestanden. Letzte Klarheit sollen nun die

Deutschland Kompakt Appell an Politik: Prominente: „So kann es nicht weitergehen“ ++ Bundeswehr: Soldat begeht offenbar Selbstmord in Afghanistan ++ Syrische Fl....

weiteren Ermittlungen erbringen. Seit 2002 kamen damit 54 deutsche Soldaten in Afghanistan ums Leben, 35 von ihnen durch Angriffe und Anschläge.

Syrische Flüchtlinge

Friedrich wirbt für EU-Aufnahmeinitiative

Die Bundesregierung appelliert an andere EU-Staaten, ihrem Beispiel zu folgen und zusätzliche Aufnahmeplätze für syrische Flüchtlinge zu schaffen. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will dieses Thema an diesem Freitag bei einem Treffen mit seinen 26 europäischen Amtskollegen in Luxemburg ansprechen. Das deutsche Aufnahmeprogramm für 5000 Menschen läuft in Kürze an. Brüsseler Diplomaten zufolge haben Polen, die Niederlande, Österreich und Schweden ebenfalls Bereitschaft für Aufnahmeprogramme signalisiert. Wünschenswert wäre eine europäische Initiative unter Beteiligung der EU-Kommission, heißt es seitens der Bundesregierung. Die EU-Kommission verweist jedoch im Moment darauf, dass es bisher keinen entsprechenden Appell des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) gegeben habe.

Missbrauch

Längere Verjährungsfristen im Strafrecht gefordert

Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, setzt sich bei der strafrechtlichen Verfolgung von Missbrauchstaten für längere Verjährungsfristen ein. Rörig forderte, die Frist solle nicht vor dem 30. Lebensjahr beginnen. Betroffene seien oft erst in ihrer Lebensmitte in der Lage, strafrechtlich gegen die Täter vorzugehen. Rörig zufolge reichen die Regelungen nicht aus, die die Koalition verabschiedet hat. Der Richter am Bundesgerichtshof, Wolfgang Pfister, äußerte sich skeptisch. Es bestehe die Gefahr, dass eine Verlängerung der Verjährung zu Enttäuschungen für die Opfer führe. Verfahren, die sehr lange nach der Tat stattfinden, würden häufiger mit Freisprüchen als mit Verurteilungen enden.

Gorleben

Opposition und Koalition bleiben unversöhnlich

Trotz derzeitigen Ringens um eine gemeinsame Suche nach einem Atommüllendlager in Deutschland spaltet das Lager in Gorleben Koalition und Opposition weiter. Das wurde im Bundestag deutlich, als der Abschlussbericht des Gorleben-Untersuchungsausschusses debattiert wurde. Das Gremium sollte klären, ob der Salzstock wegen politischen Drucks ausgewählt und erkundet wurde. Die Opposition meint: ja - die Regierungsfractionen: nein.

Load-Date: June 7, 2013

Der unfreiwillige Journalist

Die Welt

Montag 4. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Das Porträt; S. 6; Ausg. 128

Length: 236 words

Byline: Philipp Hedemann

Body

Als Andemariam Yemanes Stimme blechern aus den Lautsprechern scheppert, hören mehr als 6000 Menschen in Mai Aini aufmerksam zu. Yemanes Worte sind für viele die einzige Informationsquelle im eritreischen **Flüchtlingslager** im Norden Äthiopiens. Der 26-Jährige ist Chefredakteur und Sprecher von Mini Media. Weil er und seine Kollegen kein Geld für einen echten Radiosender haben, informieren sie die **Flüchtlinge** jeden Tag per Lautsprecherdurchsage über das, was im Lager und in der Welt passiert. „In Eritrea wäre ich wegen meines Programms im Foltergefängnis gelandet“, sagt Yemane. Regierungsbeamte hatten ihn mit abstrusen psychometrischen Tests untersucht, dabei eine Begabung für den Journalismus festgestellt und ihn gezwungen, den Beruf in dem Land, das auf Pressefreiheitsrankings immer auf einem der letzten Plätze landet, auszuüben. Für umgerechnet drei Dollar - im Monat. „Als Journalist sollte man die Wahrheit berichten und den Leuten dienen. Doch in Eritrea wird man gezwungen, zu lügen und der Regierung zu dienen“, sagt Yemane. Als er es nicht mehr aushielt, seine Landsleute anzulügen, floh er nach Äthiopien. Noch hat er die Hoffnung, dass er irgendwann als echter Journalist in seiner Heimat Eritrea arbeiten kann, nicht aufgegeben. Yemane: „Alle Eritreer hassen Präsident Isayas Afewerki. Irgendwann wird eine Revolution ihn hinwegfegen. Dann werde ich meinen Beruf in meinem Land ausüben können.“

Load-Date: September 12, 2012

Asyl; Zahl der Bewerber steigt deutlich

Die Welt

Mittwoch 25. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 21

Length: 152 words

Byline: Lars-broder Keil

Body

In Deutschland haben im vergangenen Jahr deutlich mehr Menschen um Asyl gebeten als in den Jahren zuvor. Wie das Innenministerium mitteilte, beantragten 2011 fast 46 000 Flüchtlinge Asyl. Das sei der höchste Wert seit acht Jahren und etwa elf Prozent mehr als 2010. Knapp 7100 Menschen als Flüchtlinge wurden nach der Genfer Konvention anerkannt (16,4 Prozent aller Asylbewerber). Weitere 2577 Personen (5,9 Prozent) wurden durch ein Abschiebungsverbot geschützt. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt warnte nach Bekanntgabe der Zahlen vor Missbrauch gewarnt. Die EU müsse „ihre Pläne für eine Aufweichung unserer Asylregeln endgültig zurückziehen“, sagte Dobrindt der „Welt“. Sozialhilfe für jeden Asylbewerber oder die Abschaffung des direkten Zurückschickens am Flughafen dürfe es nicht geben. Das deutsche Asylrecht müsse weiter für die wirklich Verfolgten da sein und dürfe keinen Asylmissbrauch zulassen.

Load-Date: January 25, 2012

Massenflucht aus Syrien

Die Welt

Donnerstag 1. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 256

Length: 148 words

Body

Der Syrien-Konflikt hat fast 400.000 Menschen aus dem Land getrieben. Das UN-Flüchtlingshilfswerk erwartet mindestens eine Verdopplung dieser Zahl bis zum Jahresende.

Türkei: Rund 102.000 registrierte Flüchtlinge befinden sich in 14 Camps, schätzungsweise weitere 70.000 Syrer in der Türkei außerhalb der Lager.

Libanon: In das kleine Nachbarland haben sich 106.000 Syrer gerettet. Mehr als 30.000 von ihnen warten noch auf ihre Registrierung.

Jordanien: Von 92.000 Flüchtlingen sind gut 32.000 noch nicht offiziell registriert.

Irak: Zwei Drittel der 45.000 syrischen Flüchtlinge leben in den kurdischen Autonomiegebieten im Norden des Landes.

Europa: In den vergangenen 18 Monaten beantragten rund 20.000 Syrer in EU-Staaten Asyl. Bislang wurden mehr als 5500 Asyl suchende Syrer in Deutschland aufgenommen. dpa

„China kann eine aktive Rolle bei der Beilegung des Konflikts spielen“ UN-Gesandter

Load-Date: January 26, 2013

Fluchthilfe kostet ihn das Amt

Die Welt

Mittwoch 28. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Das Porträt; S. 6; Ausg. 200

Length: 263 words

Byline: Hildegard Stausberg

Body

Brasilianischer Außenminister ist er zwar nicht mehr, aber ganz in die Wüste geschickt wurde Antonio de Aguiar Patriota dennoch nicht: Er vertritt nun sein Land bei den Vereinten Nationen in New York. Luiz Alberto Figueiredo, der bisherige Botschafter dort, wechselt wiederum auf den Außenministerposten in Brasilia. Auslöser dieser Personalrochade war die spektakuläre Flucht des bolivianischen Oppositionspolitikers Roger Pinto aus der brasilianischen Botschaft in La Paz. Dort hielt sich der prominente Kritiker von Präsident Evo Morales seit Mai 2012 auf. Politisches Asyl hatte Brasilia ihm seit Langem gewährt, aber die bolivianische Regierung war nicht bereit, ihm freies Ausreisegleit zu gewähren. Pinto hatte Dokumente präsentiert, die die Zusammenarbeit der Regierung Morales mit der Rauschgiftmafia beweisen sollten, war also für den Präsidenten eine echte Gefahr. Nun ist Pinto die Flucht gelungen: Der Geschäftsträger der brasilianischen Botschaft ermöglichte sie durch eine 22 Stunde dauernde Autofahrt zur Grenze. Staatspräsidentin Dilma Rousseff, ideologisch eine Sympathisantin von Morales, war seit Längerem unzufrieden mit Patriota. Der parteilose Karrierediplomat war eher ein Mann der leiseren Töne und des vorsichtigen Ausgleichs, was Rousseff nur bedingt schätzte. Das unterschied Patriota von seinem Vorgänger Celso Amorim, der der brasilianischen Außenpolitik einen linkspopulistischen Drall versetzte. Was wird Pinto als nun freier Mann in Brasilien alles auspacken über Bolivien? Viel Kompromittierendes kann dabei sein für La Paz, aber auch für Brasilia.

Graphic

Getty Images

Getty Images

Fluchthilfe kostet ihn das Amt

Load-Date: August 28, 2013

End of Document

Respekt muss sein

Die Welt

Freitag 12. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbrief; S. 2; Ausg. 239

Length: 170 words

Byline: Maf

Body

Zu: Was ist guter Unterricht?" vom 6. Oktober

Guter Unterricht bestimmt sich nicht danach, ob Schüler ihn gut finden. Guter Unterricht ist vor allen Dingen erfolgreicher Unterricht. Und insofern sind die vorgelegten Vergleichsstudien sehr wohl aussagekräftig. Vorne liegen die Bundesländer, in denen der Leistungsgedanke Grundlage des Unterrichts ist, der überdies in einer freundlichen, jedoch auch von Respekt getragenen Atmosphäre stattfindet, verbunden mit einer vernünftigen Autorität des Lehrpersonals. Ohne diese Grundlagen können noch so viele gut gemeinte Schulreformen kein besseres Bildungsniveau schaffen. Die Unterschiede auf Schüler mit Migrationshintergrund zurückzuführen greift zu kurz. Dies belegen die vielen im Schulsystem bundesweit erfolgreichen Kinder aus Migrantenfamilien. Wo allerdings schwarze Sheriffs benötigt werden, um die körperliche Unversehrtheit von Schülern oder Lehrpersonal in der Schule oder auf dem Schulweg zu sichern, ist ein Lernerfolg ausgeschlossen. Christian Bill, Gelsenkirchen

Load-Date: January 26, 2013

Schaut auf dieses Land!; Deutschland kann dem Gemetzel in Syrien nicht länger tatenlos zusehen. Die Aufnahme syrischer Flüchtlinge wäre ein starkes Signal der Verbundenheit mit ihrem verzweifelden Kampf um Freiheit und Menschenwürde

Die Welt

Dienstag 20. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 272

Length: 1006 words

Body

Der Bürgerkrieg in Syrien bewirkt nicht nur eine gefährliche Destabilisierung der ganzen Region, er produziert auch immer mehr menschliches Elend. Während die Zahl der Toten, die längst in die Zehntausende reicht, täglich ansteigt, haben die UN bereits über 400.000 **Flüchtlinge** registriert, die sich in die Türkei, nach Libanon, Jordanien und in den Irak gerettet haben. Es wären noch viel mehr, säßen unzählige Zivilisten nicht in Kriegsgebieten wie dem heftig umkämpften Aleppo fest, wo sie dem rücksichtslosen Beschuss durch die Truppen des Assad-Regimes ausgeliefert sind, von wo es jedoch kaum ein Entrinnen gibt.

Seit über eineinhalb Jahren sieht die „Weltgemeinschaft“ dem blutigen Schauspiel in Syrien weitgehend tatenlos zu. Vonseiten westlicher Politiker und Experten sind alle nur erdenklichen Einwände angeführt worden, warum eine militärische Intervention, in welcher Form und welchem Ausmaß auch immer, die Lage im Krisengebiet nur noch verschlechtern könne. Was aber könnte noch so viel schlimmer sein als das, was vor unseren Augen bereits geschieht? Dass die UN es nicht einmal fertigbringen, Schutzzonen für die **Flüchtlinge** einzurichten, wird als ein weiteres Schandmal in ihre Annalen eingehen - und in die des Westens. Denn niemand kann sich mehr darauf herausreden, dass Russland und China jedes internationale Vorgehen blockieren. Gäbe es in den westlichen Hauptstädten einen wirklichen Willen, eine internationale Koalition der Handlungswilligen zu schmieden, könnten diese beiden destruktiven Vetomächte das nicht verhindern.

In großen Teilen der Öffentlichkeit westlicher Demokratien herrscht aber noch immer die Ansicht vor, die syrische Tragödie betreffe sie eigentlich nicht. Und so schrecklich das Schicksal der Betroffenen auch sei, fügen „Realpolitiker“ gerne hinzu, könnten wir uns doch nicht für das Unglück der ganzen Erde verantwortlich erklären. Doch dies ist eine kurzsichtige Betrachtung. Ohne einen Eingriff von außen, der die Gewalt zumindest eindämmt, könnte der Krieg in Syrien noch jahrelang anhalten, womöglich sogar über den früher oder später wahrscheinlichen Sturz Assads hinaus. Dann nämlich könnte das Shoot-out zwischen Milizen verschiedener ethnischer und religiöser Volksgruppen anstehen.

Schaut auf dieses Land! Deutschland kann dem Gemetzel in Syrien nicht länger tatenlos zusehen. Die Aufnahme syrischer Flüchtlinge wäre ein starkes Signal der Ve....

Den Ansturm der Flüchtlinge werden Syriens Anrainerstaaten auf Dauer nicht allein bewältigen können. Früher oder später werden auch wir im Westen gefragt sein, Kontingente der Unglücklichen bei uns aufzunehmen, auch wenn wohl die wenigsten von ihnen nach ihrer Heimat nun auch noch die unmittelbare Nähe zu ihr aufgeben wollen. Versäumen wir es, an Ort und Stelle zur Sicherung stabiler und menschenwürdiger Verhältnisse beizutragen, wird uns später die Rechnung dafür präsentiert werden, die politische wie die humanitäre. Das heute versäumte Investment in die Zukunft einer strategisch und wirtschaftlich so wichtigen Region wie dem Nahen Osten könnte uns noch teurer zu stehen kommen.

Es ist eine fatale Illusion, zu glauben, der Westen könne sich aus den welthistorisch weichenstellenden Umbrüchen im Nahen Osten „heraushalten“ - wie es ein folgenschwerer Irrtum ist, die aktive Sorge um die zivilen Leidtragenden des Kriegs der syrischen Diktatur gegen die eigene Bevölkerung als abstrakte Humanitätsduselei abzutun. Dass er für die Menschenrechte Verfolgter eintritt, gehört zum Wesenskern des freien Westens und begründet seine Ausstrahlungskraft in der Welt. Humanitäres Engagement ist für ihn daher auch stets zugleich wohlverstandene Interessenspolitik. Die syrische Krise ist ein Lehrbeispiel für die Regel: Hält sich der Westen aus einem solchen Konflikt heraus, bedeutet dies, dass Mächte, die anderes im Sinn haben als Demokratie und Menschenrechte, das entstandene Vakuum füllen. Längst ist Syrien zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges zwischen sunnitischen Mächten wie Saudi-Arabien und dem schiitischen Iran sowie seinen Günstlingen wie der libanesischen Hisbollah geworden. Ob der Westen bereit ist, für die Opfer einer mörderischen Diktatur aktiv Partei zu ergreifen, prägt sein Bild in der Region über den Tag hinaus. So unvollkommen und instabil etwa die Verhältnisse in Libyen heute sein mögen: Durch das Eingreifen der Nato aufseiten der Aufständischen hat sich der Westen einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung des Landes in der Ära nach Gaddafi gesichert. Das Bild der Nato-Flugzeuge, die der von den Schergen des Regimes eingekesselten libyschen Bevölkerung zu Hilfe eilten, hat sich in das kollektive Bewusstsein der Libyer eingegraben. In Syrien gilt bis dato das Gegenteil: Jedes Bombardement und jeder Artilleriebeschuss syrischer Städte durch die Armee Assads erinnert die Syrer daran, dass sie im Stich gelassen wurden.

In mancher Hinsicht ähnelt die Entwicklung in Syrien der des Balkankriegs der 90er-Jahre, wo der Westen dem ethnischen Gemetzel lange tatenlos zusah. Erst als Europa befürchten musste, von Flüchtlingen aus Bosnien und dem Kosovo überschwemmt zu werden, fiel die Nato dem Hauptschuldigen, der serbischen Diktatur, in den Arm. Seit 15 Jahren ist die Nato nun vor Ort präsent, um den noch immer brüchigen Frieden in der Region zu erhalten. So unterschiedlich die Umstände im Fall Syrien auch sein mögen, eine Lehre lässt sich aus dem Verlauf des Balkankrieges ziehen: Je länger wir warten, desto schwieriger und aufwendiger wird eine am Ende doch unvermeidliche Intervention.

Früher oder später wird es dazu auch in Syrien kommen müssen, denn ein weiteres unkontrolliertes Ausufern dieses tückischen Konflikts kann sich auf Dauer niemand leisten, der einen großen Krieg in Nahost verhindern will. Die Durchsetzung einer Flugverbotszone und die Einrichtung von Schutzräumen für die verfolgte Zivilbevölkerung werden die unmittelbaren Ziele einer westlich geführten Intervention sein. Bis es so weit ist, wäre die erklärte Bereitschaft Deutschlands und der EU insgesamt, syrische Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen bei uns Gesicht und öffentliche Stimme zu geben, ein starkes Signal der Verbundenheit mit ihrem verzweifelten Kampf um Menschenwürde.

Load-Date: January 26, 2013

Heiligung als Warnung; Auf Lampedusa hat der Papst gezeigt, wie Christen politisch intervenieren

Die Welt

Dienstag 9. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 157

Length: 332 words

Byline: Matthias Kamann

Body

Dass Papst Franziskus als Ziel seiner ersten Pastoralreise außerhalb von Rom die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa gewählt hat, ist mehr als ein weiteres Zeichen für die Absicht des Pontifex, sich den Notleidenden und Verzweifelten zuzuwenden. Vielmehr hat Franziskus mit der Reise auf die vom afrikanisch-europäischen Flüchtlingsdrama heimgesuchte Insel auch verdeutlicht, wie sozial- und menschenrechtspolitische Interventionen der Christen auszusehen haben.

Solche Interventionen werden ja oft kritisiert, manchmal zu Recht, wenn Kirchenleute für alles eine Lösung zu wissen behaupten. Doch zuweilen steckt hinter dieser Kritik an den Kirchen der Wunsch, nicht behelligt zu werden.

Franziskus hat nun gezeigt, dass er gar nicht daran denkt, mit dem Behelligen aufzuhören, und sich der, wie er sagte, „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ zu überlassen. Im Gegenteil: Er hat in Lampedusa symbolische Markierungen geschaffen, an denen künftig kein Mensch mehr vorbeikommt, der noch nicht völlig abgestumpft ist. Gelungen ist dies Franziskus durch vier starke Signale und einen Verzicht.

Die Signale waren erstens ein Zeichen ergriffener Trauer, als er zum Gedenken an die Ertrunkenen einen Blumenkranz ins Meer warf, zweitens mahnende Hinweise auf Gottes Strafgericht über alle Gleichgültigen. Für die Schuld, die an diesem Ort erkennbar wird, kann man nur, so der Papst, um Verzeihung flehen.

Drittens hat er diesen Ort und den dort präsenten Schrecken durch liturgische Sakralisierung unumgebar gemacht. Franziskus hat dort die Messe gefeiert, hat den Ort geheiligt und dort eine neue Gemeinschaft geschaffen, aus Inselbewohnern und Flüchtlingen, die unter Gott verbunden sind. Viertens hat er die europäische Politik zu entschlossener Linderung der Not aufgerufen. Verzichtet aber hat Franziskus auf Besserwisserei, wie all das zu lösen sei. Dafür ist er nicht zuständig. Sondern die Politiker und alle Europäer. Die müssen dankbar sein, dass Christen nicht aufhören, sie zu behelligen.

Heiligung als Warnung Auf Lampedusa hat der Papst gezeigt, wie Christen politisch intervenieren

Load-Date: July 9, 2013

End of Document

Der Sound im Jahr 2033; Früher war nicht alles besser: Die Musik von morgen wird freier und schöner klingen als je zuvor

Die Welt

Freitag 6. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 31; Ausg. 208

Length: 1244 words

Byline: Michael Pilz

Body

Früher war alles besser. Nichts ist neu und alles schon mal da gewesen. Eigentlich sah das auch Archy Marshall bisher so. Er ist der lebende Beweis dafür, dass immer etwas Neues kommen wird und die Musik von heute und von morgen visionärer klingen kann als die von gestern. Marshall wurde vor zwei Wochen 19 Jahre alt. Zur Feier des Geburtstages veröffentlichte er „6 Feet Beneath The Moon“, sein erstes Album. Er nennt sich King Krule. Sein Künstlername speist sich aus zwei Quellen: King K. Rool heißt ein Reptil im Gameboy. „King Creole“ hieß ein Musikfilm, in dem Elvis Presley 1958 einen 19-Jährigen spielte, der als Nachtclubsänger den verarmten Vater und die kleine Schwester zu ernähren hatte. Marshall selbst lebt in East Dulwich im Südosten Londons unter asiatischen und afrikanischen Migranten. Seine Künstlereltern hatten ihn mit „Gangster's Paradise“ von Coolio in den Schlaf gewiegt und schon im Vorschulalter mit der Software Cubase eigene Stücke komponieren lassen. Als Marshall elf wurde, bekam er eine Achtspur-Bandmaschine; als er 15 war, erschien unter dem Namen Zoo Kid seine erste Single. Er nannte sich JD Sports, wenn er mit seinem Laptop auftrat, und Edgar The Beatmaker als rappender Poet.

Zugleich lebt Archy Marshall in der Popgeschichte. Wer ihn dort besucht, erfährt von ihm, wie Django Reinhardt in den Dreißigern den Jazz zur europäischen Musik erklärte. Aber eben auch, dass Dubstep nicht von Musikern erfunden wurde, sondern von den Programmierern der Berliner Firma Native Instruments. So hört sich auch seine Musik an: Marshall spielt Gitarre wie ein Tanztee-Musikant, bellt wie ein Straßenpunk und füllt viel leeren Raum mit futuristischen Konsolenklängen. Man sitzt einem rothaarigen Jungen gegenüber, der so viele Sommersprossen hat wie Facebook-Freunde. Man erkennt in ihm die Zukunft der Musik. Die Alten, die in der Kulturlandschaft den Ton angeben und die Zukunft früher schöner fanden, die geburtenstarken Jahrgänge, die Retrofuturisten - sie diskriminieren ihn als Wunderkind. Dabei ist Archy Marshall nur eines von vielen Kindern seiner Zeit. Man wird noch viel von ihnen hören, und auch noch in zwanzig Jahren.

Irgendwann zwischen den Achtzigern und Neunzigern kam der Musik der Fortschrittssinn abhanden. Als Entschuldigung diente die Postmoderne. Techno galt als letzte Popbewegung, in der sich die allerletzten Grenzen und Konflikte auflösten, im rasenden Stillstand. Es war auch die Zeit, in der sich Forscher an der Universität von

Der Sound im Jahr 2033 Früher war nicht alles besser: Die Musik von morgen wird freier und schöner klingen als je zuvor

Erlangen wieder mit Schallplatten befassten, um Musikstücke so originalgetreu wie möglich in versandgerechte Datenpäckchen zu verwandeln. Karlheinz Brandenburg, ein Mathematiker am Fraunhofer-Institut, schickte das erste Stück im MP3-Format durchs Telefonnetz, „Tom's Diner“ von Suzanne Vega. MP3 wurde zum Standard. Bevor das Jahrhundert ausklang, stellte ein Student aus Thailand den geheimen Code ins Netz und stürzte das Musikgeschäft in eine Krise, von der es sich nie wieder erholen wird. Damit war auch der Glaube an die Zukunftsmusik endgültig verloren.

Heute kann man die Musikgeschichte streamen. Alles, was je aufgenommen wurde, von der Gründerzeit der Popmusik bis zu den Neuerscheinungen der laufenden Woche. 19-Jährige wie Archy Marshall finden es zwar noch ganz schick, dass man Musik als Artefakt besitzen kann: als Schallplatte, CD oder Datei. Sie finden es aber nicht notwendig. Musik verflüchtigt sich als Ware, die man nicht mal mehr kopieren oder klauen muss. Das Recht am geistigen Eigentum ist kein Naturgesetz, das war es nie. Der Industrie entgleiten zunehmend die Instrumente, um die Rechte durchzusetzen. Für die musizierende Jugend ist das Copyright ein alter Witz. Man muss kein Spinner und Prophet sein, um vorherzusagen, dass sich das Musikleben fundamental verändern wird. Zum Besseren.

Dass digital noch vorzugsweise in der Betaversion musiziert und konsumiert wird, also wie im 20. Jahrhundert, liegt nicht nur an den Beharrungskräften der Musikmärkte. Noch hartnäckiger halten sich die alten Ideologien. Warnten früher Ohrenärzte junge Menschen vor den Folgen der modernen Popmusik, beklagen heute Klangkritiker den Verfall der Hörkultur durch iTunes oder Spotify. Das Feindbild des zerstreuten Hörers aus der Rezeptionsforschung der Siebziger taucht wieder auf wie ein Gespenst.

Der „Guardian“ lobt Archy Marshall als „Stimme seiner Generation“, als sei damit alles gesagt. Dass Musiker wie Marshall die Musikgeschichte jederzeit und überall als Quelle nutzen, dass sie immer mehr zu wissen scheinen als man selbst, und dass es nie mehr braucht als einen Mausklick, ist das Generationsproblem der Alten. Niemand reagiert so feindselig auf eine richtungsweisende kleine App wie „Traktor“, mit der jeder DJ spielen kann, als stünde er seit Jahren an den Plattentellern dieser Welt. Die Alten predigen immer verzweifelter den Segen der Verknappung früher und die Seligkeit des Echten. Es gibt längst kein Instrument mehr, das sich nicht am Heimcomputer überzeugend simulieren ließe, vom einst raumfüllenden Synthesizer bis zum präparierten Röhrenverstärker. Man muss nur etwas damit anzufangen wissen. Andy Marshall weiß es.

Auch fürs 21. Jahrhundert gilt: Vorsprung durch Technik. In den Künsten wirkte dabei stets eine gewisse Trägheit. Als elektrische Gitarren aufkamen, spielten die Gitarristen zunächst wie gehabt, nur lauter, bevor sie ein völlig neuartiges Instrument entdeckten. Auf den ersten Synthesizern wurde Bach gespielt, und Sinfonien wurden mit zehn Fingern aufgeführt. Kein Kunsthandwerkzeug hatte es so schwer wie der Computer. Was auch daran lag, dass digitale Instrumente entweder wie analoge aussahen, wie Schlagzeuge und Heimorgeln, oder aber am Laptop generiert wurden von blassen Nerds. Es gab Versuche, völlig neue Manuale zu erfinden, in der Regel Tafeln mit bunt blinkenden Sensoren, um den Musiker auch körperlich mit den Technologien zu versöhnen. Seit es den Tablet-Computer gibt mit seinen tastsensiblen Oberflächen, werden Pulte wie das „Push“ mit wachsender Begeisterung bedient. Die Möglichkeiten sind schier unerschöpflich, und allein die Quantität stellt eine ungeahnte Qualität in Aussicht. Freuen wir uns auf das Jahr 2033.

Es war nie so leicht, sich musikalisch anregen zu lassen und zu bilden. Nie war es erschwinglicher und einfacher, daraus erlesene Musik zu machen. Nie zuvor waren Konsum und Produktion sich näher. Um im Ton zu bleiben: Es war immer schon ein Traum der Popmusik, die Produktionsmittel zu vergesellschaften. Musik wird dadurch freier werden. Sie wird immer schöner klingen, sogar digital. Der MP3-Gegner Neil Young lässt ein Dateiformat entwickeln, „Pono“, das dem Sound der Schallplatte entsprechen soll. Der MP3-Großvater Karlheinz Brandenburg steht kurz vor dem vollendeten 3D-Klang, „Iosono“ soll den Raum erobern, nicht bloß virtuell. Die alte Plattenindustrie sieht in der digitalen Jugend die „Verlorene Generation“. Vielleicht sind die Verlorenen einfach nur weiter, man muss sie nur lassen.

Archy Marshall singt als King Krule: „I'm the only one believing / There's nothing / To believe in.“ Er glaubt, dass er nichts glaubt. Seine Musik braucht kein harmonisches Gerüst und keine Melodie als Halt mehr. Man ahnt noch

Der Sound im Jahr 2033 Früher war nicht alles besser: Die Musik von morgen wird freier und schöner klingen
als je zuvor

nicht, was das sein könnte, wie man es einmal nennen wird. Auch Marshall ahnt es nicht, aber er denkt darüber
nach und sagt: „Ich bin ein Pionier in meiner eigenen Musik. Für mich ist sie ja auch neu.“

Die verlorene Generation ist einfach nur schon weiter als die Gegenwart

Load-Date: September 6, 2013

End of Document

Gaucks Geste an die Migranten; Der künftige Präsident besucht Opferfamilien. Widersprüchliche Signale aus der Türkei

Die Welt

Samstag 25. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 48

Length: 1078 words

Byline: Torsten Krauel

Highlight: Botschafter vermittelt Telefonat mit Staatspräsident Abdullah Gül. Der wünscht Gauck viel Glück. Journalist von „Hürriyet“ vergleicht Gauck mit Hitler. Wulff sei von Konservativen aus dem Amt gedrängt worden

Body

Manchmal ist politisches Vertrauen eine Frage der Geste zum richtigen Zeitpunkt. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, hat sehr positiv darauf reagiert, dass Joachim Gauck sich am Donnerstag nach dem offiziellen Gedenkstaatsakt für die Opfer der Neonazi-Terroristen noch die Zeit für ein eigenes Treffen mit den Angehörigen der Opferfamilien und mit dem türkischen Botschafter Hüseyin Avni Karslioglu genommen hat. Wie in einem Teil der Freitagsauflage gemeldet, hatte Gauck den Besuch auch für ein privates Telefonat mit dem türkischen Präsidenten Abdullah Gül genutzt.

Kolat revidierte nach der Begegnung seine Haltung. Er hatte wegen einer früheren Äußerung Gaucks über Thilo Sarrazin bezweifelt, dass der parteilose Pfarrer eine gute Wahl sei. Kolat sagte der „Welt“: „Ich habe kurz nach der Gedenkfeier mit Herrn Gauck gesprochen, und er war sehr liebevoll und sehr berührt. Ich habe allen Grund anzunehmen, dass Joachim Gauck das Thema Integration - ganz im Sinne Christian Wulffs - als eines der wichtigsten Themen seiner Amtszeit annehmen wird.“ Gauck habe mit seinem Auftritt einen großen Schritt zur Vertrauensbildung getan. „Die Angehörigen der Opfer fühlten sich sehr ernst genommen.“

Die Begegnung mit den Opferfamilien dauerte mehrere Stunden und fand im „Türkischen Haus“ statt, nicht weit vom KaDeWe und der CDU-Bundeszentrale entfernt. Das kurze Telefonat mit dem türkischen Staatspräsidenten sei sehr freundlich verlaufen, hieß es. Gauck habe mit allen Familien, die bei der Mordserie der neonazistischen Terrorgruppe einen Angehörigen verloren hatten, das persönliche Gespräch gesucht und sei von Tisch zu Tisch gegangen. In einer Ansprache an die Familienangehörigen betonte Gauck, dass Neonazismus in Deutschland keine Chance habe. Der Staat würde sich wehren, auch die Bürger der Bundesrepublik würden sich der „braunen Brut in den Weg stellen“. Gauck hielt die Rede nicht als designierter Bundespräsident, sondern „als Bürger und Vorsitzender des ‚Vereins gegen das Vergessen‘“. Viele Hinterbliebene reagierten bewegt auf den Auftritt. Gamze Kubasik, die Tochter des im April 2006 von den NSU-Terroristen ermordeten Dortmunder Kioskbesitzers Mehmet

Gaucks Geste an die Migranten Der künftige Präsident besucht Opferfamilien. Widersprüchliche Signale aus der Türkei

Kubasik, will Gauck nun auf der Bundesversammlung am 18. März zum Präsidenten wählen. Sie wurde von den Grünen als Wahlfrau nominiert. Der grüne Fraktionschef der NRW-Grünen, Reiner Priggen, verzichtet für Kubasik auf sein Mandat in der Versammlung.

Ahmet Külahci, der Redaktionsleiter der türkischen Zeitung „Hürriyet“ in Berlin, sagte ebenfalls, von der türkischstämmigen Gemeinschaft sei Gaucks Besuch im „Türkischen Haus“ und sein Gespräch mit den Hinterbliebenen durchaus positiv aufgenommen worden. „Seine kurze Ansprache haben die Familien als sehr ermutigend empfunden, und Gauck gab das Signal, dass Rechtsextremismus und Integration in Zukunft für ihn ein wichtiges Thema sein werden.“

Gaucks Telefonat mit Staatspräsident Gül sei nicht viel mehr als eine kurze, freundliche Vorstellung gewesen, wenn auch ein wichtiges Signal. Gül wünschte dem designierten Bundespräsidenten Glück und Erfolg bei der Wahl. Er hoffe, dass die engen persönlichen Beziehungen, die er zu Christian Wulff habe entwickeln können, sich in der Amtszeit Gaucks ebenso gestalten werden. Vor seinem Amtsantritt in Berlin war Botschafter Hüseyin Karslioglu vier Jahre lang der Berater Güls gewesen. Karslioglu hatte den Staatspräsidenten während dessen Aufenthalt in einem Militärlager zu den Wintermanövern der türkischen Armee angerufen und Gauck anschließend den Hörer hingehalten. „Man hat Gauck ja viel vorgeworfen, bis hin zur Unterstützung Sarrazins, da war sein Auftritt ein gutes Zeichen dafür, dass er für die Türkischstämmigen da sein wird“, sagt Ahmet Külahci.

Der Ressortleiter Außenpolitik der „Hürriyet“, die eine Millionenaufage hat, Emre Kizilkaya, enthielt sich am Freitag in seinem Internetblog noch eines Kommentars zu dem Auftritt. Kizilkaya hatte dort am Vortag scharfe Angriffe gegen Gauck gerichtet. Die deutsche Presse habe die Vorwürfe gegen Wulff seit langem gekannt und jetzt „auf den Abzug gedrückt“, weil Wulff alle konservativen Deutschen mit dem Satz über den zu Deutschland gehörenden Islam verstört habe. Auf diese Weise habe „eine bestimmte Clique in den konservativen Kreisen“ Wulff aus dem Amt gedrängt, „ohne den wahren Grund ihres Unbehagens zu benennen“, und ihn durch Gauck ersetzt, schrieb der türkische Journalist. Gauck sei bei Integrationsfragen das exakte Gegenteil von Wulff. Gauck sei als Pastor „sicherlich ein ethischer Puritaner, aber wir wissen, dass Adolf Hitler auch ein Puritaner war“. Er wolle der Falle ausweichen, rechte Tendenzen in Deutschland auf Hitler zu reduzieren („reductio ad Hitlerum“), dafür seien sie noch zu bedeutsam, wie der Skandal um die NSU zeige. „Wir werden sehen, ob Gauck wie Wulff der Präsident aller Deutschen sein wird, oder der Führer einer bestimmten Gruppe“.

In Deutschland sucht derweil auch die Linkspartei Kontakt zum designierten Staatsoberhaupt. Parteichef Klaus Ernst hat Gauck zu einem Gespräch über inhaltliche Fragen mit Vertretern seiner Partei und Fraktion eingeladen. Ernst sagte der „Leipziger Volkszeitung“: „Wir werden Herrn Gauck selbstverständlich einladen. Dann werden auch die Punkte zur Sprache kommen, an denen wir unterschiedlicher Auffassung sind, zum Beispiel seine Pro-Banken-Haltung in der Finanzkrise.“ Am Donnerstagabend hatte die Linkspartei ihren Versuch, eine eigene Persönlichkeit gegen Gauck aufzubieten, zunächst ergebnislos abgebrochen. Im Gespräch waren zuletzt die deutsch-französische Aktivistin Beate Klarsfeld, der Kölner Professor Christoph Butterwegge und die Bundestagsabgeordnete Luc Jochimsen, die wie Gauck bereits 2010 schon einmal kandidiert hatte. Das Treffen der Linkspartei mit Gauck soll in der kommenden Woche stattfinden. Am Montag stellt sich Gauck zunächst den Spitzengremien von CDU und SPD vor. Am Dienstag wird er die Fraktionssitzungen von SPD, Grünen und der FDP aufsuchen.

Das Bundesinnenministerium hat am Freitag die voraussichtliche Sitzverteilung in der Bundesversammlung vom 18. März bekanntgegeben. Vorbehaltlich einiger notwendiger Losentscheide in drei Landtagen werden die Unionsparteien 487 bis 490 Sitze haben, die SPD 328 oder 329 und die FDP 136 Sitze. Die Grünen kommen auf rund zehn Sitze mehr als die Liberalen, die Linke auf rund zehn Sitze weniger. 16 Mitglieder der Bundesversammlung werden sonstigen Gruppierungen angehören.

Graphic

Gaucks Geste an die Migranten Der künftige Präsident besucht Opferfamilien. Widersprüchliche Signale aus der Türkei

Dapd/Oliver Lang

Joachim Gauck mit Grünen-Chef Cem Özdemir (r.) und Botschafter Hüseyin Avni Karslioglu (M.)

Load-Date: February 25, 2012

End of Document

Griechenland; Rassisten quälen Ägypter

Die Welt

Dienstag 28. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 201

Length: 188 words

Byline: Boe.

Body

Ein rassistischer Übergriff auf einen **Migranten** schockt die Menschen in der Kleinstadt Nea Manolada auf der griechischen Halbinsel Peloponnes. Zwei Männer klemmten demnach den Kopf eines Ägypters nach einem Streit im Seitenfenster ihres Wagens ein und schleiften den Mann fast einen Kilometer durch die Straßen. Die Polizei bestätigte den Zwischenfall, der sich am vergangenen Samstag ereignet hatte, und sprach von einem rassistischen Hintergrund. Augenzeugen hatten die Polizei alarmiert. Das 22-jährige Opfer ist nach Berichten örtlicher Medien inzwischen außer Lebensgefahr. Die Polizei nahm einen 35-jährigen Griechen als mutmaßlichen Täter fest, nach dem anderen Mann werde gefahndet. Menschenrechtsorganisationen berichteten, es habe mindestens 200 Überfälle mit rassistischem Hintergrund in den vergangenen zwei Monaten gegeben. In Athen wurde ein irakischer **Migrant** von schwarz gekleideten Männern totgeschlagen. Seit 2002 suchten mehr als eine Million Menschen in Griechenland Zuflucht. Die rechtsextreme Partei Goldene Morgenröte zog bei der Wahl am 17. Juni mit knapp sieben Prozent und 18 Abgeordneten ins Parlament ein.

Load-Date: December 23, 2012

Syrisches Regime gerät noch stärker unter Druck

Die Welt

Freitag 16. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 65

Length: 254 words

Body

Vor der Gewalt syrischer Regierungstruppen sind binnen eines Tages etwa 1000 Menschen in die benachbarte Türkei geflüchtet. Damit seien nun etwa 14.700 Syrer als Flüchtlinge registriert, zitierte die türkische Nachrichtenagentur Anadolu am Donnerstag einen Sprecher des Außenministeriums in Ankara. Erneut sei ein syrischer General geflüchtet, sodass nun insgesamt sieben ranghöchste syrische Offiziere in der Türkei untergeschlüpft seien. Die Türkei bereitet sich auf eine Aufnahme Zehntausender Flüchtlinge vor.

Saudi-Arabien hat angesichts der anhaltenden Angriffe von Assads Truppen auf die Opposition seine Botschaft in der syrischen Hauptstadt Damaskus geschlossen. Alle Diplomaten und das Personal seien abgezogen worden, meldete die amtliche saudische Presseagentur. Das saudische Königreich ist einer der führenden Unterstützer der syrischen Rebellen. Italien hat seine Botschaft in Damaskus ebenfalls geschlossen, wenngleich nach Angaben aus Rom vorübergehend, und Personal des diplomatischen Sitzes abgezogen.

Ein Jahr nach Beginn der Massenproteste in Syrien haben 200 Nichtregierungsorganisationen aus 27 Ländern eindringlich ein Ende der Gewalt im Land gefordert. Der UN-Sicherheitsrat werde aufgefordert, schnellstens eine Resolution zu verabschieden, die ein Ende des Blutvergießens verlange, heißt es in der Erklärung. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) forderte vor allem Russland und China auf, die UN-Resolution mitzutragen, nachdem beide Länder diese bereits zwei Mal blockierten. DW

Load-Date: March 16, 2012

Neue Lust auf Deutschland; 80 Prozent der Studenten aus Nicht-EU-Staaten wollen nach ihrem Abschluss zumindest für einige Jahre bleiben

Die Welt

Freitag 20. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 93

Length: 1125 words

Byline: Thomas Vitzthum

Highlight: Vor allem der Arbeitsmarkt übt auf die Absolventen eine hohe Anziehungskraft aus. Wäre da nicht die deutsche Sprache? Die Politik erkennt, dass das Potenzial an internationalen Fachleuten bisher nicht ausgeschöpft wird

Body

Vorbei die Zeiten, als sich an Stipendien die Bedingung knüpfte, dass die Studenten nach dem Abschluss in ihr Heimatland zurückkehren müssen. Heute werden diese Ausländer als potenzielle Fachkräfte umworben. 200.000 Studenten aus Nicht-EU-Staaten gibt es an den deutschen Hochschulen - und es werden wohl noch mehr. Um 60 Prozent ist ihr Anteil allein in den vergangenen zehn Jahren gestiegen.

Doch ihr Potenzial, das auf Kosten der Steuerzahler generiert wird, kann Deutschland noch nicht ausschöpfen. Laut einer Studie des Forschungsbereichs für Integration und **Migration** beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen wollen fast 80 Prozent der Masterstudenten aus Nicht-EU-Staaten nach ihrem Abschluss zumindest für einige Jahre bleiben. Deutschland ist damit im Vergleich zu anderen Staaten hochattraktiv. In Frankreich hält es nur rund 66, in den Niederlanden 64 Prozent und in Großbritannien nur etwa die Hälfte. Nur Schweden ist fast so beliebt (75,7 Prozent) wie Deutschland.

Zwischen Wollen und Können besteht jedoch eine große Diskrepanz. Nur 26 Prozent gelingt es, ihren Wunsch umzusetzen. Da mögen persönliche Gründe eine Rolle spielen, die nicht von Politik oder Hochschulen zu beeinflussen sind. Aber es gibt auch solche, die sich ändern ließen: Studenten fühlen sich schlecht über Bleibemöglichkeiten informiert, auch machen es ihnen die bisherigen Gesetze schwer, innerhalb der vorgegebenen Fristen eine Anstellung zu finden. Darüber hinaus stoßen sie nach einem häufig auf Englisch durchgeführten Studium oft auf eine Arbeitswelt, die gerade im exportorientierten Mittelstand exzellente deutsche Sprachkenntnisse fordert.

„Hier zeigt sich das Dilemma zwischen einer zusehends auf Internationalisierung ausgerichteten Hochschullandschaft und dem Arbeitsmarkt“, sagt Gunilla Fincke, die die Studie mitverantwortet. Sie fordert die Hochschulen auf, den Studenten rechtzeitig Sprachkurse anzubieten und sie über die Anforderungen am

Neue Lust auf Deutschland 80 Prozent der Studenten aus Nicht-EU-Staaten wollen nach ihrem Abschluss zumindest für einige Jahre bleiben

Arbeitsmarkt zu informieren. Allerdings sollten sich auch die Unternehmen überlegen, ob es wirklich in allen Bereichen perfektes Deutsch braucht.

Es ist vor allem der Arbeitsmarkt, der die Beliebtheit Deutschlands begründet. In keinem der fünf Länder, in denen insgesamt mehr als 6200 Studenten befragt wurden, versprechen sich die Masterstudenten und Doktoranden so viel von einem Job wie hierzulande. Fast 50 Prozent sind sicher, eine Arbeit zu finden, die ihrer Qualifikation entspricht. In Frankreich haben diese Gewissheit gerade einmal 31,5 Prozent.

Um nach dem richtigen Job zu suchen, haben die Absolventen wohl bald länger Zeit. „Ausländische Studierende sind ein Potenzial, das wir nicht verschenken dürfen“, sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) der „Welt“. Die Bundesregierung habe deshalb soeben ein Gesetz auf den Weg gebracht, das es ihnen leichter mache, nach dem Abschluss einen Arbeitsplatz zu finden. Tatsächlich soll die Frist für die Jobsuche um ein halbes Jahr auf 18 Monate verlängert werden. „Außerdem erweitern wir ihnen die Möglichkeiten, neben dem Studium her zu jobben und sich so den Lebensunterhalt zu verdienen. Damit senden wir ein Signal an diese jungen Leute, dass sie in Deutschland herzlich willkommen sind.“ Noch vor der Sommerpause soll das Gesetz Bundestag und Bundesrat passieren. In der kommenden Woche findet dazu eine Expertenanhörung statt, an der auch Gunilla Fincke teilnimmt.

„Deutschland hat in den vergangenen zehn Jahren viele Liberalisierungsschritte unternommen, während andere Länder wie Großbritannien Hürden errichtet haben“, sagt sie. Noch vor sieben Jahren gab es nicht einmal eine Gnadenfrist. Wer sein Zeugnis in der Tasche hatte, musste gehen; es sei denn, „öffentliches Interesse“ ließ sich nachweisen, was fast unmöglich war. Dahinter stand weniger ausländerfeindliches Denken als vielmehr ein edelmütiger entwicklungspolitischer Gedanke: Lange galt der Grundsatz, „Braindrain“ zu vermeiden. Man wollte nicht die klugen Köpfe aus anderen Staaten abwerben und sie ihnen gleichsam wegnehmen. Vor allem Studenten aus Entwicklungsländern sollten in ihre Heimat zurückkehren. Bei der Stipendienvergabe wurden sie, so erzählen es jene, die dabei waren, nachdrücklich gemahnt, dies auch zu tun. Doch viele kehrten eben nicht in ihre Heimat zurück, sondern suchten sich Arbeit in Ländern, die sich bedankten für die von Deutschland gut und teuer ausgebildeten Bewerber. Ein Umdenken fand statt, und die Politik erkannte an, dass es wenig Sinn hat, mit Instrumenten wie der Greencard für Computerspezialisten Menschen anzuwerben, die keinerlei Erfahrung mit Deutschland hatten, und jenen, die hier ausgebildet wurden, sogar zu verbieten, im ersten Jahr nach ihrem Abschluss wieder einzureisen.

Mit dem „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“ 2005 konnten die Absolventen erstmals befristet bleiben: zunächst für ein Jahr, nun bald also eineinhalb. In Bayern haben Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium schon ihre Tour durch die Hochschulen geplant, mit der sie über die Neuregelung informieren und den Ausländern vermitteln wollen, dass sie jetzt mehr denn je erwünscht sind. Die Gesetzesnovelle bezeichnet Gunilla Fincke als wichtigen Schritt. Um diese Veränderung hinreichend bekannt zu machen, empfiehlt sie, dem Aufenthaltstitel für die Phase der Jobsuche einen eigenen Namen zu geben. „Mit einer Young Talent Card haben andere Staaten gute Erfahrungen gemacht“, sagt sie.

Um noch mehr hier ausgebildete Ausländer zu halten, brauchte es aber wohl auch einen Wandel in den alltäglichen Beziehungen. In Deutschland wird häufiger als in anderen Staaten Diskriminierungserfahrung gemacht. Ein Drittel der Befragten (39,4 Prozent) erklärte, sie hätten Vorurteile und Zurückhaltung erlebt - etwa Studenten aus muslimischen Ländern. Lediglich in Frankreich lag der Wert mit 39,9 Prozent noch etwas höher, am niedrigsten war er in Großbritannien mit 27,4 Prozent. Die Studie hat dabei gezeigt, dass es bei den Masterstudenten und Doktoranden eine hohe Sensibilität dafür gibt, wie in ihrem Gastland über Zuwanderung, über Chancen und Probleme diskutiert wird. Sie leben eben nicht isoliert in ihren Labors und Bibliotheken. „Die Willkommenskultur, wie sie in den Hochschulen inzwischen gepflegt wird, scheint in anderen gesellschaftlichen Bereichen noch weniger entwickelt zu sein“, sagte die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel, der „Welt“. „Diejenigen, die bei uns bleiben wollen, sollten die gleichen Bedingungen am Arbeitsplatz und im Alltag haben wie ihre deutschen Kommilitonen. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind gegeben, die psychologischen offenbar noch nicht.“

Neue Lust auf Deutschland 80 Prozent der Studenten aus Nicht-EU-Staaten wollen nach ihrem Abschluss
zumindest für einige Jahre bleiben

„Ausländische Studierende sind ein Potenzial, das wir nicht verschenken dürfen“ Annette Schavan,
Bildungsministerin (CDU)

Load-Date: April 20, 2012

End of Document

Wo man Freiheit lernt; Wählen, Arbeit suchen, Mails schreiben: In Südkoreas Hanawon-Schule werden Flüchtlinge aus dem Norden auf das Leben in der Demokratie vorbereitet. Ein Besuch

Die Welt

Samstag 3. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 179

Length: 1937 words

Byline: Sören Kittel

Body

Seoul

Man merkt, wie schwer es Lee Jong-Chul fällt, einen Gast in Hanawon herumzuführen: Der Vizedirektor der Einrichtung kann nur leere Gänge und viele Glasfensterfronten zeigen. Lee lächelt nur wenig, er spricht leise, schüttelt oft den Kopf, sagt „Das geht nicht“, wenn man fotografieren will oder „Ich zeige später, wo“, manchmal auch „Das kann ich nicht sagen“, wenn man konkreter nach den Schülern fragt. Auch er selbst wird schließlich bei jedem Schritt hier von Kameras verfolgt, nichts Ungewöhnliches für Südkorea, das geht den 20 Millionen Einwohnern von Seoul nicht anders.

Li ist so zurückhaltend, weil eben doch vieles geheim bleiben muss über diese Ansammlung von Backsteingebäuden auf einem Hügel, rund 100 Kilometer südlich von Seoul. Jemen, Vietnam und Deutschland, drei einst geteilte Länder, sind wieder vereint. Doch in keinem davon gab es einen Ort wie Hanawon: Auf dem Gelände von 15.000 Quadratmetern werden seit 14 Jahren **Flüchtlinge** aus Nordkorea systematisch nach einem Lehrplan mit 392 Unterrichtsstunden in zwölf Wochen auf ihr Leben im Süden vorbereitet. Das beinhaltet unter anderem 121 Stunden für Politik und Geschichte, denn die wenigsten Nordkoreaner wissen, wie demokratische Beteiligung aussehen kann, wie das südkoreanische Parlament funktioniert und welche Rechte die Bürger haben. Kurz: Sie müssen Freiheit lernen.

Doch der weitaus größere Teil der Lehre in Hanawon, mindestens 174 Stunden, sind für Jobsuche und Bewerbungen vorgesehen. Nordkoreanern fehlt es oft am Gefühl für die Selbstvermarktung, sie bestehen deshalb schon Vorstellungsgespräche für einfache Jobs nicht. Zwischen diesen praktischen Themen bietet Hanawon auch Wissen für den Alltag: Mikrowelle bedienen, E-Mails auf dem Mobiltelefon schreiben, ein Kondom auf einen Holzstab aufziehen. Der Norden und der Süden haben sich Lichtjahre voneinander entfernt, hier in Hanawon treffen sie aufeinander, aber nicht die Systeme, sondern die unterschiedlichen Weltsichten, die Menschenbilder.

Wo man Freiheit lernt Wählen, Arbeit suchen, Mails schreiben: In Südkoreas Hanawon-Schule werden Flüchtlinge aus dem Norden auf das Leben in der Demokratie Vorbereitet....

Laut einer aktuellen Statistik aus Hanawon leben jetzt genau 25.170 Nordkoreaner in Südkorea, sie alle waren hier, in diesen Gebäuden inmitten von Reisfeldern und Wäldern, von einer Mauer abgeschlossen von der Welt. Zurzeit leben 158 Nordkoreaner hinter dem großen Eisentor.

Um hier eingelassen zu werden, muss man fast so gut vorbereitet sein, wie an der innerkoreanischen Grenze am 38. Breitengrad, wo sich die Soldaten Süd- und Nordkoreas seit 60 Jahren schweigend gegenüberstehen. Ein paar Tage im Voraus müssen die Ausweise vorliegen. Es heißt, man wolle sich vor nordkoreanischen Spionen schützen. Auch deswegen wird während des Rundgangs nur ein Blick durch die Türen der Klassenzimmer möglich sein. Wie bei einem Besuch in Nordkorea muss man später nur auf seine Erinnerung vertrauen. Es wird ein Blick von außen bleiben, auf die wohl ungewöhnlichste Schule der Welt.

Joseph Park hat sie besucht. Der heute 31 Jahre alte Nordkoreaner sitzt in einem hellen Café in der Innenstadt in Seoul. Es gibt viele lang gezogene Bücherregale, Literatur über Süd-, aber auch über Nordkorea. Der Kaffee kostet stolze 3,50 Euro. Die Inhaberin des Cafés ist Nordkoreanerin. „Bliss & Bless“ steht über dem Eingang, Glück und Segen. Viele Nordkoreaner finden nach ihrer Flucht zum christlichen Glauben. Das ist es aber nicht, was Joseph Park hierher führt. „Hier kann ich meinen Kaffee auch mit nordkoreanischem Akzent bestellen“, sagt er, „ohne danach bemitleidend oder abfällig angeschaut zu werden.“

Park verließ Nordkorea mit 16 Jahren, weil er dem zehn Jahre dauernden Militärdienst entgehen wollte. Er schwamm am 23. August 1999 durch den Grenzfluss Yalu und lief dann 24 Stunden lang ohne Pause, bis er eine Stadt erreichte. Von hier aus schlug er sich bis zur chinesischen Hafenstadt Qingdao durch, arbeitete dort fünf Jahre in einem Hotel und kam dann über Umwege durch Thailand und Laos nach Südkorea. Das war vor acht Jahren. Damals wurde er zunächst für zwei Monate verhört, vom Geheimdienst. Da packte ihn wieder die Angst vor Spionen. „Das war eine seltsame Ankunft“, sagt er, „ich dachte, ich sei endlich am Ziel.“ Nach den Verhören wurde er in einem Bus nach Hanawon gebracht. Das ist noch heute die übliche Behandlung nordkoreanischer Flüchtlinge. Drei Monate blieb er in dem Institut. Er erinnert sich nicht gern an diese Zeit.

Lee Jong-Chul beginnt seine Führung durch Hanawon. Zunächst geht es vorbei an mehreren Wandzeitungen, wo eine Schautafel mit den verschiedenen Müllsorten hängt. „Hier sollen Nordkoreaner Abfälle trennen lernen. Das fällt ihnen schwer.“ Ein paar Meter weiter finden sich Sinnsprüche an der Wand, die den Geist der Freiheit vermitteln sollen. „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, lautet einer. Darunter: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst.“ Auf Koreanisch und Englisch. Sprache sei ein wichtiger Teil der Ausbildung hier, sagt Li. Es sind 38 Stunden im Lehrplan. Das Südkoreanische sei schließlich auch mit englischen Begriffen durchsetzt. „Nordkoreaner verstehen diese nicht und finden sich deshalb nicht zurecht.“ Zudem bedeuten die selben koreanischen Worte auf den beiden Seiten der Grenze bisweilen etwas vollkommen anderes. Dann lächelt Lee Jong-Chul das erste Mal bei seiner Führung: „Pyongsil zum Beispiel.“ „Auf Südkoreanisch bedeutet das einfach Krankenhaus, auf Nordkoreanisch hingegen ist Pyongsil ein Haus, in dem Soldaten schlafen.“ Es sei schon zu lustigen Verwechslungen gekommen dadurch: „Sie müssen ins Pyongsil!“ - „Nein, da will ich nicht hin!“

Der Nordkoreaner Park hat seinen Nordkoreanischen Akzent längst abgelegt. „Im Norden sprechen wir härter“, sagt er, „deshalb klingt für uns das Koreanisch in Seoul schon fast verweichlicht.“ Südkoreaner wiederum denken oft, Nordkoreaner streiten miteinander, wenn sie sich entspannt unterhalten. Wenn die Leute hören, woher er kommt, werde er manchmal seltsam angeschaut, sagt Park. Es hat Jahre gedauert, bis er südkoreanische Freunde fand. „Vorher wollten sie mir immer helfen, dachten, ich sei arm und wisse nichts von der Welt.“ So ähnlich habe er sich auch damals in Hanawon gefühlt. „Es war eine Zeit, in der ich viele schlimme Geschichten von anderen Nordkoreanern gehört habe, von ihrer Flucht, von ihren Verwandten im Norden, die sie vermissen.“ Bei manchen wünschte er, er hätte sie nie gehört.

Lee Jong-Chul erreicht den Krankenhaustrakt von Hanawon, der im dritten Stock liegt. Von hier kann man über die Mauern blicken, auf ein Feld, über das ein Reiher fliegt. Es riecht steril, hinter Glas beäugen Krankenschwestern skeptisch die Besucher. „Hier arbeiten 20 Sanitäter und Ärzte und versorgen die Flüchtlinge mit dem Nötigsten.“ Es ist auffallend still, gerade gebe es wenige Patienten, sagt Lee. Von den Flüchtlingen, die gerade in Hanawon unterrichtet werden, seien die meisten gerade fast fertig mit ihrer Ausbildung. Seit Neuestem gibt es hier eine

Wo man Freiheit lernt Wählen, Arbeit suchen, Mails schreiben: In Südkoreas Hanawon-Schule werden Flüchtlinge aus dem Norden auf das Leben in der Demokratie Vorb....

Zusatzausbildung für Ärzte aus Nordkorea: Sie können in 18 Wochen medizinische Begriffe lernen, die im Süden benutzt werden, bisher konnten zwölf nordkoreanische Ärzte so in Südkorea in ihrem Beruf arbeiten. Das ist ein wichtiger Schritt, denn egal, welche Ausbildung sie im Norden hatten, ihre Chance arbeitslos zu werden, ist dreimal höher als die eines Südkoreaners.

In Krankenhaustrakt ist außerdem eine weitere wichtige Einrichtung von Hanawon: Genau 46 Stunden von den insgesamt 392 Unterrichtsstunden in Hanawon sind für psychologische Unterstützung vorgesehen. „Wir haben gemerkt“, sagt Lee, „dass viele Nordkoreaner an Stresssymptomen leiden, wenn sie hier ankommen.“ Deshalb habe man die Zahl der Psychologen in Hanawon erhöht. Sie behandeln die Traumata der Flüchtlinge, je nach Fall werde die Zahl der Therapiestunden erhöht. Lee ist sichtbar stolz auf diese Einrichtung, die auch die Stärke von Südkorea zeigt. Für die Zeit nach Hanawon finanziert der Staat 106 Berater im Land, die ehemalige Flüchtlinge unterstützen.

Joseph Park kennt Nordkoreaner, die nach ihrer Zeit in Hanawon ihr Geld sparen für ein „neues Gesicht“, eine plastische Operation also. Sie wollen in ihrer neuen Heimat nicht auf der Straße von Spionen erkannt werden. Die Angst, dass die zurückgelassene Familie im Arbeitslager für die geflohenen Verwandten büßen muss, verlässt die Flüchtlinge auch Jahre nach ihrer Ankunft nicht. Joseph Park hat diese Angst nicht. Seiner Familie gehe es gut, sagt er. Er schickt regelmäßig Geld, umgerechnet etwa 750 Euro im Jahr. Wie die meisten Nordkoreaner im Süden hatte er auch nach seiner Flucht fast immer Kontakt zu seiner Familie - nur eben nicht während der Zeit in Hanawon „Sie haben uns dort wie Gefangene behandelt“, sagt er. „Wir durften drei Monate lang kein Internet benutzen, nicht telefonieren, auch Alkohol war tabu.“

Lee Jong-Chul sagt, dass man viele Regeln inzwischen gelockert habe, es gebe ein Theater mit 400 Plätzen, auf dem Hof werde viel Fußball gespielt, man könne Besuch empfangen. Aber man müsse sich eben vor Spionen schützen. Alkohol sei jetzt erlaubt, es gibt auch einen Raucherraum. „Nordkoreaner rauchen viel“, sagt er, „besonders hier in Hanawon, weil das hier Stress für sie bedeutet.“ Auch die Ausbildung sei verändert worden. Als er vor einem Geldautomaten in der Halle steht, sagt er, dass dieser früher einmal Teil des Unterrichts war. Nordkoreaner sollten hier lernen, wie die Maschinen funktionieren. Inzwischen wüssten das die meisten, weil sie lange in China gelebt haben. „Jetzt müssen sie lernen, mit Geld umzugehen.“ Der Staat gibt ihnen für die ersten 6 Monate nach Hanawon umgerechnet 1500 bis 2000 Euro im Monat, je nachdem wie gut sie ihre Ausbildung abschließen. Es gibt Minuspunkte für Fehlverhalten, aber die Motivation der meisten sei sehr hoch. Viele Flüchtlinge schulden ihren chinesischen Schleusern hohe Summen. Auch darum kümmert sich der Staat jetzt vermehrt, sagt Lee. Es soll verhindert werden, dass sie nach ihrer Ankunft in die Armut rutschen.

Auch wenn es nicht angenehm war: Joseph Park hat vom System Hanawon profitiert. Das weiß er. Nach den drei Monaten konnte er an die Universität gehen, studierte Politik und Wirtschaft, die Studiengebühr übernahm der Staat. Park lernte Englisch, versucht gerade, ein Internet-Start-up zu gründen und war schon ein paar Mal in Amerika. In diesem Sommer will er nach Deutschland, eine Reise in das wiedervereinte Land, anlässlich der 60-jährigen Teilung seiner Heimat. Er freut sich darauf, in Berlin die Mauer zu sehen. Er hat das Gefühl, er kann dort viel lernen.

Am Ende der Tour zeigt Lee noch einige Klassenräume. In einem sitzen drei ältere Damen an einem Computer, winken freundlich, in einem zweiten werden fünf Mädchen in südkoreanischer Geschichte geschult: Nordkorea hat den Krieg begonnen, der vor 60 Jahren mit einem Waffenstillstand endete, der heute wieder infrage gestellt ist. Ein Gespräch erlaubt Lee nicht. Schnell schließt er die Tür.

Derzeit sitzt Joseph Park mehrmals in der Woche in „Bliss & Bless“. An seinem Laptop organisiert er die „North-South-Youth-Talks“, eine monatliche Veranstaltungsreihe, bei der Süd- und Nordkoreaner über ihre gemeinsame Geschichte sprechen. Gerade fand sie zum zweiten Mal statt. „Ich finde, auch der Süden kann etwas vom Norden lernen“, sagt er. „Wir müssen uns von beiden Seiten annähern, sonst ändert sich nichts.“ Park hat sich vor wenigen Wochen bei den Verantwortlichen in Hanawon gemeldet, er wollte dort einen Vortrag über seine Erfahrung halten. Junge Südkoreaner werden immer wieder als freiwillige Unterrichtshilfen engagiert, ehemalige Hanawon-Schüler haben es schwerer. Seine Anfrage wurde bisher abgelehnt. Er wird es weiter probieren.

Wo man Freiheit lernt Wählen, Arbeit suchen, Mails schreiben: In Südkoreas Hanawon-Schule werden Flüchtlinge aus dem Norden auf das Leben in der Demokratie vorb....

Graphic

Joseph Park vor dem Café „Bliss & Bless“

Chung Sung-Jun; Getty Images/AFP/KIM JAE-HWAN; Seokyong Lee/Bloomberg via Getty Images; Sören Kittel/Sören Kittel

Drei Monate verbringen die geflohenen Nordkoreaner in dem streng gesicherten Institut südlich von Seoul (o.). Gelehrt werden Politik und Geschichte, aber auch Alltagsdinge wie die Benutzung von Telefonzellen (u.)

Chung Sung-Jun; Getty Images/AFP/KIM JAE-HWAN; Seokyong Lee/Bloomberg via Getty Images; Sören Kittel/Sören Kittel

Drei Monate verbringen die geflohenen Nordkoreaner in dem streng gesicherten Institut südlich von Seoul (o.). Gelehrt werden Politik und Geschichte, aber auch Alltagsdinge wie die Benutzung von Telefonzellen (u.)

Chung Sung-Jun; Getty Images/AFP/KIM JAE-HWAN; Seokyong Lee/Bloomberg via Getty Images; Sören Kittel/Sören Kittel

Drei Monate verbringen die geflohenen Nordkoreaner in dem streng gesicherten Institut südlich von Seoul (o.). Gelehrt werden Politik und Geschichte, aber auch Alltagsdinge wie die Benutzung von Telefonzellen (u.)

Sören Kittel

Getty Images

Getty Images

Getty Images

Load-Date: August 3, 2013

Politik Kompakt; Fall Gaschke: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Kieler Bürgermeisterin ++ Thüringen: Minister Machnig soll Doppelbezüge zurückzahlen ++ Nahost: Merkel fordert Palästinenser zu Kompromissen auf ++ Diplomatie: Saudi-Arabien lehnt Sitz im UN-Sicherheitsrat ab ++ Marokko: 700 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa aufgehalten

Die Welt

Samstag 19. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 244

Length: 649 words

Body

Fall Gaschke

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Kieler Bürgermeisterin

Der Druck auf Kiels Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke (SPD) nimmt weiter zu. Die Staatsanwaltschaft leitete am Freitag ein Ermittlungsverfahren gegen sie ein. Es bestehe der Anfangsverdacht der Untreue in besonders schwerem Fall, berichtete die Anklagebehörde. Es geht um Gaschkes sogenannten Steuerdeal mit einem Augenarzt. Dieser zahlt für Immobiliengeschäfte 4,1 Millionen Euro Gewerbesteuern und bekommt dafür 3,7 Millionen an Zinsen und Säumniszuschlägen erlassen. Die Staatsanwaltschaft sieht den Anfangsverdacht, dass Gaschke ihre Eilentscheidung pflichtwidrig vornahm und diese zu einem Vermögensnachteil für die Stadt führte. Die Ermittlungen richten sich auch wegen möglicher Beihilfe gegen Stadtkämmerer Wolfgang Röttgers. Für Gaschke erklärte ihr Anwalt Gerald Goecke: „Dem Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen kann Frau Dr. Gaschke aus zahlreichen Gründen mit Gelassenheit entgegensehen.“ So habe es die Ratsversammlung per Beschluss ausdrücklich abgelehnt, Gaschkes Eilentscheidung aufzuheben.

Thüringen

Minister Machnig soll Doppelbezüge zurückzahlen

Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) muss wegen Doppelbezügen von Land und Bund offenbar mit beträchtlichen Rückzahlungsforderungen rechnen. Das habe die Überprüfung seines Ministergehalts und der Verrechnung von Zahlungen des Bundes aus seiner Zeit als Umweltstaatssekretär bis 2009 in Berlin ergeben, hieß es in Thüringer Regierungskreisen. Laut „Thüringer Allgemeine“ sollen es 130.000 Euro sein. Das Finanzministerium wollte nur bestätigen, dass die Prüfung abgeschlossen sei und das Ergebnis dem Minister

Politik Kompakt Fall Gaschke: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Kieler Bürgermeisterin ++ Thüringen :
Minister Machnig soll Doppelbezüge zurückzahlen ++ Nahost....

zugeleitet werde. Er habe dann mit einer Frist von vier Wochen die Möglichkeit zur Stellungnahme. Machnig hatte seine Versorgungsbezüge vom Bund seit 2009 mit 130.817,17 Euro beziffert. Er hatte das Geld im September auf ein Treuhandkonto überwiesen.

Nahost

Merkel fordert Palästinenser zu Kompromissen auf

Angela Merkel hat Israel und Palästinenser zu Zugeständnissen in den Nahost-Friedensgesprächen aufgerufen. „Alle Seiten müssen Kompromisse machen“, sagte die Bundeskanzlerin in Berlin nach einem Treffen mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Sie begrüßte die Zurückhaltung der Palästinenser, die sich nach dem Erhalt ihres UN-Beobachterstatus' 2012 nicht um eine Aufnahme in weitere UN-Organisationen bemüht hätten. Gleichzeitig rief Merkel Israel auf, den Siedlungsbau in den besetzten palästinensischen Gebieten zu stoppen. Deutschland unterstützt die palästinensische Autonomiebehörde in diesem Jahr mit 100 Millionen Euro.

Diplomatie

Saudi-Arabien lehnt Sitz im UN-Sicherheitsrat ab

Einen Tag nach der Wahl zum nichtständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats hat Saudi-Arabien den Sitz abgelehnt. Als Grund nannte das Außenministerium in Riad die „Doppelmoral“ im Rat und dessen Unfähigkeit Konflikte zu lösen. Ein Beispiel dafür sei der Bürgerkrieg in Syrien. Der Sicherheitsrat habe es „dem syrischen Regime erlaubt, Menschen in dem Land mit Chemiewaffen zu töten“. In jüngster Zeit hatte sich das Königreich verärgert über Amerikas Eingehen auf den russischen Vermittlungsvorschlag in der Gifgas-Krise gezeigt und über das westliche Entgegenkommen dem Iran gegenüber.

Marokko

700 Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa aufgehalten

Mehrere hundert Menschen haben versucht, vom Norden Marokkos aus nach Europa zu gelangen. Innerhalb von 48 Stunden seien mehr als 700 Fluchtwillige von den marokkanischen Sicherheitskräften aufgehalten worden, teilte das Innenministerium in Rabat mit. Bei einem der insgesamt 20 Fluchtversuche hätten rund 300 Menschen versucht, „gewaltsam“ in die spanische Enklave Ceuta vorzudringen. Dies sei verhindert worden, rund hundert Flüchtlinge seien festgenommen worden. Die in Marokko liegenden spanischen Enklaven Ceuta und Melilla haben die einzigen Landgrenzen zwischen Afrika und der EU.

Load-Date: October 19, 2013

Magdeburgs prügelnde Mutter; Schimanski ist jetzt eine Frau: Claudia Michelsen und Sylvester Groth als Ermittlerduo im „Polizeiruf 110“ aus Sachsen-Anhalt

Die Welt

Samstag 12. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR; S. 27; Ausg. 238

Length: 568 words

Byline: Elmar Krekeler

Body

Magdeburg sieht eigentlich ganz nett aus. Die Nächte sind tiefblau. Es hängt gern ein gelbes Licht in den Straßen und auf dem Dom. Es gibt schöne Seen. Und so viel Natur. Man kann mit dem Motorrad prima durch Grünanlagen brettern, da kommt man besser durch. Gut, die Asylanten sind in Plattenbauten untergebracht. Aber ansonsten können jene politischen Entscheider Sachsen-Anhalts einigermaßen beruhigt sein, die sich - wie immer lange bevor auch nur eine Minute zu sehen war - lautstark Sorgen machten, ihre Hauptstadt könnte allzu schlecht wegkommen in „Der verlorene Sohn“, dem ersten Fall für den neuen, nun vom gemütlichen Halle in die Landeszentrale umgezogenen sachsen-anhaltinischen „Polizeiruf 110“, sie können einigermaßen beruhigt sein.

Wenigstens äußerlich ist in der Domstadt alles in Ordnung - sieht man mal davon ab, dass die bezeichnenderweise vornamenlosen Kommissare Brasch (Claudia Michelsen) und Drexler (Sylvester Groth) arbeiten und und ihre Vernehmungen durchführen müssen in Räumen, die ihre Vergangenheit als Turnhallen kaum verleugnen können (man kann den Schweiß noch riechen). Mit der inneren Verfasstheit der Stadt, die da mit einiger Schonungslosigkeit offengelegt wird, sieht das allerdings schon anders aus.

Friedemann Fromm, der Regie führte und mit seinem Bruder Christoph das ziemlich klug geschnittene Drehbuch schrieb, geht direkt mitten hinein in die Magdeburger Problemzone, die kein einigermaßen statistisch Bewandter verleugnen kann. Ein Farbiger, ein Asylant wird durch die gelb beschienenen Straßen unterm blauen Himmel gejagt. Einen Schnitt weiter liegt er, von fünf Kugeln getroffen, aber seltsamerweise umgezogen und mit Benzin gereinigt, mit zerschossenem Herzen im Empfangsbereich eines Fitnessstudios.

Schonungslose Aufklärung verlangen die politischen Entscheider. Der Polizeichef zwingt zu diesem Behufe eines der interessantesten neuen Ermittlerpaare zusammen. Sie können sich gar nicht riechen am Anfang, Drexler, der spitzfingrige, magengeschwürgesichtige, schwarzbetrenchcoatete Sensible, der fließend Französisch spricht, und Brasch, die kraftstrotzende und mit kräftigem Tritt über alle Grenzen gehende Rockerbraut, die leider Jule Neigels Frisur aus den 80ern auftragen muss. Sie immer am Rande der Illegalität, er immer am Rande der Illoyalität.

Magdeburgs prügelnde Mutter Schimanski ist jetzt eine Frau: Claudia Michelsen und Sylvester Groth als Ermittlerduo im „Polizeiruf 110“ aus Sachsen-Anhalt

Brasch wird gleich in ihrem ersten Fall von ihrer Vergangenheit eingeholt. Sie hatte ein Verhältnis mit dem verdächtigen exilrussischen Fitnessklubbesitzer. Und sie hat einen Sohn, Andy mit Namen, der in einer ebenfalls möglicherweise nicht ganz unschuldigen Nazi-Band die Trommel schlägt und „Warum ich meine Heimat liebe“-Reden hält.

Das ist der Zentralkonflikt: Zwischen Brasch und Andy, verlorener Mutter und verlorenem Sohn, zwischen ehemaliger Punkerin und neuem Nazi, der Polizistin, die doch auch mal das System abschaffen wollte, und Andy, dem verrannten Kind, das nicht versteht, was daran so falsch ist, wenn es auch die (vermeintlich) falschen Verhältnisse stürzen will. Sie verlieren zunehmend die Kontrolle über ihre Gesichtszüge, sie liefern sich ein Einsamkeitsduell an der Elbe, das keiner gewinnt.

Nächstes Mal ist Drexler, der sympathische Unsympath, der diesmal nur den Satelliten für diesen klassisch-tragischen Mutter-Sohn-Konflikt gibt, dran. Und wir freuen uns drauf. Schon als Trabant ist Sylvester Groth ganz großartig.

„Polizeiruf 110: Der verlorene Sohn“, Sonntag, 20.15 Uhr, ARD

Graphic

MDR/ Julia Terjung

Muss Jule Neigels 80er-Jahre-Frisur auftragen: Brasch (Claudia Michelsen)

MDR/Julia Terjung

Load-Date: October 12, 2013

Die schlimmste Nacht der Bayern; München verpasst gegen Chelsea auch den dritten Titel. Hoeneß fordert mehr Charakter und kündigt Veränderungen

an

Die Welt

Montag 21. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: SPORT; S. 16; Ausg. 117

Length: 1130 words

Byline: Julien Wolff

Highlight: „Auf Dauer habe ich keine Lust, immer Platz zwei zu belegen. Das ist kein Zustand, den ich akzeptieren kann“ Sportchef Nerlinger sagt: „Diese Niederlage wird uns verfolgen“

Body

München

Arjen Robben sah aus, als würde ihn ein **Migräneanfall** plagen. 2.15 Uhr am Sonntagmorgen saß der Offensivstar des FC Bayern auf dem Bankett des Rekordmeisters im Münchner Postpalast, setzte die Ellenbogen auf den Tisch und vergrub seinen Kopf in den Händen. Klubchef Karl-Heinz Rummenigge begann mit seiner Rede und sagte, dass er an so einem Abend vielleicht besser daheim geblieben wäre. Robben rutschte auf seinem Stuhl weiter runter. Rummenigge sagte, die Mannschaft habe drei Matchbälle ausgelassen. Robben schaute kurz hoch und schloss die Augen. Rummenigge sagte, der Klub habe eine große Chance verpasst. Robben verschwand beinahe unter dem Tisch, klammerte sich an einen Stuhl, als könne er sich nicht mehr halten. Seine Frau Bernadien saß daneben und blickte ihn wie eine Mutter an, die sich um ihren Sohn sorgt. Robben war in diesem Moment so klein und verletzlich wie wohl nie zuvor.

Der vorangegangene Abend hat den FC Bayern schockiert - und wird ihn verändern. 4:5 (1:1, 1:1, 0:0) verlor der Klub das Endspiel der Champions League nach Elfmeterschießen gegen den FC Chelsea. Engländer gewinnen gegen Deutsche im Elfmeterschießen - verkehrte Welt. Das „Finale dahoam“ wurde zum „Drama dahoam“. München hätte die erste Mannschaft sein können, die den wichtigsten Klubwettbewerb im eigenen Stadion gewinnt. Die Bayern hätten in dieser Saison das Tripel holen können, jetzt stehen sie ohne Titel da. Natürlich kommt da Spott: Vizekusen 2.0, scherzen die Fans anderer Klubs. „Wir haben immer über Leverkusen gelächelt, jetzt sind wir in einer ähnlichen Situation“, sagte Präsident Uli Hoeneß.

1999 verloren die Münchner das Finale der Champions League in Barcelona gegen Manchester United, die Engländer machten in den letzten Minuten aus einem 0:1 ein 2:1. Jetzt weinen die Bayern-Fans wieder. Auf der Fahrt vom Stadion zum Bankett sah Rummenigge viele von ihnen durch die Straßen schlurfen. Er habe ihre Trauer

Die schlimmste Nacht der Bayern München verpasst gegen Chelsea auch den dritten Titel. Hoeneß fordert mehr Charakter und kündigt Veränderungen an

gespürt. Die Niederlage gegen Chelsea sei „noch bitterer, noch brutaler und eigentlich auch überflüssiger“, sagte Rummenigge. Sportchef Christian Nerlinger: „Ein Albtraum, wie ein schlechter Film.“

Das Drehbuch: Thomas Müller köpft Bayern in Führung (83.), Didier Drogba löst sich bei einem Eckball von Gegenspieler Jerome Boateng und köpft das 1:1 (88.). In der Verlängerung foult Drogba Bayerns Franck Ribery, Robben schießt den fälligen Strafstoß, Chelseas Torwart Petr Cech hält (95.). Es kommt zum Elfmeterschießen, die Bayern führen, doch dann pariert Cech den Schuss von Ivica Olic, Bastian Schweinsteiger schiebt den Ball an den Innenpfosten, und Drogba führt die Londoner als letzter Schütze zum Triumph. „Wir hatten eine Hand schon am Pokal. Wir wissen nicht, wie uns geschehen ist. Ich denke nur: Wann kommt mal wieder die Möglichkeit, ein Finale der Champions League zu spielen“, sagte Torwart Manuel Neuer.

Die Erkenntnisse der Saison sind für die Bayern ernüchternd: Borussia Dortmund hat ihnen national sportlich den Rang abgelassen. Die Stars Ribery und Robben machen auf europäischen Spitzenniveau derzeit nicht mehr den Unterschied aus - zumindest nicht im positiven Sinne. Das Finale war symptomatisch für die Spielzeit: In vielen wichtigen Momenten der wichtigen Partien war die Mannschaft nicht konsequent genug. Mia san mia, das geht nur mit Trophäen. „The winner takes it all“, sagte Hoeneß.

Er ließ beim Bankett den Blick durch den Saal schweifen. Hinter Hoeneß ging Wolfgang Niersbach, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, zu den Spielern und tröstete sie. Der Postpalast war voller Ehrengäste wie Günter Netzer oder Edmund Stoiber, und trotzdem war Hoeneß allein. Der Sieg hätte sein Lebenswerk gekrönt. Ihm war anzumerken, wie ihn Gedanken und Gefühle aufwühlten. „Ich habe einige Dinge gesehen, die mir nicht gefallen haben“, sagte er.

Was meint Hoeneß? Ein Aspekt dürfte die Szene vor dem Elfmeterschießen gewesen sein. Trainer Jupp Heynckes fragte, wer schießen will. Anatoli Timoschtschuk wollte wohl nicht, der ausgewechselte Thomas Müller redete lautstark auf ihn ein. Auch andere Feldspieler wie Toni Kroos drängten sich offenbar nicht gerade auf, und so trat Neuer zum dritten Strafstoß an. „Ich bin eingesprungen“, so Neuer. Fehlte seinen Kollegen der Mut? Lähmte sie so kurz vor dem Erfolg die Erwartungshaltung der Verantwortlichen und Fans? Kampf, Willen und Einsatz der Spieler seien „okay“ gewesen, sagte Rummenigge. Okay genügt für den großen Triumph nicht.

Die Bayern spielten in dieser Saison oft hervorragend, 73 Punkte in der Bundesliga und Siege über Real Madrid und Manchester City sprechen für sich. Aber was nutzt es? „Auf Dauer habe ich keine Lust, immer Platz zwei zu belegen. Das ist kein Zustand, den ich akzeptieren kann. Einmal kann das passieren, aber zweimal, dreimal...“, so Hoeneß.

Rund 60 Millionen Euro hat sein Klub in dieser Saison in der Champions League eingenommen. Für die neue Spielzeit hat er Verteidiger Dante von Borussia Mönchengladbach, Mittelfeldtalent Xherdan Shaqiri vom FC Basel und Ersatztorwart Tom Starke von der TSG Hoffenheim verpflichtet. Aber das genügt noch nicht. Die Bayern wollen sich weiter verstärken. Eine Transferoffensive wie 2007 werde es trotz allem aber nicht geben, ließ Hoeneß durchblicken.

Die Vereinsführung stellt offenbar fest, dass es der Mannschaft weniger an Qualität als an einigen Charaktereigenschaften fehlt. Giftig sein, Erfolge erzwingen, total an sich glauben. Ribery hatte in der Halbzeit des Halbfinalhinspiels Robben attackiert, und im Finale habe Hoeneß keinen gesehen „wie Jens Jeremies, der dem Gegner schon beim Einlaufen in die Waden beißt“.

Solche Spielertypen gibt es kaum mehr. Dortmund hat sich diese Mentalität als Mannschaft geschaffen, das muss auch das Ziel der Bayern sein. Heynckes will seinen bis 2013 gültigen Vertrag erfüllen. Dass er Müller nach seinem Tor gegen Daniel van Buyten auswechselte, war verständlich, erwies sich aber nicht als hilfreich.

Die ersten Spieler verließen nach einer knappen Stunde das Bankett. Was Fußballprofis in der schlimmsten Nacht ihrer Karriere denken, wissen nur Fußballprofis. Ihre Gesichter ließen es erahnen: Fußball ist mein Leben, meine Liebe. Warum nur kann er so grausam sein? Und da war Wut. Auf sich selbst.

Die schlimmste Nacht der Bayern München verpasst gegen Chelsea auch den dritten Titel. Hoeneß fordert mehr Charakter und kündigt Veränderungen an

Am Dienstag spielen sie in einem Freundschaftsspiel gegen die Niederlande. Lust dürfte derzeit keiner darauf haben, als Ablenkung ist die Partie aber wohl gar nicht schlecht. Denn Sportchef Nerlinger sagte das, was in dieser Nacht alle spürten: „Das ist keine Niederlage, die du an einem Abend abstreifst. Diese Niederlage wird uns verfolgen.“

„Das ist keine Niederlage, die du an einem Abend abstreifst. Diese Niederlage wird uns verfolgen“ , Christian Nerlinger, Sportchef FC Bayern

Peter Hyballas Taktikcheck: „Jeder deutsche Jugendtrainer würde dafür entlassen“welt.de/hyballa

Graphic

Reuters/Kai Pfaffenbach

Bastian Schweinsteiger vergräbt nach dem verlorenen Finale sein Gesicht im Trikot. Bayerns Mittelfeldchef verschoss den letzten Elfmeter der Münchner

Load-Date: September 12, 2012

Was würde Jesus tun?; Gottes Sohn hatte schon mal bessere Manieren. Auf dem Album „Yeezus“ spuckt uns der Rapper Kanye West seine Predigten vor die Füße

Die Welt

Mittwoch 19. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR; S. 21; Ausg. 140

Length: 1140 words

Byline: Anne Waak

Body

Als Kanye West vor zweieinhalb Monaten „June Eighteen“ twitterte, nur diese zwei Worte, da war nicht ganz klar, was er damit ankündigte. Der mit 14 Grammys ausgezeichnete Rapper und seine Freundin, die Reality-TV- und Lästergazetten-Bewohnerin Kim Kardashian, hatten zu diesem Zeitpunkt nämlich beide etwas in der Pipeline. Im Fall des 36-jährigen West handelte es sich um das sechste Soloalbum. 2010 hatte er mit „My Beautiful Dark Twisted Fantasy“ ein musikalisches Großwerk veröffentlicht, in dem er zeigte, dass HipHop, vermählt mit zwingenden Melodien und Samples aus den abstrusesten Quellen, zur wegweisenden Popmusik werden kann. Kardashian trug das gemeinsame Kind aus.

Seit gut einem Jahr sind Kim und Kanye ein Paar und dank schwarzer Outfits zu einer optischen Einheit mit dem Namen Kimye verschmolzen. Kimye gilt manchen nun als geglückte postrassistische Integrationsleistung: Die amerikanische Mittelschichtsfrau Kim mit ihrem armenischen **Migrationshintergrund** und der afroamerikanische Rapper aus einem bürgerlich-bürgerrechtsbewegten Elternhaus zeugen ein Kind.

Noch bevor das bislang noch namenlose Kimye-Baby am Samstag das Blitzlicht der Welt erblickte, leakte das Album. Obwohl es parallel zur bombastischen Werbekampagne (zweimal ließ Kanye an 66 Orten der westlichen Welt Videoclips an Häuserwände projizieren) mit der mittlerweile üblichen, über alle Maßen umständlichen Geheimhaltung behandelt worden war, hatte irgendein Ketzer „Yeezus“ ins Netz gestellt.

„Yeezus“ ist nicht nur der Werktitel, sondern auch Kanyes Pseudonym. Wie er neulich erklärte, handelt sich es bei „West“ um den Namen, den Sklavenhalter einst seinen Vorfahren gaben, Yeezus dagegen sei sein „Gottesname“. An Blasphemie-Vorwürfe beleidigter Christen sollte West/Yeezus sich gewöhnt haben, seit er sich 2006 mit Dornenkranz und verweintem Gesicht auf dem Cover des amerikanischen „Rolling Stone“ zeigte. Seit damals ist klar: Kanye will uns erlösen.

Was würde Jesus tun? Gottes Sohn hatte schon mal bessere Manieren. Auf dem Album „Yeezus“ spuckt uns der Rapper Kanye West seine Predigten vor die Füße

Und weil Erlöser selten für Späße oder Selbstzweifel zu haben sind, ist Kanye der humorloseste und narzisstischste Künstler seiner Zeit. Pathetisch und verbissen beansprucht er seit dem Tod Michael Jacksons den Thron der Popmusik für sich. Leider gibt er nur ungern Interviews. Aber vor kurzem, in der „New York Times“, war es dann endlich mal wieder soweit: „Ich bin so glaubhaft und so relevant, dass ich die Dinge verändern werde.“ „Ich werde der Chef einer Firma sein, die viele Milliarden wert sein wird, denn ich habe die Antworten. Ich verstehe die Kultur. Ich bin die Keimzelle.“ Ganz wunderbar wird es immer dann, wenn er von sich in der dritten Person spricht: „Kanye und Eitelkeit sind Synonyme.“ „Ich denke, Kanye West wird eine ähnliche Bedeutung haben wie Steve Jobs. Ich bin zweifelsfrei der Steve des Internets, der Innenstadt, Mode, Kultur. Punkt.“ Der Künstler hebt sich selbst auf eine beträchtliche Fallhöhe. Da steht er nun auf seinem selbst aufgeschaufelten Berg und muss sich an seiner Predigt messen lassen.

Noch weniger als „My Beautiful Dark Twisted Fantasy“, das noch als Beichte angelegt war und die eigene Niedertracht beschrieb, eignet sich „Yeezus“ als Schlafliedsammlung für den Nachwuchs. Es beklagt den Zustand Amerikas, da sind die Aussichten noch düsterer als Kanyes Miene. Der Rapper, der stolz darauf sein kann, sich mit zwei Präsidenten angelegt zu haben (er nannte Georg W. Bush einen Rassisten, Obama nannte ihn einen Idioten, ein Zusammenhang zwischen beiden Vorfällen bestand allerdings nicht), ist sehr, sehr wütend. Zum Beispiel darauf, dass sich seine Rapper-Kollegen heute durch den Konsum von Limousinen und Frauen fröhlich durch ihre Plattenfirmen versklaven lassen. In „Black Skinhead“ zitiert er Malcom X, er sampelt Nina Simonos Cover von Billie Holidays „Strange Fruit“, in dem gelynchte Afroamerikaner an Ästen baumeln. Manchmal ist er auch einfach nur genervt von all den Paparazzi. Oder er singt, statt von der Sklaverei, von befreiten Frauenbrüsten.

Musikalisch ist „Yeezus“ über weite Strecken so, wie sich aufgebrachte politische Reden eben anhören: geschliffen, ambitioniert, aggressiv. Und dunkel, dunkel, dunkel. In der Klanganmutung widerspricht das Album dem soundschwelgerischen „Dark Fantasy“. Kanye, der jüngst erklärte, „808s & Heartbreak“, sein Werk von 2008, sei das erste schwarze New-Wave-Album gewesen, geht nun einen forschen Schritt weiter. Es wendet sich ab vom melodösen, die ganze Familie vereinenden Pop, hin zur elektronischen Avantgarde. Er begnügt sich nicht mit dem hirnzersetzenden Zappelzeug, das seit ein paar Jahren auf amerikanischen Springbreaks gespielt wird. Seine Referenz ist die House Music Chicagos, wo Kanye West aufgewachsen ist. Manchmal erinnert er auch an gleichermaßen vom amerikanischen HipHop wie vom britischen Rave beeinflusste Vorbilder wie The Prodigy. Aufgenommen hat West das Album mit Rick Rubin, der Meister des skelettierten Sounds. Bei vier Stücken saßen Daft Punk an den Reglern, die sich gerade mit ihrem eigenen Album „Random Access Memories“ noch einmal als Historiker des perfekten Klangs bewiesen haben.

Es macht wirklich Spaß, Kanye West beim Musizieren zuzuhören. Den weinerlichen Gesang Justin Vernons alias Bon Iver durch die Stimmenverfremdungs-Software Auto-Tune zu schicken und zum Erzähler eines von sturzbetrunkenen One-Night-Stands und zu Schrott gefahrenen Toyotas handelnden Stückes zu machen, ist eine hübsche Idee. Frank Ocean, der Posterboy des Neo-R'n'B, ist auch dabei. Und auch noch beim fünften Mal ist die Stelle, in der Kanye West erklärt, dass er Gott sei, „also beeil dich mit den verdammten Croissants“ zum Brüllen. Als Hit macht sich kein Song verdächtig. Die großformatigsten Stücke sind noch das desperate „Hold The Liquor“ und das entschlossen marschierende „Blood On The Leaves“. Letzteres vor allem durch Nina Simonos Klagegesang.

Um Kim geht es auch, und da wird „Yeezus“ sanft: Das Album endet mit einer schaukelnden Collage erlesener Samples, inklusive eines fast unerträglich käsigen Refrains, der die Geschichte des Kennenlernens erzählt, der Liebsten mitteilt, sie gern auf dem Waschbecken hart rannehmen zu wollen und ihr schließlich einen Heiratsantrag macht. Denn: „One good girl is worth a thousand bitches“, ein gutes Mädchen ist tausend Schlampen wert. Ein Sinnspruch für die Hochzeitseinladungen.

„Yeezus“ ist ein gutes, wenn auch verstörendes Album. Es wagt etwas und hat eine klare Botschaft („Ich bin der Gott der engagierten Musik“). Aber anstatt diese Botschaft verführerisch vorzutragen, spuckt Kanye West sie einem fluchend vor die Füße. Vor lauter Eifer ist ihm nicht nur die Bereitschaft zur Umarmung seiner Hörer verloren gegangen, es fehlt musikalisch schlicht an Liebe. Vielleicht hätte er sich nur die alte Christenfrage stellen müssen: Was würde Jesus tun?

Was würde Jesus tun? Gottes Sohn hatte schon mal bessere Manieren. Auf dem Album „Yeezus“ spuckt uns der Rapper Kanye West seine Predigten vor die Füße

„Ich habe die Antworten. Ich verstehe die Kultur. Ich bin die Keimzelle“

Graphic

Fabien

Gleich platzt ihm der Kragen: Kanye West

Fabien

Load-Date: June 19, 2013

End of Document

Friedrich Zimmermann

Die Welt

Montag 17. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Abschied; S. 6; Ausg. 218

Length: 215 words

Body

Der frühere Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ist tot. Der CSU-Politiker ist am Sonntag im Alter von 87 Jahren nach langer Krankheit im österreichischen Filzmoos gestorben. Selbst bezeichnete er sich gern als „bayerischer Preuße“. In der CSU durchlief er alle Stationen einer klassischen Karriere, war Hauptgeschäftsführer und Generalsekretär (1955-63), Schatzmeister (1963-67) und Parteivize (1979-89). Wohl am stärksten war der Einfluss des Münchners als Chef der Bonner Landesgruppe (1976-82). In diese Zeit fiel auch der später zurückgenommene Kreuther Beschluss, die Fraktionsgemeinschaft der CSU mit der CDU aufzukündigen. Zweimal gehörte Zimmermann dem Kabinett unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) an: 1982 bis 1989 als Innen- und dann bis 1991 als Verkehrsminister. Als Chef des Innenressorts setzte Zimmermann deutliche Akzente, etwa mit dem Vermummungsverbot und der Kronzeugenregelung. Gleichzeitig kam er mit seiner harten Haltung in der Asylpolitik unter Beschuss. Gern hätte der Christsoziale weitergemacht, aber die Basis stellte ihn 1989 nicht mehr auf. Der promovierte Jurist und Anwalt trat wieder in eine Kanzlei ein. Als Privatmann widmete sich Zimmermann dem Tennis- und dem Skisport sowie der Jagd. Seit 1988 war der Vater zweier Töchter zum dritten Mal verheiratet.

Load-Date: January 16, 2013

Deutschtürken werden immer religiöser; Mehrheit begrüßt die Koran-Verteilung

Die Welt

Samstag 18. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; S. 1; Ausg. 193

Length: 192 words

Body

Berlin - Junge Deutschtürken besinnen sich zunehmend auf traditionelle und religiöse Werte. Viele von ihnen fühlen sich in Deutschland nicht zu Hause. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Info. So will fast die Hälfte aller Türken in Deutschland irgendwann zurück in ihre Heimat. Für die repräsentative Studie wurden im Juni und Juli rund 1000 Personen mit türkischem **Migrationshintergrund** in Deutschland befragt.

Viele junge Deutschtürken seien auf der Suche nach einer Identität und kehrten zu traditionellen und religiösen Werten zurück, sagte Info-Geschäftsführer Holger Liljeberg. Rund ein Drittel der 15- bis 29-Jährigen bezeichnet sich als streng religiös, übt seine Religion jedoch nicht aktiv aus. Leicht zugenommen hat laut Umfrage die Anzahl derer, die den Islam als „einzig wahre Religion“ bezeichnen. 72 Prozent der Befragten stimmten dem zu. Rund zwei Drittel der 15- bis 29-Jährigen mit türkischem Migrationshintergrund begrüßten auch die kostenlose Koranverteilung der Salafisten in den vergangenen Monaten. Etwa die Hälfte aller Befragten sprach sich dafür aus, mehr Moscheen in Deutschland zu bauen.

Seite 4

Load-Date: December 14, 2012

Deutschland Kompakt; NPD-Verbot: Bundesländer werden Verfahren wohl verschieben ++ Behinderung: Vermögensunabhängige Pauschalen gefordert ++ Spionage: Mutmaßlichem Agentenpaar droht mehrjährige Haft ++ Obama-Besuch: 600 ++ Drohnen-Ausschuss: SPD hat nichts gegen Befragung Steinbrücks ++ Petitionen: Bürger beschweren sich häufiger beim Bundestag ++ Steuerstreit: Grünen müssen Dobrindt-Kolumne erdulden ++ Syrien-Hilfe: Deutschland soll 10.000 Flüchtlinge aufnehmen

Die Welt

Mittwoch 12. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 134

Length: 1056 words

Body

NPD-Verbot

Bundesländer werden Verfahren wohl verschieben

Nach Berichten über weiterhin bestehende Risiken beim NPD-Verbotsverfahren hat nun erstmals ein Innenminister Zweifel am Zeitplan geäußert. Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) rechnet nicht mehr mit dem Beginn des Verfahrens - wie geplant - vor der Bundestagswahl im September. „Jetzt kommt die Sommerpause, dann der Wahlkampf, daher rechne ich eher im zweiten Halbjahr 2013 mit dem Beginn des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht“, sagte Geibert der „Osterländer Volkszeitung“. Der Minister unterstrich zugleich den großen Rückhalt für ein NPD-Verbot unter den Bundesländern. „Ich sehe im Moment kein Zögern und kein Zaudern“, sagte er. Am Donnerstag beschäftigten sich die Ministerpräsidenten mit dem angestrebten Verbotsverfahren.

Behinderung

Vermögensunabhängige Pauschalen gefordert

Behinderte sollten nach Auffassung der Beauftragten des Bundes und der Länder vermögensunabhängige Pauschalen erhalten, um ihre Nachteile ausgleichen zu können. Bei einer gemeinsamen Konferenz in Düsseldorf sprachen sich die Behindertenbeauftragten einstimmig für ein solches „Teilhabegeld“ aus. Die Betroffenen benötigten mehr Selbstbestimmung, sagte der Beauftragte der Bundesregierung, Hubert Hüppe. In der Sozialhilfe

Deutschland Kompakt NPD-Verbot: Bundesländer werden Verfahren wohl verschieben ++ Behinderung:
Vermögensunabhängige Pauschalen gefordert ++ Spionage: Mutmaßlich....

seien Behinderte nicht richtig aufgehoben. Die angedachten Pauschalen sollten nach einem Vorschlag des Forums behinderter Juristen, abhängig vom Grad der Beeinträchtigung, zwischen 150 und 1100 Euro im Monat liegen. Bisherige Leistungen könnten teilweise darin aufgehen.

Spionage

Mutmaßlichem Agentenpaar droht mehrjährige Haft

Das Verfahren zählt zu den größten Spionageprozessen seit Ende des Kalten Krieges. Getarnt als biederes Ehepaar, sollen Heidrun und Andreas Anschlag (Pseudonym) dem russischen Geheimdienst SWR über Satellit und Verstecke wie „tote Briefkästen“ mehrere Hundert geheime Dokumente und Informationen von Nato und EU zugespielt haben. Dafür kassierte das mutmaßliche russische Agentenpaar nach Überzeugung der Ankläger zuletzt rund 100.000 Euro jährlich. Ihr Verrat sei schädlich gewesen und habe die Sicherheitspolitik beeinflusst, sagte der Bundesanwalt in seinem Plädoyer vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht und forderte siebeneinhalb Jahre Haft für den Hauptangeklagten und viereinhalb Jahre für seine Frau. Das Urteil könnte nach derzeitiger Planung am 2. Juli verkündet werden.

Obama-Besuch

600

Schüler der deutsch-amerikanischen John-F.-Kennedy-Schule in Berlin-Zehlendorf werden bei der Rede von US-Präsident Barack Obama vor dem Brandenburger Tor dabei sein. „Das hört sich viel an, aber wir haben ja auch fast 2000 Schüler“, sagte der geschäftsführende Schulleiter Reinhard Roth. Schon am Mittwochvormittag sind außerdem 29 Sechstklässler der JFK-Schule dabei, wenn Bundespräsident Joachim Gauck Obama im Schloss Bellevue empfängt. „Die Schüler sind bereits ausgesucht, es sind zur Hälfte Deutsche, zur Hälfte Amerikaner“, so Roth. Der US-Präsident und seine Frau Michelle werden 50 Jahre nach dem Besuch Kennedys am 18. und 19. Juni in Berlin erwartet.

Drohnen-Ausschuss

SPD hat nichts gegen Befragung Steinbrücks

Die SPD will sich nicht gegen die Befragung ihres Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück in dem geplanten Drohnen-Untersuchungsausschuss sperren. „Wir haben nichts zu verbergen“, sagte Verteidigungsexperte Rainer Arnold. SPD und Grüne wollen das Scheitern des teuren Drohnen-Projekts Euro Hawk unter die Lupe nehmen. Die Union will den Auftrag des Gremiums auf die Regierungszeit von Rot-Grün und der großen Koalition ausdehnen. Die Planungen begannen 2001, zu Zeiten der rot-grünen Regierung von Kanzler Gerhard Schröder (SPD). Steinbrück war Finanzminister der großen Koalition, als der Vertrag über die Beschaffung der Aufklärungsdrohne 2007 unterzeichnet wurde. De Maizièr selbst begrüßte den Ausschuss. „Dort kann man die Dinge richtigstellen.“ Es sei zudem ein geregeltes Verfahren mit festen Terminen. Der Verteidigungsausschuss will bereits an diesem Mittwoch über Zeitplan und Auftrag der Untersuchung beraten.

Petitionen

Bürger beschweren sich häufiger beim Bundestag

Die Zahl der Petitionen beim Deutschen Bundestag ist wieder gestiegen. 2012 gingen beim Petitionsausschuss 15.724 Zuschriften ein, im Jahr davor waren es noch rund 500 weniger. Die Bearbeitung von persönlichen Anliegen wie die falsch berechnete Rente oder das abgelehnte Besuchervisum habe den Großteil der Arbeit ausgemacht, sagte die Ausschussvorsitzende Kersten Steinke (Linke) bei der Vorstellung des Jahresberichts. Mehr als ein Drittel der Vorgänge könnten „im weiteren Sinne als positiv erledigt“ angesehen werden. Erneut betrafen die meisten Zuschriften die Zuständigkeit des Arbeits- und Sozialministeriums, besonders zu Fragen der Rente. Mit 43 Prozent erreichte der Anteil an Online-Eingaben einen Höchststand.

Deutschland Kompakt NPD-Verbot: Bundesländer werden Verfahren wohl verschieben ++ Behinderung:
Vermögensunabhängige Pauschalen gefordert ++ Spionage: Mutmaßlich....

Steuerstreit

Grünen müssen Dobrindt-Kolumne erdulden

Die Grünen sind vor Gericht mit ihrem Antrag auf einstweilige Verfügung gegen eine Kolumne von CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt vorerst gescheitert. Dieser hatte im Parteiorgan „Bayernkurier“ ein Rechenbeispiel zu den grünen Plänen zum Ehegattensplitting angeführt. Dem zufolge müsste bereits eine Alleinverdienerfamilie mit einem Bruttoeinkommen von 3000 Euro höhere Steuern zahlen. Die Berechnung ist nach Ansicht von Grünen und Steuerzahlerbund falsch. Das Berliner Landgericht sieht darin jedoch eine Kombination aus Tatsachen- und Meinungsäußerung - typisch für eine politische Auseinandersetzung und daher nicht zu beanstanden. Da es sich um eine Parteizeitung handle, sei außerdem jedem Leser von vornherein klar, dass Beiträge darin gegen den politischen Gegner gerichtet seien. Die Grünen wollen trotzdem weiter gegen Dobrindt vorgehen. Dieser sagte zum Urteil: „Damit ist die Einschüchterungs- und Maulkorbtaktik der Grünen gegen die CSU gescheitert.“

Syrien-Hilfe

Deutschland soll 10.000 Flüchtlinge aufnehmen

Die Vereinten Nationen verhandeln mit Deutschland über die Aufnahme von 10.000 syrischen Flüchtlingen. Die Gespräche liefen seit einiger Zeit, sagte ein Sprecher des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR in Genf. Bislang hat Berlin die Aufnahme von 5000 Flüchtlingen zugesagt. Das Bundesinnenministerium wies die UN-Angaben zurück. Minister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte am Dienstag, diese Zahl beziehe sich nicht nur auf Deutschland, sondern auf ganz Europa.

Load-Date: June 12, 2013

Völkerrecht schützt die Botschaft

Die Welt

Freitag 17. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 192

Length: 239 words

Body

Der **Asylantrag** von Wikileaks-Gründer Julian Assange hat zu einem politischen Konflikt zwischen Ecuador und Großbritannien geführt. Grund sind Andeutungen der britischen Regierung in einem Schriftwechsel mit Ecuador, die Botschaft zu stürmen, sollte Assange nicht ausgeliefert werden. Das britische Außenministerium teilte mit, es habe Ecuador nur auf einige „einschlägige Vorschriften unseres Rechts“ hingewiesen. Großbritannien sei verpflichtet, Assange an Schweden auszuliefern. Das Außenministerium verwies dabei auf das britische Konsulargesetz von 1987. Darin findet sich eine Regelung, wonach der diplomatische Status eines Gebäudes aufgehoben werden kann, wenn es nicht mehr ausschließlich als Botschaft oder Konsulat genutzt wird. So weit bekannt, wurde dieses Gesetz aber noch nie genutzt, um gewaltsam in eine Botschaft einzudringen. Dem Völkerrecht zufolge genießen diplomatische Vertretungen nämlich Immunität. Für alle Staaten verbindlich ist dabei das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen. Dort heißt es in Artikel 22: „Die Räumlichkeiten der Mission sind unverletzlich. Vertreter des Empfangsstaats dürfen sie nur mit Zustimmung des Missionschefs betreten.“ Der ecuadorianische Außenminister Ricardo Patiño erklärte, eine Erstürmung der Botschaft würde als feindlicher Akt und Angriff auf die Souveränität des Landes betrachtet, auf die mit aller diplomatischen Härte geantwortet würde.

Load-Date: December 14, 2012

Politik Kompakt; Flüchtlinge: Italien und Malta fordern mehr Hilfe der EU-Partner ++ Hamburg: Initiative zum G9-Abitur schiebt Volksbegehren an ++ Frankreich: Proteste gegen Präsident Hollande bei Kriegsgedenken ++ Kambodscha: Sieg im jahrzehntelangen Tempelstreit mit Thailand ++ Ukraine: Kritik an Festnahme von Timoschenkos Anwalt

Die Welt

Dienstag 12. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 264

Length: 654 words

Body

Flüchtlinge

Italien und Malta fordern mehr Hilfe der EU-Partner

Italiens Premierminister Enrico Letta und sein maltesischer Kollege Joseph Muscat haben mehr Unterstützung von Europa zur Bewältigung des **Flüchtlingsstroms** verlangt. „Das Thema Einwanderung ist fundamental. Gemeinsam müssen wir Europa auffordern, mehr zu tun“, sagte Letta nach Angaben der Agentur Ansa am Montag bei seinem Besuch auf Malta. Muscat sagte, die EU habe bisher wenig Konkretes getan. Letta und Muscat betonten, der Kampf habe inzwischen eine neue Dimension. Es gehe nicht nur um die Rettung von Leben, sondern auch um die Verfolgung der Menschenhändler. Letta hob auch die Erfolge der Aktion „Mare Nostrum“ hervor, die bereits Hunderte von Menschenleben bewahrt habe. Seit im Oktober binnen weniger Tage mehr als 400 Leichen aus dem Meer geborgen worden waren, überwacht Italien das betroffene Seegebiet stärker. Dazu sind zwischen Malta, Sizilien und der libyschen Küste mehr Schiffe und Flugzeuge im Einsatz, dazu Drohnen und Helikopter mit Infrarotsichtgeräten. Nach einer Bilanz des Stabschefs der Marine, Admiral Giuseppe De Giorgi, gab es seitdem 16 Rettungsaktionen, bei denen fast 2000 Menschen geborgen worden seien, darunter über 250 Kinder. Der Admiral sagte: „Wir haben keine Todesfälle auf See mehr gehabt.“

Hamburg

Initiative zum G9-Abitur schiebt Volksbegehren an

Eine Volksinitiative namens „G9-Jetzt-HH“ zur Wiedereinführung des Abiturs an Gymnasien nach neun Jahren hat dem Senat am Montag knapp 17.000 Unterstützer-Unterschriften übergeben. Laut Hamburger Senatskanzlei werden diese nun innerhalb eines Monats auf ihre Gültigkeit geprüft. Um ein Volksbegehren angehen zu können,

Politik Kompakt Flüchtlinge: Italien und Malta fordern mehr Hilfe der EU-Partner ++ Hamburg: Initiative zum G9-Abitur schiebt Volksbegehren an ++ Frankreich: Pr....

müssen mindestens 10.000 gültige Unterschriften vorliegen. Die Initiative will letztlich erreichen, dass nicht nur an den Stadtteilschulen, sondern auch an den Gymnasien der Hansestadt das Abitur wieder wie früher nach neun Jahren abgelegt werden kann. Bislang müssen die Schüler an den Gymnasien ihre Hochschulreife bereits nach acht Jahren nachweisen.

Frankreich

Proteste gegen Präsident Hollande bei Kriegsgedenken

Die Gedenkfeierlichkeiten zum Ende des Ersten Weltkriegs am 11. November 1918 in Frankreich sind von Protesten überschattet worden. Nach Polizeiangaben wurden mehr als 70 Menschen festgenommen, die die Gedenkveranstaltung mit dem sozialistischen Präsidenten François Hollande auf den Pariser Champs-Élysées störten. Die Demonstranten forderten unter anderem den Rücktritt Hollandes. „Sozialistische Diktatur“, riefen einige von ihnen, und „Sie haben kein Recht, den 11. November auszubeuten, Sie sind eine Schande für Frankreich“. Einige der Festgenommenen rechnete die Polizei rechtsextremen Gruppierungen zu.

Kambodscha

Sieg im jahrzehntelangen Tempelstreit mit Thailand

In einem Grenzstreit zwischen Kambodscha und Thailand hat der Internationale Gerichtshof (IGH) Kambodscha die Region um eine Tempelanlage zugesprochen. Das Land habe die Territorialhoheit über das gesamte Gebiet um die jahrhundertealte Tempelanlage Preah Vihear, erklärte Richter Peter Tomka in Den Haag. Die thailändische Regierung versprach, das Urteil zu akzeptieren. Der Richter nahm Bezug auf ein Urteil des IGH von 1962, das die zum Unesco-Welterbe zählende Tempelanlage damals bereits Kambodscha zugesprochen hatte. Thailand beanspruchte aber das angrenzende Gelände für sich. Seit 2011 wurden bei Kämpfen um das Gebiet mindestens 28 Menschen getötet, beide Länder entsandten Truppen.

Ukraine

Kritik an Festnahme von Timoschenkos Anwalt

Die ukrainische Polizei hat nach Oppositionsangaben den Anwalt der inhaftierten ukrainischen Oppositionsführerin Julia Timoschenko festgenommen. Er habe eine Kurznachricht von Sergej Wlassenko bekommen, sagte Oppositionsführer Arsenij Jazenjuk. Darin habe der Anwalt von seiner Festnahme geschrieben. Die Haft der früheren Ministerpräsidentin ist Anlass für einen offenen Streit zwischen der Europäischen Union und der Ukraine.

Load-Date: November 12, 2013

Mit Judenstern durch Malmö; Antisemitismus in der drittgrößten Stadt Schwedens nimmt zu, vor allem durch muslimische Migranten. Außer der jüdischen Gemeinde spricht das kaum einer an

Die Welt

Dienstag 7. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 32

Length: 1223 words

Byline: Paulina Neuding

Highlight: Wer das Schweigen kritisiert, wird schon mal mit einem Massenmörder gleichgestellt

Body

Malmö

Als der 15-jährige Samir Ardiwan im südschwedischen Malmö beerdigt wird, folgen Hunderte schwedische Bürger dem Sarg in einer Prozession durch die Innenstadt. Die stille Demonstration ist Ausdruck der Trauer und zugleich eine öffentliche Anklage gegen Gewalt. Der Muslim Ardiwan wurde im Stadtteil Rosengård erschossen, der nur wenige Minuten von der Innenstadt entfernt liegt und als das schlimmste Getto Skandinaviens gilt. Noch hat die Polizei keinerlei Erkenntnisse über Täter und Motiv. Es ist der bereits zweite Mord an einem Immigranten innerhalb kurzer Zeit in der schwedischen Großstadt und hat deshalb zu einer intensiven Debatte über Gewalt und Kriminalität geführt. Nicht nur in Malmö, sondern in ganz Schweden.

Malmö ist Schwedens drittgrößte Stadt, voller Kreativität, Energie und einem intensiven Nachtleben. Aber sie ist auch gefährlicher geworden für ihre Einwohner. Die Schwerekriminalität ist hier höher als in Stockholm, besonders bei Raubüberfällen. Die Einwohner Malmö sind besorgt, fürchten mehr um ihre Sicherheit als ihre Landsleute in der Hauptstadt. 2009 erklärten 30 Prozent der Bewohner in Stockholm, sie hätten Angst davor, dass sie oder ihre Angehörigen Opfer von Kriminalität würden - in Malmö waren schon damals 45 Prozent.

Wenige Tage nach Ardiwans Beerdigung zieht eine andere, viel kleinere Menschenmenge durch die Malmöer Straßen: der sogenannte Kippa-Spaziergang, organisiert von der jüdischen Gemeinde. Nach dem Sabbat-Gottesdienst treffen sich Gemeindemitglieder und gehen durch die Stadt - mit einer Kippa auf dem Kopf und einem sichtbaren Davidstern an ihrer Jacke. Die Juden Malmö wollen zeigen, dass sie sich nicht einschüchtern lassen, trotz des Anstiegs von Verbrechen, die aus Hass gegen Juden in den vergangenen Jahren verübt worden sind.

Das amerikanische Simon Wiesenthal Center hatte im vergangenen Jahr eine Delegation nach Malmö geschickt, nachdem man darauf aufmerksam geworden war, dass einige jüdische Familien die Stadt wegen des

Mit Judenstern durch Malmö Antisemitismus in der drittgrößten Stadt Schwedens nimmt zu, vor allem durch muslimische Migranten. Außer der jüdischen Gemeinde spri....

zunehmenden Antisemitismus verlassen hatten. Das von dem Nazi-Jäger Simon Wiesenthal gegründete Zentrum hat eine Reisewarnung herausgegeben: Juden, die Südschweden besuchen, werden darin zu „extremer Wachsamkeit“ ermahnt.

Vertreter der jüdischen Gemeinde in Malmö erklärten, der Hass stamme nicht mehr in erster Linie von Rechtsextremen und Neonazis, sondern von Einwanderern aus muslimischen Ländern. Es ist eine Art von Antisemitismus, der mit ihnen nach Malmö gekommen ist - und damit fällt es schwedischen Politikern und Journalisten offenbar schwer, Stellung zu beziehen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Debatte in Schweden von denen in Nachbarländern wie Norwegen oder Dänemark: In Schweden lässt man schwierige Fragen über Integration lieber unbeantwortet, man bleibt vermeintlich politisch korrekt. So war es vor dem Massenmord des Anders Behring Breivik in Oslo und der Insel Utøya am 22. Juli, und so ist es auch danach geblieben.

Die „Diskussion“ nimmt zum Teil bizarre Züge an. So hat Schwedens größte Zeitung „Aftonbladet“ vor Kurzem Kritiker an der politischen Korrektheit in der Integrationsdebatte quasi mit dem Massenmörder von Oslo gleichgesetzt: Schließlich sei es Breivik gewesen, der sich die Idee einer Verschwörung der politisch Korrekten zu eigen gemacht habe. Dieser Artikel war aber selbst für die schwedische Debatte ein Tiefpunkt.

Einzelnen betrachtet, haben die jüngsten Morde in Malmö und die Angriffe auf die Juden der Stadt nichts miteinander zu tun. Beide zeigen aber deutlich, dass der Staat in einer seiner größten Städte einen Schritt zurückgetreten ist. Sie sind auch ein Zeichen dafür, dass die Integrationspolitik der Stadt gescheitert ist. Aber während sich die Malmöer darüber große Sorgen machen, fehlen den Politikern und Journalisten oft die Worte. Von diesem Schweigen haben Populisten profitiert. Die Schwedendemokraten (SD), eine Partei mit Wurzeln in der schwedischen Neonazi-Bewegung, sind mit 10,4 Prozent der Stimmen die drittgrößte Partei Malmö.

In Gegenden wie Rosengård ist die Situation alarmierend. Der Bezirk, dessen Name „Rosengarten“ bedeutet und dessen von Grünflächen und Fußballfeldern umgebene Mietshäuser einst als Symbole des schwedischen Wohlfahrtsstaats galten, ist nun zu einem Schandfleck geworden. Feuerwehr und Krankenwagen fahren zeitweise nicht ohne Polizeieskorte nach Rosengård. Die Mitarbeiter wurden regelmäßig Opfer von Steinwurfattacken. Kürzlich wurden bei einer jüdischen Beerdigung in der Gegend die Männer beim Verlassen des Friedhofs ermahnt, ihre Kippas abzunehmen. „Vergessen Sie nicht, dass wir in Rosengård sind“, lautete die ebenso einfache wie erschütternde Begründung.

Im Stadtteil Seved ist die Struktur ähnlich. Der Großteil der Bevölkerung sind Einwanderer, und weniger als die Hälfte der Erwachsenen haben eine Arbeit. Jugendbanden kontrollieren Teile der Gegend, mit Drogen wird offen gehandelt. Seit einigen Wochen weigern sich die Angestellten der schwedischen Post, in Seved Briefe auszutragen - die Drohungen und die Gewalt seien den Briefträgern nicht mehr zuzumuten. Das offizielle Schweden reagiert in einer Weise, die typisch für Fragen der gescheiterten Integration ist: Bezirksbürgermeister Anders Malmquist sagte, er sei mit der Situation zufrieden - sie biete eine Möglichkeit, arbeitslose Jugendliche aus der Gegend anzustellen, um die Briefe auszutragen. Junge Erwachsene können auf diese Weise Einblick in die Arbeit der Post bekommen.

Die Arbeitslosigkeit in Seved und Rosengård hat tatsächlich katastrophale Ausmaße erreicht. Die meisten der Einwanderer, die in Schweden aus humanitären Gründen Obdach gefunden haben, müssen sieben Jahre auf einen Job warten. Bei einigen Gruppen sind die Zahlen noch drastischer: Nur 35 Prozent der Somalier haben nach zehn Jahren in Schweden Arbeit gefunden. Dank der Steuersenkungen und Liberalisierungen der bürgerlichen schwedischen Regierung wurden zwar 200 000 neue Jobs geschaffen. Es fehlen aber immer noch 450 000 Vollzeitstellen, und jedes Jahr erhalten weitere 100 000 Einwanderer eine Aufenthaltserlaubnis in Schweden. Im stark segregierten Stockholm sind die Probleme der Integration für Angehörige der Ober- und Mittelschicht nicht so sichtbar wie in Malmö. Wer eine Gegend besuchen will, die von Arbeitslosigkeit und Kriminalität gekennzeichnet ist, muss die U-Bahn in die Peripherie nehmen. In politischen Zirkeln der Hauptstadt spricht man zurzeit mit besonderer Verachtung von den provinziellen Südschweden, die ständig über Probleme der gescheiterten Integration redeten.

Mit Judenstern durch Malmö Antisemitismus in der drittgrößten Stadt Schwedens nimmt zu, vor allem durch muslimische Migranten. Außer der jüdischen Gemeinde spri....

Frederick Sieradzki ist ein Jude aus Malmö und einer der Initiatoren des Kippa-Spaziergangs. Nach dem kleinen Protestmarsch durch die Stadt sprach er über das Bild, das die örtlichen Medien von Gewalt und Drohungen gegen Juden in Malmö zeichnen. „Man schreibt nicht, dass es Muslime sind, die dahinterstecken. Ich glaube einfach, dass es damit zu tun hat, dass die jüdische Gruppe so viel kleiner ist als die muslimische“, sagt Sieradzki. „Es ist nur eine Minorität der Muslime, die uns droht, aber man muss doch darüber sprechen können.“ Zu seinem Kippa-Spaziergang versammelten sich dieses Mal ungefähr 20 Personen. Unter ihnen war ein einziger Nichtjude, ein schwedischer Journalist, der seine Solidarität zeigen wollte.

Die Autorin ist Juristin und Chefredakteurin der schwedischen Zeitschrift „Neo“

Graphic

dapd/DRAGO PRVULOVIC

„Wo ist die Polizei? Wo ist die Sicherheit?“ Trauerzug nach Ermordung des 15-jährigen Samir Ardiwan in Malmö. Politik und Medien halten sich bei den Themen Gewalt und Kriminalität und deren Ursachen zurück - diese gelten als politisch inkorrekt

Load-Date: February 7, 2012

End of Document

Deutschland Kompakt II; Steuerstreit: SPD-Chef unnachgiebig gegenüber der Schweiz ++ Syrien-Politik: FDP: Humanitäre Kriterien für Flüchtlinge ++ Studiengebühren: 17. ++ Soziale Netze: Medienexperte: Pastoren, geht zu Facebook! ++ Innere Sicherheit: Innenminister stellt neues Waffenregister vor

Die Welt

Dienstag 13. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 266

Length: 617 words

Body

Steuerstreit

SPD-Chef unnachgiebig gegenüber der Schweiz

Auch neue Überlegungen zum deutsch-schweizerischen Steuerabkommen können die SPD offenkundig nicht bewegen, dem Vertrag im Bundesrat doch noch zuzustimmen. SPD-Chef Sigmar Gabriel sagte zwar am Montag, neue Vorschläge müssten auch neu bewertet werden. Nach seiner Kenntnis werde aber nicht verhindert, dass Steuersünder ihr Geld zwischen Unterschrift und Inkrafttreten des Abkommens noch aus der Schweiz schafften. „Viel schlimmer aber ist, dass Deutschland veranlasst werden soll, Steuerhinterziehung verfolgungsfrei zu stellen.“ SPD und Grüne kritisieren das geplante Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz schon länger und wollen es im Bundesrat stoppen. Ihnen kommen deutsche Steuersünder damit zu gut weg, unter anderem weil das Schwarzgeld nur anonym nachversteuert werden soll. Das Abkommen soll zum 1. Januar in Kraft treten.

Syrien-Politik

FDP: Humanitäre Kriterien für Flüchtlinge

Bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge sollten nach Ansicht der FDP-Fraktion humanitäre und nicht religiöse Kriterien im Vordergrund stehen. Die „physische und mentale Aufnahmekapazität der Anrainerstaaten“ sei erschöpft, erklärte der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Rainer Stinner. Deshalb spreche sich seine Fraktion dafür aus, „dass die Bundesregierung kurzfristig eine entsprechende Initiative startet“. Allerdings sollten Notlage und Bedürftigkeit Kriterien für die Aufnahme sein. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) hatten am Wochenende bekundet, sofern notwendig, vor allem syrischen Christen in Deutschland Schutz zu gewähren: Sie seien besonderem Verfolgungsdruck ausgesetzt.

Deutschland Kompakt II Steuerstreit: SPD-Chef unnachgiebig gegenüber der Schweiz ++ Syrien-Politik: FDP: Humanitäre Kriterien für Flüchtlinge ++ Studiengebühren....

Studiengebühren

17.

Januar: An diesem Tag wird die zweite Phase des Volksbegehrens gegen die Studiengebühren in Bayern gestartet. Tragen sich bis zum 30 Januar zehn Prozent der Bürger in Unterschriftenlisten ein, kommt es innerhalb von drei Monaten zum Volksentscheid. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) will jedoch schon vorher bei den Bayern für eine Abschaffung der Gebühren werben. Er werde nun „jeden Tag“ in seinen Reden deutlich zum Ausdruck bringen, wofür er stehe. Der CSU-Chef fügte hinzu: „Ich setze meine Positionen auch in der Gesellschaftspolitik um - früher oder später.“ Die mitregierende FDP hält an der Zahlung fest.

Soziale Netze

Medienexperte: Pastoren, geht zu Facebook!

Der Hamburger Medienexperte Wolfgang Lünenburger-Reidenbach hat die Pastoren in der evangelischen Kirche aufgefordert, über soziale Netzwerke zu kommunizieren. 50 Prozent der Erwachsenen und alle Jugendlichen seien bei Facebook, sagte der Blogger bei einem Medientag der hannoverschen Landeskirche in Osnabrück: „Das ist die beste Arena für Mission.“ Landesbischof Ralf Meister zeigte sich dagegen skeptisch, ob er sein beim Amtsantritt abgemeldetes Facebook-Konto wieder aktivieren werde. Er wolle sich nicht vom „Kommunikations-Tsunami“ mitreißen lassen und Banalitäten verbreiten.

Innere Sicherheit

Innenminister stellt neues Waffenregister vor

Bis zum Jahresende soll das „Nationale Waffenregister“ aufgebaut sein. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will das Projekt am 19. November vorstellen. Deutschland erfüllt damit eine EU-Vorgabe bereits zwei Jahre früher: Nach der europäischen Waffenrichtlinie sind alle EU-Staaten verpflichtet, bis spätestens Ende 2014 ein computergestütztes Waffenregister auf nationaler Ebene zu schaffen und auf dem aktuellen Stand zu halten. Mit der Errichtung des zentralen Registers werden die Voraussetzungen geschaffen, um die in den rund 550 lokalen Waffenbehörden erfassten Informationen aufzubereiten und in eine computergestützte Datenbank zu überführen.

Load-Date: January 26, 2013

Hatten die NSU-Mörder Helfer im Südwesten?; Baden-Württemberg gründet neue Ermittlungsgruppe „Umfeld“

Die Welt

Montag 18. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 65

Length: 1320 words

Byline: Manuel Bewarder

Martin Lutz

Body

Es ist einer der wichtigsten Prozesse in der Geschichte der Bundesrepublik: Ab Mitte April wird die Hauptangeklagte Beate Zschäpe gemeinsam mit vier mutmaßlichen Unterstützern und Helfern der rechtsextremistischen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) vor dem Oberlandesgericht München stehen.

Jahrelang war der NSU unerkannt quer durch die Republik gezogen. Zurück blieben allein Spuren von zehn Morden. Vor allem der Tod der Polizistin Michèle Kiesewetter erscheint bis heute merkwürdig. 2007 wurde sie während der Mittagspause in Heilbronn per Kopfschuss hingerichtet. Die damals 22-jährige Polizistin ist das einzige mutmaßliche NSU-Opfer ohne Migrationshintergrund. Und nach ihrem Tod stoppte die Mordserie.

Manche betrachten den NSU bis heute als ostdeutsches Phänomen. „Zwickauer Zelle“ heißt das Neonazi-Trio auch - benannt nach dem letzten Wohnort von Zschäpe und ihren Komplizen Uwe Böhnhardt sowie Uwe Mundlos, die sich am 4. November 2011 mit ihren eigenen Waffen gerichtet hatten. Auch Innenexperten im Südwesten glaubten zuletzt noch, dass nicht übermäßig viele Spuren in ihre Heimat führen würden. Doch seit dem rot-grünen Regierungswechsel in Baden-Württemberg hat ein Umdenken eingesetzt. Politiker der neuen Koalition haben den Eindruck, das viele Hinweise zum NSU verschlampt, vernichtet oder sogar bewusst vertuscht worden sind. Kurz vor dem Prozessbeginn gegen Zschäpe will Landesinnenminister Reinhold Gall (SPD) nun genau untersuchen lassen, welche Verbindungen das Terror-Trio in den Südwesten hatte. Dafür hat er die Ermittlungsgruppe „Umfeld“ beim Landeskriminalamt (LKA) gegründet.

Ein Dutzend Beamte soll die Informationen vom Bundeskriminalamt (BKA) auswerten, das in Baden-Württemberg einen „regionalen Einsatzabschnitt“ gebildet und bis Mai 2012 mit eigenen Beamten ermittelt hatte. „Wir möchten die früheren Kontakte und Bezüge des Trios nach Baden-Württemberg ausleuchten, beispielsweise ihrem

Hatten die NSU-Mörder Helfer im Südwesten? Baden-Württemberg gründet neue Ermittlungsgruppe „Umfeld“

persönlichen Netzwerk in der rechten Musikszene nachspüren", sagte Gall der „Welt". Er wünscht sich mehr Informationen: „Da nur das BKA einen Gesamtüberblick hat, erhoffen wir uns von ihm auch Puzzleteile aus Thüringen und Sachsen, die wir bisher nicht kennen." Unterstützt wird der Minister von Clemens Binninger (CDU), Unions-Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages. „Ich finde es richtig, dass das Land diesen Anknüpfungspunkten nun nachgeht. Es hätte schon im letzten Jahr passieren sollen", sagte Binninger der „Welt". Kieseewetter war in seinem Wahlkreis Böblingen stationiert.

Der Vorstoß wirft ein Schlaglicht auf ein Feld, das bisher nicht vollständig ausgeleuchtet wurde: das Umfeld der Terrorzelle. Zunächst ging es den Behörden darum, möglichst schnell den Kern des NSU anzuklagen. Experten gehen jedoch davon aus, dass die Gruppe wesentlich mehr hilfreiche Freunde gehabt haben muss als bislang bekannt. Rund 100 Personen sollen zum „weiteren Umfeld" gehören.

Die zehn Morde, die dem NSU zugeschrieben werden, wurden im gesamten Bundesgebiet verübt. Die Besondere Aufbauorganisation (BAO) „Trio" des BKA ging von der These aus, dass der NSU zumindest in einigen dieser Städte unbekannte Helfer vor Ort hatte. Doch ein harter Beweis dafür konnte bislang nicht erbracht werden. „Da sind noch viele Fragen offen", sagt ein hoher BKA-Beamter, der besonders bei dem Mord in Baden-Württemberg noch Ermittlungsbedarf sieht. Denn zumindest in diesem Bundesland kannten sich Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos gut aus.

Das BKA geht laut Ermittlungsakten, die der „Welt" vorliegen, davon aus, dass die beiden Uwes auch in Stuttgart mögliche Anschlagziele ausgekundschaftet hatten. Im Brandschutt ihrer Zwickauer Wohnung stießen Ermittler auf Fotos aus dem Jahr 2003, auf denen Geschäfte in der Landeshauptstadt zu sehen sind. Stadtpläne von Stuttgart, Ludwigsburg und Heilbronn wurden in der zerstörten Wohnung gefunden.

Bereits Anfang der 90er-Jahre hatte das Neonazi-Trio enge Kontakte zur Skinhead-Szene in der 90.000-Einwohner-Stadt Ludwigsburg geknüpft. 1998 fand die Polizei in Jena Adresslisten des NSU mit Telefonnummern von Kontaktpersonen, die jetzt gemeinsam mit Zschäpe angeklagt sind. Auf der Liste von Mundlos sind zudem drei Namen aus Ludwigsburg eingetragen: Der wichtigste Anlaufpunkt war der Skinhead-Musiker Michael Ellinger, Mitglied der Szeneband Streitmacht. Er war offenbar dem Alkohol verfallen und starb bereits 2003 mit 28 Jahren. Der Spur dieser Adressliste gingen die Ermittler aber erst nach dem Auffliegen des Trios im November 2011 nach. Das BKA vernahm dann 2012 die beiden anderen Kontakte, eine Frau mit dem Spitznamen „Uschi" sowie einen Mann mit Namen „Schmidt" - ohne allzu großen Erfolg.

Die Ermittler fanden heraus, dass die NSU-Neonazis ihre Ludwigsburger Freunde in den Jahren vor dem Abtauchen 1998 mehrfach besucht hatten - vor allem, um Party zu machen. Zum Freundeskreis gehörte auch Thomas S., der einst der Skinhead-Gruppierung C 88 und der sächsischen Sektion des militanten Netzwerkes Blood & Honour angehörte. Er hatte zeitweilig eine Affäre mit Zschäpe und besorgte dem Trio vor dem Gang in den Untergrund Sprengstoff. 2012 wurde bekannt, dass S. von 2000 bis 2011 V-Mann des Berliner Landeskriminalamtes war.

In den BKA-Akten finden sich Beschreibungen von alkoholgetränkten Partys in Baden-Württemberg. Mundlos nannte seine militanten Freunde liebevoll „Spätzles". Der Kontakt brach angeblich Mitte der 90er-Jahre ab. Doch die 2012 vernommene „Uschi" sagte aus, sie habe das Trio nach dem ersten, im Jahr 2000 verübten Mord des NSU noch getroffen. Von dessen Gang in den Untergrund will sie damals nichts gewusst haben. Unklar ist laut Sicherheitskreisen, warum die Freundschaft endete. Hatte der NSU bis zum Polizistenmord 2007 wirklich keine Kontakte mehr in die Gegend? Es gibt noch mehr Spuren in den Südwesten: In einem Schriftstück von Mundlos taucht der Name eines Mitglieds des rassistischen Ku-Klux-Klans auf. Zwei baden-württembergische Polizisten gehörten 2001/2002 zu den „European White Knights of the Ku-Klux-Klan". Einer der beiden versah am 25. April 2007 in Heilbronn seinen Dienst, also in jener Stadt, in der Kieseewetter ermordet wurde. Der Gruppenführer war jedoch weder am Tatort noch für die Dienstplan-Einteilung seiner Kollegin zuständig. War Kieseewetter ein zufälliges Opfer, oder wusste sie etwas?

In Verfassungsschutz-Unterlagen soll 2001 zudem der Name von Thomas R. aus Halle aufgetaucht sein, der wie der Gruppenführer und sein Kollege angeblich auf einer Liste des Ku-Klux-Klan-Ablegers stand. R. war von 1997

Hatten die NSU-Mörder Helfer im Südwesten? Baden-Württemberg gründet neue Ermittlungsgruppe „Umfeld“

bis 2007 eine Top-Quelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz und trug den Decknamen „Corelli“. Auch er soll Kontakt zum NSU gehabt haben. Er engagierte sich im Netzwerk Blood & Honour und beim Fanzine „Der weiße Wolf“, in dem 2002 ein Vorwort mit der Zeile „Vielen Dank an den NSU“ erschien - jedoch ohne Erläuterung. Merkwürdig mutet auch an, dass der Rechtsextremist und Ex-V-Mann Tino Brandt Verbindungen nach Süddeutschland hatte. Er galt als Anführer der Kameradschaft Thüringer Heimatschutz, aus der die Zwickauer Zelle hervorging. 2004 hatte Brandt als Strohmann eine Doppelhaushälfte in der Nähe von Heilbronn erworben und 2008 wieder verkauft.

Auch in Bayern mutmaßen Sicherheitsexperten weiterhin über mögliche Unterstützer. Fünf der zehn NSU-Morde ereigneten sich dort; Politiker fragen sich, auf welches Netzwerk sich das Trio womöglich stützen konnte. Franz Schindler (SPD), Chef des NSU-Untersuchungsausschusses in Bayerns Landtag, sagte der „Welt“: „Es ist für Sicherheitsexperten absolut unwahrscheinlich, dass es vor Ort keine Infrastruktur gegeben hat und keine Verbindungsleute an den Tatorten in die Vorbereitungen involviert waren.“ Er geht davon aus, dass noch viel über das NSU-Umfeld herauskommen wird. Zschäpe besaß jedenfalls unter anderem einen Mitgliedsausweis eines Tennisklubs in der Nähe von Nürnberg, der auf einen ihrer Alias-Namen ausgestellt war.

Graphic

Cira Moro

Tatort Heilbronn: An dem Ort, an dem die Polizistin Michèle Kiesewetter starb, erinnert eine Gedenktafel an die NSU-Opfer

Cira Moro

Load-Date: March 18, 2013

Ich mach dich Dialekt; Keine Angst vor „Kiezdeutsch“: Die Linguistin Heike Wieser erforscht die neue Jugendsprache und stößt auf überraschende Belege für gelingende Integration.

Die Welt

Freitag 24. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 23; Ausg. 47

Length: 1194 words

Byline: Karl-heinz Götttert

Body

Kiezdeutsch? Man muss es zugeben: Darüber wusste bislang kaum jemand Bescheid. Das ist jetzt anders. Heike Wiese, Professorin für Deutsche Sprache der Gegenwart an der Universität Potsdam, hat ihren Sonderforschungsbereich Sprache, Variation und **Migration** buchstäblich auf die Beine gestellt und Mitarbeiter losgeschickt, um in eine Sprache von Jugendlichen hineinzuhören, über die sich die ersten Mythen gebildet haben (Heike Wiese: „Kiezdeutsch“. Ein neuer Dialekt entsteht. C.H. Beck. 280 S., 12,95 Euro). Fast jeder hat im Vorübergehen oder im Fernsehen schon so eigenartige Sätze gehört wie „Lass ma Kino gehn“ oder „Die guckt so zu dir so“. Aber was damit anfangen?

In ersten Kommentaren war die Rede vom Anfang vom Ende des Deutschen. Und nun lesen wir: keine Aufregung, es ist nur ein neuer Dialekt entstanden, und zwar ein deutscher. Kiezdeutsch ist ein Deutsch, das im Kiez gesprochen wird, in multiethnischen Stadtteilen wie Berlin-Kreuzberg, von deutschen, türkischen, arabischen Jugendlichen, die sich von der Erwachsenenwelt absetzen wollen. Wiese stützt sich auf die Protokollierung von 48 Stunden transkribiertem Tonmaterial, gewonnen von Jugendlichen zwischen 14 und 17, die (ohne teilnehmende und damit verfälschende Beobachtung) sich Mikros um den Hals hängen ließen und zu ihren Treffen mitnahmen. Dem gilt eine umfangreiche Analyse mit sprachwissenschaftlichem Rüstzeug.

Und das Ergebnis? Was dem Uneingeweihten als „Fehler“ auffällt oder aufstößt, ist zunächst einmal systematisch, nicht beliebig. Einiges stammt aus den Kontaktsprachen, besonders dem Türkischen, woher etwa der Wortschatz angereichert wird (mit *lan* für „Typ“/„Mann“ etwa oder *wallah* für „echt“). Dass die inzwischen schon berühmt gewordene Wendung „Ich mach dich Messer“ nicht türkischer Syntax entspricht, hatte Wiese schon in einem älteren Aufsatz begründet. Eine Mischsprache ist Kiezdeutsch also nicht. Wenn Türkisches oder Arabisches auftaucht, dann ist es dem Deutschen einverleibt, mit deutscher Aussprache oder Betonung versehen.

Woher aber kommen zum Beispiel diese artikellosen Substantive wie in „Lass ma Kino gehen“, bei denen man zuerst an die fehlenden Artikel im Türkischen denkt? Die Fülle der Belege deutet auf Ortsangaben. Und siehe da:

Ich mach dich Dialekt Keine Angst vor „Kiezdeutsch“: Die Linguistin Heike Wieser erforscht die neue Jugendsprache und stößt auf überraschende Belege für gelinge....

Das gab es dosiert ganz ohne multiethnischen Hintergrund schon immer im Deutschen. Für Redewendungen à la „Da müssen Sie Jakob-Kaiser-Platz umsteigen“ existieren Belege unter unverdächtigen Erwachsenen, ein Hinweisschild wie „Bei allen Fahrten, die Bhf. Charlottenhof enden“ ist gleich als altes Foto präsentiert. Folgerung: Kiezdeutsch hat eine deutsche Konstruktion (nur) verallgemeinert. Fälle wie „Ich frag mein Schwester“ fallen ebenfalls erst auf, wenn man sie liest statt hört.

Und so macht Wiese weiter, führt Fall für Fall von Kiezdeutsch auf umgangssprachliches Deutsch zurück, das lediglich systematisch ausgebaut ist. Man braucht etwas Geduld, um sich erklären zu lassen, dass auch „Machst du rote Ampel!“ nur ein neues „Funktionsverbgefüge“ darstellt, das es als hochdeutsches „zur Ausführung bringen“ schon immer gab (mit „semantisch gebleichtem Verb“).

So sei noch das eigenartig klappernde „so“ erwähnt, in Wendungen wie „weil er so aus Schönberg kommt“. Wer sich nun mit Triumphgeheul auf endgültig entgleistes Deutsch stürzt, muss sich wieder einmal belehren lassen. Mit diesem „so“ wird das hervorgehoben, was im Satz der eigentlichen Aussage entspricht. Hellmuth Karasek sagte einmal im „Literarischen Quartett“ über einen Roman von Rainer Merkel: „Es sind so Scheinkämpfe in einer Scheinwelt ...“

Was genau ist mit all dem bewiesen? Es gibt ein neues Deutsch mit systematischen Eigenheiten. Kein „Türkendeutsch“, „Kanaksprak“ oder was sonst noch kursierte (und in der Vergangenheit die Diskussion schwer durchschaubar machte). Auch keine Verwässerung, kein Verfall, keine Katastrophe. Sondern im Gegenteil eher ein Zeichen für Kreativität und nicht zuletzt für eben doch gelingende Integration. Wiese setzt sich an keiner Stelle mit Thilo Sarrazin auseinander. Und doch fällt sein Name bei einem genüsslichen Zitat, das belegt, wie nahe ausgerechnet er dem Kiezdeutsch steht, wenn er viermal hintereinander zwar nicht „so“, dafür „also“ als Verstärkung benutzt („im also muslimischen Religionsunterricht“).

Aber wirklich ein neuer Dialekt? Da fällt einem vielleicht keine Definition, jedoch eine alte Erfahrung ein. Haben Dialekte nicht mit festen Regionen zu tun? Und werden von allen dort Lebenden gesprochen, von Erwachsenen noch mehr als von Jugendlichen? Und sind Dialekte nicht alt, viel älter als das künstlich entstandene Hochdeutsch? Das weiß Wiese natürlich und hält mit dem Begriff „Turbodialekt“ dagegen: Nein, kein ganz normaler Dialekt, aber etwas, das den normalen Dialekten eben in wichtiger Hinsicht gleicht: fest mit dem Deutschen verbunden und daneben mit klaren Abweichungen.

Sogar noch etwas kommt hinzu, was für die herkömmlichen Dialekte kennzeichnend ist: die soziale Abwertung. Hochdeutsch als Sprache der sozial führenden Mittelschicht wurde zum Abgrenzungsmerkmal, hielt die Unterschicht auf Distanz. Es existiert kein sprachwissenschaftliches Argument dafür, dass „Lass ma Kino gehen“ schlechter sein soll als „Lasst uns ins Kino gehen“. Aber Kiezdeutschsprecher teilen die Erfahrung von Dialektsprechern, dass sie damit als sozial schwächer, ja dümmer eingeschätzt werden.

Haken wir hier einmal ein. Zwar ist es verlockend, in Zeiten des Rückgangs der Dialekte einen ganz neuen am Horizont entstehen zu sehen. Aber auch für ihn gelten die gleichen Probleme wie für die alten: So ungerecht die Abwertung ist, sie ist da und bedroht die Sprecher. In den didaktischen Diskussionen ist es schon lange mit spitzer Zunge gesagt worden: Für die Dialekte setzen sich besonders diejenigen ein, die sie nicht sprechen (müssen). Dialektverteidigung tendiert so gesehen nicht nur zu sozialer Verteidigung, sondern auch zu sozialer Romantik.

Und Kreativität? Es ist richtig, dass „Fehler“, die man (jedenfalls in der Sprache) zweimal macht, keine Fehler mehr sind, sondern Stil. Nur zeigt gerade hier der Vergleich mit den alten Dialekten, dass Kiezdeutsch dem plötzlichen Auftreten nach vielleicht ein Turbodialekt ist, der Summe an Eigenheiten nach jedoch (jedenfalls noch) kaum. Das ist auch kein Wunder, wenn man bedenkt, dass wir es mit einer Jugendsprache zu tun haben, der es genügt, sich von der erwachsenen Umgebung abzusetzen und ihre eher eng begrenzten kommunikativen Bedürfnisse auszubauen. Dass man dabei auf Kreativität stößt, wird niemanden verwundern, der sich je mit Jugendsprache befasst hat.

Ist nun ein neuer Dialekt entstanden? Man könnte den Ball auch etwas flacher halten, falsche Romantik wie unnötige Euphorie vermeiden und von einer Jugendsprache sprechen, die aufgrund des neuartigen multiethnischen

Ich mach dich Dialekt Keine Angst vor „Kiezdeutsch“: Die Linguistin Heike Wieser erforscht die neue Jugendsprache und stößt auf überraschende Belege für gelinge....

Milieus neuartige Züge enthält. Der etwas provokativere „neue Dialekt“ sei Wiese trotzdem geschenkt. In der größeren Auseinandersetzung um die multiethnische Gesellschaft ist ihr Buch auch mit etwas zu viel Romantik und Euphorie eine Wohltat.

Karl-Heinz Göttert, emeritierter Professor an der Universität Köln, veröffentlichte zuletzt „Alles außer Hochdeutsch“ (2011)

Graphic

Laif/Murat Tueremis

Kiezdeutsch wird nicht nur Neukölln gesprochen - und auch von Deutschen

Load-Date: February 24, 2012

End of Document

**Ein kurzer Urlaub vom Krieg; Die türkische Grenzregion zu Syrien
beherbergt Tausende Flüchtlinge und ist ein wichtiges Rückzugsgebiet für
die Rebellen**

Die Welt

Montag 18. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 9; Ausg. 140

Length: 1020 words

Byline: Hackensberger

Highlight: Die **Flüchtlinge** leben hinter Stacheldraht versteckt in Zelten und einer ehemaligen SchuleEin Rebellenchef erzählt, er kaufe seine Waffen bei Offizieren der syrischen Armee

Body

Antakya

Touristen aus aller Welt kennen die türkische Stadt Antakya besser unter dem Namen Antiochia. Doch derzeit kommen kaum noch Urlauber, um die Mosaike aus der legendären Metropole der Antike zu bestaunen. Im Nachbarland Syrien tobt seit 16 Monaten der Bürgerkrieg. Seit sich die Kämpfe zwischen Rebellen und Armee zunehmend intensivieren, wird die Türkei für die Opposition immer wichtiger als Rückzugsgebiet und Nachschubbasis. Antakya, das nur wenige Kilometer von der Grenze entfernt liegt, ist heute ein wichtiger Stützpunkt der Freien Syrischen Armee (FSA), einer Rebellengruppe, die sich aus desertierten Soldaten der syrischen Streitkräfte zusammensetzt. Von hier aus starten die Rebellen zu ihren Angriffen auf die Regierungstruppen von Präsident Baschar al-Assad. Oder sie machen dort einfach nur Urlaub vom Krieg.

„Ich bin jetzt schon sechs Tage hier“, erzählt Mohammed Hamudi. Er steht im schattigen Garten eines großen Einfamilienhauses in einem Vorort von Antakya und reicht kaltes Wasser. Eine Wohltat bei über 40 Grad Hitze. „Aber nun wird es wieder Zeit, weiter zu kämpfen“, fügt er lachend an. „In zwei, drei Tagen geht es wieder über die Grenze.“ Er ist der Führer eines Bataillons, zu dem 90 Mann und drei Ärzte gehören. Sein Operationsgebiet ist in der Nähe von Idlib im Norden Syriens. „Zu unserer Hauptaufgabe gehört, den Zufahrtsweg an der Ostküste in Richtung Türkei von syrischen Regimetruppen freizuhalten“, erklärt der Mittvierziger. Er meint damit die Verbindungsstraße von der Hafenstadt Latakia an die türkische Grenze, die weiter nach Antakya führt. Auf diesem Weg werden verwundete Kämpfer in türkische Krankenhäuser sowie Verpflegung oder Medikamente nach Syrien gebracht. Hamudis Bataillon sei nicht das einzige, das in der Gegend um Idlib operiert. „Da sind noch zwei oder drei andere Einheiten, die alle in Koordination mit dem Chef des Militärrats, Mustafa al-Scheich, kämpfen.“

Ein kurzer Urlaub vom Krieg Die türkische Grenzregion zu Syrien beherbergt Tausende Flüchtlinge und ist ein wichtiges Rückzugsgebiet für die Rebellen

Hamudi ist kein Deserteur der syrischen Armee. Er war ein erfolgreicher Geschäftsmann und hätte sich nie träumen lassen, dass einmal Kalaschnikows oder Panzerabwehrraketen zu seinem Werkzeug gehören würden. „Erst als ich bei einer absolut friedlichen Demonstration von den Sicherheitskräften verwundet wurde, habe ich mich entschlossen, dieses Bataillon zu gründen“, sagt er. Das war im August 2011, und seitdem bekämpft er das Assad-Regime. Hamudi sagt, dass er diesen Kampf aus eigener Tasche finanziere. Dies könne er nur, weil er aus einer wohlhabenden Familie stamme. Denn Widerstand ist teuer. Umgerechnet 1500 Euro kostet eine einzige Kalaschnikow, und über den Preis von Panzerfäusten will er gar nicht reden. Schon oft wurde kolportiert, dass Saudi-Arabien oder Katar, die die Rebellen seit Langem bewaffnen wollen, finanzielle Hilfe leisten. Davon will Hamudi jedoch nichts wissen. „Nur die Amerikaner haben Satellitentelefone geliefert“, versichert er. Die Waffen seines Bataillons stammen angeblich ausnahmslos von der syrischen Armee. „Wir kaufen sie von Obersten und anderen Offizieren, die sie aus den Arsenalen stehlen und völlig übersteuert an uns verkaufen.“ Erst letzte Woche hätten sie zwei Panzerabwehrraketen und 15 dazugehörige Sprengköpfe erhalten. „Das Geld legen wir den Offizieren in den Blumentopf neben ihrem Haus oder schicken Kinder mit den dicken Geldbündeln zu ihnen“, sagt Hamudi lachend. Vor einem drohenden ethnisch-religiösen Konflikt will der ehemalige Geschäftsmann nichts wissen. „Sehen Sie, in meiner Einheit kämpfen drei Christen neben Sunniten. In anderen Bataillonen sind Alawiten, die angeblich alle zu Assad halten, die Kommandeure.“ Dass die UN-Beobachter nun abgereist sind, stört Hamudi wenig. „So Gott will, werden wir ohne jede Hilfe aus dem Ausland gewinnen, da wir bereit sind, für unsere Freiheit bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen.“

Diese Zuversicht teilt Abdelkarim Hadsch Jussif nicht. Er ist einer von mittlerweile 30.000 registrierten syrischen Flüchtlingen im türkischen Grenzgebiet rund um Antakya. „Ohne die Nato wird das ganz sicher nichts“, sagt er nachdenklich. „Die Rebellen haben militärisch keine Chance gegen die Armee.“ Und von Gewalt und Krieg halte der 58-jährige Kunstlehrer sowieso nichts. „Friedlich hätte alles weitergehen sollen“, sagt er mit einem bestimmenden Ton. „Dann hätte sich das Regime nach einer gewissen Zeit völlig von selbst diskreditiert.“ So gebe es nur Gewalt und Gegengewalt. Seine Söhne sind nicht zur FSA gegangen und werden es auch nicht, sagt er. Hadsch Jussif stammt aus Janudia, einem kleinen Dorf in der Nähe von Idlib. Mit seiner insgesamt achtköpfigen Familie flüchtete er im Juni letzten Jahres, nachdem sein Ort von Regimesoldaten mit Granaten beschossen worden war. „Sie haben unser Haus und unsere Möbel angezündet“, erzählt er noch sichtlich getroffen. Sie fuhren zunächst mit Autos nah an die türkische Grenze, von dort ging es dann zu Fuß weiter: „Mit all dem, was wir noch besaßen, fast drei Stunden lang, bis wir auf die türkische Seite gelangten.“ Heute sei das nicht mehr möglich. Die syrische Armee habe Minen gelegt und Kontrollen verschärft. „Nur die FSA kennt sichere Wege zurück nach Syrien.“

Jussif kann sich mit dem Leben im Flüchtlingslager von Yaladaj, 51 Kilometer von Antakya entfernt, nur schwer abfinden. 2500 Menschen sind dort außerhalb des Ortszentrums hinter Gittern, Stacheldraht und Plastikplanen untergebracht. Einige wohnen in Zelten, andere in einer ehemaligen Schule. „Bei dieser Hitze im Zelt, das ist unerträglich“, sagt der 58-Jährige. „Das Essen, das wir bekommen, ist ungenießbar“, berichtet er weiter. „Und wir werfen es, wie fast alle anderen auch, direkt in den Müll.“ Nur das Brot sei zu gebrauchen. Zudem gebe es kaum fließend Wasser, und die Verwaltung sowie Mitarbeiter des Roten Halbmonds würden Hilfslieferungen stehlen. „Viele Leute sind so arm, dass sie die Filter der weggeworfenen Zigaretten vom Boden aufheben und weiterräucher“, klagt er. Doch trotz aller Entbehrungen fühlt sich Jussif besser als zuvor: „Ich habe 40 Jahre lang darauf gewartet, dass es mit der Diktatur zu Ende geht. Nun bin ich endlich frei und kann sagen, was ich möchte.“

Graphic

AFP/ADEM ALTAN

Syrische Kinder finden ein wenig Ablenkung vom harten Alltag in einem Flüchtlingslager in der Türkei. Bei 40 Grad Hitze ist das Leben in Zelten nur schwer zu ertragen

Ein kurzer Urlaub vom Krieg Die türkische Grenzregion zu Syrien beherbergt Tausende Flüchtlinge und ist ein wichtiges Rückzugsgebiet für die Rebellen

Abdelkarim Hadsch Jussif glaubt nicht, dass die Rebellen gewinnen können

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Seeräuber in Hessen gefasst; Polizei verhaftet mutmaßlichen Piraten aus Somalia

Die Welt

Dienstag 14. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; S. 28; Ausg. 110

Length: 291 words

Body

Gießen - Drei Jahre nach der brutalen Entführung eines Frachtschiffs einer deutschen Reederei durch somalische Piraten haben Ermittler einen der mutmaßlichen Täter gefasst. Der Mann soll unter falschem Namen Asyl in einer hessischen Aufnahmeeinrichtung beantragt haben und wurde nach einem Routineabgleich seiner Fingerabdrücke als Schiffsentführer festgenommen. Der Verdächtige sei wahrscheinlich illegal und mit falschen Papieren eingereist, teilten das niedersächsische Landeskriminalamt (LKA) und die Staatsanwaltschaft Osnabrück mit.

LKA-Beamte waren nach dem Ende der monatelangen Entführung 2010 auf den Tanker namens „Marida Marguerite“ gereist, um dort Beweise zu sichern. Das unter der Flagge der Marshallinseln fahrende Schiff gehörte einer im niedersächsischen Haren ansässigen Reederei und war im Mai 2010 im Seegebiet am Horn von Afrika von Piraten angegriffen und entführt worden.

Die 22-köpfige Besatzung aus Indien, Bangladesch und der Ukraine wurde nach Angaben des LKA „in kaum zu schildernder Weise fürchterlich gequält“. Einzelne Crewmitglieder seien stundenlang gefoltert worden. Schiff und Besatzung wurden nach einer Lösegeldzahlung in Höhe von mehr als vier Millionen US-Dollar freigegeben. Der bereits am 8. Mai in Hessen festgenommene mutmaßliche Seeräuber soll nach ersten Ermittlungen für die Versorgung der entführten „Marida Marguerite“ mit Nahrungsmitteln und die Buchführung zur anteilmäßigen Lösegeldverteilung zwischen den Seeräubern zuständig gewesen sein.

Das Amtsgericht Osnabrück habe inzwischen Haftbefehl wegen erpresserischen Menschenraubs und gefährlicher Körperverletzung gegen den teilweise geständigen Beschuldigten erlassen. Im Fall einer Verurteilung durch ein Gericht drohen ihm bis zu 15 Jahre Haft.

Load-Date: May 14, 2013

**Deutschland Kompakt I; Sonnenenergie: Tillich verlangt mehr Geld für
Forschung ++ Truppenabzug: Berlin erwägt Asyl für afghanische Mitarbeiter
++ Verkehr: Ramsauer will Gelder von Ost nach West umschichten ++
Saarland: Reibungsloser Start für große Koalition**

Die Welt

Donnerstag 10. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 109

Length: 578 words

Byline: Jochen Gaugele

Body

Sonnenenergie

Tillich verlangt mehr Geld für Forschung

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat vor einer Schwächung der ostdeutschen Solarindustrie gewarnt. Die geplanten Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) dürften „nicht dazu führen, dass eine Zukunftstechnologie in Deutschland ohne Zukunft bleibt“, sagte Tillich der „Welt“. Er verlange „einen gezielten Ausbau der Energiespeicher-Förderung“, so der Ministerpräsident. „Konkret sollten kurzfristig finanzielle Mittel in signifikanter Höhe für die anwendungsbezogene Forschung und für Absatzanreize für Speichermöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.“

Die Solarbranche erwartet bis Jahresende in 65 Prozent ihrer Unternehmen einen Stellenabbau, falls es beim geplanten Ausmaß der Einschnitte der Solarförderung bleibt. Vor den Beratungen des Bundesrats am Freitag verwies der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) auf eine brancheninterne Umfrage, wonach mehr als 50 Prozent der Solarfirmen in den vergangenen Wochen Stellen abgebaut hätten. gau

Truppenabzug

Berlin erwägt Asyl für afghanische Mitarbeiter

Vor dem bis Ende 2014 geplanten Truppenabzug aus Afghanistan beschäftigt sich die Bundesregierung mit der Frage, was aus ihren afghanischen Mitarbeitern vor Ort werden soll. Das Bundesinnenministerium bestätigte Überlegungen, welche Mitarbeiter „im Fall eines Falles“ nach Deutschland mitgenommen werden könnten. Für detaillierte Planungen sei es aber noch zu früh. Laut „Stuttgarter Nachrichten“ könnten möglicherweise Hunderte

Deutschland Kompakt I Sonnenenergie: Tillich verlangt mehr Geld für Forschung ++ Truppenabzug: Berlin erwägt Asyl für afghanische Mitarbeiter ++ Verkehr: Ramsau....

Afghaninnen und Afghanen nach Deutschland kommen, die heute für deutsche Behörden am Hindukusch arbeiten. Die Angst vor Racheakten und Morden der aufständischen Taliban sei groß unter jenen, die derzeit für die Alliierten tätig seien. Offen sei auch, wie mit den Familien der Beschäftigten umgegangen werden solle, die gleichfalls gefährdet sein könnten. Zudem müsse unter anderem entschieden werden, ob die Kandidaten in Deutschland erneut in den Dienst deutscher Behörden treten sollen. Der Sprecher des Innenministeriums sagt, die Gespräche mit dem Außen- und dem Verteidigungsministerium über den Umgang mit den afghanischen Mitarbeitern nach dem geplanten Abzug 2014 seien im Gange.

Verkehr

Ramsauer will Gelder von Ost nach West umschichten

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) stellt den westdeutschen Ländern mehr Geld für Investitionen in Aussicht. Ramsauer sagte, es werde in den kommenden Jahren bei der Verteilung der Investitions- und Instandhaltungsmittel für den Straßen- und Schienenverkehr in Deutschland zu einer „ganz deutlichen“ Verschiebung zugunsten der alten Länder kommen. Davon profitiere dann auch der Freistaat. Ramsauer betonte zugleich: „Bayern hat einen gewaltigen Investitionsbedarf.“

Saarland

Reibungsloser Start für große Koalition

Mit 37 von 51 Stimmen ist CDU-Landeschefin Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarbrücker Landtag im ersten Wahlgang als Ministerpräsidentin wiedergewählt worden. Das entspricht der Anzahl der Mandate, die CDU und SPD zusammen im Landtag haben. Sie sei „sehr glücklich über die geschlossene Unterstützung der Koalition“, sagte sie anschließend. Zwölf Abgeordnete stimmten mit Nein, zwei enthielten sich. Die Wahl wurde auf Antrag des Piraten-Abgeordneten Michael Neyses in geheimer Abstimmung abgehalten. Unmittelbar nach der Wahl legten Kramp-Karrenbauer und ihr Kabinett den Amtseid ab. Mit insgesamt sechs Ministern - je drei von CDU und SPD - ist es das kleinste Landeskabinett Deutschlands.

Load-Date: May 10, 2012

**Deutschland Kompakt; Erdogan-Besuch: Widerstand gegen Visafreiheit für
Türken ++ Regierungsbündnisse: Roth und Dobrindt gegen Schwarz-Grün
++ Schulden: Regierung will schnellstens ausgeglichenen Haushalt ++
Schleswig-Holstein: CDU bietet Konsens in der Schulpolitik an**

Die Welt

Montag 29. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 253

Length: 696 words

Body

Erdogan-Besuch

Widerstand gegen Visafreiheit für Türken

Vor dem Deutschlandbesuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan hat sich der Innenexperte der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl, gegen die visafreie Einreise von Türken in die EU ausgesprochen. Mit einem EU-Beitritt der Türkei rechnet der CSU-Politiker nicht mehr. Beide Themen liegen Ankara aber seit Langem am Herzen und dürften auch Gegenstand von Erdogans Gesprächen am Dienstag und Mittwoch in Berlin sein. Offizieller Anlass des zweitägigen Besuchs ist die Eröffnung des neuen Kanzleigebäudes der türkischen Botschaft. Auf Erdogans Programm steht auch ein Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Die Europäische Union hatte der Türkei in der Visafrage ein Entgegenkommen in Aussicht gestellt, ohne aber einen Zeitplan zu nennen. Eine Steuerung der Visavergabe sei aber unverzichtbar, sagte Uhl. „Die Türkei ist ein Transitland für Drittstaaten.“ Wenn eine weitgehend unkontrollierte Einreiseerlaubnis gelte, könnten in großer Zahl Menschen aus Drittstaaten nach Deutschland kommen und hier Asyl beantragen, warnte er. Visaerleichterungen - etwa für Geschäftsleute - seien vernünftig, nicht aber komplette Visafreiheit.

Regierungsbündnisse

Roth und Dobrindt gegen Schwarz-Grün

Grünen-Chefin Claudia Roth und CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt lehnen eine schwarz-grüne Koalition sowohl in Bayern als auch im Bund im nächsten Jahr ab. In einem Streitgespräch zwischen Roth und Dobrindt sagte der CSU-Generalsekretär der „Bild am Sonntag“: „Grüne und CSU trennt ein Canyon.“ Dobrindt nannte die Grünen eine Partei ohne Inhalte. „Nach dem Kernenergieausstieg der Bundesregierung haben sie kein Thema mehr.“ Zudem gebe es keinerlei Schnittmengen in der Familienpolitik. Auch wollten die Grünen „mit deutschen

Deutschland Kompakt Erdogan -Besuch: Widerstand gegen Visafreiheit für Türken ++ Regierungsbündnisse:
Roth und Dobrindt gegen Schwarz-Grün ++ Schulden: Regierun....

Steuergeldern die Vergemeinschaftung der Schulden in Europa einführen". Roth begründete ihr klares Nein unter anderem mit der CSU-Forderung nach einem Betreuungsgeld und warf Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) eine „Asylkampagne“ gegen Roma aus Serbien und Mazedonien vor. Zudem bremse die CSU den Ausbau erneuerbarer Energien aus. Der Grüne Rezzo Schlauch zeigte sich in der „Welt am Sonntag“ offener für eine schwarz-grüne Zusammenarbeit. Rot-Grün sei die beste Regierungskonstellation, so Schlauch. „Aber wenn eine große Koalition droht, würde ich auf jeden Fall mit der Union verhandeln, um eine Elefantenhochzeit zu verhindern.“

Schulden

Regierung will schnellstens ausgeglichenen Haushalt

Die Bundesregierung will die Neuverschuldung schneller reduzieren als bisher geplant. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will für den Bund schon 2013 einen „nahezu ausgeglichenen Haushalt“ vorlegen. Der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler will eine komplett „schwarze Null“ 2014. Vom Koalitionsgipfel am kommenden Sonntag erwartet er ein klares Signal in diese Richtung. Die Opposition fordert, deshalb auf zusätzliche Milliardenausgaben für das Betreuungsgeld zu verzichten. Schäuble schrieb in einem Beitrag für den „Tagesspiegel am Sonntag“, der Bund könne voraussichtlich schon 2013 seine Verpflichtungen aus der Schuldenbremse einhalten. Nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung prüfen Finanzministerium und Kanzleramt derzeit, wie sich für 2014 ein Bundeshaushalt ganz ohne neue Schulden erreichen lässt. Derzeit sieht der Finanzplan für 2014 noch eine Nettokreditaufnahme von 13,1 Milliarden Euro vor.

Schleswig-Holstein

CDU bietet Konsens in der Schulpolitik an

CDU-Landeschef Jost de Jager hat sich für einen zehnjährigen Schulfrieden in Schleswig-Holstein ausgesprochen. In einem Beitrag für die Zeitung „Schleswig-Holstein am Sonntag“ bot de Jager der Kieler Regierungskoalition einen bildungspolitischen Konsens bei wesentlichen bildungspolitischen Fragen an. Als Voraussetzung für einen Konsens in der Schulpolitik nannte der CDU-Landesvorsitzende, dass seine Partei als größte politische Kraft im Land die Themen eines solchen Schulfriedens mitbestimmen kann. Nach seiner Ansicht sind Schüler, Lehrkräfte und Eltern im Land durch die vielen Reformversuche der vergangenen Jahre und Jahrzehnte inzwischen völlig verunsichert. Das Bildungsministerium reagierte zurückhaltend auf den CDU-Vorstoß.

Load-Date: January 26, 2013

Istanbuls letztes Ordensspital; Die Barmherzigen Schwestern aus Österreich retten Leben in der muslimischen Türkei

Die Welt

Samstag 7. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; S. 36; Ausg. 84

Length: 843 words

Byline: Boris Kálnoky

Highlight: Arme, Obdachlose, **Flüchtlinge**: Im St.-Georgs-Spital in Istanbul behandeln die Frauen Patienten, denen sonst keiner hilft

Body

Istanbul

Aufregung im Foyer des St.-Georgs-Spitals zu Istanbul. Ein Krankenwagen steht vor der Tür, eine Bahre wird hinausgeschoben, darauf ein farbiger Mann, bewusstlos. Schwester Berlinde, im blauen Ordensgewand der Barmherzigen Schwestern, telefoniert mit einer Hand, gestikuliert mit der anderen, gibt Anweisungen. „Der Mann liegt seit sechs Tagen bei uns“, sagt sie. Man weiß noch immer nicht genau, was er hat. „Alle Tests und ein Gehirn-Scan haben nichts ergeben.“ Nun wird er für einen Ganzkörper-Scan in ein spezialisiertes Krankenhaus gebracht.

Danach wird er zurückkommen. Denn außer dem Spital der Ordensschwestern wird ihn in Istanbul niemand behandeln. Ein **Flüchtling**. Die staatlichen Krankenhäuser lehnen den hilfsbedürftigen Mann ab, weil er keine Papiere hat. Die privaten, weil er kein Geld hat.

Für die Schwestern hat der Tag um sechs Uhr früh begonnen, mit den „Betrachtungen“, eine Art Meditation. Um 6.45 Uhr dann das gemeinsame Morgengebet. Texte aus dem „Kleinen Stundenbuch zur Fasten- und Osterzeit“, in einem sanften, eindringlichen Singsang vorgetragen. Dann die Fürbitten. „Herr, gib dem Mann Kraft, dessen Finger heute amputiert werden.“

Er stammt aus Guinea. Illegal kam er über die Berge ins Land, drei aus seiner Gruppe froren zu Tode, ihm froren die Finger ab. Später wird ein plastischer Chirurg zur Stelle sein, um die Stümpfe herzurichten. Geld dafür kommt zum Teil aus Spenden, die die Schwestern von der Zentrale ihres Ordens in Paris zugeteilt bekommen, und teilweise von einem Flüchtlingshilfswerk.

Istanbuls letztes Ordensspital Die Barmherzigen Schwestern aus Österreich retten Leben in der muslimischen Türkei

Hilfe für die, denen sonst niemand hilft - solche Fälle machen nur etwa drei Prozent der Patienten aus, aber sie sind einer der Gründe, warum St. Georg einzigartig in Istanbul ist und in der ganzen Türkei. Es ist das letzte Ordensspital.

Gynäkologin Vartanus Gürses zählt auf: „Das deutsche, das französische, das italienische Krankenhaus - sie alle waren Ordensspitäler, aber aus allen haben sich die Schwestern zurückgezogen." Die Orden schrumpfen, es gibt keinen Nachwuchs. Sie selber hat miterlebt, was am italienischen Krankenhaus geschah, nachdem die Schwestern gingen. „Das Niveau sank rapide."

Nur St. Georg ist geblieben, das „österreichische Krankenhaus". Es ist ein Stück Istanbul Geschichte. Im Jahr 1872 rief der Sultan zwei Barmherzige Schwestern aus Österreich nach Istanbul, weil eine Cholera-Epidemie wütete und es an Pflegern fehlte. Mit der Zeit erwuchs daraus ein Hospital, geführt von einer Kommission, in der der Sultan und der Wiener Hof vertreten waren.

Schwester Heliodora (69) dient seit 26 Jahren in St. Georg, Schwester Irene (70) gar seit 1983. Sie erinnern sich an den alten Fisch- und den Gemüsemarkt am Goldenen Horn, um Träger, die sich darum drängelten, die Einkäufe der Schwestern für sie zu tragen, und an Menschen, die viel herzlicher waren als heute. „Das war noch Orient damals", sagt Sr. Heliodora. „Heute ist es ja eine ganz moderne Stadt."

Helene Tekin, eine Deutsche aus Koblenz, ist seit noch längerer Zeit Stammkundin in St. Georg, als die älteren Schwestern dort arbeiteten. „Früher haben die Schwestern alles gemacht, und es waren viel mehr", erinnert sich Frau Tekin, die 1961 nach Istanbul heiratete. „Mit der Zeit wurden die Schwestern dann immer weniger, und es kam immer mehr Personal von außen." Heute zählt das Hospital mehr als 70 Mitarbeiter, davon neun Schwestern, deren Orden zugleich der Träger des Krankenhauses ist. Fünf der weltlichen Angestellten sind örtliche Christen. „Das stellt sich immer nachher heraus", sagt Schwester Heliodora, „wir achten nicht auf Religionszugehörigkeit." Woraus sie achten, ist Menschlichkeit. „Wenn jemand gleich fragt, wie viel man verdienen kann, dann wissen wir, dass das nicht die richtige Person ist", sagt Sr. Heliodora. Wichtig sind auch gewisse ethische Prinzipien. Abtreibung ist tabu in St. Georg, ebenso künstliche Befruchtung.

Heute ist St. Georg eines der besten Krankenhäuser Istanbuls, aber anders als die anderen. „Es gibt die staatlichen Krankenhäuser", erklärt Internist Metin Telli. „Da ist es egal, wie gut oder wie schlecht man arbeitet, es zählt nur die Quantität. Und es gibt die privaten, da zählt nur das Geld, der Umsatz." In St. Georg steht der Mensch im Mittelpunkt. Als einziges der großen privaten Hospitäler akzeptiert man die staatliche Krankenversicherung, behandelt Flüchtlinge und die Ärmsten kostenlos, nimmt sich Zeit für die Menschen und verlangt grundsätzlich weniger Geld als die anderen privaten. Patienten rühmen die „Sauberkeit" und die Freundlichkeit des Personals.

„Es ist eine Art Unternehmenskultur hier, die Loyalität hervorruft - bei den Ärzten und auch bei den Patienten", sagt Chefarzt Erdal Kalali. „Manche kommen von sehr weit hierher. Und diese Kultur geht von den Ordensschwestern aus. Das kann man mit Geld nicht kaufen, und es macht uns einzigartig." Und seine Bewunderung für die Schwestern ist groß: „Ich verstehe nicht, woher sie die Kraft nehmen."

„Das kann man mit Geld nicht kaufen, und es macht uns einzigartig" Chefarzt Erdal Kalali über die Arbeit der Ordensschwestern

Graphic

BORIS KÁLNOKY

Die leitenden Schwestern managen alles: Heliodora, Berlinde, Irene (v. l.)

Istanbuls letztes Ordensspital Die Barmherzigen Schwestern aus Österreich retten Leben in der muslimischen
Türkei

Load-Date: April 7, 2012

End of Document

Wir predigen den Gläubigen; Die Istanbul Biennale hat sich in Zeiten des Aufstands gegen die Regierung Erdogan aus dem öffentlichen Raum zurückgezogen. Ein Rundgang über eine mutlose Ausstellung

Die Welt

Samstag 14. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 26; Ausg. 215

Length: 1365 words

Byline: Kolja Reichert

Body

Wer braucht die Kunst, wenn der Aufstand herrscht? Noch am Vorabend kroch das Tränengas durch die zentrale Einkaufsstraße Istanbuls, die stiklal Caddesi. Am Nachmittag drauf strömen Passanten durch das Untergeschoss der Galerie SALT, das weit geöffnet ist wie eine Boutique und das der Argentinier Diego Bianchi mit einer chaotischen Rieseninstallation vollgestellt hat. Aus einer Holzplatte ragen die Hände eines Schauspielers, die klatschen. Kinder stehen davor und klatschen zurück, andere klettern über eine Art Zugbrücke in eine Hütte. Niemandem ist richtig klar, was das und er hier soll, vielleicht ist das ja gerade gut, vielleicht auch nicht.

Abends stehen ein paar Gassen weiter die Entscheider der globalen Kunstwelt beim Sektempfang auf der Dachterrasse des Sammlerpaars Eczacbaşı im Künstler- und **Migrantenbezirk** Beyoğlu, das seit Jahren Zentrum urbaner Aufwertung und nun auch Standort vieler Galerien ist. Beyoğlus Wahrzeichen, der Galataturm, strahlt, als wäre er die Krönung der üppigen Kunstsammlung, die sich über die fünf Stockwerke darunter ergießt, während die Redner den radikalen Umbruch feiern, den die türkische Gesellschaft jetzt erlebt.

In einem Staat, der lieber Panoramen osmanischer Schlachten baut als die Gegenwartskunst zu fördern, sind es Unternehmer wie die Eczacbaşı oder die Koç-Familie, denen sich die Etablierung einer lebendigen, kritischen Kunstszene mit verdankt. Seit Jahren ist die Koç Holding Hauptsponsor der Istanbul Biennale - eine der angesehensten der Welt.

Es ist ein Grundwiderspruch politischer Kunst, dass sie oft mit dem Geld jener finanziert ist, deren Wirken sie anklagt. So verfolgt die Berliner Künstlerin Hito Steyerl auf der Biennale in einem Video die Munition, deren ihre Freundin als PKK-Kämpferin zum Opfer fiel, auf die Hersteller in Deutschland oder der Türkei zurück - unter ihnen die Koç-Gruppe, die nicht nur Banken, Energiefirmen und Universitäten besitzt, sondern auch Waffenunternehmen.

Der Riss, der gegenwärtig durch die türkische Gesellschaft geht, durchzieht auch die Unternehmerwelt. Zahlreiche Konzernlenker haben sich in den vergangenen Jahren der AKP-Regierung angepasst, etwa um willkürlich

Wir predigen den Gläubigen Die Istanbul Biennale hat sich in Zeiten des Aufstands gegen die Regierung Erdogan aus dem öffentlichen Raum zurückgezogen. Ein Run....

vergebene Baulizenzen zu bekommen, mit denen sich ganze Stadtteile in standardisierte Zonen aus Wohnungen, Einkaufszentren und Moscheen verwandeln. Wer sich nicht anpasst, gerät unter Druck.

Was als Protest gegen den Abriss eines Parks begann und zum Tod von sechs Demonstranten führte, ist zur existenziellen Kraftprobe ausgewachsen, in der jede Seite auf die Zukunft wettet. Dabei beeindruckt die Streitfreudigkeit einer Gesellschaft, in der sich am Familienesstisch durchaus demonstrierende Studentinnen und regierungsnahe Unternehmer begegnen können. Ist die deutsche Gesellschaft eine des common sense, erweist sich die türkische als eine des sensus communis, des Gemeinsinns, der Verpflichtung gegenüber dem Anderen und der Zukunft. Mund zu Mund wandern die Nachrichten von Grundstücksenteignungen und Polizeigewalt, und selbst die Aufseherinnen in den Räumen der Biennale nutzen die Anwesenheit der Journalisten, um unter vier Augen von den letzten Ereignissen auf dem Taksim oder drüben auf der asiatischen Seite in Kadiköy zu berichten. Damit eignen sie sich den Ausstellungs- als öffentlichen Debattierraum an, was ganz im Sinne der Arbeitgeber ist.

Es ist ein weiterer Widerspruch politischer Biennalen, dass sie zwei gegensätzliche Öffentlichkeiten ansprechen: das einfliegende internationale Fachpublikum, vor dessen Urteil man bestehen muss; und das lokale (Laien-)Publikum, von dessen Zuspruch die Legitimation solcher Großunternehmungen abhängt. Als sie sich den öffentlichen Raum als Thema vornahm, traf die Istanbul Biennale ins Schwarze. So sehr, dass sie, als im Mai dieser öffentliche Raum erwachte, ins Abseits geriet. Auch Kuratorin Fulya Erdemci war auf dem Taksim im Tränengas. Sie hatte zahlreiche Aktionen im öffentlichen Raum geplant, auch im Gezi-Park. Das traf auf scharfe Kritik von Bürgergruppen, die die Biennale als Teil des Problems sehen, teils wurde Erdemci sogar bedrängt und angezeigt.

„Ich möchte keine Kunstwerke mit der Erlaubnis jener Autoritäten umsetzen, die die Bürger unterdrücken“, begründet Erdemci nun ihre Entscheidung, sich von den Plätzen zurück zu ziehen und die Ausstellung auf private Räume zu beschränken - die Ausstellungshäuser Salt und Arter, die der Koç Foundation gehören, eine alte griechische Schule, den Projektraum 5553 in einem brutalistischen Einkaufszentrum und die Lagerhalle Antrepo 3 am Bosphorus. Sie ist seit Jahren Hauptort der Biennale, allerdings jetzt frisch verkauft und dürfte bald Einkaufszentrum oder Hotel werden.

„Es ist eine politische Geste“, rechtfertigt Erdemci den Rückzug in den geschlossenen Raum. Gleichwohl verspielt sie mit dieser Geste Publikum. Warum nicht mehr riskieren und den Polizeischutz einbeziehen? Anstatt Widersprüche zu erproben und Öffentlichkeiten in Reibung zu bringen, wie es Christoph Schlingensiefel so gut verstand, wird tendenziell wieder den Gläubigen gepredigt. Hervorragend ist die Lösung des freien Eintritts, für die die Laufzeit verkürzt und alle Partys gestrichen wurden. Doch wer sich als Laie in die Räume locken lässt, findet sich vor den Barrieren. Für erklärende Texte muss der Katalog gekauft werden, dessen abstrakte Theoriesprache sich ans Fachpublikum richtet.

Erdemci baut auf zwei ausgezeichnete Vorgänger-Biennalen auf: 2009 hatte das Kuratorenkollektiv WHW mit formalistischen Diskursen gebrochen und in augenzwinkernder Agitatorik Brecht- und Marx-Zitate aus der Kiste geholt. 2011 versuchten Adriana Pedrosa und Jens Hofmann in einer scharf kuratierten Schau das Formale zu retten. Erdemcis Ausstellung fällt hinter beide Positionen zurück. Die Räume wirken teils kaum kuratiert, vieles steht bloß nebeneinander, oft fehlt ein roter Faden und jedes Spannungsverhältnis. All das lässt sich durch die Turbulenzen im Vorfeld rechtfertigen. Allerdings wirkt auch die Auswahl der Künstler - unter ihnen viele junge und besonders viele aus der Türkei und Lateinamerika - teils zufällig. Wenig ist zu Ende gedacht, es macht den Eindruck, als habe Erdemci es allen recht machen wollen. Das rahmende Thema „Mom, am I barbarian?“, einem Buchtitel der Autorin Lale Müldür entliehen, ist vielleicht doch etwas allgemein: Zu Barbaren zählt Erdemci „die Unterdrückten, den Revolutionär, den Banditen, den Dichter oder den Künstler“. Mit einer zupackenderen Moderation hätte diese Biennale womöglich mehr Bandit sein können und weniger Dichter.

Zu den Höhepunkten zählt Halil Altındere's Video mit den Rappern der Gruppe Tahribad - syan. Ihre Häuser im Stadtteil Sukulele, wo seit 600 Jahren Roma wohnten, wurden zerstört, um Neubausiedlungen Platz zu machen. In überdrehter Hip-Hop-Ästhetik gibt es Jagden durch die Ruinen, einen Kinnhaken mit einer Baggerschaufel und einen brennenden Polizisten. Kugeln treffen die Rapper in der Brust, die mit klaffenden Wunden weiter texten. Die

Wir predigen den Gläubigen Die Istanbul Biennale hat sich in Zeiten des Aufstands gegen die Regierung Erdogan aus dem öffentlichen Raum zurückgezogen. Ein Run....

Arbeit bringt drei Ökonomien zusammen bringt: die von Aufwertung und Verdrängung, die von Ehre und Selbstaussdruck im Rap und die der Kunst.

Santiago Sierra und Jorge Galindo lassen - ebenfalls in einem Video - sieben schwarze Staatskarossen in düsterer Feierlichkeit die Madrider Grand Via hinauf paradieren, auf ihren Dächern balancieren sie riesige realistische Ölgemälde der spanischen Regierungschefs seit dem Ende des Franco-Regimes - auf dem Kopf stehend. Dazu ertönt der Sowjetmarsch „Varsoviana Soviética“. Die Arbeit testet den öffentlichen Raum wie die Macht oder Ohnmacht von Kunst - und legt die Ästhetisierung der Politik offen. Sierra hat keine Angst, in der Wahl seiner Mittel böse zu sein. Eine Kunst, die hinter der Raffinesse der Macht zurück bleibt, sieht dagegen heute schnell alt aus. So wirken Teile der Istanbul Biennale wie Trauerarbeit um Debatten und Schlachten, die ihre Reibungskraft verloren haben.

Kuratorin Fulya Erdemci wurde von Bürgern bedrängt

Die Reise wurde unterstützt von der Istanbul Stiftung für Kunst und Kultur. Unsere Standards der Transparenz und journalistischen Unabhängigkeit finden Sie unter www.axelspringer.de/unabhaengigkeit. (<http://www.axelspringer.de/unabhaengigkeit>)

Graphic

Servet Dilber/Courtesy the artist and Pilot Gallery (Istanbul,Turkey), Sedat Suna

Sie wollten ihnen ihre Häuser nehmen: Szene aus Halil Altindere mit den Rappern der Gruppe Tahribad- syan entstandenen Video „Wonderland“

dpa

„Mom, am I barbarian?“ ist die diesjährige Istanbul Biennale überschrieben, auf der Wouter Osterholds „Eike Uitentuis“ (o.) zu sehen ist

**

Sedat Suna

Load-Date: September 14, 2013

Duisburg, zum Beispiel; Das Stadtmassaker von Bruckhausen: Wie die Planer beim geschichtsvergessenen Rückbau West uralte Fehler wiederholen

Die Welt

Freitag 20. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR; S. 23; Ausg. 93

Length: 1435 words

Byline: Dankwart Guratzsch

Body

Im Ruhrgebiet geht die Stadtpest um, und Duisburg steht dabei in vorderster Linie. Alles das, was Chronisten über die „Geißel Gottes“ im Mittelalter überliefert haben, ist hier an den Gebäuden des einst schmucken Stadtteils Bruckhausen abzulesen: Beulen, schwärende Wunden, Kraftlosigkeit, Fieberwahn. Den Fieberwahn tragen die Bagger in das Gebiet, Straße um Straße reißen sie die stückverzierten Gründerzeithäuser nieder, mit denen einmal das Bürgertum des Reviers voller Stolz seine Ankunft in der „Gesellschaft“ anmeldete. Heute ist hier das Kopftuch das häufigste Kleidungsstück, wird der Stadtteil zu 80 Prozent von **Migranten** bewohnt. Ein Klein-Morgenland mit zwei Moscheen.

Im Stadthaus sitzen Stadtentwicklungsdezernent Carsten Tum und Geschäftsführer Heinz Maschke vor grün und rot eingefärbten Stadtplänen und zucken mit den Schultern. Tum, erst wenige Tage im Amt, könnte die Verantwortung auf seinen Vorgänger schieben, den 16 Jahre amtierenden Planungsdezernenten Jürgen Dressler, SPD-Urgestein. Doch er tut es nicht. Auch Maschke beteuert mit trotzigem Kopfnicken: „Nein, nein, wir sind schon verantwortlich.“ Er führt die EG DU (Entwicklungsgesellschaft Duisburg), welche die schmutzige Arbeit macht: Dächer und Fenster einschlagen, die Mauern aufreißen, die Dielen durchstoßen und die Fassaden zum Einsturz bringen.

Was die beiden eint, das ist die Überzeugung, in Wahrheit ein gutes Werk zu tun: Grau raus, Grün rein. Ist das nicht die Philosophie einer neuen, besseren Zeit? Wo einst von jenseits der Kaiser-Wilhelm-Straße die Maschinen kreischten, wo die 2003 geschlossene Kokerei ihren Kohlenstaub in die Straßen blies und wo die Fassaden jetzt mit Blechschürzen und Brettern vor den Fenstern auf die Zertrümmerungsmaschine warten, hier soll Tabula rasa gemacht werden und ein Park entstehen. Damit der Lärm des Durchgangsverkehrs nicht in die übrig bleibenden Häuserzeilen der vierten und fünften Reihe dringt, ist geplant, das Geländeniveau aufwendig zu erhöhen und mit Spundwänden gegen die Straße abzustützen. Aus der Prachtstraße wird ein Kanal. Städtebau 2012.

Duisburg, zum Beispiel Das Stadtmassaker von Bruckhausen: Wie die Planer beim geschichtsvergessenen Rückbau West uralte Fehler wiederholen

Es ist die alte, schlimme Philosophie der Flächensanierung, der bis in die Siebzigerjahre hinein so viele wertvolle Stadtquartiere in Deutschland geopfert wurden. Im schrumpfenden Ruhrgebiet lebt sie heute wieder auf. Tum und Maschke entrollen ein Schreckenspanorama: Duisburgs Bevölkerungszahl, seit 1975 von 650.000 auf 490.000 abgeschmolzen, sackt bis 2030 um weitere neun Prozent ab. Von einst 50.000 Arbeitsplätzen bei Thyssen Krupp sind noch 15.000 geblieben. 15.000 bis 20.000 Wohnungen stehen leer. Eine Stadt auf der Abbruchkante.

Tum und Maschke nennen den 2007 beschlossenen, 2011 gegen eine Normenkontrollklage erfolgreich verteidigten Stadtabbruch ein „Pilotprojekt“ und sind überzeugt, dass noch viele andere Städte dem Beispiel folgen werden. Was die Herren zur Begründung anführen, scheint auf einen Automatismus zu deuten. In Bruckhausen liege der Leerstand bei 40 Prozent, deshalb müssten 120 Häuser weg. Workshops, die Ansiedlung von Studenten, die Episode eines Szenestadtteils - nichts habe die Menschen halten können. Duisburg drücken zweieinhalb Milliarden Euro Schulden - da habe man dankbar nach dem Strohalm der Förderprogramme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ gegriffen.

Katrin Gems, Immobilienmaklerin aus Essen und Gründerin der Geschichtswerkstatt DU-Nord, erzählt eine andere Geschichte. Die Frau mit der Kamera, im Nachbarstadtteil Beeck geboren, promoviert über den Duisburger Norden und kennt die Intimgeschichte des Stadtteils wie den Inhalt ihrer Umhängetasche. „Die wissen doch alle nichts über die bürgerliche Geschichte des Ruhrgebiets, die überhaupt noch nicht aufgearbeitet ist - jetzt macht man sie platt“, klagt sie.

Gems geht seit 2008 mit dem Fotoapparat durch Bruckhausen und kennt fast jeden Bewohner und seine ganz persönliche Geschichte. Sie hat mit angesehen, wie aus dem „Schwarzen Diamanten“, der Gaststätte am Eck zur Dieselstraße, plötzlich Flammen schlugen und wie ein Hausdach nach dem anderen auf mysteriöse Weise Einschlaglöcher bekam, obwohl die Gebäude bewohnt waren und vielfach noch sind. Als Erste zogen die Deutschen weg, jetzt gibt auch ein türkischer Ladenbesitzer nach dem anderen und selbst die Schneiderei auf. Ein Kiez im Ausverkauf, die evangelische Notkirche und die katholische Rumpfkirche (errichtet von Heinrich Bölls Onkel Aloys) auf verlorenem Posten, der Kulturbunker mit den türkischen Kindern auf den Spielplätzen eine Insel, um die das Wasser steigt.

Bruckhausens Niedergang steht in grellem Kontrast zur Hochblüte des Stadtteils vor hundert Jahren. Einst das Quartier mit dem zweitgrößten integrierten Stahlwerk der Welt, mit den größten Hochöfen Europas - heute ein mutwillig zerklüftetes Wohngebiet mit Restlaufzeit. Auch wenn Thyssen Krupp Steel Europe noch immer produziert, auch wenn sich die Fabrikgebäude dieser deutschen Super-Schmiede jenseits der Kaiser-Wilhelm-Straße auch jetzt noch wie rote und graue Gebirge in den blassblauen Ruhr-Himmel recken - die rußgeschwärmten Backsteinvillen der einstigen Fabrikherren dämmern nach der Räumung im Koma rettungslos vor sich hin. „Was treibt die Stadt Duisburg um, in Bruckhausen wieder das alte Konzept von 1975 zu verfolgen? Das ist unverständlich und dumm“, grollt aus dem fernen Bayern Karl Ganser, der große alte Mann des Ruhrgebietsumbaus, und seine Anspielung gilt dem Europäischen Denkmalschutzjahr, das die Städtebauer vor 37 Jahren europaweit ein neues Denken gelehrt hatte. Will man wieder dahinter zurück? Der einstige Geschäftsführer der legendären IBA Emscherpark, der aus einer sterbenden Industrieregion ein Stadtumbaumodell von europaweiter Ausstrahlung machte, sieht nicht nur sein Werk, sondern auch die Zukunftsfähigkeit der Region in Gefahr.

Jetzt melden sich von überallher die Heroen von gestern, um dem Stadtmassaker von Bruckhausen noch in letzter Minute eine Wendung zu geben. Nicht das Ob des Stadtumbaus, sondern das Wie ist strittig. Christoph Zöpel, der frühere Landesbauminister, Roland Günter, der Werkbundchef, sie stellen bohrende Fragen an das Rathaus der Ruhrhafenstadt, das seit der Abwahl des Oberbürgermeisters führungslos ist. Warum intakte Stadtteile abreißen, wo es so viele städtebauliche Missstände in der Fläche gibt?

Man träumt von der „Re-Urbanisierung“, von einer attraktiven Innenstadt, vom Weiterbau des Duisburger Vorzeigeprojekts Innenhafen, von einer „Stadt der kurzen Wege“. Wer an Rhein und Ruhr überleben will, muss auf die Nachbarn schielen und auf An- und Abwerbung von Bewohnern setzen. Ein neuer „Flächennutzungsplan 2027“ ist in Arbeit, er soll Duisburg ans Wasser bringen. Mit barrierefreien Neubauwohnungen gegen die Abwanderung

Duisburg, zum Beispiel Das Stadtmassaker von Bruckhausen: Wie die Planer beim geschichtsvergessenen Rückbau West uralte Fehler wiederholen

ankämpfen, kleinteilig und neubürgerlich wie in Holland bauen, zum Beispiel auf dem alten Gleisgelände im Südzipfel von Bissingheim - das sind Perspektiven, die laut TUM Magnetwirkung bis ins feine Düsseldorf entfalten könnten. Und ein Factory outlet Center soll her! 800 neue Arbeitsplätze für die Stadt mit den nach Gelsenkirchen höchsten Arbeitslosenzahlen des Reviers. Angst vor dem Flächensterben kleiner Geschäfte? Wir doch nicht, tönt es trotzig von der anderen Seite des Tisches.

Doch ein bisschen kopflos wirkt auch das. Nun schlägt den Machern von Duisburg auch am vorgesehenen Standort in Marxloh der Volkszorn entgegen. Ihr seid ja nicht recht bei Troste, entrüstet sich der Werkbundchef in Eisenheim, die zum Abriss freigegebene Siedlung im nüchternen Sechzigerjahrestil mit Ziegelfassaden und Parkgrün ist eine Schöpfung des Taut-Bruders Max! Und ganz nebenbei, so wäre zu ergänzen, ist sie noch voll bewohnt. In den gardinengeschmückten Fenstern und an den Bäumen hängen grüne Papierwimpel: „Baggert uns ja nicht an!“

Stadtabriss, das hat man schon in den neuen Bundesländern, in Chemnitz, Wittenberge, Weißenfels gelernt, will mit Fingerspitzengefühl gemanagt werden, denn hier geht es um die hochheilige Identität. Und deshalb kommt das Thema Bruckhausen für den Wahlkampf gerade recht. „Brauchen wir wieder ein Ministerium für Stadtentwicklung? Wie können Anstöße für ein Programm Stadtentwicklung für Nordrhein-Westfalen aussehen?“, fragt der immer noch kampfeslustige Roland Günter, der mit seinem Widerstand gegen den Abriss von Werksiedlungen schon frühere Regierungen seines Bundeslandes zittern gemacht hatte. Nun lädt er mit Frau Gems für den 25. April ins Werkbundhaus Eisenheim in Oberhausen ein. Am Schluss seines Aufrufes macht sich der 76-Jährige selber Mut: „Wenn nicht jetzt, wann dann?“

„Baggert uns ja nicht an!“ - gegen den Abriss ganzer Stadtteile regt sich Widerstand

Graphic

Dankwart Guratzsch

Im Osten Deutschlands hat man lernen können, dass Stadtabriss ein hoch emotionales Thema ist: Straßenzug in Bruckhausen

Load-Date: April 20, 2012

Grüne: Mehr Flüchtlinge aufnehmen; Einige Länder beklagen aber schon Überlastung

Die Welt

Dienstag 4. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 207

Length: 161 words

Body

Berlin - Die Opposition im Bundestag schließt nicht aus, dass Deutschland künftig viele **Flüchtlinge** aus Syrien aufnehmen muss. Der Vizechef der SPD-Fraktion, Gernot Erler, sagte der „Welt“: „Wenn der **Flüchtlingsstrom** aus Syrien nicht zum Erliegen kommt - und im Augenblick deutet nichts darauf hin -, werden auch die EU-Mitgliedsländer nicht umhinkommen, **Flüchtlinge** aufzunehmen.“ Noch weiter ging sein Kollege von den Grünen, Josef Winkler: Seine Partei setze sich dafür ein, „dass Deutschland aus humanitären Gründen unbürokratisch **Flüchtlinge** aus Syriens Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien aufnimmt“.

Allerdings sind die Einrichtungen für Asylbewerber in den wichtigen Aufnahmелändern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bereits überlastet. Bundesweit ist die Zahl der Erstanträge auf Asyl stark gestiegen - zuletzt auf 4498 im Juli (Vormonat: 3901). Die meisten Bewerber kommen derzeit aus Syrien, gefolgt von Afghanistan und dem Irak.

Seiten 6 und 7

Load-Date: December 31, 2012

Snowdens Suche nach Asyl

Die Welt

Mittwoch 3. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 152

Length: 175 words

Body

In mindestens 20 Staaten hat Spionage-Enthüller Edward Snowden von Russland aus Asyl beantragt. Doch trotz der vielen Anträge sind seine Chancen auf Aufnahme in einem Land gering.

Einzig Moskau hat Snowden bisher Asyl angeboten. Das hatte er allerdings abgelehnt. Denn er wollte nicht, wie von Russlands Präsident Putin im Gegenzug gefordert, die Enthüllungen von Geheimdokumenten der USA stoppen.

Auch für Deutschland reichte Snowden ein Schreiben ein, in dem er um Aufnahme ersucht. Dieses wurde von der Bundesregierung geprüft. Doch Asyl können Flüchtlinge nach deutschem Recht nur auf deutschem Boden beantragen.

Polen und Indien lehnten den Antrag ab. Auch Spanien hat Snowdens Antrag als ungültig zurückgewiesen.

Laut einer Wikileaks-Mitteilung vom Dienstag soll er außerdem in Island, Ecuador, Finnland, Frankreich, Italien, Irland, den Niederlanden, Bolivien, Brasilien, Kuba, Venezuela und China Asyl beantragt haben.

Auch die Schweiz, Österreich und Norwegen sollen darauf verwiesen haben, dass ein Asylantrag auf ihrem Boden gestellt werden müsse.

Graphic

AP/Sergei Grits; REUTERS/The Guardian; REUTERS/Maxim Shemetov

AP/Sergei Grits; REUTERS/The Guardian; REUTERS/Maxim Shemetov

AP/Sergei Grits; REUTERS/The Guardian; REUTERS/Maxim Shemetov

Snowdens Suche nach Asyl

MAXIM SHEMETOV

Sergei Grits

The Guardian

Load-Date: July 3, 2013

End of Document

E wie Exil-Publizistik

Die Welt

Samstag 2. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Sprechen Sie Feuilleton?; S. 26; Ausg. 28

Length: 669 words

Byline: Marc Reichwein

Body

Für Schweizer Konsens-Verhältnisse war das fast schon eine Regierungskrise. Da hatte Ueli Maurer, der amtierende Bundespräsident der Eidgenossenschaft, in einem Communiqué zum Holocaust-Gedenktag selbstgefällig erklärt, was die Schweiz für eine Insel gewesen sei, und wie viele Verfolgte sich dort hin gerettet hätten. Stimmt. Klingt aber auch so, als habe das Land alle, die wollten, aufgenommen und gerettet, und das ist historisch nur die halbe Wahrheit. Viele seien an der Grenze abgewiesen und in den sicheren Tod zurückgeschickt worden, beeilte sich Maurers Ministerkollegin Simonetta Sommaruga zu erklären. Die für Asylwesen zuständige Bundesrätin nannte das historische Versagen der Schweiz gegenüber den Opfern des Holocausts „unentschuldig“ und korrigierte damit die Darstellung des Regierungskollegen. Selbstkritik sei durchaus mit angebracht, meinte die Ministerin. Und traf damit den Tenor der meisten - auch jüdischen - Vereinigungen des Landes, die Maurers Worte zur Rolle der Schweiz während des Dritten Reichs dann doch etwas zu einseitig fanden, zumal es auch in der Schweiz Antisemitismus und Nazi-Sympathisantentum gegeben hat. Selbst die Ende der dreißiger, Anfang der vierziger Jahre ausgegebene Losung zur „geistigen Landesverteidigung“, die für die ideelle Unabhängigkeit der Schweiz zweifellos wichtig war, schwappte bisweilen in offene Fremdenfeindlichkeit über.

Nachvollziehen lässt sich all das auch und gerade in der Schweizer Publizistik und ihrer damaligen Funktion für das deutsche Exil. Eine wichtige solidarische Rolle spielte zum Beispiel die in Basel erscheinende „National-Zeitung“. Sie bot vielen aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei vertriebenen Feuilletonschreibern eine der wenigen deutschsprachigen Publikationsmöglichkeiten, die noch vorhanden waren: „Kein Blatt wird in den Prager Cafés jetzt eifriger verlangt als Ihre Nationalzeitung, auch auf der Straße wird Ihr Blatt viel gekauft. Als das letzte freie Wort in deutscher Sprache hat es eine Sonderstellung.“ Das schrieb Max Brod Anfang 1939 an den Feuilletonchef Otto Kleiber. Schon 1936 hatte sich auch Thomas Mann lobend geäußert: „Die Nationalzeitung bewährt, wie kein anderes Blatt, ein warmes Verhältnis für die trostlose Situation der deutschen Emigranten.“

Wenn man Kleibers Geschäftspost und Korrespondenz, die an der Universitätsbibliothek Basel verwahrt wird, einsieht, liest man nicht nur illustre Namen wie Alfred Polgar, Kurt Tucholsky oder Robert Musil. Es wird auch deutlich, dass die Rolle eines Zeitungsmachers, der denen Asyl gewährt, die anderswo nicht mehr publizieren

E wie Exil-Publizistik

können, weder trivial noch banal ist. Einerseits möchte man helfen. Andererseits wird man nicht alles, was angeboten wird, drucken können.

Exil hat immer mehrere Dimensionen: Schreibrestriktionen und Publikationsverbot sind das eine. Der Einkommensverlust das andere. Klassische Emigrantenzeitschriften waren finanziell meistens klamm, die Strukturen der Schweizer Presse hingegen waren gesund. Schon 1923, als die große Inflation in der Weimarer Republik manches Zeitungshonorar auf Witzgröße schrumpfen ließ, war Otto Kleibers Feuilleton-Redaktion eine beliebte Anlaufadresse geworden. Der Ansturm der Auswärtigen rief allerdings auch Neider auf den Plan: „Hoffentlich haben Sie trotz dem Andrang von Berliner Juden noch etwas Platz für verschnupfte Einheimische“, schrieb da zum Beispiel ein Schweizer, seinen Antisemitismus mehr ausstellend als verhehlend.

Auch ganz praktische Fragen spielten eine Rolle. So wie manche - damals natürlich noch meist handschriftliche - Korrespondenz bis ins Schriftbild hinein chaotisch anmutet, mag man nachvollziehen, dass selbst die größte redaktionelle Solidarität mit Emigranten auch an so profanen Faktoren wie Arbeitsaufwand, Umständlichkeit und Selbstorganisation scheitern konnte. Was die Situation für die Betroffenen nicht weniger tragisch machte: „Nun sind wir - oder ich, ohne Heimat ohne Wärme ohne Zeitung“, schrieb zum Beispiel eine Else Lasker-Schüler Ende 1933.

Load-Date: February 2, 2013

End of Document

**„Wir werden mehr sein als ihr!"; Joachim Gauck mahnt auf
Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag ausländischer
Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen eine wehrhafte Demokratie an**

Die Welt

Montag 27. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 200

Length: 1223 words

Byline: Daniel Friedirch Sturm

Highlight: Bundespräsident: Bis heute sind Fragen von Asyl und Zuwanderung Anlässe für Polemik und Panikmache

Body

In Rostock

Christin Möller und Florian Erichson waren drei Jahre alt, als im August 1992 rund 400 Jugendliche die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen attackierten und ein Wohnheim in Brand steckten. Die Bilder von dem brennenden Haus und den applaudierenden Schaulustigen gingen um die Welt. An diesem Sonntag, zwei Jahrzehnte später, stehen Christin Möller und Florian Erichson auf der Wiese neben den DDR-Plattenbau mit dem Sonnenblumenmosaik an seiner Stirnseite. „Lichtenhagen bewegt sich“, lautet das Motto der Gedenkveranstaltung.

Die beiden 23-Jährigen, die in Rostock Jura beziehungsweise Maschinenbau studieren, wollen ein Zeichen setzen. Unbegreiflich ist es ihnen, wie es dazu kommen konnte, dass wenige Kilometer von ihrer Studentenbude einst ein wütender Mob unschuldige Menschen um ihr Leben bringen wollte. Doch sie wirken nachdenklich. Am Samstag gab es eine Demonstration in Lichtenhagen. „Scheiß Lichtenhagen“ und „Nie wieder Deutschland“ lauteten die Schlachtrufe, berichtet Erichson, und der junge Mann in der karierten halblangen Hose hält von derlei Parolen gar nichts. Was, bitte, können die Menschen Lichtenhagens im Jahre 2012, unter ihnen viele Studenten, für die traurige Berühmtheit ihres Stadtteils? Christin Möller, die junge Frau mit roten Strähnen im Haar und einem Nasen-Piercing, fürchtet, dass es den Initiatoren von „Lichtenhagen bewegt sich“ nur darum gehe, das beschädigte Image des Viertels im Nordwesten Rostocks aufzupolieren.

Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich das Gedenken an die Ausschreitungen, deren Opfer sich nur wie durch ein Wunder retten konnten - und deren Urheber zwar Bewährungs- und Freiheitsstrafen erhielten, von denen aber gerade einmal drei inhaftiert wurden. Hier also sind diejenigen, die Lichtenhagen abstempeln wollen zum Inbegriff des Rassismus und von denen mancher gar einen „Faschismus“ hierzulande wähnt. Dort diejenigen, die der

„Wir werden mehr sein als ihr!“ Joachim Gauck mahnt auf Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag ausländerfeindlicher Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen eine

Auffassung sind, nun sei es einmal gut mit dem Gedenken, und welche die Geschehnisse relativieren mit dem Hinweis, vor 20 Jahren sei doch niemand zu Tode gekommen - anders als etwa in Mölln oder Solingen. Dazwischen bleibt wenig Raum, und es fällt den Initiatoren erkennbar schwer, den richtigen Ton zu treffen, eine adäquate Form des Gedenkens zu finden.

Das zeigt sich auch am Sonntagmittag. Auf der Wiese neben dem „Sonnenblumenhaus“ ist eine Bühne aufgebaut, auf der später der Bundespräsident das Wort ergreifen soll. Die Bühne ist umgeben von zwei Zelten, und all dies mit Gittern abgesperrt. In den Zelten sitzen geladene Gäste und Journalisten - abgeschirmt davon, stehen die Menschen, die zum Gedenken gekommen sind, auch ohne Einladung. „Es wirkt nach dem Motto ‚Das Volk bleibt draußen‘“, sagt Lorenz Caffier. Der Mann ist Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern und gehört der CDU an. „Volksfest - das bedeutet, dass alle zusammensitzen und nicht getrennt“, sagt Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD).

Hinter den Absperungen, wo Randalierer einst tagelang Asylbewerber und frühere DDR-Gastarbeiter aus Vietnam bedrohten, tragen viele Menschen heute bunte Luftballons bei sich. SPD, Linke, Grüne und DGB sind präsent, und Claudia Roth ist auch da. Etwas abseits hat der FC Hansa Rostock einen Stand aufgebaut, „Ostsee-Power“ ist auf seinen Fahnen zu lesen. „Bund statt braun“, heißt es auf anderen Transparenten. Viele Polizisten schirmen Bühne und Zelte von der bunten Menge der vielleicht 500 Menschen ab. Es wirkt, als wollten sie besonders starke Präsenz demonstrieren, quasi als Wiedergutmachung für ihre geflüchteten Kollegen anno 1992.

Noch bevor Joachim Gauck eintrifft, spielt sich der wohl umstrittenste Teil des Gedenkens ab. Vor dem „Sonnenblumenhaus“ nehmen die Präsidentinnen des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern und der Rostocker Bürgerschaft eine Schaufel in die Hand und „pflanzen“ eine deutsche Eiche. Die Stadt spricht von einer „Mahneiche“. Eine Plakette zitiert die UN-Menschenrechtscharta: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. In Gedenken an die Ausschreitungen vom August 1992.“ Die Eiche wird von einem stabilen Holzgerüst eingehegt und mit Gurten stabilisiert. Es wirkt so, als könne sie ohne dieses Korsett nicht Wurzeln schlagen.

Joachim Gauck kannte das „Sonnenblumenhaus“ schon, bevor es traurige Berühmtheit erfuhr. In Evershagen, zwei Kilometer weiter, war er einst als Pastor tätig. Als der Bundespräsident eintrifft, applaudieren die meisten Menschen. Die 200 Kinder, die auf der Bühne das israelische Friedenslied „Shalom chaverim“ singen, wurden erst Jahre nach den Krawallen von Lichtenhagen geboren. Heute gehen sie hier und in der Umgebung zu Schule. Gauck greift über die auf das Stadtimage bedachte Rede des Oberbürgermeisters hinaus. Der Bundespräsident sagt zunächst: „Es ist Vergangenheit, was uns hier heute zusammenführt. Alles war vor 20 Jahren.“ Doch er fügt sogleich hinzu, was in Rostock zu kurz kommt: „Es ist die Gegenwart, die Wachsamkeit, Entschlossenheit, Mut und Solidarität braucht.“ Gauck redet vielleicht drei Minuten, als er rüde unterbrochen wird. Junge Leute entzerren plötzlich ein Transparent und stimmen in Schlachtrufe ein. Sind es Neonazis? Zunächst wirkt das so, und Gauck, auf der Bühne weit weg, wird diesen Eindruck während seiner gesamten Rede nicht mehr los. Doch es ist die „Antifa“, die den Präsidenten stört und nervös macht. „Heuchler! Heuchler!“ rufen sie Gauck zu. „Rassismus tötet“, ist auf ihrem Transparent zu lesen. „Wir sehen gerade wieder, wie wichtig es ist, zusammenzustehen“, geht Gauck auf die Störer ein. Später lobt er das Engagement von Vereinen und Initiativen in Rostock, und ruft den „verwirrten Menschen“, die das Gedenken stören, zu: „Wir werden immer mehr sein als ihr!“ Dass ihn Linksextreme unterbrechen, dürfte Gauck in seiner Sicht bestätigen, wonach das politische Spektrum ein Kreis ist, wo ganz Rechte und ganz Linke näher beieinander agieren, als sie suggerieren.

Nach wenigen Minuten ist der Spuk vorüber, und Gauck verwendet die etwas fragwürdige Formulierung, eine „von allem Bösen gereinigte Gesellschaft widerspricht der Natur“. Hass, Zorn, Groll, verdeutlicht er seine Intention, ließen sich nicht verhindern, wohl aber „durch Vernunft, Empathie und Solidarität eindämmen“. Und dann wieder: „Eine völlig gereinigte Gesellschaft werden wir nicht erreichen können.“ Gauck hat schon besser und weniger missverständlich geredet. Wie befreiend wirkt da der Applaus, als er an die fehlende Präsenz von Staat und Polizei 1992 erinnert. Bei allem Bürgermut bedürfe es eines Staates, „der fähig und willens ist, die Würde und das Leben der Menschen zu schützen“. Gauck attackiert die NPD, und es klingt Bitterkeit mit, als er deren Existenz im Schweriner Landtag erwähnt. Er beschwört das Gewaltmonopol des Staates. Am Ende seiner Rede baut der

„Wir werden mehr sein als ihr!“ Joachim Gauck mahnt auf Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag
ausländerfeindlicher Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen eine

Rostocker Ehrenbürger seiner Stadt eine Brücke. Er erinnert an Mahnaktionen unmittelbar nach den Krawallen.
„Zündet Kerzen an und keine Häuser“ hieß es damals, und es klingt Stolz mit, wenn Gauck heute sagt: „Das
bessere Lichtenhagen, das bessere Rostock hat sich sofort bewegt.“

„Wir fürchten euch nicht. Wo ihr auftrittet, werden wir euch im Wege stehen“ Bundespräsident Joachim Gauck, an
Rechtsextremisten gerichtet

Graphic

dpa/Jens Büttner

Bundespräsident Joachim Gauck vor dem „Sonnenblumenhaus“ im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen mit
vietnamesischen Bewohnern des Hauses

dpa/Jens Büttner

Bundespräsident Joachim Gauck vor dem „Sonnenblumenhaus“ im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen mit
vietnamesischen Bewohnern des Hauses

Load-Date: December 23, 2012

End of Document

**Jenseits der Wirklichkeitsfantasie; Rettung ins Possierliche: Reinhard Jirgls
Mars-Roman „Nichts von euch auf Erden“**

Die Welt

Samstag 2. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: LITERARISCHE-WELT; Buch der Woche; S. 3; Ausg. 52

Length: 1391 words

Byline: Fritz J. Raddatz

Body

Seit Jahren bin ich begeisterter Jirgl-Leser. Stets hocherfreut ob seiner Kratzbürstigkeit - ganz wörtlich zu nehmen: seiner kratzenden Stahlbürste, mit der er den verkarsteten Schlamm der Sprache zu reinigen sucht, der dem Papperlapapp denkfauler Politiker und der Schludrigkeit ausnahmslos aller Zeitungen anhaftet; vornehmlich jener Blätter, die schluchzend von den „Kindern mit **Migrationshintergrund**“ faseln, die so große Schwierigkeiten hätten, Deutsch zu lernen. Liebe Kinder: versucht es nicht anhand der Tageszeitungen, wie immer sie heißen: Sie drucken Tag für Tag falsches Deutsch. Es ist auf andere Weise der „amtlich verhängte Erstickungstod“, von dem der lange in der DDR nicht gedruckte Reinhard Jirgl 1990 sprach. Im selben Jahr sein beeindruckender Erstling „Der Mutter Vater Roman“, dann kamen Preise, Anerkennung. Besonders markant eine Kritikerstimme, die meinte: „Jirgls Bücher sind eine Zumutung. Genau das aber macht ihn zu einem großen, vielleicht zu dem wichtigsten Autor der deutschen Gegenwartsliteratur.“

Meine Faszination war wohl nicht zuletzt entzündet von der bohrend-intensiven Auseinandersetzung mit der Schrott-Welt namens DDR, die uns der 1953 in Ost-Berlin Geborene „aufhob“ im Hegelschen Doppelsinn des Wortes. Von diesem Mini-Kosmos hat Jirgl sich nun mit seinem neuen Roman gänzlich gelöst, hat das Experiment gewagt, zwei (nicht gänzlich) getrennte narrative Ebenen zu verschränken, indem er unserer realen Welt die mögliche eines terrestrischen Exils auf dem Mars gegenüberstellt. Einerseits also die weit ausgespannte Parabel vom ausgedorrten, Hoffnung zertretenden Leben hienieden; in den Abschnitten dieser Unheilsprophetie betört der vokabuläre Gamba-Spieler den Leser. Der Ausflug ins All hingegen - schon das ja bereits ein eher vager Begriff - bleibt fahl.

Insofern ist der Roman hochinteressant. Dass sich seine zwei Ebenen nicht verbinden, hängt damit zusammen, dass Jirgl hier wie bislang immer die Funken seiner Fantasie aus einem fast wütend bearbeiteten Stein Wirklichkeit schlug. Dieses helle Feuer scheint beispielsweise in der gloriosen Passage voll Trauer und Abscheu der Seiten 84 bis 87 auf; es versehrt Menschen, deren Schicksal pars pro toto unser aller Schicksal im Höllenrachen von Diktatur und Menschenverachtung hätte sein können; oder auch war: gekrümmt unter den Gigantenstiefeln wechselnd

Jenseits der Wirklichkeitsfantasie Rettung ins Possierliche: Reinhard Jirgls Mars-Roman „Nichts von euch auf Erden“

Uniformierter, gedemütigt von Lefzen zuckenden Wärtern ohne Gesetz, ausgeliefert der anonymen Macht von Kapital, Kreuz oder Kommandogewalt.

Was für herrliche Formulierungen hat Jirgl da im Köcher, um grinsende Barbarei und kicherndes Quälen uns einzubrennen: „Die Welt, ein Lazarett aus Krüppeln und Irren, ein Massengrab für den Rest. Haldenhoch ausgestreut Schallscherben über die Ufer die getrümmerten Schreie - Eiserne Maschinen Jahrtausende=lang aufgerüstet für kaltsinnige Raff=Gier, die-Welt=als-Geisel -:Alldas aus der Sicht von Heute zu Einemgrauen aus Immerkrieg verschmolzen - " Jirgl hat an solchen Stellen den Atem der großen Verwerfungs-Prosa, in der seit eh und je die Welt als Pandämonium der mehr-als-sieben Todsünden versinkt: „Die Überschätzung des Privaten, der Irrglaube vom Glück des Einzelwesens ebenso wie die Fantasien vom Ausleben individueller Gelüste gehören zu diesen falschen Bemühungen, aus denen letzten Endes das vernunftlose Auf und Ab der Weltgeschichte seine Peripetien hernahm."

Und nun geschieht etwas Seltsames, Enttäuschendes. Dieser wunderbare Sprachjongleur hat eine berauschende Wirklichkeitsfantasie. Er hat überhaupt keine Möglichkeitsfantasie. Seine Mars-Gegenwelt bleibt unüberzeugende Schimäre, liest sich viele viele Seiten hindurch wie eine Mischung aus Jules Verne und Karl May.

Die Gestirn-„Emigranten" sollen wir uns als jung Gebliebene des 24. Jahrhunderts vorstellen - aber sie juckeln zur Startrampe mit dem Auto wie zum Hauptbahnhof, rotten sich im „Derenguis" (meint er wohl Gedrängnis?), als wollten sie mit dem ICE nach München. „Auch heißt es, man müsse, um Diereise fortzusetzen, zu einem Bahnhof am andern Ende des Ortes zu=Fuß-gehen, -behäbig, in ungeordnetem Marsch setzt sich Diemenge in=Bewegung : kwellen Diemassen zum Grauenpulk", haben dann die „für Marsgeborene typische Stirn", begrenzt von scharfgeschnittenem Haaransatz. Das ist keinen Moment lang zwingende, zwanghafte Gegenwelt; es ist Fantasy-Film, in dem die Außerirdischen vom Maskenbildner schon mal Antennen statt Ohren oder ein drittes Auge verpasst bekommen - die machtvoll Unheimlichkeitsorgie des ganz Anderen, etwa eines Hieronymus Bosch, sucht man vergebens.

Die Damen und Herren „Marsianer" tun, was Männer und Frauen auch in unserem Jammertal miteinander tun, und wenn eine der Damen mit ihrem Raketen-ICE hier wieder landet, geht es auch gleich zur Sache: „Er" ist rasch „fertig" und weiß, „Ficken ist was für Frauen", nachdem er anfangs sich eher Hotelbar-banal gerierte: „... weil ich wie eine offene Hose so offensichtlich bin für die Augen einer fremden Frau." Es darf auch schon mal der Papa per ICE-Rakete vom Mars zurückkehren, den Sohn auf Erden zu besuchen, um mit ihm über den weit dort oben vollzogenen Herstellungsprozess des Filius zu plaudern; eine Betätigung, die uns merkwürdig vertraut vorkommt.

Es geht mir aber nicht so sehr um penetrant missglückte „Stellen". Vor uns liegt ja kein Essay, sondern ein Roman; also Literatur. So ist es verräterisch, dass dem Autor in all diesen Kapiteln sich die Sprache verweigert. Jirgl zertrümmert nicht mehr Überkommenes, sondern rettet sich ins Possierliche - die Manierismen, die rein gar nichts verdeutlichen, häufen sich (oft auf einer Seite): „1.maligen; 1igkeit; 1stellen; 1samkeit; all-1; 1fall; 1gebildete; 1gebrannt; Söldner-Vieguren; Partysahnen des-Neuanfangs; Multi Mülljonäre; Je-olla-je-dollar." Warum das partout nicht Einsamkeit; eingebildet, allein, Einfall oder Figuren heißen darf - das Geheimnis kennt nur der Wind, der durch diese Seiten fächelt, auf denen dann auch „Libellenflügel" schweben oder ein „Frösteln über die Haut zieht"; es gibt auch „silbrig aufschimmernde Nebel" im Angebot. Jirgls von mir so hochgeschätzte Kratzbürste ist da zum Schmirgelpapier degeneriert und prompt findet man (gleich zwei Mal in aufeinanderfolgenden Sätzen) Potpourri-Wendungen à la „als seien"; „wie bleiche Pilzhauben"; „offenbar noch"; „als würden"; von achtlos aneinandergereihten Wortwiederholungen („sämtlich" - „sämtliche") zu schweigen.

Die sprachliche Unsicherheit ist untrügliches Indiz: Ein Autor bewegt sich in ihm selber nebulösen Gelände. Das erinnert an die kürzlich abgebildete Aufnahme einer Fertighaus-Iglusiedlung auf dem Mond, die per 3D-Drucktechnik simuliert wurde. Was ist da passiert? Wie kann ein so perfekter Hochseilartist platsch-pardauz im Sägemehl der Manege landen? „Gute Frage", sagen die Mettchen vom Film mit Schmollmündchen in den Talk-Shows, wenn sie die nicht beantworten können. Ich kann sie auch nicht beantworten. Wer was nicht weiß, rettet sich gemeinhin ins Zitat. Nun will es der pure Zufall, dass mir aus dem Literaturarchiv Marbach dieser Tage ein langer Brief aus dem Jahr 1961 zugeschickt wurde, den mir - Georg Lukács damals geschrieben hat. Pardon für

Jenseits der Wirklichkeitsfantasie Rettung ins Possierliche: Reinhard Jirgls Mars-Roman „Nichts von euch auf Erden“

das harte Wort, ich weiß wohl, dass man unter feinen Leuten gesprächsweise leise murmelt „Als mir Adorno seinerzeit sagte..." Ich bin kein feiner Leut, und so kunstdumm, wie manche es heute haben wollen, war Lukács wiederum nicht. So stehle ich von ihm die Antwort auf meine Frage, ob das Zerschlagen von Jirgls Roman daran liegen mag, dass Ausgedachtes ohne den tief im Verborgenen liegenden Kern des Erlebten - und Erlebtes barg Literatur von Grimelshausen bis zu den Buddenbrooks, einem Benn-Gedicht oder Camus - eine Blague bleiben muss: „Das allerpersönlichste Erlebnis, die Einflüsse der verschiedenen Lebensweisen von Familien bis Klasse und Nation vermischen sich unabtrennbar in jedem Erlebnis und in jeder Gestaltung. Bleibend wirkt also ein Kunstwerk nur, wenn es in diesem Komplex sich ins Menschheitliche zu erheben vermag. Budapest, 29. 7. 1961".

„Partysahnen" des Neuanfangs

Reinhard Jirgl: Nichts von euch auf Erden. Hanser, München. 544 S., 27,90 .

Auf die große Verwerfungs-Prosa versteht er sich nach wie vor, doch diesmal überrascht der begnadete Sprachjongleur Reinhard Jirgl doch: Sein neuer Roman „Nichts von euch auf Erden" spielt teils auf dem Mars. Wieso nur?

Graphic

Getty Images

Nichts Neues unter der Sonne, nur der Mars: In Reinhard Jirgls neuem Roman bleibt der Mensch auch auf dem roten Planeten der alte

Verlag

Getty Images

Load-Date: March 2, 2013

Die Vorzeige-Demokraten

Die Welt

Montag 21. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 245

Length: 439 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Wären Seismografen des Wohlfühls an der herzerwärmenden Wirkung des Wohlfeils interessiert, sie wären am Wochenende beim Grünen-Parteitag fündig geworden. Der Auftritt der Lampedusa-**Flüchtlinge** samt weinendem Hauptredner und einer tief gerührten Zuhörerschaft inszenierte jene Art von Kirchentagspolitik, mit der die Grünen ihr Seelenheil pflegen. Sie sind die Guten, und wer Beistand und Tränen der Rührung einsammeln will, ist bei ihnen richtig. Sie sind so plakativ wohlmeinend wie die Band U2. Wirklich etwas tun für die **Flüchtlinge** werden sie nicht. Die Grünen drängen nicht in die Bundesregierung.

Diesen Schritt geht die Sozialdemokratie. Dem oft gescholtenen Sigmar Gabriel ist es gelungen, eine unglückliche Basis nach einem lauen Wahlkampf und einem bitteren Ergebnis mitzunehmen auf dem Weg zurück in Regierungsverantwortung und zu jenen Schwierigkeiten, die jeder Juniorpartner hat. Die SPD hat einmal mehr das Land vor die Partei gestellt - ohne die Partei zu vergessen. Als Trophäe konnte Gabriel der Basis den Skalp des Mindestlohns präsentieren. Wichtiger aber war sein Rückgriff auf die Tradition der Partei, die aus Selbstachtung staatstragend und regierungsfähig sein will. Egal, wie schmerzhaft und gefährlich eine solche Koalition unter einer wenig koalitionsempathischen Kanzlerin ist.

Deutschland verdankt der 150-jährigen Sozialdemokratie viel. Am dankbarsten aber kann das Land für das Wissen der Genossen um die Bedeutung von Stabilität für die Sicherung von Arbeitsplätzen und breitem Wohlstand sein. Die SPD denkt im Zweifel, egal wie links ihr Wahlkampf gewesen war, das Wohl aller Bürger mit - wenn auch nicht jedes Mitglied der Basis und jene Ministerpräsidentin, die miserable Haushalte vorlegt. Doch am Ende setzt sich eine pragmatische Vernunft durch. Das ist im Sinne des Landes und der Partei. Das Vertrauen in die SPD wächst, wenn sie die Rolle als kompetenter Juniorpartner elegant ausfüllen kann, der nicht auf soziale Gerechtigkeit abonniert ist.

Die SPD, die als Schutzmacht der Armen, Aufstiegswilligen und Bildungshungrigen begann, ist da für das Land, wenn es sie braucht. Welche sozialdemokratische Partei in Europa kann dies in dieser Klarheit von sich behaupten? Es wäre der SPD zu wünschen, dass sie diesen Weg weniger zerknirscht als stolz geht; die Erfolgsrendite der Agenda-Politik einstreicht und sich fragt, wie sie an ihre Tradition als Partei der Ehrgeizigen

Die Vorzeige-Demokraten

anknüpfen kann, um künftig nicht mehr nur die sozial Melancholischen und frustrierten Abgehängten oder Beamten zu beglücken. Zurück in der Mitte als Partei pragmatischer Moderne, würde sie einen - geräumigen - Platz finden.

Load-Date: October 21, 2013

End of Document

Wo Superhelden über dem Abgrund Sprüche klopfen; Brutal und zart besaitet: Ein Porträt der „Scherbenpark“-Autorin Alina Bronsky

Die Welt

Montag 25. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 25; Ausg. 275

Length: 1403 words

Byline: Michael Ebmeyer

Body

Die russischen Pralinen lässt sie sich von ihren Großeltern schicken. „Sie schmecken ja doch anders“, sagt die Schriftstellerin, die sich Alina Bronsky nennt. Sie sitzt in der Küche der Berliner Wohnung, in die sie im Sommer eingezogen ist, und hat das Baby, wenige Wochen alt, in den Stubenwagen gebettet. In Russland wird zu diesen Pralinen unweigerlich Tee getrunken, bei Alina Bronsky gibt es Espresso oder Cappuccino.

Überhaupt, Schluss mit Russisch, fürs Erste. „Das einzige Osteuropäische an mir ist die neue Frau meines Vaters“, sagt Marek, der noch nicht ganz volljährige Erzähler in ihrem neuen Roman „Nenn mich einfach Superheld“. Die Hauptfigur diesmal also ohne Migrationshintergrund, dafür erstmals männlich. Mit ihm fing die Geschichte für sie an, erklärt die Autorin, während sie ein bisschen den Stubenwagen wippt.

Sie hatte einen Vertrag auf Basis eines Exposés, „aber für eine ganz andere Geschichte, die dann nichts wurde“, wie sie sagt. Stattdessen kam ihr Marek in den Sinn, Marek und sein großes Problem. Das war im Herbst 2012, und im Juni 2013 war der Roman bereits satzfertig. Rechtzeitig vor dem Umzug von Darmstadt nach Berlin und vor der Geburt ihres vierten Kindes.

Über seine Mutter, bei der er wohnt, bemerkt „Superheld“ Marek: „Morgens hatte sie es eilig, und abends war Dirk da. Dazwischen arbeitete sie wie ein Tier. Dirk war mindestens zehn Jahre jünger als sie, ein Mann, der leicht debil aussah, aber laut Claudia hochbegabt war. Ich fragte mich, was ein Erwachsener mit seiner Hochbegabung anfangen sollte.“ Der Roman mag schnell geschrieben sein und sich das an einigen Stellen anmerken lassen. Doch das Flapsige ist, wie immer bei Alina Bronsky, keine Masche, sondern ein eigener, präziser Ton, nie zu verwechseln mit reizlos-lockerer Gebrauchsprosa. Die Sprüche werden über dem Abgrund geklopft. In diesem Ton kann sie sehr viel erzählen - beziehungsweise erzählen lassen.

Konsequent gibt sie das Wort an ihre Protagonisten ab, und der Versuchung, so ein Ich für ein Sprachrohr oder gar Alter Ego der Autorin zu halten, hätte man allenfalls noch bei ihrem Erstling „Scherbenpark“ erliegen können, dessen Verfilmung von Bettina Blümner gerade in die Kinos gekommen ist. Im Nachfolgeroman, „Die schärfsten

Wo Superhelden über dem Abgrund Sprüche klopfen Brutal und zart besaitet: Ein Porträt der „Scherbenpark“-
Autorin Alina Bronsky

Gerichte der tatarischen Küche", handelte es sich dann um eine früh zur Großmutter gewordene Sowjetbürgerin, die sich mit Tochter und Enkelin so herrisch und skrupellos wie entwaffnend komisch durch drei Jahrzehnte Familiengeschichte inklusive Auswanderung nach Deutschland manövrierte und unsere Gegenwartsliteratur um einen virtuoson Solitär bereicherte - ein Buch voller Welt und Wucht.

Und nun also Marek, krasses Gegenbild zu dieser atemberaubenden, über jeden Selbstzweifel erhabenen Jung-Oma. Marek, dem noch weit Schwereres aufgebürdet ist als sein Heranwachsen als wohlstandsverwahrlostes Scheidungskind. Wenn er sich über den Gespielen seiner Mutter und die Modediagnose „hochbegabt“ lustig macht, steht dahinter die große Frage: Wie wird man erwachsen, wenn man zum Anderssein gezwungen ist?

Nach einem Rottweiler-Angriff ist Mareks Gesicht entstellt. Wie sehr, bleibt offen. Er hält sich für ein Monstrum, dessen Anblick niemand erträgt, er versteckt sich in der Wohnung und hinter großen Sonnenbrillen. Alle Kontakte zu seinem früheren Leben hat er gekappt. Einige Nebenfiguren des Romans lassen sich durch „die paar Narben“ überhaupt nicht abschrecken. Sie selbst, sagt Alina Bronsky, sehe diesen empfundenen oder tatsächlichen Gesichtsverlust als „Metapher für eine verlorene Schnittstelle zur Außenwelt“. Nicht ein neues Gesicht, aber eine neue Schnittstelle zu finden, darum geht es für Marek.

Seine Geschichte hat zwei Teile. Im ersten wird er in eine seltsame Selbsthilfegruppe gelockt: Ein „Guru“ hat ein ganzes Team von jungen Läderten um sich geschart, die bildschöne Janne im Rollstuhl zum Beispiel. Janne ist der Grund, aus dem Marek nicht gleich wieder flieht, sondern sich sogar auf eine gemeinsame Reise der Gruppe einlässt. Gerade als die Ereignisse in einer abgelegenen Villa in Mecklenburg aufs Prätigste aus dem Ruder laufen, ereilt ihn die Nachricht, dass sein Vater beim Bergwandern tödlich verunglückt ist. Es folgt Teil zwei, die große Familienzusammenführung. Da kommt auch „das einzige Osteuropäische“ ins Spiel, Tamara, die junge Witwe - Mareks Stiefmutter, ehemals sein Au-pair-Mädchen. Und so landen wir doch wieder beim Russischen.

Was macht ein Alina-Bronsky-Buch aus, frage ich die Autorin, nachdem sie mir von Romanmanuskripten erzählt hat, die in der Schublade blieben, „weil sie nicht zu Alina Bronsky passten“. Alina Bronsky ist ein Pseudonym, eine Kunstfigur, von der sie selbst in der dritten Person spricht, auch wenn sie weite Teile ihrer Biografie mit ihr gemeinsam hat - etwa dass sie 1978 im heutigen Jekaterinburg geboren wurde und erst als Jugendliche nach Deutschland kam.

Erfunden hat sie sie beim Lektorat zu „Scherbenpark“. In Darmstadt stand das Pseudonym auch noch an ihrem Briefkasten, in Berlin nicht mehr: „Da stehen schon so viele Namen, das hätte die Post sich nicht gefallen lassen.“ Es ist ein Sieben-Personen-Haushalt mit Kindern zwischen null und 19 Jahren; auch ihr Lebensgefährte, der Schauspieler Ulrich Noethen, war längst Vater, als sie zusammenkamen.

Alina-Bronsky-Bücher, sagt sie zögernd, behandeln „schwere Themen, aber man schlägt sie nicht deprimiert zu. Es geht um jüngere Menschen, und, ja, Russen müssen wohl mit drin sein. Darum auch die Alibi-Ukrainerin in 'Superheld'."

Diese russischsprachige „Alibi-Ukrainerin“, Tamara, ist eine der stärksten Figuren des Romans. Löst im ersten Teil das Duo aus Marek und der schönen Janne im Rollstuhl die wesentlichen Eskalationen aus, so ist es im zweiten Teil das Paar Marek und Tamara. Zum Liebespaar werden sie tatsächlich, zumindest momentweise. Und hier zeigt sich hohe bronskysche Erzählkunst darin, dass der Leser sich, obwohl der Text nichts verschweigt, das Ausmaß dieses Tabubruchs erst im Nachhinein klarmacht. Der Sohn und die Stiefmutter! Der Halbweise und die frisch Verwitwete. Noch vor der Beerdigung.

Tamara hat auch ein leibliches Kind, den sechsjährigen Ferdinand. Er ist es, der den Halbbruder vom Tod des Vaters in Kenntnis setzt und Mareks Abschied von der eigenen Opferrolle besiegelt. Denn dieser kleine Junge braucht ihn als Beschützer, auch wenn er mit dem Schicksalsschlag tapferer umzugehen scheint als alle Großen.

Wie wird das Kind mit dem Tod des Vaters fertig? „Es verhält sich ganz anders, als die Erwachsenen erwarten“, sagt Alina Bronsky, die ihrem Roman in diesen Passagen eine „persönliche Komponente“ zugesteht. Vor einigen

Wo Superhelden über dem Abgrund Sprüche klopfen Brutal und zart besaitet: Ein Porträt der „Scherbenpark“-
Autorin Alina Bronsky

Jahren kam der Vater ihrer ersten drei Kinder bei einem Skiunfall ums Leben. Die Person des Vaters und der Ablauf des Unglücks, das betont sie, seien im Roman aber sehr anders als in Wirklichkeit.

Und Marek, der Junge, der sein Gesicht verloren hat? Sie erwähnt einen Artikel über einen Tschetschenien-Soldaten, der nach einem Brandanschlag seine Identität einbüßte. „Er begann dann zu zeichnen, aber nie sein eigenes Gesicht.“ Wir kommen auf die Berichte über Gesichtsverpflanzungen zu sprechen, und sie sagt, die habe sie nicht gelesen. „Dafür bin ich zu zart besaitet.“ Sie fügt noch hinzu: „Diese Macht des Bildes ist mir sehr unheimlich.“ Sie wolle „Nervenkitzel ohne plumpe Brutalität, mit sparsamen Mitteln. Wichtig ist, was sich im Inneren abspielt.“

Ich denke an die drastischen und vergeblichen Abtreibungsversuche, mit denen „Die schärfsten Gerichte der tatarischen Küche“ beginnt. Oder an „Spiegelkind“ und „Spiegelriss“, die beiden in der Tat sehr nervenkitzeligen Jugendbücher, die Alina Bronsky zwischendurch geschrieben hat und in deren dystopischer Welt auch die Fantasy-Elemente nur schwachen Trost spenden können. Doch bei genauerem Nachdenken scheint mir, sie hat recht. Auf gewaltsame Effekte hat sie nie gesetzt; wenn Schreckensbilder entstehen, dann im eigenen Kopf.

„Familienbegriff und Geschwisterbegriff, die Frage, was verbindet uns?“ - das seien beim Schreiben wichtige Themen für sie, sagt die Schriftstellerin, die sich Alina Bronsky nennt. Das Baby beginnt leise zu krähen. Sie steht auf, beugt sich über den Stubenwagen und fragt mit milder Stimme hinein: „Soll ich dich wieder nehmen, du Handgepäck?“

Ihre Bücher entstehen in einem Sieben-Personen-Haushalt

Michael Ebmeyer ist Schriftsteller und Übersetzer. Er veröffentlichte die Romane „Der Neuling“ und „Landungen“.

Graphic

Getty Images/-

Alina Bronsky ist vierfache Mutter und Lebenspartnerin von Ulrich Noethen

-

Load-Date: November 25, 2013

UN-Vollversammlung kritisiert Sicherheitsrat

Die Welt

Samstag 4. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 181

Length: 493 words

Body

Die Kämpfe in Syrien gehen mit unverminderter Heftigkeit weiter. Die syrische Armee beschoss erneut von Rebellen gehaltene Stadtteile in Damaskus und Aleppo, wie Aktivisten berichteten. Kämpfe gab es in Damaskus nach Angaben der in London ansässigen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte unter anderem um das Viertel Tadamun, wo Artilleriebeschuss zu hören war. Tadamun liegt nahe des palästinensischen Flüchtlingslagern in Jarmuk, wo laut der Beobachtungsstelle bei Mörserbeschuss mindestens 21 Zivilisten getötet wurden. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR bestätigte den Tod von 20 Menschen. In einer Resolution hat die UN-Vollversammlung das Vorgehen der syrischen Regierungstruppen gegen Aufständische und Zivilisten verurteilt und dem UN-Sicherheitsrat Versagen vorgeworfen.

Auch in der nordsyrischen Wirtschaftsmetropole Aleppo hielten die Kämpfe an. Die Armee beschoss dort das Stadtviertel Salaheddin, eine Hochburg der Rebellen. Das UNHCR beklagte, wegen der Blockade durch die Armee sei es unmöglich, Hilfsgüter in die Stadt zu bringen. Nach Angaben der Beobachtungsstelle war der Donnerstag mit mindestens 179 Toten einer der blutigsten Tage in Syrien seit Beginn der Revolte im März 2011. Bei einem Angriff der Armee auf ein Viertel der zentralsyrischen Stadt Hama habe es zudem „Dutzende“ Tote gegeben. Die oppositionellen Örtlichen Koordinierungskomitees sprachen von einem „Massaker“ mit rund 50 Toten.

Die Bundesregierung fürchtet eine weitere Verschlechterung der Lage in Syrien. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) warnte in Berlin, das Assad-Regime habe die Kontrolle über Teile des Landes verloren. Er rief zudem die Opposition in Syrien dazu auf, „dringend zu größerer Einheit zu finden“. Als Reaktion auf die sich zuspitzende Situation hatte das Auswärtige Amt eine ressortübergreifende „Task Force Syrien“ eingerichtet. Westerwelle sagte, nach dem Rücktritt des Sondergesandten Kofi Annan müssten die „Bemühungen um den Einstieg in einen politischen Prozess weitergehen“. Der CDU-Außenexperte Ruprecht Polenz schätzt die Aussichten auf eine Verhandlungslösung im Syrien-Konflikt nach dem Rücktritt Annans als gering ein. „Selbst wenn man sich jetzt um einen Nachfolger bemüht, würde er ja nur dann bessere Chancen haben, wenn Russland und China die Politik ändern, die schützende Hand von Assad wegnehmen“, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag im ARD-„Morgenmagazin“.

Unterdessen hat das russische Verteidigungsministerium einem Medienbericht zufolge Agenturmeldungen zurückgewiesen, wonach es die Entsendung von Kriegsschiffen in die syrische Hafenstadt Tartus plant. Mehrere

UN -Vollversammlung kritisiert Sicherheitsrat

russische Agenturen hatten unter Berufung auf Militärkreise berichtet, dass drei russische Landungsboote mit Marine-Infanteristen an Bord auf dem Weg nach Tartus seien. Dort unterhält Russland einen Marine-Stützpunkt, der vor allem der Versorgung und Wartung seiner Kriegsschiffe in der Mittelmeerregion dient. afp/apd/rtr

Graphic

AFP/AHMAD GHARABLI

Kinder spielen auf einem zerstörten Panzer der syrischen Armee nahe der Azaz-Moschee im Norden von Aleppo

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Assads Soldaten fliehen; Fast 20 Prozent der Armee sollen desertiert sein. Jetzt kamen 85 Militärs in der Türkei an

Die Welt

Mittwoch 4. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 154

Length: 820 words

Byline: Alfred Hackensberger

Highlight: Unter den jüngsten Flüchtlingen sollen ein General und 14 weitere Offiziere sein. Sie werden nun verhört. Vor allem in grenznahen Regionen ist die Zahl der Desertionen offenbar hoch

Body

Aleppo

Sie mussten nicht lange marschieren, um in die Freiheit zu kommen. Das Niemandsland an der syrisch-türkischen Grenze ist ein nur knapp drei Kilometer breiter Streifen. Trotzdem dürfte es für die Frauen und Kinder bei Temperaturen bis zu 40 Grad eine Strapaze gewesen sein. Angriffe der syrischen Regierungstruppen mussten die 293 Menschen nicht fürchten. Die oppositionelle Freie Syrische Armee (FSA) kontrolliert das Grenzgebiet, oft 30 Kilometer weit ins Land hinein und steht nur 10 Kilometer vor Syriens größter Stadt Aleppo.

Unter den Flüchtlingen waren auch 85 Soldaten, die nach eigenen Angaben die „Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung“ nicht mehr mit ansehen wollten. Auch ein General und 14 weitere Offiziere waren dabei. Seit Beginn des Aufstandes gegen das Regime von Präsident Baschar al-Assad vor fast eineinhalb Jahren ist dies die größte Gruppe von Deserteuren, die zur FSA überlief. Sie wurden ins Lager von Apaydin nahe der Grenze gebracht, das speziell der Unterbringung geflohener Militärs dient. Rund 2000 ehemalige Soldaten der syrischen Armee sind dort untergebracht. Es ist ein mit Stacheldraht und hohen Zäunen abgeschirmtes Gelände, auf dem die Menschen in Zelten und Containern leben. Von militärischem Drill, Exerzierplatz oder Trainingsgelände ist nichts zu sehen, aber Apaydin gilt als das Hauptquartier der FSA. Für Außenstehende ist das Betreten des Lagers streng untersagt. Man wird die Neuankömmlinge dort intensiv verhören. Die FSA will sicher gehen, dass keine Spitzel des verhassten Assad-Regimes einsickern. Das türkische Grenzgebiet ist für die FSA von immenser Bedeutung. Es ist Rückzugsgebiet, Nachschubbasis und Kommandozentrale zugleich. Ohne die stillschweigende Duldung der türkischen Behörden wäre das nicht möglich. Das türkische Militär lässt die FSA völlig ungehindert die Grenze passieren und drückt auch beim stetig zunehmenden Waffenschmuggel beide Augen zu.

Die zivilen Flüchtlinge, die am Montag über die Grenze kamen, wurden auf verschiedene andere Lager verteilt. Die Türkei hat bisher über 35.000 Syrier aufgenommen, die aufgrund des Bürgerkriegs ihr Zuhause verlassen mussten.

Assads Soldaten fliehen Fast 20 Prozent der Armee sollen desertiert sein. Jetzt kamen 85 Militärs in der Türkei an

„Unser Dorf wurde Tag und Nacht von der syrischen Armee beschossen“, sagt ein Familienvater. „Wir wissen nicht einmal warum, denn Rebellen gab es bei uns nicht.“ Sie sind froh, der Hölle entkommen zu sein, aber mit dem Leben im Lager, können sie sich nur schwer abfinden. „Es gibt kaum Wasser, das Essen ist ungenießbar und in den Zelten herrscht eine Hitze, die nicht zu ertragen ist“, berichtet ein junger Mann sichtlich verärgert. Er ist mit seiner Frau und zwei Kindern seit mehr als einem Jahr im Lager von Jaladai untergebracht.

„Von Tag zu Tag werden wir mehr“, sagt ein FSA-Offizier in der 51 Kilometer entfernten Stadt Antakya. „Über 60.000 Mann sind bereits desertiert“, versichert der junge Mann, der nicht mit Namen genannt werden will. Seine Familie befindet sich noch in Syrien ist und er hat Angst vor Repressalien. 60.000 ist auch die Zahl, die der Nationale Sicherheitsrat der Türkei nennt. Damit hätte die auf insgesamt 300.000 Mann geschätzte syrische Armee ein Fünftel ihres Personals verloren. Die höchste Zahl von Deserteuren, so der Sicherheitsrat weiter, gebe es in den Grenzregionen zum Libanon, der Türkei und dem Irak. Offenbar ist die Verführung groß, wenn die Freiheit in greifbarer Nähe liegt.

Ein neuer Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) zeigt nun, was jenen droht, die sich gegen das Regime stellen. Seit März 2011 hat HRW mehr als 200 Menschen befragt, die meisten davon sind Deserteure, sowie ehemalige Mitarbeiter des syrischen Geheimdienstes. Das Ergebnis ist schockierend. HRW dokumentiert willkürliche Massenverhaftungen, Misshandlungen und Folter. Der 81 Seiten umfassende Report führt Videoaussagen ehemaliger Häftlinge an, Zeichnungen von Foltertechniken sowie Karten der insgesamt 27 unterirdischen Gefängnisse in ganz Syrien.

Tausende von Menschen sollen seit Beginn des Aufstands in diese Folterkeller verschleppt worden sein. „Du willst Demokratie und Freiheit, hier hast du sie“, soll ein Wächter geschrien haben, bevor er sein Opfer mit Stock und Kabel windelweich schlug. „Danach hat er mir Elektroschocks gegeben“, berichtet im Video der Betroffene. Die Folter habe systematisch und in allen 27 Gefängnissen stattgefunden, so Ole Solvang von HRW. Frauen und ältere Menschen würden nicht verschont. Auch Kinder waren unter den Verhafteten. Ein Junge erzählt, wie er mit verbundenen Augen verhört wurde. Die beiden ersten Vernehmungen verliefen glimpflich. Beim dritten Mal riss man ihm seine Fingernägel heraus.

Folter hat eine lange Geschichte in Syrien. Von 1963 bis 2011 herrschte dort ein Ausnahmezustand, die Sicherheitsbehörden waren allmächtig. Der neue Bericht könnte die Basis für eine Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag sein.

Graphic

Reuters/HANDOUT

Grausamer Kampf: Syrische Regierungssoldaten in Balaba nahe der Rebellenhochburg Homs. Die Menschenrechtsorganisation wirft dem Regime systematische Folter vor

Load-Date: September 12, 2012

Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein; Asylbewerber ins Sozialsystem

Die Welt

Donnerstag 27. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 227

Length: 154 words

Body

Bessere Leistungen für Asylbewerber verlangen Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Beide Länder haben eine Initiative im Bundesrat beschlossen und wollen einen Entschließungsantrag einbringen, wie das Innenministerium in Kiel und das Integrationsministerium in Mainz mitteilten. „Mit der Eingliederung in die Sozialsysteme würde eine unerträgliche Diskriminierung der Flüchtlinge endlich aufhören“, sagte die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Irene Alt (Grüne, Foto). Hintergrund des Vorstoßes ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die bisherigen Sätze nicht ausreichen. Die Länder wollen, dass sich die Unterstützung nach dem Sozialgesetzbuch richtet; das Asylbewerberleistungsgesetz solle abgeschafft werden. Laut Statistischem Bundesamt erhielten Ende 2011 etwa 144.000 Menschen Asylbewerberleistungen. Ihre Zahl lag um 10,3 Prozent höher als im Vorjahr. Die Kosten betrugen 908 Millionen Euro.

Load-Date: January 26, 2013

Furcht vor dem „Terminator“; Aufstand gegen die Regierung im Osten des Kongo

Die Welt

Dienstag 26. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 147

Length: 502 words

Byline: Konrad Putzier

Body

Der Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo ist inzwischen so alt wie die 16-jährigen Jungen, die jeden Tag durch Bosco Ntagandas Milizen verschleppt werden. „Die Kämpfer führten uns aus dem Klassenraum und hinter das Schulgebäude“, erinnert sich ein Schüler gegenüber Mitarbeitern der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch an seine Entführung im April. „Dann sagten sie uns, wir würden jetzt für Bosco kämpfen.“ Im April desertierte der General und Ex-Rebellenchef Ntaganda, genannt „Terminator“, aus der kongolesischen Armee und erklärte der Regierung den Krieg. Wenig später tat es ihm der Oberst Sultani Makenga gleich. Seitdem terrorisieren die Rebellen die Bevölkerung in der Provinz Nordkiwu. Laut UN sind über 200.000 Kongolesen auf der Flucht. „Wir rechnen damit, dass der Strom der **Flüchtlinge** weitergehen wird“, sagt Anouck Bronee, Sprecherin des **Flüchtlingshilfswerks** der UN im benachbarten Ruanda. Mehr als fünf Millionen Menschen sind in den vergangenen 16 Jahren im Kongo durch Kämpfe gestorben, kein Konflikt seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat so viele Opfer gefordert.

Die scheinbar unendliche Geschichte der Gewalt in Kiwu begann mit dem ruandischen Völkermord im Jahr 1994. Milizen der Hutu-Volksgruppe ermordeten Hunderttausende Tutsi, ehe sie in den benachbarten Kongo vertrieben wurden. Dort wurden sie zu einer ständigen Bedrohung für das neue Regime in Ruanda, das daher mehrmals in den Kongo einmarschierte und kongolesische Tutsi-Milizen unterstützte. Nach dem Rückzug der ruandischen Armee kämpften die Milizen weiter. Im Jahr 2009 ließen sich die Tutsi-Rebellen unter der Führung von Bosco Ntaganda schließlich in die kongolesische Armee eingliedern. Im Gegenzug erhielt Ntaganda, der inzwischen mit Haftbefehl vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht wurde, Straffreiheit. Nun hat sich diese ohnehin nie stabile Allianz wieder aufgelöst.

Neben Ntagandas Miliz gibt es mehr als 30 andere bewaffnete Gruppen in der Region, fast alle haben ironischerweise den Schutz der Zivilbevölkerung zu ihrem Ziel erklärt. Tatsächlich wird vor allem um Macht und Reichtum gekämpft. Der Osten des Kongo ist eine der rohstoffreichsten Regionen der Erde, Gold, Kupfer, Kassiterit und Coltan werden von hier aus in die Welt exportiert. Wer die Minen kontrolliert, kann sehr schnell sehr reich

Furcht vor dem „Terminator“ Aufstand gegen die Regierung im Osten des Kongo

werden. Ein kürzlich veröffentlichter UN-Bericht behauptet, Ntaganda habe im Jahr 2011 allein durch ein illegales Goldgeschäft mit einem amerikanischen Rohstoffhändler einen zweistelligen Millionenbetrag eingenommen.

Die schlecht ausgerüstete kongolesische Armee ist mit den Rebellen überfordert, und auch die 20.000 UN-Blauhelme, die laut ihrem robusten Mandat kämpfen dürfen, konnten die Bevölkerung bislang kaum schützen. Es scheint, als würde der Krieg zum Dauerzustand werden. „In Kiwu ist die Gewalt Teil des Alltags geworden“, sagt Koen Vlassenroot, ein Kongo-Experte der Universität Gent. „Streitereien zwischen Nachbarn werden heute wie selbstverständlich mit der Waffe ausgetragen.“

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Sonntags riecht's nach Suizid; Sibylle Berg scheidet Gut und Böse, kurz vor dem jüngsten kapitalistischen Gericht

Die Welt

Samstag 28. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: LITERARISCHE-WELT; S. 5; Ausg. 175

Length: 1305 words

Byline: Jan Küveler

Body

Das ist kein Roman, das ist ein Manifest. Ein Wutschrei, eine Verzweiflungstat, ein Speien ins Gesicht der Welt, soweit sie von Menschen bevölkert ist. Es scheint eine Ewigkeit her, dass der Amerikaner Henry Miller mit Inbrunst hasste, was er den „klimatisierten Albtraum“ nannte: die Betonwerdung der Erde, die Asphaltierung der Seelen. New York war da symptomatisch, es überwucherte noch die hochfliegendsten Träume. Miller ging nach Europa wie in eine Reha und pries den Sex, auch wenn er ihn zuweilen aus spätbürgerlichem Impuls als Sexus verklausulierte.

Im Gegensatz zu Miller hat Sibylle Berg - vor ziemlich genau 50 Jahren in Weimar geboren, mit deutsch-deutschem **Migrationshintergrund** ausgestattet und inzwischen in der Schweiz lebend - auch mit Europa nichts am Hut und mit Sex schon gar nicht. Spätbürgerliche Impulse sind ihr fremd. Amerika ist überall. Der Albtraum, die Klimatisierung - der natürliche Feind jeglicher Klimax, ob körperlich oder seelisch - hat gesiegt. Die westliche Welt lässt nichts gelten außer Geld. Dass es so weit kommen würde, ahnte der freundliche Onkel Henry, der träumte, in Pariser Sommern junge Mädchen zu entjungfern, esoterische Maler sammelte und im Alter viel Tischtennis spielte (übrigens wieder in Amerika), damals natürlich nicht.

Mit Miller verbindet Sibylle Berg also inhaltlich nichts, aber formal viel. Es ist, als breche sich da ein und dasselbe anarchistisch-romantische Bewusstsein Bahn, in Sätzen, die weniger geschrieben als gemeißelt anmuten, nur dass Miller hoffte, tändelte, spielte und Berg nur noch hasst, zetert, tritt. Ihr Schreiben hat den Sündenfall hinter sich. In gewisser Weise ist es, als ob Bastian Balthasar Bux, Atreju und Fuchur - die Helden von Michael Endes „Unendlicher Geschichte“ - die Ausbreitung dieses furchtbaren Nichts, das erst kroch, dann raste und schließlich fast alles verschlang, nicht hätten verhindern können. Sibylle Berg schreibt von jenseits all dessen, was gut sein könnte, lebens- und begehrenswert. Ihre Sätze sind getragen vom schlechten Atem der Grabesstimme.

„Und jeder Tag begann ohne die Aussicht auf ein Wunder“, heißt es in ihrem neuen sogenannten Roman „Vielen Dank für das Leben“, was natürlich nicht mal ironisch, sondern auf die ätzendste Weise sardonisch gemeint ist. Der Berg'sche Mensch ist eine schlechtere Topfpflanze: „Im Vergleich zu Affen, Oktopussen und Gemüsesorten“, schreibt sie, „schneiden Babys in Intelligenztests schlecht ab.“ Später, so viel lässt Berg durchblicken, wird es kaum

Sonntags riecht's nach Suizid Sibylle Berg scheidet Gut und Böse, kurz vor dem jüngsten kapitalistischen Gericht

besser. Von einem besonders Verachtenswerten, vom System Durchgenudelten, der früh beschlossen hat, selber zur Nudelmaschine, und das bedeutet in den Jahren um die Jahrtausendwende zum Finanzinvestor zu werden, heißt es: „Kasimir liebte die Arbeitstage; nur der Abend, die Feiertage, die Sonntagsunterbrechungen mit ihrer Suizidluft machten ihm zu schaffen.“ Kein Wunder, dass Sibylle Berg in der Schweiz wohnt. Zürich verspricht zwar keinen Bail-out aus der allgemeinen Bankrotterklärung, deren Unterschrift der Mensch ist. Aber von dort hat man sie wenigstens gut im Blick.

Die Perspektive ihres Erzählers auf seinen Stoff ist die in kalten Farben eingefangene Totale: „Auf der Straße führen die ersten Zweitakter des Tages“, schreibt Berg, wenn sie die DDR-Postromantik anwandelt, „die Luft war von Feinstaub erfüllt, das rührende sozialistische Land lag in den letzten Zügen seiner Planwirtschaft.“ Der Held beziehungsweise die Heldin oder vielleicht am besten das Heldum des Buchs (falls ein bisschen spätbürgerliches Latein erlaubt ist) heißt Toto und ist Hermaphrodit, also ein Zwitter mit unklaren geschlechtlichen Merkmalen. Sein Vater war ein flüchtiger Trinker, seine Mutter ein Tropf am Tropf des real existierenden Sozialismus. Die Infusion besteht aus Trübsal, Wodka und Makrelenbroten. Sie beeilt sich, daran zu ersticken. Die Frucht ihres wunden Leibes, eben Toto, ist ein ekliger Freak - wie ihm am Ende der Geschichte, als er sich schon längst entschieden hat, lieber eine Frau zu sein, eine sterbende Multiple-Sklerose-Kranke, um die er sich zuvor rührend gekümmert hat, böse bescheidet.

Für diese Erkenntnis braucht man aber keine 400 Seiten oder eine Nervenkrankheit; das haben auch schon frühzeitig, zu Beginn dieser hoffnungslos-pädagogischen Variation auf den Bildungsroman, Totos Heimkameraden kapiert. Sie hänseln, schlagen, meiden ihn. Er ist nicht wie die anderen, sondern riesenhaft, weich und vor allem: ungeheuer, ja monströs gut. Er ist weniger eine Figur als das schlechte Gewissen der neoliberalen Welt. Toto, schreibt Berg, die mit ihrem Heldum gewisse Teile der Biografie teilt, die DDR-Kindheit, das Erleben der Bundesrepublik einige Jahre vor dem Mauerfall, Toto „sah aus, als sei sie von wenigen Dioptren mangelnder Sehschärfe umgeben.“

Das ist nicht nur, wie es Bergs Gewohnheit ist, gut geschrieben, sondern auch gut beobachtet. Denselben Eindruck hatte man nämlich schon lange. Das liegt an der Poetik des Buchs, seiner Natur als Manifest und Brandrede. Wenn das Cover ein Mund wäre, stünde Schaum davor. In der Polemik, die Berg statt eines Romans geschrieben hat, haben scharf gezeichnete Figuren keinen Platz. Toto, gegen Ende auch mal als „runder großer Inuit-Teddybär“ bezeichnet, ist einfach das gute Prinzip und Kasimir das böse. Deshalb sind die beiden einigermaßen sympathisch. Alle anderen - Heimleiter, Pflegekräfte, Prostituierte, Musiklehrer, Ärzte - sind wahrhaft widerliche, weil dumme, selbstsüchtige Figuren, deren zentraler Fehler darin besteht, zumindest in den Ruinen von Träumen zu leben oder sich auszumalen, ihnen stünde irgendetwas zu, und sei es nur das Recht, die eigene Frau zu vergewaltigen und irgendwann zu erschlagen.

So bedeutet, dieses Buch zu lesen, der teilnahms- und wunschlosen Toto beim Driften durch widrige Umstände zuzusehen, die ihr Leben ausmachen. Was es an Plot gibt, ist die pure Kolportage, deren Details hier nicht verraten werden sollen. Nur so viel: Es geht um einen Racheplan, in dem massenhafte Bestechung und in Gebärmüttern verpflanzte radioaktive Substanzen vorkommen. Nun ja.

Dennoch ist das Buch wichtig. Weil Sibylle Bergs Wut zu großen Teilen berechtigt ist. Sie selbst ahnt freilich eventuell nicht, wie sehr ihr Menschenbild vom sozialistischen Ideal geprägt ist. Auch daran lässt sie ja kein gutes Haar. Und dennoch schleicht sich die Verbundenheit damit immer wieder auf die Seiten, am deutlichsten vielleicht an Stellen, die man leicht überlesen kann. „Wann immer Toto das Haus verließ“, schreibt Berg, „den Kopf wirr von all den hereinbrechenden Informationen, fühlte sie sich wie unter Kosmonauten im All. Keine Verbindung zur Basisstation.“ Eine anders sozialisierte Autorin hätte wohl „unter Astronauten“ geschrieben. Kosmonauten gab es nur in sowjetisch geprägten Ländern.

Aber egal, ob der Blick einer aus der DDR ist, aus der Schweiz oder einer ortlosen Kälte. Er ermöglicht eine Polemik, die trifft: „Alle jungen Menschen in der neuen westlichen Welt waren strebsame kleine Automaten, oder sie waren Versager, die mit ihren trinkenden Eltern in den Siedlungen hockten und sich langweilten.“ Toto ist bloß eine Linse mit der Konsistenz einer auf 400 Seiten wie in Zeitlupe zerplatzenden Seifenblase. In ihr spiegeln sich

Sonntags riecht's nach Suizid Sibylle Berg scheidet Gut und Böse, kurz vor dem jüngsten kapitalistischen Gericht

Figuren vom äußersten Rand der kulturellen Utopie wie Michael Endes Momo (von der sie nur eine Konsonantenverschiebung entfernt ist) oder Stanley Kubricks zwitterhaftes Sternenkind, das am Ende von „2001: Odyssee im Weltraum“ als staunender Kosmonaut durchs All fliegt. Der Flug wird andauern, bis jemand kommt, der eine Antwort auf die Frage hat, die Berg so dringlich umtreibt: „Was nützt der schönste Kapitalismus, wenn die Freiheit, die versprochene, nur in einer freien Wahl der Produkte besteht, die man kaufen kann?“

Sibylle Berg: Vielen Dank für das Leben. Hanser, München. 400 S., 21,90 Euro.

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Der Fußball, die Stasi und ein Mordrätsel; Vor 30 Jahren starb der DDR-Flüchtling Lutz Eigendorf

Die Welt

Mittwoch 6. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: SPORT; Abseits; S. 20; Ausg. 55

Length: 809 words

Byline: Udo Muras

Body

Eine Geschichte aus einer Zeit, die uns heute schon unwirklich erscheint, wird dieser Tage rund. Von einem Jubiläum zu sprechen, verbietet sich jedoch. Ein Gedenken an die nach wie vor diffusen Vorgänge vor 30 Jahren nicht.

Wer verstehen will, muss wissen. Es ist mehr als ein Kapitel Bundesligageschichte. Es ist deutsche Geschichte aus einer Zeit, als es noch zwei Deutschlands gab, BRD und DDR. Weniger die Bevölkerungen als vielmehr die Systeme standen sich feindlich gegenüber. Westen gegen Osten, Sozialismus gegen Kapitalismus, Ein-Parteien-System gegen Demokratie, Reiseverbot gegen große Freiheit. „Go West“ war damals mehr als Werbeslogan für eine Zigarettenmarke, es war für viele DDR-Bürger eine Sehnsucht.

Wer sie sich zu erfüllen suchte, machte sich strafbar. Anfangs sprangen sie noch aus Fenstern und rannten nachts über die „grüne Grenze“. Später als die Mauer und die Todeszäune standen, wurden Tunnel gegraben, sogar Ballons stiegen in den Himmel.

Privilegierte Sportler hatten es etwas leichter. Besonders die Fußballspieler. Das Los führte sie zuweilen in den Westen, und es kam immer wieder mal vor, dass einer die Abfahrt des Mannschaftsbusses „verpasste“. Michael Polywka, Norbert Nachtweih und Jürgen Pahl hießen die ersten Überläufer, die in der Bundesliga nach einjähriger Sperre auftauchten.

Die Geschichte, die nun rund wird, spielt in den letzten Jahren des Kalten Krieges. Am 7. März 1983 starb der Braunschweiger Profi Lutz Eigendorf in Folge eines mysteriösen Autounfalls. Bis heute ist die Ursache ungeklärt, sein Tod ist eines der größten Rätsel in der 50-jährigen Ligageschichte. Unbestritten aber ist, dass es Menschen gab, die seinen Tod wollten. Die Frage, die sich jeder Kommissar stellt - wer hatte ein Motiv? - ist längst beantwortet.

Der Fußball, die Stasi und ein Mordrätsel Vor 30 Jahren starb der DDR-Flüchtling Lutz Eigendorf

Die Stasi, der Staatssicherheitsdienst der DDR, hatte einen Mordauftrag erteilt. Der Flüchtling Eigendorf, der am 20. März 1979 nach dem Spiel seines BFC Dynamo in Kaiserslautern bei einem Stadtbummel ausgebüchst und mit dem Taxi zur Geschäftsstelle des FCK gefahren war und um Hilfe nachsuchte, sollte sein Leben im „Goldenen Westen“ nicht länger genießen dürfen. Der Mann hatte durch seine Flucht Stasi-Chef Erich Mielke persönlich beleidigt. Denn Mielke war Ehrenvorsitzender des Serienmeisters der DDR. Ein kritisches Fernsehinterview im Februar 1983 vor der Berliner Mauer im ARD-Magazin „Kontraste“ soll das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Nach der Wende aufgefundene Dokumente im Papierschnipselsalat der Stasi-Unterlagenbehörde lassen keinen Zweifel daran, dass Eigendorf im Visier der Stasi stand. Unter der zynischen Überschrift „Personengefährdung“ wurden am 13. September 1983 im Zusammenhang mit Eigendorf schriftlich verschiedene Mordmethoden und deren Vertuschung aufgeführt. „Gifte, Gase? Welche, wie, wo?“ Auch von „verblitzen“ und „Narkosemitteln“ ist die Rede. Der Bundesnachrichtendienst stellte 1990 die Theorie auf, der Griff des Autos sei mit einem Kontaktgift besprüht worden, das über die Haut ins Blut gekommen sei und zu Atemlähmung geführt habe. Der Autor Herbert Schwan warf in seinem ARD-Film „Tod dem Verräter“ anno 2000 auch auf Grundlage der Stasi-Dokumente eine andere Mordtheorie auf. Die Stasi habe Eigendorf in dessen Alfa Romeo gekidnappt, ihm mit dem Tod gedroht und mittels einer giftigen Substanz Alkohol eingeflößt.

Da Eigendorf an jenem 5. März 1983 ohnehin schon zwei kleine Bier in der Stammkneipe „Zum Cockpit“ getrunken hatte, wie Mitspieler der Eintracht bezeugten, war er nun offenkundig fahruntüchtig. An der Unfallstelle soll ihn die Stasi dann „verblitzt“ haben, also geblendet - auch dieses Wort findet sich in dem Dokument.

All das ist Spekulation. Fakt ist, dass Eigendorfs Wagen in der fraglichen Nacht aus einer Rechtskurve flog und gegen eine Ulme krachte - und dass sich im Blut des Fahrers 2,2 Promille Alkohol fanden. Mehr als genug - und weit mehr als zwei Bier verursachen könnten. Seine Frau, die heute als Kommissarin in Kaiserslautern arbeitet, glaubte schon vor zehn Jahren: „Für mich deutet bis heute alles auf Mord hin.“ Der 2010 verstorbene Trainer Jörg Berger, selbst ein Flüchtling, schrieb in seiner Autobiografie, „das war zu 95 Prozent Mord“.

Aber selbst das Geständnis des Stasi-Spitzels Karl-Heinz F., als „IM Klaus Schlosser“ getarnt, der 2010 vor dem Düsseldorfer Landgericht aussagte, dass er von der Stasi zwar einen offiziellen Mordauftrag für Eigendorf erhalten, aber nicht ausgeführt habe, macht keine 100 Prozent aus dem Fall. Anfang 2011 gab die zuständige Staatsanwaltschaft Braunschweig bekannt, dass es keine objektiven Hinweise auf ein Fremdverschulden gibt. Vielleicht finden sich in den Millionen zu Papierschnipseln gewordenen Unterlagen, die die Stasi vernichten wollte, die letzten Prozent Gewissheit. Bis dahin bleibt der Fall Eigendorf ein großes Rätsel und auf immer unendlich traurig.

Graphic

privat

Load-Date: March 6, 2013

Der Kinderwagen als Symbol des Neuanfangs; Atina Grossmann untersucht das Verhältnis zwischen Juden, Deutschen und Alliierten nach 1945

Die Welt

Samstag 20. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: LITERARISCHE-WELT; S. 6; Ausg. 92

Length: 926 words

Byline: L. Joseph Heid

Body

Die alliierten Truppen fanden bei ihrem Einmarsch in Deutschland im Frühjahr 1945 noch etwa 15.000 Juden außerhalb der Konzentrationslager vor. Sie hatten in Verstecken, in „Mischehen“ oder einfach nur zufällig überlebt. Diese Überlebenden, schreibt Anita Grossmann, bildeten ein wesentliches Element jenes „historischen Dreiecks“ aus Deutschen, Juden und Amerikanern, das Westdeutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit prägte, vor allem Berlin. Und auch unter den Besatzungskräften gab es wechselvolle Lebensgeschichten und vielschichtige Identitäten voller Überschneidungen. Manche hatten einen deutsch-jüdischen Hintergrund, waren Monate zuvor selbst noch Flüchtlinge gewesen und hatten durch ihren Militärdienst inzwischen die US-amerikanische Staatsbürgerschaft erhalten.

Als Berlin 1945 in vier Sektoren aufgeteilt wurde, entwickelte sich die Stadt zu einer Art Versuchslabor, in dem es nicht an Konflikten zwischen den Siegermächten und den nicht abreißenden Flüchtlingsströmen sowie der ortsansässigen Bevölkerung mangelte. In den turbulenten ersten Jahren nach Kriegsende wurden besiegte Deutsche ebenso wie ihrer früheren Feinde und Opfer buchstäblich zu Grenzgängern eines gebrochenen Landes.

In dieser Zeit lebten Deutsche und Juden zwar auf dem gleichen Territorium, jedoch in verschiedenen Welten, getrennt durch Erinnerungen und Erlebnisse - und beobachtet von den Besatzungskräften. Sie bewältigten den Alltag, stritten über Viktimisierungsgrad, Schuld, Verantwortung, Gedenken und Reparationen. Ein „Time“-Korrespondent erlebte die Deutschen bei Kriegsende als schwankend zwischen den Extremen „sturer Verstocktheit und dumpfer Fügsamkeit“ und geradezu „krankhaft besessen“ vom eigenen Elend. Im Nachkriegswettstreit der Opfer bekamen Juden häufig Aufzählungen der vielen Angehörigen zu hören, die ein Deutscher verloren hatte, wie Hannah Arendt scharfzüngig konstatierte.

Mit den komplizierten „heiklen Begegnungen“, zu denen es nach Krieg und Holocaust im Alltag kam, beschäftigt sich Atina Grossmann in einer eindrucksvollen Studie. Sie beschreibt, wie Juden, Deutsche und Besatzungskräfte jeweils ihre Identität als Opfer, Sieger oder Überlebende beanspruchten, bestritten und aushandelten und doch völlig unterschiedlich wahrnahmen. Ihre Methode nennt sie „Perspektive der verwickelten Geschichten“.

Der Kinderwagen als Symbol des Neuanfangs Atina Grossmann untersucht das Verhältnis zwischen Juden, Deutschen und Alliierten nach 1945

Große Aufmerksamkeit widmet Grossmann genderspezifischen Aspekten: Das besiegte Deutschland, das die Sieger im Frühjahr 1945 antrafen, trug überwiegend weibliche Züge. Für Frauen wirkte sich die bedingungslose Kapitulation unmittelbar auf ihren Körper aus, sei es als Opfer von Massenvergewaltigungen, als willige Fraternisiererinnen oder als Mütter, die sich abmühten, ihre Kinder durchzubringen. Bei den Amerikanern gab es die lässige Devise, dass es keine Fraternisierung sei, solange ein Soldat nicht bis zum Frühstück blieb: „Schlaft mit ihnen, aber schüttelt ihnen nicht die Hand.“

Grossmann verknüpft in ihrer historischen Analyse persönliche Erzählung, mündlich überlieferte Geschichte, veröffentlichte und unveröffentlichte Briefe, Zitate aus Memoiren, Tagebüchern, Pressemeldungen, Romanen und Filmen. Aus all diesen Quellen zieht sie reichlich Nektar. Davon profitiert der Leser, der das leichtfüßig-lebendig geschriebene Buch nur ungern aus der Hand legen mag.

Juden waren bemüht, ihrem Leben nach der Katastrophe einen neuen Sinn zu verleihen. Für sie war es eine „Wiedergeburt“, die sich in dem viel zitierten Satz „Mir zaynen do“ niederschlug. Das Ergebnis war ein signifikanter Babyboom. Kinderwagen spielten im Nachkriegsdeutschland eine zentrale Rolle: Kinderwagen, die jüdische Eltern stolz durch die Straßen deutscher Städte und die DP-Lager oder bei Demonstrationen für die ungehinderte Einwanderung nach Palästina in vorderster Reihe schoben.

Es ist nachgerade ein historischer Treppenwitz, dass sich die bis zu 250.000 osteuropäischen „Displaced Persons“ als Gestrandete ausgerechnet in den westdeutschen Besatzungszonen wiederfanden. Bis sie aber weiterwandern konnten, sahen sie sich einem Antisemitismus ausgesetzt, als hätte es Auschwitz nie gegeben. Der Antisemitismus speiste sich aus der Annahme, dass Juden scheinbar durch die Besatzungsmächte mit Privilegien ausgestattet waren, während die deutsche Bevölkerung in der eigenen Wahrnehmung Not litt.

Für die Sowjets bedeutete die Eroberung nicht nur Zugang zu Frauen und Alkohol, sondern auch die Möglichkeit zur Kontrolle. Auch die anderen Besatzungssoldaten genossen die Annehmlichkeiten ihres Sieges und führten ein Leben, das in krassem Gegensatz zum Alltag der kriegerschütterten Berliner stand. Die Briten behandelten die Deutschen, „als ob sie ein besonders intelligenter Beduinenstamm“ wären, wie ein Offizier sich erinnerte.

In der einschlägigen Forschungsliteratur ist ein Aspekt stets unbeachtet geblieben, auf den Atina Grossmann einen Blick geworfen hat: dass nämlich die Mehrzahl der jüdischen Überlebenden einen Großteil der Kriegsjahre als Flüchtlinge in der Sowjetunion und nicht unter Nazibesatzung verbracht haben. Politische und ideologische Faktoren, insbesondere die Zwänge des Kalten Krieges und die Dominanz einer zionistisch geprägten Darstellung, haben die Rolle der Sowjetunion als Zufluchtsort marginalisiert. Hier hat Grossmann einen Ansatzpunkt der Historiografie ausgemacht und damit begonnen, eine Geschichtsschreibung „versuchsweise“ neu zu erfinden.

„Schlaft mit ihnen, aber schüttelt ihnen nicht die Hand“

Atina Grossmann: Juden, Deutsche, Alliierte. Begegnungen im besetzten Deutschland. Wallstein, Göttingen. 472 S., 29,90 .

Load-Date: April 20, 2013

Wenn Kinder Freiheit lernen müssen; Junge Flüchtlinge aus dem Norden haben es schwer in Südkorea. Eine Spezialebene kümmert sich um sie

Die Welt

Dienstag 21. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 195

Length: 1470 words

Byline: Björn Rosen

Highlight: Viele Kinder kommen traumatisiert im Süden an. Sie haben Verwandte sterben sehen oder wurden missbraucht

Body

Seoul

Heute findet das Nachmittagsritual etwas früher statt. Die Abschlussprüfungen haben den Terminplan durcheinandergewirbelt. Und so halten die Schüler der Hangeore-Schule ihren täglichen, 20-minütigen Hausputz heute schon um 15.30 Uhr ab statt wie sonst um kurz nach fünf. Dutzende Teenager laufen aufgedreht durch das dreistöckige Gebäude, die meisten tragen eine Schuluniform, die sie wie kleine Matrosen aussehen lässt, manche haben einen Lappen in der Hand. Mädchen stehen in einer kleinen Gruppe beieinander, reden und lachen. Dazu schallt laut Popmusik durch die Gänge. Ein Junge bewegt seinen Körper zu dem Lied, der Besen, mit dem er den Boden fegt, wird Teil der Choreografie. Es ist schwer vorstellbar, dass die Jugendlichen hier schon mehr durchgemacht haben als andere in ihrem ganzen Leben. Die Hangeore, eine Mittel- und Oberschule mit Internat, liegt in der südkoreanischen Kleinstadt Anseong, etwa 80 Kilometer von Seoul entfernt. Die Schüler hier sind ausschließlich junge **Flüchtlinge** aus Nordkorea.

Rund 15 Prozent der mehr als 22.000 Nordkoreaner, die bisher in den verfeindeten Süden geflohen sind, kamen als Minderjährige. Meist mithilfe von Schleusern gelangen sie und ihre Familien über China oder andere asiatische Länder in den Süden. Ob Teenager oder Greis, alle Überläufer erleben bei der Ankunft im modernen, reichen, demokratischen Süden einen Kulturschock. Zwar gilt: Je jünger die Flüchtlinge, desto besser ihre Chancen, sich an das radikal neue Leben zu gewöhnen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Wer als Kleinkind kommt, hat tatsächlich selten Probleme. Größeren Kindern und Jugendlichen kann es dagegen besonders schwerfallen, Fuß zu fassen. Für jene, die nicht zurechtkommen, hat die Regierung 2006 die Hangeore geschaffen.

Die Schule ist ein moderner Neubau, mitten in der Provinz, umgeben von viel Grün, sanften Hügeln und Bergen. Neben dem Eingang weht die südkoreanische Flagge. Treppen führen hinauf in den Lichthof, von dem links und rechts Unterrichtsräume und Büros abgehen. Plötzlich steht eine Schülerin vor dem Besucher. „Woher kommen

Wenn Kinder Freiheit lernen müssen Junge Flüchtlinge aus dem Norden haben es schwer in Südkorea. Eine Spezialschule kümmert sich um sie

Sie?", fragt das Mädchen. „Aus Deutschland?", ruft sie erstaunt, „Sie sind der erste Deutsche, den ich sehe!" Sie sei 17 Jahre alt, sagt sie. Dabei würde man sie höchstens auf zwölf schätzen. 186 Schüler besuchen derzeit die Hangeore, im Alter von 15 bis 24. Die meisten wirken jünger.

„Im Durchschnitt sind sie 14 Zentimeter kleiner als Südkoreaner", sagt Lehrer Ho Rae-shin. „Eine Folge der schlechten Ernährung im Norden. Manchen fehlen auch Zähne." Der 51-jährige Ho, der eine Sonnenbrille und ein kurzärmeliges, hellblaues Hemd trägt, lädt zu einem Rundgang durch die Schule ein. Und er bittet um Verständnis: Interviews mit den Schülern seien nicht erlaubt. Man wolle deren Anonymität wahren. Außerdem seien manche traumatisiert.

Sie belastet nicht nur, was sie in Nordkorea gesehen haben: öffentliche Hinrichtungen oder der Hungertod von Verwandten. Die Zeit der Flucht war selten besser. Ho berichtet von einer Elftklässlerin, die während seiner Sozialkunde-Stunden immer betrübt wirkte. Nach einem Monat vertraute sie sich ihm an. „In China war sie mit ihrer Mutter im Haus eines koreanischstämmigen Manns untergekommen. Immer wenn die Mutter weg war, hat er sie vergewaltigt", erzählt er. Als Illegale haben die Flüchtlinge keine Rechte, die Männer schufteten in miserabel bezahlten Jobs, Frauen und Mädchen sind gezwungen, ihren Körper zu verkaufen. Und immer droht die Gefahr, gefangen genommen und zurück nach Nordkorea geschafft zu werden. So haben viele der Hangeore-Schüler ihre Eltern auf der Flucht sterben sehen oder mussten sie zurücklassen. 25 Prozent kamen alleine nach Südkorea.

Psychologen zufolge sind Schuldgefühle weitverbreitet unter den jungen Nordkoreanern im Süden. Warum habe ich überlebt?, fragen sie. Warum darf ich mich satt essen, während meine Familie in der Heimat hungert? Als wäre das Erwachsenwerden nicht schon kompliziert genug, ringen viele mit ihrer Identität. Sie haben Sehnsucht nach zu Hause, selbst wenn sie das Regime hassen. Und Minderwertigkeitskomplexe gegenüber den Südkoreanern quälen sie. Auch das Koreanisch im Süden ist anders geworden. An der Hangeore, erzählt Ho Rae-shin, habe ein Junge mal Waschmittel gegessen, weil er es nicht kannte und die aus dem Englischen stammenden Wörter auf der Packung nicht verstand. „Sie können sich vorstellen, wie es solchen Kindern an normalen Schulen ergeht: Die würden ihre Herkunft am liebsten verbergen." Viele brechen die Schule ab, manche werden kriminell.

Auf die Hangeore kommt, wer anderswo Probleme hatte oder nicht für den Besuch einer gewöhnlichen Schule qualifiziert ist. Während sie fünf, sechs Jahre illegal in China leben, haben viele Flüchtlinge kaum eine Chance auf Bildung. Normaler Unterricht - gerade im extrem leistungs- und wettbewerbsorientierten Südkorea - würde sie überfordern. „Auch Kinder, die lange in Nordkorea zur Schule gegangen sind, tun sich schwer. Das Niveau dort ist niedrig, und es geht viel Zeit verloren für Geschichten über Kim Il-sung und Kim Jong-il", sagt Ho. Die Hangeore ist hervorragend ausgestattet. Knapp 50 Lehrer arbeiten hier. Damit kümmert sich jeder durchschnittlich um vier Schüler. Der Stoff wird langsamer, aber intensiver durchgenommen. Auch eine Schulpsychologin gibt es. Seit der Eröffnung vor sechs Jahren haben 890 Kinder und Jugendliche die Einrichtung besucht. Manche bloß so lange, bis sie fit für eine reguläre Schule waren, andere bis zum Abschluss.

Das Herzstück der Schule sind die „Familien"-Wohnungen im zweiten und dritten Stock. Nach Geschlechtern getrennt leben die Schüler dort in kleinen Gruppen - mit je einem Lehrer. Ho ist für eine solche „Familie" der „Vater", ein verwaister Nordkoreaner nennt ihn sogar so. Wenn die Eltern noch leben und in Südkorea sind, dürfen die Kinder sie am Wochenende besuchen. Doch das passiert selten. „Die Elternhäuser sind oft zerrüttet", sagt Ho.

Dann führt der Lehrer nach draußen. Den Hügel hinab wachsen Süßkartoffeln, Schnittlauch und Melonen. Um den Garten kümmern sich Schüler, gerade graben zwei den Boden um. Zusammenarbeit und Gemeinschaftsgefühl will die Hangeore vermitteln. Deshalb auch das tägliche Putzritual. Als Ho am Fußballplatz vorbeigeht, wo gerade ein paar Jungs kicken, verbeugen sich die jungen Zuschauer am Spielfeldrand tief vor ihm. „Die Kinder sind höflich wie südkoreanische Schüler früher", sagt Ho und lacht. „Deswegen arbeite ich so gerne hier." An normalen Schulen wollten die Schüler bloß auf eine gute Uni kommen, an der Hangeore aber gehe es um so viel mehr. Die Kinder hier seien dankbar. „Südkorea ist für sie das Land, wo man frei sein kann und jeden Tag warm duschen."

Direktor Gwak Jong-moon sitzt in seinem Büro zwischen Kakteen, Tannen und Palmen. „Betrachten Sie die ruhig als Ausdruck meiner Philosophie: Wenn eine Pflanze wachsen soll, muss man sie pflegen", sagt Gwak. Der 53-

Wenn Kinder Freiheit lernen müssen Junge Flüchtlinge aus dem Norden haben es schwer in Südkorea. Eine
Spezialschule kümmert sich um sie

Jährige ist eine Art Selfmademan in Sachen Bildung. Er hat als Privatlehrer und im Jugendknast gearbeitet und dann eine Reihe von Instituten eröffnet, die sich an den Waldorfschulen orientieren.

Das Konzept der Hangeore geht zum guten Teil auf ihn zurück. „Die Kinder kommen aus einer geschlossenen Gesellschaft. Hier sollen sie Offenheit spüren - schon in der Architektur“, erklärt der Direktor. Gerade habe man ein neues Gebäude fertiggestellt, mit einem großen Glasdach, durch das die Schüler den Himmel sehen können. „Und wir legen stärker als andere Schulen Wert darauf, dass die Schüler im Unterricht ihre Meinung sagen und diskutieren.“

Hin und wieder werde mal ein Schüler mit Alkohol oder bei einer Sachbeschädigung erwischt. Dann bekomme die „Familie“ des Übeltäters Strafpunkte verpasst. Allerdings: Auch für gute Taten gibt es Punkte, und die „Familie“ mit den meisten erhält ein kleines Geschenk.

Eigentlich sollte die Hangeore-Schule in einem anderen Ort stehen. Doch die Bewohner dort wollten keine Nordkoreaner in der Nachbarschaft. Gwak kennt die Vorurteile seiner Landsleute. Dass die Nordkoreaner faul oder gar kriminell seien. Und er weiß, dass die Arbeitslosigkeit unter den Überläufern hoch ist. „Aber die Schüler hier wollen etwas erreichen, und viele arbeiten hart.“

Eine seiner ehemaligen Schülerinnen studiere mittlerweile, wirft Lehrer Ho Rae-shin ein. Sie wolle Lehrerin werden, doch die Regierung habe ihr schon jetzt eine Stelle angeboten. Sollte es eines Tages zur Wiedervereinigung kommen, dann brauche man junge Koreaner, die den Norden wie den Süden verstehen. „Unsere Schüler werden wichtig sein für das Land“, sagt Ho. Die Problemkinder von Anseong - schon in ein paar Jahren könnten sie die neue Elite in einem freien Nordkorea sein. Und die Hangeore wird dann vielleicht ein Modell.

„Die Schüler hier wollen etwas erreichen, und viele arbeiten hart“ Ho Rae-shin, Lehrer

Graphic

REUTERS/JO YONG-HAK

Gemeinsam leben, gemeinsam lernen: Zwei Schülerinnen an der Hangeore-Schule

REUTERS/JO YONG-HAK

Gemeinsam leben, gemeinsam lernen: Zwei Schülerinnen an der Hangeore-Schule

Load-Date: December 19, 2012

Ausland Kompakt; Syrien: Kampffjet-Pilot desertiert mit seiner Maschine ++
CIA besorgt Waffen für die syrischen Rebellen ++ Europäische Union:
Rückzahlung von Geldern fällt gering aus

Die Welt

Freitag 22. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 144

Length: 318 words

Body

Syrien

Kampffjet-Pilot desertiert mit seiner Maschine

Ein syrischer Militärpilot ist mit seinem Kampfflugzeug des Typs MiG-21 ins benachbarte Jordanien desertiert. Nach der Landung auf dem Militärflughafen der nordjordanischen Stadt Mafrak bat er um politisches **Asyl**. Die staatliche syrische Nachrichtenagentur Sana hatte zuvor gemeldet, dass eine ihrer Kampfmaschinen bei einem Übungsflug über dem Süden Syriens vom Radar verschwunden sei. Den Namen des Piloten gaben staatliche syrische Medien mit Oberst Hassan Hamada an.

CIA besorgt Waffen für die syrischen Rebellen

Offenbar verhilft der US-Geheimdienst CIA den syrischen Rebellen zu Waffen für ihren Kampf gegen das Regime von Präsident Baschar al-Assad. Seit Wochen kontrollierten amerikanische Agenten von der Türkei aus, welche Oppositionskämpfer auf der anderen Seite der Grenze mit Gewehren, Panzerfäusten oder auch Raketenwerfern ausgestattet würden, berichtete die „New York Times“. Die Waffen würden von der Türkei, Saudi Arabien und Katar bezahlt und durch ein verdecktes Netzwerk aus Mittelmännern - etwa von der syrischen Muslimbruderschaft - über die Grenze gebracht, heißt es unter Berufung auf US-Beamte und arabische Geheimdienstoffiziere. Die USA und Großbritannien schmieden nach Berichten britischer Zeitungen einen Plan, wonach Assad freies Geleit in die Schweiz gewährt werden soll. Dort soll er an einer internationalen Konferenz zum politischen Wandel in Syrien teilnehmen. Angeblich habe der russische Präsident seine Unterstützung für den Plan signalisiert.

Europäische Union

Rückzahlung von Geldern fällt gering aus

Ausland Kompakt Syrien: Kampffjet-Pilot desertiert mit seiner Maschine ++ CIA besorgt Waffen für die syrischen Rebellen ++ Europäische Union: Rückzahlung von Gel....

Die 27 EU-Staaten können aus den EU-Fonds derzeit rund 30 Millionen Euro zurückfordern, weil die Gelder nicht abgerufen wurden. In der gestrigen Ausgabe war im Interview mit EU-Regionalkommissar Johannes Hahn von 30 Milliarden die Rede. Zudem exportiert Griechenland 50, nicht 90 Prozent seines Olivenöls als Rohöl. DW

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Ausland Kompakt II; Syrien: Opposition lässt Konferenz in Kairo scheitern ++ Türkei findet nach Abschuss von Jet Leichen der Piloten

Die Welt

Donnerstag 5. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 155

Length: 284 words

Body

Syrien

Opposition lässt Konferenz in Kairo scheitern

Bei einer Konferenz in Kairo ist es der zersplitterten syrischen Opposition nicht gelungen, ihre Differenzen zu überwinden. Bei dem Treffen einigten sich die mehr als 200 Delegierten lediglich auf den Sturz des Regimes von Präsident Baschar al-Assad. Währenddessen hat das russische Außenministerium Verhandlungen mit den USA über die Zukunft von Assad ausgeschlossen. Zuvor hatte die russische Zeitung „Kommersant“ berichtet, dass der Westen Moskau offenbar davon überzeugen wolle, Assad politisches Asyl zu gewähren. Ein russischer Diplomat sprach von „aktiven Bestrebungen“ des Westens, allen voran der USA. Ein westlicher Diplomat wollte die Informationen der Zeitung weder bestätigen noch dementieren.

Türkei findet nach Abschuss von Jet Leichen der Piloten

Knapp zwei Wochen nach dem Abschuss eines türkischen Militärjets vor der Küste Syriens hat der türkische Generalstab den Tod der beiden Piloten bestätigt. Bei Sucharbeiten seien die Leichen der beiden Männer am Meeresgrund gefunden worden. Die Militärführung bekräftigte die türkische Version des Vorgangs, wonach der Abschuss im internationalen Luftraum erfolgt sei, machte aber keine genauen Angaben zum Fundort der Leichen. Nach russischen Angaben war das türkische Kampfflugzeug zweimal in den syrischen Luftraum eingedrungen. „Die Aktionen des türkischen Flugzeugs waren eindeutig eine Provokation“, zitierte die Nachrichtenagentur Interfax russische Verteidigungskreise. Moskau ist ein enger Verbündeter des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Dieser hatte den Abschuss in einem türkischen Zeitungsinterview bedauert und betont, dass er keinen offenen Konflikt mit der Türkei suche.

Load-Date: September 12, 2012

Ausland Kompakt II Syrien: Opposition lässt Konferenz in Kairo scheitern ++ Türkei findet nach Abschuss von
Jet Leichen der Piloten

End of Document

Afghanistan träumt vom Happy End; Familiendrama mit Wüste: Khaled Hosseinis neuer Roman ist noch bewegender als sein „Drachenläufer“

Die Welt

Donnerstag 13. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 25; Ausg. 135

Length: 1246 words

Byline: Hannes Stein

Body

Die Karriere von Khaled Hosseini klingt, als sei sie von einer PR-Agentur erdacht worden, die Werbung für den amerikanischen Traum machen möchte. Das ändert aber nichts daran, dass die Geschichte sich genau so abgespielt hat. Khaled Hosseini kam mit 15 Jahren als Flüchtlingskind in die Vereinigten Staaten. Sein Vater beantragte politisches Asyl, nachdem die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert war. Die Hosseinis ließen sich in Kalifornien nieder, Khaled studierte Medizin und wurde Arzt; und jeden Morgen stand er in aller Herrgottsfrühe auf und arbeitete beinahe heimlich an einem Manuskript.

Aus dem Manuskript wurde ein Roman mit dem Titel „Drachenläufer“. Die Geschichte einer Freundschaft zwischen zwei Jungen in Afghanistan, einem Paschtunen und einem Angehörigen des Hazara-Volkes, die in der glücklichen Zeit vor der sowjetischen Invasion beginnt und bis in die schreckliche Zeit der Taliban dauert. 2003 kam das Buch heraus; damals gab es im Verlagsgeschäft allerhand Leute, die tatsächlich meinten, die Zeit für Geschichten aus Afghanistan sei vorbei, nun seien Romane aus dem Irak gefragt.

Jene Neunmalklugen sollten gründlich unrecht behalten: „Drachenläufer“ wurde zum internationalen Bestseller - in 34 Sprachen übersetzt, viele Millionen mal verkauft. 2007 erschien „Tausend strahlende Sonnen“, wieder ein Roman aus Afghanistan, wieder die ergreifende Geschichte einer Freundschaft, nur verbindet sie diesmal zwei Frauen. „Tausend strahlende Sonnen“ war gewiss nicht so gut wie „Drachenläufer“. Es war viel besser. Eleganter erzählt, vielschichtiger, reicher an Details und Stimmen. Doch dann war sechs Jahre lang Pause. Nun erscheint endlich wieder etwas Neues: ein Roman mit dem merkwürdigen Titel „And The Mountains Echoed“. Auf Deutsch klingt das beinahe unerträglich seelenschmüsig: „Und die Berge gaben das Echo zurück“.

Als Khaled Hosseini jetzt sein Buch in der Filiale von Barnes & Noble am Union Square in New York vorstellte, war es dort gestopft voll. Mehr als 370 Leute saßen und standen im Obergeschoss, wo der Schriftsteller sich mit dem Journalisten Bill Goldstein unterhielt. Noch ein paar Hundert weitere Menschen verteilten sich auf die unteren Stockwerke, wo das Gespräch per Monitor übertragen wurde; die meisten hatten ihr Exemplar von „And The

Afghanistan träumt vom Happy End Familiendrama mit Wüste: Khaled Hosseini's neuer Roman ist noch bewegender als sein „Drachenläufer“

Mountains Echoed" unter den Arm geklemmt, und in ihren Augen blitzte der fanatische Entschluss, sich ihr Buch auf jeden Fall vom Autor signieren zu lassen.

Khaled Hosseini - 48 Jahre alt, Lockenkopf, dunkler Stoppelbart - trug ein kurzärmeliges kariertes Hemd und Jeans. Er sah aus, als sei er gerade bei einem Freund vorbeigekommen, um ein wenig zu plaudern. Selbstverständlich musste er jene Frage beantworten, die Schriftstellern in solchen Gesprächen eigentlich immer gestellt wird: „Wie sind Sie auf die Idee zu Ihrem Buch gekommen?“ Er habe sehr intensiv und klar ein Bild vor Augen gehabt, antwortete Khaled Hosseini: ein erwachsener Mann, der mit zwei Kindern im Schlepptau durch eine Wüste wandert. Er wollte herausfinden, wer diese drei waren. „And The Mountains Echoed" ist seine Antwort.

Wollte man den Roman (in der Amazonliste mittlerweile die Nummer zwei) auf unfreundliche Weise beschreiben, könnte man sagen: Khaled Hosseini hat einen „tear jerker" geschrieben. Ein sentimentales Rührstück also, das nur zu dem Zweck produziert wurde, die Leserschaft in ihren Tränenfluten ertrinken zu lassen. Der Umstand, dass ein Buch zu Tränen rührt, ist freilich weder ein Ausweis seiner literarischen Qualität noch des Gegenteils davon. Mit anderen Worten: Es muss sich bei „And The Mountains Echoed" nicht um Kitsch handeln.

Und tatsächlich ist es kein Kitsch, sondern das Beste, was Khaled Hosseini bisher geschrieben hat, wie die „New York Times" mit Recht urteilte - obwohl es gewiss sentimentale Passagen gibt. Die Bösen sind nicht mehr ganz so eindeutig böse, und die Guten sind nicht so eindeutig gut wie in seinen früheren Romanen. Vor allem gelingt es Khaled Hosseini, eine Geschichte zu erzählen, die zwischen verschiedenen Zeiten und Orten hin- und herspringt, die in Afghanistan, auf einer griechischen Insel, in Paris und in Kalifornien spielt, ohne dass der Leser zwischendrin jemals die Orientierung verliere. Es geht um die Liebe einer kleinen Schwester zu ihrem großen Bruder - das sind die beiden Kinder, die hinter dem Mann durch die Wüste gehen. Zurückkehren wird er nur mit einem Kind, nämlich dem älteren Bruder, der Abdullah heißt; die kleine Schwester - Pari - hat er an eine reiche Familie in Kabul verkauft.

Was sich daran anschließt, ist kein Roman im engeren Sinne, sondern eine Serie von Novellen. In jeder Novelle aber geht es im Grunde um dasselbe: um Väter und Söhne, um Mütter und Töchter, um Schwestern und Cousins, die einander verraten und im Stich lassen, aus guten oder schlechten Gründen. Dann schaut Khaled Hosseini ruhig dabei zu, was sich aus dem Verrat jeweils ergibt.

Zu welcher moralischen Komplexität er dabei fähig ist, zeigt sich etwa in der Novelle um die beiden Cousins Timur und Idris, zwei Amerikaner afghanischer Herkunft, die nach der Befreiung von den Taliban nach Kabul reisen. Timur ist ein großkotziger, wenig sympathischer Typ, der mit Gusto den reichen Verwandten aus dem Westen gibt. Idris dagegen ist feinfühlig. Tief im Inneren seiner schönen Seele leidet er darunter, dass er in Kalifornien sehr angenehm gelebt hat, während die Afghanen durch die Hölle gingen. Aber am Ende ist es der großkotzige Timur, der sich bewährt, während der feinfühlige Idris moralisch auf der ganzen Linie versagt - nicht aus Bosheit, sondern aus Schwäche.

Vielleicht die eindrucksvollste Passage des Romans ist ein fingiertes Interview aus einem französischen Magazin mit einer Lyrikerin afghanischer Herkunft. Es handelt sich bei ihr um die Ziehmutter der kleinen Pari. Auf der einen Seite ist jene Ziehmutter ein kaltes Egoistenmonster, andererseits wurde sie selbst früher schrecklich verwundet; außerdem sagt jenes kalte Monster über den islamischen Fundamentalismus in Afghanistan alles Richtige und Notwendige. Eine wunderbar imaginierte, in vielen Farben schillernde Figur.

Am Ende finden die Geschwister einander wieder, aber es nützt ihnen nichts mehr. Denn die kleine Pari hat mittlerweile schon ein ganzes Leben hinter sich - und ihr großer Bruder Abdullah, an den sie sich kaum erinnert, leidet an Altersdemenz. Er erkennt sie nicht mehr. Trotzdem gibt es dann noch so etwas wie ein draufgesetztes „happy ending", allerdings nur im Traum. Das ist der Augenblick, in dem auch der emotional gestählte Leser eine Packung Taschentücher benötigt.

Auf die Frage, wie er zu dem Titel für sein Buch kam, antwortete Khaled Hosseini in New York, er habe lange ohne Erfolg gesucht und sich schließlich von einem Gedicht des Engländers William Blake (1757 - 1827) inspirieren lassen. Es heißt „The Nurse's Song" und handelt von einem Kindermädchen, das seine Kinder beim Herumtollen zwischen grünen Hügeln beobachtet. Abends bittet die Frau die Kinder, sie sollten mit ihr nach Hause gehen, aber

Afghanistan träumt vom Happy End Familiendrama mit Wüste: Khaled Hosseinis neuer Roman ist noch bewegender als sein „Drachenläufer“

die wollen weiterspielen: „The little ones leaped & shouted & laughed / And all the hills echoed.“ Die Kleinen sprangen und riefen und lachten - und alle Hügel gaben das Echo zurück. Eine idyllische Szene, die sich in den „Songs of Innocence“ findet, den Liedern der Unschuld. Khaled Hosseini beschreibt eine Welt, in der es eine solche Idylle nicht gibt.

Khaled Hosseini: And The Mountains Echoed, Riverhead Books (New York), 402 Seiten, ca. 16 Dollar

Graphic

Getty Images

Seine Bücher sind nicht kitschig. Heulen muss man trotzdem: Khaled Hosseini

Getty Images

Load-Date: June 13, 2013

End of Document

Höret die Signale

Die Welt

Montag 26. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Kopfnoten; S. 3; Ausg. 198

Length: 289 words

Byline: Ulrich Clauß

Body

Note 1 Für ein Umdenken ihrer Partei in der Asylpolitik plädiert die Berliner CDU-Spitzenkandidatin Monika Grütters in der „BZ“. Weniger Bürokratie, Arbeitserlaubnis, Integration sind ihre Stichworte, Teilen statt Ausgrenzen die Botschaft - im Zeichen „christlicher Nächstenliebe“ ein angenehm liberales Signal. In einem Land, in dem bald jeder Vierte selbst einmal Kriegsflüchtling war, sollte sie mit Zustimmung rechnen können.

Note 2 Als Bundespräsident sind von Joachim Gauck deutlich leisere Töne zu vernehmen als früher. Wer aber sucht, der findet bei ihm schon noch deutliche Akzente - wie jetzt seinen Hinweis auf Generationengerechtigkeit bei den Renten („Bild am Sonntag“). Im längst laufenden Rentenverteilungskampf ziehen die Jüngeren den Kürzeren. Die Legitimität des Systems steht damit infrage. Gauck wird hoffentlich dazu bald noch mehr einfallen.

Note 2 Die Rentenfrage wird es nicht sein, die Filmemacher Klaus Lemke (72) wieder in den Regiestuhl drückt. Bei ihm kommt Kunst von „nicht anders können“. Seine Entdeckungen Wolfgang Viereck und Iris Berben aktiviert der Spezialist für den scharfen Blick aufs nicht Vorhandene in einem Road Movie. Das wird beiden guttun. Sie konnten schon länger nicht mehr zeigen, was sie alles draufhaben bei all der TV-Routine. Signal: forever young!

Note 5 Die musikalische Bürgermeisterin im niederbayerischen Kollnburg, Josefa Schmid, hat einen Song des österreichischen Sängers Rainhard Fendrich nachgesungen (30.000 YouTube-Clicks). Rechte dafür hat die studierte Juristin nicht eingeholt, jetzt gibt's Ärger. „Definitiv nicht für Wahlkampfzwecke“ habe sie gesungen, sondern „als Hobby“, sagt die FDP-Kandidatin für den Bayerischen Landtag. Das glaubt wohl keiner - ein schräges Signal.

Graphic

Höret die Signale

dpa/Sven Hoppe

pa/dpa

dpa/soe

dpa Picture-Alliance / Stephanie Pilick

Sven Hoppe

dpa

soe

Load-Date: August 26, 2013

End of Document

**Kein Geld für Neonazi-Aussteiger; Spezielle Programme helfen
Rechtsextremisten heraus aus der Szene. Doch der Bund hat die
Finanzierung gestoppt. SPD-Länder fordern von Schwarz-Rot, die Projekte
zu retten**

Die Welt

Freitag 22. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 273

Length: 1530 words

Byline: Manuel Bewarder

Florian Flade

Martin Lutz

Body

Daniel Köhler ging noch zur Schule, als er Skinhead wurde. Der Duisburger wuchs im Stadtteil Hochfeld auf. Hier leben viele Ausländer, und die Arbeitslosigkeit ist besonders hoch. Vor allem der Hass gegen **Migranten** gehörte zur ideologischen Grundausrüstung des jungen Rechtsextremisten. Köhler trug damals Springerstiefel, die Haare waren kurz rasiert, seinen Arm zierte ein Tattoo mit den SS-Runen. Der Neonazi griff Ausländer an, wurde wegen schwerer Körperverletzung verurteilt. Köhler beging noch weitere Straftaten, saß insgesamt vier Mal im Gefängnis. Die Zeit im Knast summierte sich zu Jahren.

Zermürbt von der Haft, wandte sich Köhler schließlich an das Aussteigerprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, das ihm in ein straffreies Leben half. Der mittlerweile 40-jährige Mann, der seinen richtigen Nachnamen nicht gern in den Medien lesen will, hat es geschafft: Köhler war einer von bundesweit rund 6000 Neonazis - doch er hat die Szene verlassen.

Solche Erfolge wird es in Deutschland künftig vermutlich seltener geben. Denn ein wichtiger Baustein im Kampf gegen den Rechtsextremismus könnte bald wegfallen: Der Staat hält zwar an den staatlichen Angeboten wie in NRW fest, er zieht sich jedoch aus der Finanzierung des Sonderprogramms Xenos mit dem Titel „Ausstieg zum Einstieg“ zurück, zu dem 15 Projekte gehören, die Trägervereine und Initiativen anbieten.

Kein Geld für Neonazi-Aussteiger Spezielle Programme helfen Rechtsextremisten heraus aus der Szene. Doch der Bund hat die Finanzierung gestoppt. SPD-Länder ford....

Zwar hatte Kanzlerin Angela Merkel angesichts der Morde der Rechtsterroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) angekündigt, alles dafür zu tun, dass sich so etwas nicht wiederholt. Doch Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ließ Xenos in diesem Jahr auslaufen. Das Programm wurde seit 2009 mit 7,6 Millionen Euro gefördert. Als aber der Europäische Sozialfonds keine Mittel mehr dafür gab, drehte auch die Regierung den Geldhahn ab.

Im Rahmen von Xenos wurden 530 Neonazis betreut, was den Staat umgerechnet rund 14.000 Euro pro Person kostete. Wie viele von ihnen dauerhaft ausgestiegen sind, soll erst im kommenden Jahr evaluiert werden. Im Augenblick sieht es nicht danach aus, dass Xenos fortgeführt würde. Viele der Projekte stehen vor dem Aus.

Das löst jetzt eine Kontroverse aus - bevor der schwarz-rote Koalitionsvertrag im Bund vereinbart ist. Während Unionspolitiker sich auf die Förderung eines einzigen Aussteigerprogramms konzentrieren wollen, verlangen die von der SPD regierten Länder eine Weiterfinanzierung aller erfolgreichen Angebote.

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Boris Pistorius aus Niedersachsen, sagte der „Welt“: „Nachdem sich die alte Bundesregierung schon einem NPD-Verbotsantrag nicht anschließen wollte, wäre es das völlig falsche Signal, nun auch den Aussteigerprogrammen in diesem Bereich die Gelder zu streichen.“ Der SPD-Politiker fordert deshalb die kommende Regierung auf, die Förderung fortzuführen. „Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss auf mehreren Wegen erfolgen. Unser Ziel ist ein Verbot der NPD. Dieses muss flankiert werden durch präventive Projekte und Aussteigerprogramme“, erklärt Pistorius weiter.

Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie der Stadtstaat Hamburg haben kürzlich eine Bundesratsinitiative gestartet, die eine „nahtlose Weiterfinanzierung“ aus dem Bundeshaushalt verlangt. Alles andere wäre angesichts der NSU-Morde ein „fatales Zeichen“, heißt es in der Erklärung der Länder.

Susann Juch arbeitet beim Thüringer Beratungsdienst Ausstieg aus dem Rechtsextremismus und Gewalt in Jena - einem Trägerverein, der für Xenos mittlerweile kein Geld mehr vom Bund erhält. In ihrem Land gibt es rund 900 Neonazis, 46 hat ihr Team betreut. „Der Ausstiegsprozess dauert in der Regel bis zu zwei oder drei Jahre“, erzählt Juch.

Am Anfang steht eine persönliche Zielvereinbarung mit dem Klienten. „Darin versichert dieser, dass er den Ausstieg erreichen will. Weitere Ziele können sein, auch zu einer Alkohol-, Drogen- oder Schuldnerberatung zu gehen“, erzählt Juch. Der Ausstiegswillige wird alle 14 Tage stets von zwei Beratern zu Hause besucht. Die Gespräche sind langwierig, weil es meist zu harten Konfrontationen kommt. Denn nicht jeder ist bereit, sein Leben von jetzt auf gleich völlig zu ändern. Am Ende wird überprüft, ob die Ziele erreicht wurden - inwieweit sich also ein Neonazi von seinem Umfeld, der Ideologie und von der Gewalt verabschiedet hat.

Heftigen Protest hatte es schon im Frühjahr gegeben, als erstmals bekannt geworden war, dass Xenos nicht mehr gefördert werden soll. Daraufhin hatte sich die Regierung dazu bereit erklärt, wenigstens das größte nicht staatliche Angebot Exit-Deutschland weiter zu unterstützen und auszubauen.

Alle anderen Projekte gingen hingegen leer aus. Einige Bundesländer sprangen inzwischen für eine Zwischenfinanzierung ein. Aber das ist für sie nur ein Provisorium. Am Montag wollen Bund und Länder über den Etat 2014 für die Ausstiegsarbeit verhandeln.

Der Sprecher der SPD-Landesressortchefs, Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger, sieht nun das neue Bundeskabinett in der Pflicht: „Jeder Aussteiger ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Das sollte die neue Bundesregierung fördern und unterstützen.“ Man müsse allen helfen, die sich aus der rechtsextremistischen Szene befreien wollten: „Dabei sind Aussteigerprogramme unverzichtbar.“

Das bevölkerungsreichste Bundesland, in dem es 640 Neonazis gibt, feiert mit seinem Programm NRW Direkt gewisse Erfolge. Seit dem Start vor zwölf Jahren half es mehr als 130 Neonazis beim Ausstieg - umgerechnet also im Schnitt elf pro Jahr. Das scheint eine geringe Anzahl zu sein. Im Phänomenbereich Rechtsextremismus ist das laut Verfassungsschützern jedoch viel. Momentan werden rund 40 Ausstiegswillige betreut, darunter zwei Frauen.

Kein Geld für Neonazi-Aussteiger Spezielle Programme helfen Rechtsextremisten heraus aus der Szene. Doch der Bund hat die Finanzierung gestoppt. SPD-Länder ford....

Zu den 130 Aussteigern gehört auch jener Daniel Köhler, der auf eine typische rechtsextremistische Karriere zurückblickt. Schon als 15-Jähriger war er ein „White Power“-Skin. Den Begriff prägte der britische Neonazi Ian Stuart Donaldson, der ihn zum Wahlspruch für die nationalsozialistische, rassistische Ideologie von der Vorherrschaft der „weißen Rasse“ machte.

Der britische Musiker, 1993 im Alter von 36 Jahren bei einem Autounfall gestorben, zählte zu den Wegbereitern des Rechtsrock und war zugleich ein Mitbegründer des neonazistischen Netzwerks Blood and Honour. Es verbreitet nationalsozialistisches Gedankengut und koordiniert Neonazi-Bands. Stuart Donaldson war Köhlers Idol, ihm imponierten die Musik und die radikale Haltung. Deshalb stand auch „White Power“ auf der Fahne, die jahrelang in seiner Duisburger Wohnung hing.

Erste Kontakte mit Skinheads hatte Köhler in einem Fußballverein geknüpft. Gewalt bestimmte diese Szene, stimuliert durch reichlich Alkohol. Betrunken schlugen Köhler und seine Gesinnungsfreunde mehrfach brutal zu. Mit 21 wurde er erstmals zu einer Haftstrafe verurteilt. Das schreckte ihn jedoch nicht davon ab, weitere Straftaten zu begehen. In der Folge saß er mehrmals hinter Gitter - insgesamt achteinhalb Jahre.

Während der Gefängnisaufenthalte quälten ihn starke Selbstzweifel. Köhler fragte sich immer häufiger, ob er noch das Richtige dachte und tat. Die Szene wurde ihm allmählich fremd. Um Köhler kümmerte sich Felix Medenbach, einer von vier Aussteigerbetreuern des offiziellen Landesprogramms von NRW. Medenbach und sein Team, zu dem eine Frau gehört, begleiten Ausstiegswillige bis zu fünf Jahre, nachdem sie die Szene verlassen haben. Die Betreuer wollen sicher sein, dass am Ende auch wirklich Erfolge stehen.

„Wir führen eine Erfolgskontrolle durch. Danach können wir einschätzen, wie dauerhaft der Ausstieg war“, sagt Medenbach. Das wirklich zu messen ist jedoch schwierig. „Es geht darum, Einstellungen zu ändern. Vor allem zur Gewalt“, sagt Medenbach. Entscheidend ist für ihn, dass die Ex-Neonazis in Zukunft keine Straftaten mehr begehen. Die Rückfallquote der Betreuten beträgt während des Programms lediglich neun Prozent. Es ist allerdings ein Manko, dass das Land danach keine Zahlen zur Straffälligkeit erhebt.

Köhler war schon 37 Jahre alt, als er erstmals über einen Neustart nachdachte. Doch vor einem solchen Schritt ins Ungewisse hatte er große Angst. Lange meinte Köhler, er könne einen Ausstieg ohne das gewohnte Umfeld allein nicht schaffen. Mit dem Programm wagte er aber den Schritt. Er meldete sich bei seinem Betreuer, traf ihn regelmäßig. Das Vertrauen zwischen beiden wuchs. Über viele Monate hinweg gab es immer wieder intensive Gespräche. Schließlich fasste er den Mut, sein Leben umzukrempeln.

Die Herausforderung für die Programme ist enorm: Die Erfahrung lehrt, dass Neonazis einen individuellen Weg finden müssen, um sich von ihrer menschenverachtenden Ideologie zu verabschieden. Zugleich muss die Polizei sie vor der möglichen Rache durch ehemalige Gesinnungsgenossen schützen. Bei allem Lob für die Programme warnen Experten dennoch davor, die Möglichkeiten zu überschätzen. Sie halten es für utopisch, dass alle Aussteiger aus der Neonaziszene ihr früheres Denkkorsett komplett ablegen können.

Daniel Köhler entschloss sich dazu, in eine andere Stadt zu ziehen, einen neuen Freundeskreis aufzubauen und seinen Job zu wechseln. Der Neuanfang war hart, aber bereut hat er ihn nicht.

Load-Date: November 22, 2013

Flüchtlinge ertrinken im Mittelmeer; Mehr als 130 Tote, Schiff brennt bei Lampedusa

Die Welt

Freitag 4. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 231

Length: 162 words

Body

Rom - Mehr als 130 Flüchtlinge sind bei einer Schiffskatastrophe im Mittelmeer nahe der italienischen Insel Lampedusa ertrunken. Die Zahl der Opfer könnte steigen, da Hunderte Menschen noch vermisst werden. Das Boot mit 500 Menschen hatte Feuer gefangen und war dann gekentert. Rund 150 Menschen konnten von Schiffen der Küstenwache in Sicherheit gebracht werden. Überlebende berichten, die Flüchtlinge hätten auf dem Schiff eine Decke angezündet, um so ein Fischerboot in der Nähe auf sich aufmerksam zu machen. Das Feuer breitete sich aber schnell auf dem Boot aus, das in Libyen aufgebrochen war. Die Flüchtlinge sollen aus Somalia und Eritrea stammen.

Die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa ist für viele Asylsuchende aus Afrika und dem Nahen Osten die erste Anlaufstation in Europa. Die kleine Insel zwischen Malta und Tunesien liegt näher an Afrika als an Sizilien: von der nordafrikanischen Küste sind es nur 138 Kilometer, bis nach Sizilien dagegen 215.

Seite 24

Load-Date: October 4, 2013

Fremdwörtern wird kein Asyl gewährt; Ein Skandal beim Oxford English Dictionary

Die Welt

Samstag 1. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 27; Ausg. 282

Length: 403 words

Byline: Matthias Heine

Body

Das „Oxford English Dictionary“ (OED) hat einen ähnlich guten Ruf wie die „Encyclopaedia Britannica“. Das vielbändige Nachschlagewerk, in dem die Geschichte sämtlicher englischen Wörter erklärt wird, gilt als Instanz von untadeliger wissenschaftlicher Neutralität. Doch nun hat eine Nachricht aus der Wörterbuchforschung den Ruf des OED angekratzt.

Die Linguistin Sarah Ogilvie, selbst eine ehemalige Mitarbeiterin in der OED-Redaktion (wie übrigens auch der Schriftsteller Julian Barnes), behauptet in ihrem neuen Buch „Words of the World: A Global History of the Oxford English Dictionary“ (Cambridge University Press), der langjährige Herausgeber des Wörterbuchs, Robert Burchfield, habe heimlich bei der zweiten Auflage des OED Hunderte Wörter „fremden“ Ursprungs gestrichen. Diese Anklage wiegt umso schwerer, weil Burchfield, der 2004 starb, sich eigentlich immer rühmte, das OED für Wörter nicht-englischen Ursprungs geöffnet zu haben.

Der Streit darüber, ob Fremdwörter das Wörterbuch einer jeweiligen Landessprache gehören, reicht zurück bis ins 19. Jahrhundert. Die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm verzichteten in ihrem „Deutschen Wörterbuch“, dessen erster Band 1854 erschien und das zum Vorbild für das seit 1857 publizierte OED wurde, auf Begriffe wie „Revolution“ oder „Demokratie“. Bei einer globalen Sprache, wie dem Englischen, erscheint solches Pochen auf linguistische Rassereinheit allerdings noch absurder als im Deutschen.

Burchfield wird nun also sogar angeklagt, Fremdwörter wieder aus dem Wörterbuch verbannt zu haben - und damit gegen eine Grundregel des OED verstoßen zu haben. Die „New York Times“ schreibt dazu sehr schön: „Deleting words from the dictionary is considered verboten.“ Sarah Ogilvie wirft ihm vor, 17 Prozent der Wörter, die in vier Ergänzungsbänden, die 1933 erschienen, enthalten waren, in die von selbst verantworteten Zweitaufgabe von 1989 nicht wieder aufgenommen zu haben. Der Mehrzahl davon sei amerikanischen Ursprungs gewesen.

Der derzeitige verantwortliche Redakteur des OED Jesse Sheidlower beruhigt allerdings: Burchfield habe tatsächlich einige Wörter gestrichen, weil sie ihm zu „esoterisch“ vorkamen. Solche Auswahl sei die Kernaufgabe

Fremdwörtern wird kein Asyl gewährt Ein Skandal beim Oxford English Dictionary

von Redakteuren. Doch diese Wörter würden in die dritte Auflage des OED, die nur online erscheint, wieder aufgenommen. Unter den Comeback-Kandidaten ist auch das deutsche Wort „Aberglauben“, an dem die Briten Gefallen gefunden haben.

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

Hass auf Staatskosten; England darf nach dem Urteil seiner Gerichte einen Islamisten abschieben. Dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg dies verhindert, macht viele Briten wütend

Die Welt

Montag 23. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 95

Length: 1018 words

Byline: Thomas Kielinger

Body

Jeden Morgen, so bekannte unlängst David Cameron, packe ihn die Frustration: „Wie bitte? Der ist immer noch in unserem Land? Ich würde ihn am liebsten selber im Flugzeug begleiten, das ihn deportiert, um ganz sicher zu gehen, dass wir ihn auch wirklich los sind.“ Der Mann, auf den sich die Verärgerung des britischen Premiers bezog, heißt Scheich Abu Qatada, ein geborener Jordanier, der seit 1993 als politischer **Asylant** in England lebt, wo er sich schon bald als prominenter Hassprediger und Dschihad-Aufrufer profilierte. Qatada gehörte zu jener Gruppe radikaler Islamisten, die der britischen Metropole zu dem Etikett „Londonistan“ verhalfen - Schlupfwinkel für Anhänger des globalen Terrorismus.

Abu Qatada wurde in vielen Ländern Europas und des Nahen Ostens gesucht, deren Sicherheitsdienste London bestürmten, den Mann festzunehmen und ihn auszuliefern. Vergebens. Lange Zeit glaubten die Briten, diese Gefahrenzellen durch diskrete Beobachtung besser einfrieden zu können als mit durchgreifenden Methoden. Eine Illusion. Mehrere der nach „9/11“ in den USA verurteilten Terroristen gaben an, durch Prediger wie den armamputierten einäugigen Scheich Abu Hamsa oder seinen Geistesverwandten Abu Qatada inspiriert und geschult worden zu sein. Auch in der Hamburger Wohnung des „9/11“-Anführers Mohammed Atta hatte man Erweckungsvideos Abu Qatadas gefunden.

Wenn wir in diesen Tagen hören, wie ein Anders Breivik dem Wahn nachhing, eine Gegenorganisation zu al-Qaida aufzubauen, ebenso unbarmherzig gegenüber Nichtanhängern wie ihrerseits die islamistischen Terroristen, dann begreift man plötzlich den Zusammenhang gewaltbereiter Ideologien im globalen Maßstab und wie sie sich noch in ihrer diametralen Feindschaft gegenseitig inspirieren und legitimieren.

Abu Qatada wurde im Oktober 2002 endlich festgesetzt, unter Berufung auf neue Anti-Terror-Gesetze, die es erlaubten, des Terrorismus verdächtige Ausländer auch ohne Anklage und Prozess in England zu inhaftieren. Ein Richter nannte Abu Qatada „das britische Zentrum terroristischer Aktivitäten, die mit al-Qaida in Verbindung stehen. Ein wahrhaft gefährliches Individuum.“ Die folgenden Jahre wechselte er zwischen Gefängnis und Hausarrest, weil

Hass auf Staatskosten England darf nach dem Urteil seiner Gerichte einen Islamisten abschieben. Dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg....

die Obersten Richter mehrfach gegen die Regierung entschieden und Gefängnis ohne Prozess und Anklage für illegal erklärten. Zweimal aber, 2007 und 2009, befanden die gleichen Richter, London sei berechtigt, Abu Qatada nach Jordanien abzuschieben, das ihn wegen Aufrufs zum Mord sucht. Derweil kam in all den Jahren der britische Staat für den Unterhalt seiner siebenköpfigen Familie auf.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg hatte dem radikalen Prediger bereits im Februar 2009 Wiedergutmachung wegen ungesetzlicher Inhaftierung zugesprochen. Am 17. Januar dieses Jahres entschieden die Straßburger Richter dann, Abu Qatada dürfe überhaupt nicht nach Jordanien deportiert werden, weil im Prozess gegen ihn eventuell unter Folter gewonnene Beweise herangezogen werden könnten. Drei Monate gab man den britischen Behörden Zeit, zu reagieren. Die beeilten sich, von Amman ein Memorandum of Understanding zu erwirken, das jeden Einsatz von Folter auszuschließen zusicherte.

Woraufhin sich Innenministerin May berechtigt wähnte, den Abzuschiebenden nach Ablauf des 16. April zu inhaftieren und seine Deportation vorzubereiten. Pech aber für die Ministerin, dass Rechtsexperten der Ansicht sind, die Drei-Monate-Frist habe den ganzen 17. April mit gemeint. Sie sei also gar nicht befugt gewesen, den Islamisten schon an diesem Tag gefangen zu nehmen. Prompt erhoben Qatadas Anwälte in der letzten Stunde des 17. Einspruch, was das ganze Deportationsverfahren ins Chaos stürzte und die Cameron-Regierung der Lächerlichkeit preisgab.

Doch steht hier mehr auf dem Spiel als ein Streit um Rechtsfristen. Seit Langem schon wächst auf der Insel der Ingrimm über Urteile, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte konträr zur britischen Jurisdiktion erlässt. Den Straßburgern wird - nicht nur in England - unzulässige Einmischung in Streitfragen vorgeworfen, die besser nationaler Gerichtsbarkeit überlassen bleiben sollten. Manche Erlasse aus Straßburg hätten im Unterhaus, der gesetzgebenden Instanz Großbritanniens, gar keine Chance, was ironisch ist, weil doch das Straßburger Gericht angeblich die Demokratie stärken helfen soll.

In Brighton wurde soeben von den 47 Mitgliedern des Europarats eine Reform des Menschenrechtsgerichtshofes beschlossen, die sich mehr kosmetisch als durchgreifend ausnimmt. Straßburg sitzt auf 150.000 (sic) unerledigten Eingaben, eine unsortierte Flut von Anträgen und Beschwerden. Das will man künftig stärker im Vorfeld nach berechtigt und unberechtigt trennen. Auch soll in der Präambel der Satzung künftig der Ermessensspielraum erweitert werden, der es den Einzelstaaten erlaubt, EGMR-Urteile nach eigener juristischer Kultur auszulegen. In der Praxis aber behält der Grand Court in Straßburg das letzte Wort.

In der britischen Öffentlichkeit gilt die Charta des EGMR längst als „Charta für Verbrecher“, weil in vielen Fällen - siehe Abu Qatada - das Recht des jeweils Inkriminierten oben an zu stehen scheint. Wenn am Ende die Deportation radikaler Islamisten (15 sind geplant) vereitelt wird, weil gegen die Hoheit des auslieferungswilligen Staates europäische Rechtsmittel stechen, dann darf man sich nicht wundern, dass die EU in England ein weiteres beträchtliches Minus erleidet. Schon erheben Tory-Abgeordnete im Unterhaus die Forderung, Großbritannien solle die Europäische Menschenrechtskonvention aufkündigen und durch eine britische „Bill of Rights“ ersetzen. Dem würden sich die EU-freundlichen Liberaldemokraten, der kleinere Koalitionspartner, aufs Heftigste widersetzen.

Camerons Seufzer - „Wie bitte? Der ist immer noch bei uns?“ - könnte sich bald in das Stöhnen über eine Koalitionskrise verwandeln - der letzte Sieg eines Abu Qatada und seiner Hasskampagne gegen die universellen Menschenrechte, von denen er jahrelang profitiert hat.

„Wie bitte? Der ist immer noch in unserem Land?“ David Cameron, britischer Premierminister

Graphic

Hass auf Staatskosten England darf nach dem Urteil seiner Gerichte einen Islamisten abschieben. Dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg....

Um ihn geht es: Abu Qatada, seit 1993 politischer Asylant

Load-Date: April 23, 2012

End of Document

Kindergartenpflicht

Die Welt

Mittwoch 29. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbrief; S. 2; Ausg. 122

Length: 167 words

Body

Zu: „Die neuen Deutschen“ vom 28. Mai

Der Autor hat recht: Wir brauchen gesteuerte Zuwanderung nach den Bedürfnissen einer schrumpfenden Gesellschaft. Hierzu sind feste Quoten nötig. Sinnvoll ist es auch, die bereits hier lebenden Migranten besser zu integrieren, gerade die vom Autor angesprochene Gruppe der Muslime. Ich empfehle die Einführung der Kindergartenpflicht für alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr, um so sprachliche Defizite, aber auch Fälle von Verwahrlosung, gar von Missbrauch früh zu entdecken. Ferner plädiere ich für islamischen Religionsunterricht an allen staatlichen Schulen, um die religiöse Erziehung nicht dubiosen Predigern zu überlassen. Die Bundesländer könnten hier Kooperationsverträge mit islamischen Verbänden schließen und diese dadurch in die Pflicht nehmen, sich klar zur Demokratie und zur Gleichberechtigung von Mann und Frau zu bekennen. Man könnte auch in den Sendern Magazine für Muslime einrichten, vergleichbar den Kirchensendungen.

Christian Fuchs, Gutenstetten

Load-Date: May 29, 2013

Samuel Beckett im Flüchtlingslager; Das Freedom Theatre gastiert mit einer „Godot“-Adaption in Deutschland

Die Welt

Dienstag 19. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 26; Ausg. 141

Length: 596 words

Byline: Igal Avidan

Body

Es war an einem Tag im April 2011, als acht Studenten des Freedom Theatre im palästinensischen **Flüchtlingslager** Dschenin im Westjordanland für ihr Schulabschlussprojekt probten. Plötzlich wurden sie von Schüssen aus dem Text gerissen. Unweit des Gebäudes sackte Juliano Mer-Khamis, israelischer Palästinenser, 52 Jahre alt, Gründer und Leiter des Theaterprojekts, in sich zusammen. „Er starb noch im Krankenwagen“, erinnert sich Theatersprecherin Rawanda Arqawi. Mer-Khamis hatte sich instinktiv über seinen sechsmonatigen Sohn geworfen, um ihn zu schützen.

Mit Unterstützung des Goethe-Instituts in Ramallah wurden die Studenten und Julianos jüdisch-israelischer Partner Udi Aloni nach Ramallah gebracht. Letzterer, Filmregisseur und politischer Aktivist, der mit Juliano Mer-Khamis an einem Drehbuch gearbeitet hatte, gedachte, das Werk seines Freundes fortzusetzen und dessen Studenten zum Abschlusswerk zu verhelfen. Sie entschieden sich für Samuel Becketts Klassiker „Warten auf Godot“, der ihnen in ihrer Situation als besonders passend erschien: „Wir wollten zeigen, was in all dieser Verzweiflung Treue und Freundschaften bedeuten“, sagt Aloni. Dies taten die Absolventen des Freiheitstheaters nun in Berlin und Kassel.

Für einen kurzen Moment scheint das Warten bei der Aufführung „While Waiting“ („Beim Warten“) ein Ende gefunden zu haben. Ein kleines Mädchen in einem weißen Kleid tritt barfuß die Bühne des Berliner Ballhaus Naunynstraße. Als Ziegenhirtin muss sie nur wenige Worte sprechen. Aber alle Augen richten sich auf die zwölfjährige Milay. Sie ist Juliano Mer-Khamis' Tochter. Sie lebt in Israel, spricht aber fließend Hebräisch und Arabisch und probte zusammen mit den palästinensischen Studenten in Ramallah. Für die verwaiste Theatertruppe ist sie ein Hoffnungsschimmer, denn sie überschreitet die Grenzen, die sonst Israelis von Palästinensern hermetisch trennen. Juliano Mer-Khamis war das von ihm 2006 ins Leben gerufene Freedom Theatre. Sein Geist schwebt über dieser Inszenierung, wohl auch deshalb, weil sein Mörder bis heute nicht gefasst ist.

In seiner Inszenierung bleibt Aloni seinem toten Freund und dessen Kampf gegen das arabisch-muslimische Patriarchat treu. So besetzte er die beiden Hauptrollen, die des Estragon und des Wladimir, mit Frauen. „Mit Juliano besuchten wir alle Haushalte in Jenin, und es gelang uns, sogar Mädchen aus den viel konservativeren Dörfern in

Samuel Beckett im Flüchtlingslager Das Freedom Theatre gastiert mit einer „Godot“-Adaption in Deutschland

der Umgebung in unsere Theaterschule zu bringen", erinnert sich Arqawi. Der Feminismus war streng religiösen Muslimen in Dschenin immer ein Dorn im Auge, auf das Theatergebäude wurde gar ein Brandanschlag verübt. Dennoch war der Erfolg der Premiere von „While Waiting“ in Ramallah im Frühjahr groß.

Im Skript wird Palästina nur einmal namentlich erwähnt, und nur einmal erinnern Granatengeräusche und blinkende Rotlichter an den Krieg in Dschenin. Dennoch ist das sinnlose Warten der Palästinenser auf Frieden und Freiheit in der 90-Minuten-Inszenierung deutlich zu erkennen. Auf der Bühne dominieren die energiegeladene Mariam Abu Khaled und ihre zierliche Freundin Batoul Taleb.

Die Proben unter israelischer Besatzung und vor dem Hintergrund der Ermittlungen des Mordes zwangen Aloni zu kreativen Lösungen. So wurde sein Darsteller Rami Hwayel für einen Monat inhaftiert.

Und das Warten auf Juliano? „Ich habe immer davon geträumt, mit ihm zusammen zu spielen“, sagt ein ehemaliger Schüler. „Als aber heute Milay neben mir auf der Bühne stand, konnte ich ständig Jules riechen, weil alles an ihr mich an ihn erinnerte, denn sie gehört beiden Völkern an, genau wie ihr Vater.“

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Aufklärung in Syrien

Die Welt

Samstag 29. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 229

Length: 211 words

Body

Der UN-Menschenrechtsrat hat das Mandat der Syrien-Kommission für weitere sechs Monate verlängert und seine Kompetenzen erweitert. Das Gremium soll personell aufgestockt werden und Opferzahlen sowie Menschenrechtsverletzungen dokumentieren. Diese könnten als Grundlage für spätere internationale Strafprozesse dienen. Von den 47 Mitgliedstaaten stimmten in Genf 41 für den von mehreren arabischen Ländern eingebrachten Antrag. China, Kuba und Russland votierten dagegen, drei Staaten enthielten sich. Besorgt äußert sich der UN-Rat über die Eskalation der Gewalt und die wachsende Zahl von **Flüchtlingen** und Vertriebenen. Die syrischen Behörden werden aufgerufen, humanitären Organisationen „unverzöglichen, unbehinderten und vollen Zugang“ zu gewähren. Alle Konfliktparteien müssten Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und UN-Personal respektieren, so die Erklärung. Unterdessen haben die Rebellen in Aleppo eine neue Offensive gegen die Truppen von Präsident Baschar al-Assad begonnen. Kämpfer berichteten am Freitag per Telefon, in mehreren Vierteln gebe es schwere Gefechte. Ausgerüstet nur mit Maschinengewehren und selbst gebauten Raketen, falle ihnen aber der Kampf gegen die Regierungstruppen schwer, die mit Artillerie und Kampfflugzeugen auf sie schossen. DW

Load-Date: January 26, 2013

Syrien-Flüchtlinge; Friedrich verlängert Abschiebestopp

Die Welt

Samstag 16. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 64

Length: 153 words

Byline: Jw

Body

Flüchtlinge aus Syrien sollen vorerst weiter nicht in ihr Land abgeschoben werden. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) machte den Weg für einen bundesweiten Abschiebestopp für weitere sechs Monate frei. „Deutschland bekennt sich auch weiterhin zu seiner Verantwortung gegenüber den Menschen, die hier Schutz gefunden haben“, sagte Friedrich. Die betroffenen Menschen müssten keine Furcht haben, „in ihr derzeit durch Krieg und Zerstörung gebeuteltes Heimatland ausreisen zu müssen“, hieß es in einer Erklärung seines Ressorts weiter. Bund und Länder müssen sich nun verständigen und sollen eine bundeseinheitliche Praxis vereinbaren. Friedrich geht nach Angaben seines Ministeriums davon aus, dass die zuständigen Landesinnenministerien die bestehenden Abschiebestopperlasse nach Syrien zügig verlängern. Friedrich hatte vor Kurzem gesagt, derzeit gingen jeden Monat etwa 1000 **Asylanträge** von Syrern ein.

Graphic

dpa/Matej Divizna

Matej Divizna

Load-Date: March 16, 2013

**Ausland Kompakt; China: Ehrgeiziger Spitzenpolitiker Bo verliert
Machtkampf ++ Frankreich: Motorradfahrer erschießt Soldaten auf offener
Straße ++ Marokko: Zwangsheirat mit Vergewaltiger - Selbstmord ++
Weißrussland: Präsident Lukaschenko besteht auf Hinrichtungen**

Die Welt

Freitag 16. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 65

Length: 405 words

Body

China

Ehrgeiziger Spitzenpolitiker Bo verliert Machtkampf

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat Bo Xilai als Parteichef der Metropole Chongqing abgesetzt, wie die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Vermutlich wird er auch seinen Sitz im Politbüro verlieren. Eigentlich sollte Bo im Herbst im Rahmen eines lange vorbereiteten Generationswechsels das Ruder im Ständigen Zentralkomiteeausschuss übernehmen. Hintergrund war die Flucht des Polizeichefs der Metropole Chongqing in ein US-Konsulat, wo er offenbar um **Asyl** gebeten hat. Angeblich hatte er Belastungsmaterial gegen seinen früheren Chef Bo, den er als „größten Mafiaboss“ beschrieben haben soll.

Frankreich

Motorradfahrer erschießt Soldaten auf offener Straße

Ein Angreifer auf einem Motorrad hat in Südfrankreich das Feuer auf drei Soldaten eröffnet und zwei von ihnen getötet. Der dritte erlitt schwere Verletzungen. Die drei Männer in Uniform standen vor einem Geldautomaten in der Stadt Montauban. Sie gehörten zu einer Fallschirmjägereinheit. Diese kommt regelmäßig im Ausland zum Einsatz, etwa in Afghanistan. Es war der zweite Anschlag auf französische Soldaten innerhalb weniger Tage. Am Sonntag war in Toulouse ein Soldat erschossen worden.

Marokko

Zwangsheirat mit Vergewaltiger - Selbstmord

Ausland Kompakt China: Ehrgeiziger Spitzenpolitiker Bo verliert Machtkampf ++ Frankreich: Motorradfahrer erschießt Soldaten auf offener Straße ++ Marokko: Zwang....

In Marokko hat sich eine 16-Jährige aus Verzweiflung über die Zwangsheirat mit ihrem Vergewaltiger das Leben genommen. Amina al-Filali habe sich vergangene Woche in Larache im Norden des Landes mit Rattengift getötet, teilte die Demokratische Liga für Frauenrechte mit. Der Fall wurde in vielen marokkanischen Foren im Internet aufgegriffen. Die Hochzeit wurde nach Angaben der Frauenorganisation von einem „Familiengericht“ angeordnet, nachdem sich die Familien von Opfer und Täter darauf verständigt hatten. Das marokkanische Strafrecht erlaube es, dass ein Vergewaltiger im Falle einer Hochzeit mit seinem Opfer einer Haftstrafe entgehe.

Weißrussland

Präsident Lukaschenko besteht auf Hinrichtungen

Parlamentsabgeordnete aus ganz Europa haben in einem Appell Weißrussland zum Stopp der Hinrichtung zweier Verurteilter aufgefordert. An der Verantwortung der beiden Männer für die tödlichen Anschläge in der Minsker U-Bahn vergangenen April seien „schwerste Zweifel“ angebracht, heißt es in dem Aufruf. Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko hatte eine Begnadigung abgelehnt. Es gibt Spekulationen, die Behörden könnten für die Tat verantwortlich sein.

Load-Date: March 16, 2012

End of Document

Idol aus dem Gazastreifen

Die Welt

Montag 24. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Das Porträt; S. 6; Ausg. 144

Length: 232 words

Byline: Michael Borgstede

Body

In Gaza und im Westjordanland gab es kein Halten mehr: Menschen tanzten jubelnd auf den Straßen, einige Ortschaften hatten Feuerwerke vorbereitet. So bejubelten die Palästinenser am Samstagabend ihren neuen Volkshelden, den vor wenigen Wochen noch niemand kannte: den palästinensischen Sieger von „Arab Idol“, dem Gegenstück zu „Deutschland sucht den Superstar“. Mohammed Assaf, 23, geboren im libyschen Misrata und in ärmlichsten Verhältnissen im Flüchtlingslager Chan Junis im Gazastreifen aufgewachsen. Millionen in der arabischen Welt hatten zugesehen, als der Palästinenser im Finale gegen eine syrische Mitbewerberin und einen jungen Ägypter gesiegt hatte. Dabei wäre seine Karriere fast schon beendet gewesen, bevor sie richtig begonnen hatte. Wegen Verzögerungen an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten kam er viel zu spät zum Casting in Kairo, heißt es. Das Eingangstor sei schon verschlossen gewesen, und erst nach einem kurzen Telefonat mit seiner Mutter entschied sich Assaf, über die Mauer zu klettern. Die Polizisten dort schaltete er mit einem Lied aus, und vorsingen durfte er nur noch, weil ein anderer Palästinenser ihm seinen Platz abtrat. Er soll Assaf draußen gehört und erkannt haben, dass er gegen ihn keine Chance hatte. Das klingt nicht zufällig nach Heiligenlegende. Für die Palästinenser ist der Sieg eines der Ihren weit mehr als ein willkommener Anlass zur Freude.

Graphic

REUTERS/MOHAMED AZAKIR

MOHAMED AZAKIR

Load-Date: June 24, 2013

Idol aus dem Gazastreifen

End of Document

Was wollt ihr in der EU?; Brüssel weiß zwar nicht, was es mit den Flüchtlingenaus Afrika anfangen soll. Aber den Ukrainern will es unbedingt mit einem „Assoziierungsabkommen“ helfen

Die Welt

Dienstag 10. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 288

Length: 1073 words

Byline: Henryk M. Broder

Body

Die Bilder der letzten Tage aus der Ukraine erinnern an die Demonstrationen in der DDR am Vorabend des Mauerfalls, als Hunderttausende von Menschen ihrem Land den Rücken kehrten, symbolisch und tatsächlich. Sie hatten die Nase voll von den Lügen und Märchen, mit denen sie im „Paradies der Werktätigen“ täglich zwangsernährt wurden, und wollten nur eines: hinaus „zur Sonne, zur Freiheit“, wie es in einem alten Lied der Arbeiterbewegung heißt. Der Jubel der DDR-Flüchtlinge im Garten der BRD-Botschaft in Prag, als sie von ihrer unmittelbar bevorstehenden Ausreise erfuhren, hallt immer noch nach. Es ist einer der schönsten Momente der deutschen Geschichte.

Die Geschichte scheint sich zu wiederholen, an einem anderen Ort, mit anderen Akteuren. Die Ukraine war ein Vasallenstaat der Sowjetunion, auch wenn sie quasi souverän agierte und sogar, wie Weißrussland, mit einem Sitz in den Vereinten Nationen vertreten war. Daran hat sich auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wenig geändert. Die Ukraine ist immer noch ein Vasallenstaat, diesmal des neuen Russlands, das von einem „lupenreinen Demokraten“ autoritär regiert wird. Auch wer Putin nicht mag, muss freilich zugeben, dass der russische Präsident ein Politik-Genie ist. Er hat es geschafft, sein marodes Reich wieder in den Rang einer Weltmacht zu erheben, ohne die nichts geht. Weder Frieden in Syrien noch ein Abkommen mit dem Iran. Wenn Putins starker Arm es will, stehen alle Räder still, es fließt kein Gas nach Europa, und die Proteste der Menschenrechtler gegen Polizeiterror und Justizwillkür zeigen so viel Wirkung wie die Fürbitte eines rheinischen Vikars zugunsten der Opfer einer Sturmflut in der Karibik.

An dieser Stelle tritt die Europäische Union in Aktion. Russland ist eine Weltmacht, und die EU möchte eine werden, um auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Weltmächten verkehren zu können. Zwar gibt es in der EU Regeln und Vorschriften für alles Mögliche und Unmögliche, aber es gibt keine Richtlinien für den Umgang mit Diktaturen. Jedes Land macht, was ihm nützlich erscheint. Außenminister Westerwelle hat etwa seine eigene Strategie entwickelt. Kommt es irgendwo zu einem Aufstand, wie in Ägypten oder Libyen, appelliert er an die

Was wollt ihr in der EU? Brüssel weiß zwar nicht, was es mit den Flüchtlingenaus Afrika anfangen soll. Aber den Ukrainern will es unbedingt mit einem „Assoziier....

Konfliktparteien, auf Gewalt zu verzichten, wartet ab, wie die Dinge laufen, und gratuliert dann den Gewinnern. Weil er aber in ein paar Tagen aus dem Amt scheiden muss, hat man ihn jetzt schon an der Seite des sympathischen Vitali Klitschko in Kiew gesehen, wild entschlossen, im letzten Moment das zu tun, wozu er die letzten vier Jahre reichlich Gelegenheit hatte: einen Blick hinter die Kulissen der ukrainischen Demokratie zu werfen. Aber auch dann noch betonte er, man sollte seinen Auftritt nicht als einseitige Parteinahme verstehen: „Wir sind als Europäer zu Europäern gekommen.“

Die EU als Ganzes agiert eher proaktiv. Sie hat im Rahmen der „europäischen Nachbarschaftspolitik“ eine „östliche Partnerschaft“ ins Leben gerufen, um einige frühere „Staaten“ der Sowjetunion an die EU „heranzuführen“ - soll heißen, sie aus der russischen Umklammerung zu lösen. Für Putin bedeutet dieses politische Manöver im Zuge der „Osterweiterung“ eine Einmischung der EU in russische Angelegenheiten. Die ukrainischen Bürgerrechtler müssen es aber als Zeichen einer humanitären Politik missverstanden haben. Ob sie nun „nach Europa“ oder „in die EU“ wollen, darauf kommt es nicht an. Sie wollen das Ende der Diktatur in ihrem Land. Und fühlten sich durch die EU ermuntert, den Kampf aufzunehmen.

Die EU, als embryonale Großmacht, will etwas anderes. Sie will wachsen und erwachsen werden. Humanitäre Motive wirken dabei bestenfalls am Rande mit. Der Einflussbereich der EU soll ausgebaut werden. Im Osten, Westen, Norden und Süden. So hat man, nach langem Fingerhakeln, den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch davon überzeugt, es wäre das Beste für die Ukraine, ein „Assoziierungsabkommen“ mit der EU zu unterzeichnen. Der zierte sich erst eine Weile, gab dann nach, um schließlich im letzten Moment Nein zu sagen, wie eine Braut, die kurz vor der Trauung die Hochzeit platzen lässt. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament, Elmar Brok (CDU), nannte als Grund für die Entscheidung „russischen Druck“ - eine Feststellung, wie sie hellstichter nicht sein könnte. Dessen ungeachtet will die EU weitermachen, die Verhandlungen mit der Ukraine sollen wieder aufgenommen werden, hat der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz (SPD), durchblicken lassen. Die Brüsseler wissen zwar nicht, was sie mit den Flüchtlingen aus Afrika anfangen sollen, die vor Lampedusa angespült werden, aber sie wollen 45 Millionen Ukrainern mit einem „Assoziierungsabkommen“ helfen, ein besseres Leben zu führen. Den Ukrainern kann man es nicht übel nehmen, dass sie den Sirengesängen vertrauen, wie zuletzt schon die Bulgaren und Rumänen, deren Lage sich durch den Beitritt zur EU eher verschlechtert als verbessert hat.

Aber die EU ist kein Wohltätigkeitsverein, sie tritt nur wie ein Sugar Daddy gegenüber einer Unschuld vom Lande auf und stellt mehr in Aussicht, als sie liefern kann. Sie expandiert nicht, um Wohlstand in die Karpaten und das Donez-Becken zu bringen, sondern weil sie es im eigenen Interesse tun muss. Verglichen mit der Abhängigkeit von Russland, mag die Anbindung an die EU tatsächlich das kleinere Übel sein. Brüssel, sagt H.M. Enzensberger, ist „ein sanftes Monster“, das den Europäern vorschreibt, welche Glühbirnen und Staubsauger sie benutzen sollen, wie viel Wasser ihre Toilettenspülungen verbrauchen dürfen und wie viel Kritik an Europa zulässig ist. Das klingt relativ harmlos, wenn man aber das Kleingedruckte in den Verträgen gelesen und die Kommissare bei ihren selbstherrlichen Auftritten erlebt hat, dann weiß man, welches totalitäre Potenzial hinter den jovialen Brüsseler Charaktermasken steckt. Die EU ist vor allem ein gigantischer Umverteilungsapparat, der in sieben Jahren fast eine Billion Euro einnimmt und ausschüttet. Bei so viel Geld werden natürlich Begehrlichkeiten wach. Eine Grundschullehrerin in der Ukraine verdient umgerechnet 120 Euro im Monat. Kein Wunder, dass sie sich von der EU mehr verspricht, als sie je bekommen wird, sollte die Ukraine eines Tages doch noch mit einem Kommissar für Gebrauchtwagenhandel in Brüssel vertreten sein.

Die EU tritt wie ein Sugar Daddy gegenüber einer Unschuld vom Lande auf und stellt mehr in Aussicht, als geliefert werden kann

Graphic

Was wollt ihr in der EU? Brüssel weiß zwar nicht, was es mit den Flüchtlingenaus Afrika anfangen soll. Aber den Ukrainern will es unbedingt mit einem „Assoziier....

AP/Alexander Zemlianichenko

Das europäische Sternenbanner ist für die Ukrainer ein Zeichen der Hoffnung

Alexander Zemlianichenko

Load-Date: December 10, 2013

End of Document

Die Weiterbildung zum Mentor

Die Welt

Samstag 5. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FINANZEN; S. 21; Ausg. 232

Length: 145 words

Body

Als Mentor geeignet ist jede Führungskraft mit langjähriger Berufserfahrung, die bereit ist, persönliches Wissen und Kontakte weiterzugeben. Wer Talente unterstützen will braucht Geduld, Offenheit und Einfühlungsvermögen für die Belange der Mentees und vor allem Zeit. Die Programme sind nur dann erfolgreich für beide Seiten, wenn die Treffen nicht hektisch abgehakt, sondern für Gespräche ohne Stress und Zeitdruck genutzt werden. Ansprechpartner für Führungskräfte, die gerne Mentor werden wollen, sind die Personalabteilungen. Außerhalb der Unternehmen suchen Branchenverbände, die Kammern und Hochschulen nach den Chefs, die den Nachwuchs unterstützen können. Eine gute Anlaufstelle sind zudem regionale Netzwerke. Beispiele hierfür sind „Frauen in die Wirtschaft“, der Dachverband für Migranten-Unternehmervereinigungen oder „Young Leaders“ für junge Führungskräfte.

Load-Date: October 5, 2013

End of Document

IOC: Moskau muss sich erklären; Unmut über neues Schwulen-Gesetz wächst

Die Welt

Samstag 10. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 185

Length: 174 words

Body

Lausanne - Das Internationale Olympische Komitee (IOC) ist unzufrieden mit der jüngsten Stellungnahme Russlands zu dessen Gesetz gegen „homosexuelle Propaganda“. Man erwarte weitere Klarstellungen, sagte IOC-Präsident Jacques Rogge. Vieles sei noch zu vage. Seit Juni ist es in Russland strafbar, Minderjährige über homosexuelle Lebensformen zu informieren oder Schwulenparaden abzuhalten. Bei Verstößen drohen Geld- und Haftstrafen; Ausländer können des Landes verwiesen werden. Das Gesetz überschattet die heute beginnende Leichtathletik-WM in Moskau sowie die Vorbereitungen auf die Olympischen Winterspiele in Sotschi 2014. Russlands Sportminister Witali Mutko hatte erklärt, die Rechte aller Athleten würden geschützt; sie hätten aber „die Gesetze des Landes zu respektieren“. Das Auswärtige Amt veröffentlichte kürzlich einen Reisehinweis, in dem vor Gefahren für Schwule in Russland gewarnt wird. Auch andere Minderheiten stehen unter Druck: So drangsaliieren russische Neonazis **Migranten** immer öfter mit illegalen Razzien.

Seiten 7 und 23

Load-Date: August 10, 2013

Belarus Free Theatre

Die Welt

Montag 22. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 24; Ausg. 247

Length: 218 words

Body

Im März 2005 gründeten die Menschenrechtsaktivisten Nikolaj Chalesin und seine Frau Natalja Koljada in Minsk das Belarus Free Theatre. Es ist eine Ausnahme in der durchweg staatlich finanzierten Bühnenlandschaft Weißrusslands. Die Aufführungen finden manchmal auf dem Land, in den Wäldern, manchmal in Straßencafés, vor allem aber in Wohnungen von Freunden statt. Aus Sicherheitsgründen müssen die Aufführungsorte ständig wechseln. Karten gibt's nicht im Vorverkauf. Am Ende des Abends wird jeweils um Spenden gebeten. Die Schauspieler stehen unter Beobachtung der Obrigkeit. Fast alle sind schon einmal verhaftet worden. Im Jahr 2007 stürmten Sicherheitskräfte eine Aufführung und verhafteten Ensemble, Regisseur und Zuschauer. Themen der Arbeit von Chalesin und Koljada sind Selbstmord und Folter, der Umgang mit Homosexualität und Geisteskrankheiten in einer Gesellschaft. International sorgen die Inszenierung und Stücke des Belarus Free Theatre für sehr viel Aufsehen. Gastspiele gab's in New York und Amsterdam, London und Birmingham. Vor allem in England ist die Truppe sehr geschätzt. Unterstützt wurde und wird das Theater von Václav Havel, Tom Stoppard, Jude Law und Kevin Spacey. Natalja Koljada und Nikolaj Chalesin leben inzwischen nicht mehr in Minsk, sondern als politische Flüchtlinge in England.

Graphic

Jan Boeve/Jan Boeve

Nikolaj Chalesin und Natalja Koljada vom Belarus Free Theatre

Load-Date: January 26, 2013

Digitale Outlaws; Nicht nur Wikileaks-Gründer Julian Assange ist gescheitert, die gesamte digitale Transparenz-Bewegung steckt in der Krise. Eine Neubestimmung von deren Zielen und Methoden ist unausweichlich

Die Welt

Samstag 1. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 205

Length: 1001 words

Byline: Ulrich Clauß

Body

Aller Zauber dieses Anfangs scheint verfliegen. Das Bild, das Julian Assange - Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks und Frontmann der weltweiten neuen digitalen Transparenz-Bewegung - in diesen Tagen abgibt, ist ernüchternd. Nach seiner Selbsteinweisung in ein diplomatisches Last Resort, als **Asyl** suchender Etagengast der Londoner Botschaft von Ecuador, erscheint sein gesamtes Projekt auf das Format eines Diplomatenkoffers geschrumpft. Sein **Asyl**-Herbergsvater ist nicht gerade bekannt für Transparenz und Meinungsfreiheit. Ecuadorianische Politik findet auf Anweisung von Präsident Rafael Correa nur in den Staatsmedien statt. Da wäre für Assange sicher viel zu leaken. Doch längst hat das anfänglich atemberaubende Wikileaks-Projekt jegliche Reputation eingebüßt.

Die weltweite digitale Bewegung ist in einer Krise. Diese Krise besteht wahrlich nicht nur in den Problemen eines Justizflüchtlings, der sich schwedischen Ermittlungen im Zusammenhang mit einem mutmaßlichen Sexualdelikt entzieht, weil er dahinter den Versuch wähnt, ihn wegen der hoch umstrittenen Veröffentlichung der US-Botschaftsdepeschen in eine amerikanische Todeszelle auszuliefern. Es ist eine Krise der Legitimation, der Methoden und der Ziele, die auch den parlamentarischen Arm der weltweiten neuen digitalen Bewegung hierzulande, die Piratenpartei, erfasst hat. Es sind jedenfalls keine Kinderkrankheiten mehr, wenn es der Piratenpartei nur mit größter Mühe gelingt, nach demokratischer Gepflogenheit eine Führungsspitze zu wählen. Und was ist vom Zustand einer „digitalen Bewegung“ zu halten, die fortlaufend daran scheitert, ihre „liquid democracy“ zum Laufen zu bringen? Der Absturz der Piratenpartei in den aktuellen Meinungsumfragen zeigt, dass der Kredit dieser Bewegung auch in der breiten Öffentlichkeit sehr bald ausgeschöpft sein könnte.

Auch außerparlamentarische Initiativen der digitalen Morgenlandfahrer, zum Beispiel die weltweit vernetzte Hackergruppe Anonymous, geben kein gutes Bild ab. Nach einer Reihe von wahllos erscheinenden Einbrüchen in die Server von Wirtschaftsunternehmen und dem massenhaften Diebstahl von Identitätsdaten sind ihre Aktivitäten von schlichter Computerkriminalität nicht mehr zu unterscheiden.

Digitale Outlaws Nicht nur Wikileaks-Gründer Julian Assange ist gescheitert, die gesamte digitale Transparenz-Bewegung steckt in der Krise. Eine Neubestimmung v....

Noch weiter draußen, im kaum oder gar nicht organisierten Ökologiesystem der digitalen Bewegung, sieht es nicht viel besser aus. Vor allem ein Markenzeichen wurde dort geprägt, das so gar nicht von Aufbruch, Transparenz und neuer Freiheit kündigt: der „Shitstorm“. Wo immer ein Politiker, Wirtschaftsunternehmen oder Prominenz den Unmut der digitalisierten Massen erregt, werden anonyme Schmähkampagnen gestartet, oft in Verbindung mit der Verwüstung von Computerinfrastruktur. Wie konnte es so weit kommen?

Es liegt nahe, Utopien und Gesellschaftsbild von jenen noch einmal in Augenschein zu nehmen, die von der Einführung digitaler Informationstechnologie eine Ära der demokratischen Selbstermächtigung erhofften. Von Beginn an standen dabei zwei Konfliktthemen im Vordergrund, die gleichermaßen als Treibsatz wie auch als größter Hemmschuh der digitalen Bewegung wirken: die Ablehnung des bürgerlichen Eigentumsbegriffs und eine fundamentale Institutionenfeindlichkeit. So wurde von vielen Netzutopisten der ersten Stunde mit der Einführung digitaler Distributionssysteme die Gleichverteilung nicht nur von Information, sondern auch von deren Wertgehalt postuliert. Hinweise darauf finden sich in zahllosen Schriften der frühen Hackerbewegungen, wobei die Eigentumsdiskussion sich anfangs nur auf das Urheberrecht an Computerprogrammen beschränkte. Im Feldzug der frühen Hackergemeinden vor allem gegen das Monopol von Microsoft und staatliche Telefongesellschaften wurde das „Recht“ zur Ingebrauchnahme von fremdem Programmcode regelrecht zur Doktrin.

Man darf nicht vergessen, dass die digitale Transparenzbewegung unserer Tage in den frühen 70er-Jahren mit dem illegalen Gebrauch der zumeist staatlichen Telefonnetze zur Datenkommunikation und der irregulären Verwendung von kommerziellem Programmcode und entsprechender Werkzeuge begann. Ganz selbstverständlich gehört deshalb eine fundamentalistische Institutionenfeindlichkeit zum Gründungsmythos dieser technologiepolitischen Bewegung. Wer Beschränkungen, Regeln, behördliche Aufsicht repräsentierte, der störte damals einfach nur diese schnell wachsende Infrastruktur digitaler Selbstermächtigung. Diese speiste ihre Energie aus der schieren Masse von Computerenthusiasten, die oft als Autodidakten eine Art anarchische Computervolkshochschule darstellten.

Ablehnung des Eigentumsbegriffs, Institutionenfeindlichkeit und die Selbsterhöhung einer weitgehend von Strukturen befreiten Massenbewegung gehören also zu den Entstehungsvoraussetzungen unserer heutigen Digitalkultur. Nun erweisen sie sich als ihre größten Bürden. Aus den erfindungsreichen Code-Knackern der frühen Computertage, die sich zu Recht als Mitbegründer der digitalen Moderne verstehen dürfen, gerann das Leitbild für die konsumversessenen Multimedia-Raubkopierer von heute. Auf die frühen Programmatiker der digitalen Selbstermächtigung beruft sich heute bald jeder Netzvandale, insofern er überhaupt noch über Legitimationen nachdenkt und nicht nach dem Lustprinzip in der eingeübten Regellosigkeit mitschwimmt.

Es wäre Zeit, für Wikileaks und andere, Selbstverständnis und Perspektive der digitalen Bewegung einer Zeit anzupassen, in der man kein Outlaw mehr sein muss, um sich digitaler Kulturtechniken zu bedienen. Auch digitale Kultur und Zivilisation brauchen Regeln für den Schutz des Individuums und seiner (Besitz-)Rechte. Julian Assange würde sich einmal mehr als Frontmann der Digitalpolitik erweisen, wenn er seine persönliche Sackgasse als Teil eines kollektiven Irrtums erkennen würde, obsolet gewordene Anarcho-Folklore über Bord werfen und moderne, zeitgenössische Konzepte aufzeigen würde.

ulrich.clauss@welt.de (ulrich.clauss@welt.de)

Digitale Kultur braucht Regeln, um zivilisatorischen Standards zu folgen. Die Anarcho-Zeit ist vorbei

Load-Date: December 31, 2012

Junge Leute eher arm als alte; Studie: Alleinerziehende Mütter sind viel häufiger betroffen als Rentner

Die Welt

Mittwoch 19. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 297

Length: 113 words

Body

Berlin - Arm sind in Deutschland nicht alte Menschen, sondern junge - besonders alleinerziehende Mütter und ihre Kinder sowie Einwanderer. Zu diesem Ergebnis ist der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in einem Gutachten über Altersarmut gekommen. Danach beziehen 2,6 Prozent der Rentner Grundsicherung und gelten als arm. In der Gesamtbevölkerung sind es 7,4 Prozent. Jeder sechste der über 65-Jährigen ist laut Studie zwar von Armut bedroht. Bei alleinerziehenden Müttern ist es aber jede zweite, bei jungen **Migranten** jeder vierte. Als armutsgefährdet gilt, wer als Alleinstehender weniger als 952 Euro im Monat zum Leben hat. Siehe Kommentar und Seite 4

Load-Date: January 26, 2013

Ein Westfale im Nordosten

Die Welt

Freitag 11. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 110

Length: 136 words

Byline: Daniel Friedrich Sturm

Body

Erwin Sellering, seit 2008 Regierungschef von Mecklenburg-Vorpommern, ist ein Ministerpräsident mit **Migrationshintergrund**. Er wurde 1949 im westfälischen Sprockhövel geboren und wuchs in der Region auf. Sellering studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Heidelberg, Bochum und Münster. Von 1981 bis 1994 war er Richter am Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, dann wechselte er nach Greifswald. Recht spät, mit 37 Jahren, wurde er Mitglied der SPD. Bereits zwei Jahre später gehörte er dem Landesvorstand seiner Partei an. Er wurde Abteilungsleiter der Staatskanzlei und ab dem Jahr 2000 Justizminister. Im vorigen Jahr wurde er als Ministerpräsident wieder gewählt. Sellering führt eine Koalition mit der CDU. Seit einem Jahr ist er mit Britta Sellering verheiratet, das Paar ließ sich evangelisch trauen. dfs

Load-Date: May 11, 2012

Gewiefter Tarifpolitiker

Die Welt

Montag 20. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; S. 10; Ausg. 43

Length: 274 words

Byline: Stefan Von Borstel

Body

Martin Kannegiesser wurde 1941 in Posen geboren und kam mit seinen Eltern als **Flüchtling** nach Ostwestfalen. Nach dem Studium in Köln trat der Diplom-Kaufmann 1966 in die Bügelmaschinenfabrik seines Vaters in Vlotho ein. Nach dessen Erkrankung übernahm der Sohn die Firma vier Jahre später im Alter von 29 Jahren. Heute beschäftigt Kannegiesser 1300 Mitarbeiter und machte zuletzt einen Umsatz von 260 Mio. Euro. Das Unternehmen ist Weltmarktführer in Wäschereitechnik für die Industrie.

Seit 1996 ist Kannegiesser Präsident und Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber in Nordrhein-Westfalen, seit September 2000 Präsident von Gesamtmetall. In dem Arbeitgeberverband sind mehr als 23 000 Betriebe der Metall- und Elektroindustrie mit rund 3,6 Millionen Mitarbeitern vertreten. Die Palette der Mitgliedsfirmen reicht von Weltkonzernen wie Siemens, Daimler und Volkswagen bis zum kleinen Maschinenbauer. Kannegiesser ist ein gewiefter und erfahrener Tarifpolitiker, der seine Worte mit Bedacht wählt. Amtsmüde ist der Gesamtmetallchef, der seinen 70. Geburtstag im November groß mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und illustren Gästen aus der Wirtschaft in Berlin feierte, noch lange nicht. Der Gegenpart zum Arbeitgeberverband ist die IG Metall mit ihrem Chef Berthold Huber. In der vergangenen Tarifrunde im Schatten der Weltwirtschaftskrise erklärten Arbeitgeber und Gewerkschaft die Jobsicherung zur obersten Priorität. In die aktuelle Tarifrunde zieht die IG Metall mit einer Forderung von 6,5 Prozent mehr Lohn. Zudem fordert sie mehr Mitsprache der Betriebsräte beim Einsatz von Zeitarbeitern und eine unbefristete Übernahme von Auszubildenden.

Load-Date: February 20, 2012

Das illegale Schach-Genie; Sein Spieltalent sichert einem 12-Jährigen aus Bangladesh den Aufenthalt in Frankreich

Die Welt

Donnerstag 26. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: PANORAMA; S. 24; Ausg. 173

Length: 1035 words

Byline: Sascha Lehnartz

Highlight: 2008 flüchtete Nura Alam nach Paris, jetzt darf er bleiben - weil sein Sohn so begabt ist, dass er sogar bei der Schach-EM antritt

Body

Paris

Am Donnerstag wird Fahim Alam zwölf Jahre alt, und es dürfte ein ziemlich fröhlicher Geburtstag werden. Monatelang war das Schicksal des kleinen **Flüchtlingsjungen** aus Bangladesch, dessen Vater mit ihm illegal nach Frankreich gekommen war, ungewiss. Doch seit einigen Tagen haben Fahim und sein Vater Nura zumindest eine befristete Aufenthaltsgenehmigung. Damit steht Fahims großem Ziel nun auch nichts mehr im Wege: Er wird Ende August für Frankreich bei den europäischen Schachmeisterschaften in Prag antreten können.

Fahim ist nämlich ein kleines Schachgenie. Im April hat er bereits die französische Meisterschaft in seiner Altersklasse gewonnen, und dieser Erfolg hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass sein Fall ein wenig großzügiger behandelt und mit deutlich mehr Medieninteresse begleitet wurde als üblich.

Nach seinem Sieg bei den französischen Meisterschaften im Frühjahr war herausgekommen, dass sein Vater über keine gültige Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich verfügte. Nura Alam war 2008 aus Bangladesch nach Frankreich gekommen, weil er wegen Klan-Auseinandersetzungen in seiner Heimat um Leib und Leben fürchtete. Noch in Bangladesch hatte Fahim erste Proben seines Talent am Schachbrett abgegeben, das der Legende nach vor 1500 Jahren von dem Brahmanen Sissa erfunden wurde. Das königliche Spiel erlebte auf dem Subkontinent einen neuerlichen Popularitätsschub, seit der Inder Viswanathan Anand den Weltmeistertitel gewann. Fahims Vater hegte die Hoffnung, dass sein Sohn im Mutterland der Aufklärung bessere Chancen haben würde, sein Talent weiterzuentwickeln. Kurz vor der Französischen Revolution war schließlich das „Café de la Règence“ im Palais Royal Treffpunkt der besten Schachspieler der Welt. Auf abenteuerlichen Wegen gelangten Nura und Fahim vor vier Jahren nach Frankreich. Aufnahme fanden sie dort vor allem im Schachklub von Créteil, der die internationale Schachdevise „Gens una sumus“ („Wir sind ein Stamm“) nicht nur im Briefpapier führt, seine

Das illegale Schach-Genie Sein Spieltalent sichert einem 12-Jährigen aus Bangladesh den Aufenthalt in Frankreich

Mitglieder haben sie sich offensichtlich zu Herzen genommen. Vor allem der leidenschaftliche Schachlehrer Xavier Parmentier erkannte umgehend Fahims Talent und nahm den Jungen unter seine Fittiche.

Für Fahims Vater jedoch begann der übliche Spießrutenlauf durch den Behördenschlingel, den Flüchtlinge ohne gültige Papiere - „Sans Papiers“ - zu absolvieren haben. Im Gegensatz zu seinem minderjährigen Sohn drohte Nura Alam nämlich jederzeit die Abschiebung. Er benötigte eine Anstellung für eine Aufenthaltsgenehmigung, bekam aber ohne Aufenthaltsgenehmigung keine Anstellung. Der übliche bürokratische Teufelskreis. Mehr als drei Jahre lang lebte Alam in der Halblegalität, dann kamen ihm und seinem Sohn zwei außergewöhnliche Ereignisse zur Hilfe: die Schachmeisterschaft und die Präsidentenwahl. Als Fahim im April überlegen den Titel in seiner Altersklasse gewann und bekannt wurde, in welcher misslichen Lage er sich befand, begann nämlich auf einmal die Diskussion darüber, ob es eine besonders gute Idee sei, die unlängst verschärften Einwanderungsregeln buchstabengetreu anzuwenden und ein Kind abzuschieben, obwohl es sich im Falle Fahims doch offensichtlich um ein Musterbeispiel gelungener Integration handelt. Fahim ist nämlich nicht nur ein exzellenter Schachspieler, er ist auch ein höflicher und bescheidener Junge, der inzwischen akzentfrei Französisch spricht. Anfang Mai wurde auch schon der damals noch amtierende konservative Premierminister François Fillon in einem Radio-Interview auf den Fall angesprochen. Fillon antwortete zunächst leicht formalistisch, die „Regel lautet, dass man sich nicht in einer irregulären Situation befinden darf“, fügte dann aber hinzu, „wenn dieser junge Mann ein Schachmeister ist, verdient sein Fall, dass man ihn mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Das werden wir ab heute tun.“ Fillon hielt offenbar Wort, noch bevor er wenige Tage später aus dem Amt gewählt wurde, erhielt Nura Alam auf der Präfektur des Départements Val de Marne eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung für drei Monate. Mithilfe des sozialistischen Bürgermeisters von Créteil, Laurent Cathala, hat er inzwischen eine Anstellung als Tellerwäscher in der Kantine des Bürgermeisteramtes gefunden und einen Mietvertrag für eine Sozialwohnung unterschrieben. Der Präfekt habe inzwischen zugesichert, die Aufenthaltsgenehmigung in eine permanente umzuwandeln, sobald der Vater des kleinen Schachgenies drei monatliche Gehaltsabrechnungen vorweisen könne, ließ ein Vertreter der Gemeinde von Créteil durchblicken.

In dem Pariser Vorort sind sie nämlich enorm stolz auf das kleine Wunderkind, das lange Zeit von verschiedenen Mitgliedern des Schachklubs beherbergt worden war. Aber man ist sich auch darüber im Klaren, dass Fahim ohne die gewonnene Meisterschaft vermutlich immer noch keine Papiere hätte. „Der Titel hat schon sehr geholfen“, sagt Hélène Gelin, die Vorsitzende des Klubs. Pierre Lafrance von der Flüchtlingshilfeorganisation Réseau éducation sans frontières sieht das genauso. „Wenn er nicht Meister geworden wäre, hätte das nicht geklappt. Wir haben schon 2010 mehr als 1000 Unterschriften gesammelt - ohne Effekt“, erzählt Lafrance.

Fahim selbst freut sich jetzt vor allem darüber, dass er „etwas ruhiger schlafen kann“. Das „erleichtert die Lage“, sagt der Junge, der für seine zwölf Jahre seltsam ruhig und reif wirkt und der nun vom 16. bis 26. August bei den Europameisterschaften in Prag für Frankreich antreten darf. Letzte Fragen der Spielberechtigung hat der Generaldirektor des französischen Schachverbandes, Laurent Vérat, inzwischen mit dem Schwesterverband in Bangladesh geklärt. „Es war etwas schwierig, die zu erreichen, aber jetzt ist alles gut“, sagte Vérat. Fahim trainiert derweil täglich mit seinem Lehrmeister Xavier Parmentier. „Schach ist wie ein Videospiel, nur in Wirklichkeit“, hat der Junge erkannt und lässt damit auch ein gewisses philosophisches Talent aufscheinen. Sein Trainer ist vom Potenzial seines Schützlings felsenfest überzeugt: „Er will vor allem immer gewinnen“, sagt Xavier Parmentier. „Er ist ein Killer.“ Das ist doch ein schöner Integrationserfolg.

„Er will vor allem immer gewinnen. Er ist ein Killer“ Xavier Parmentier, Schachtrainer

Graphic

Audoin Desforges/audoin@desforges@gmail.com

Fahim Alam tritt Ende August für Frankreich bei den Europäischen Schachmeisterschaften an

Das illegale Schach-Genie Sein Spieltalent sichert einem 12-Jährigen aus Bangladesh den Aufenthalt in Frankreich

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

[Zippert zappt](#)

Die Welt

Donnerstag 9. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Zippert zappt; S. 1; Ausg. 185

Length: 187 words

Byline: Hans Zippert

Body

Die Frankfurter Zeil ist Deutschlands meistbesuchte Einkaufsstraße . Pro Stunde wurden dort 13.120 Menschen registriert. Davon waren 1712 Straßenmusiker, Obdachlose wurden 1244 gezählt, angetrunken waren 1533 Personen, vollkommen betrunken 474. Genau 188 Menschen waren im ambulanten Drogenhandel tätig. 1322 waren Polizei- oder Security-Mitarbeiter. 722 verteilten Parfümpuben, Zigaretten oder Werbeflyer. 198 der auf der Zeil erfassten Personen arbeiteten als muslimische Prediger ohne **Migrationshintergrund**, dazu kamen 23 christliche Redner und 16 Zeugen Jehovas. Gewaltbereit waren 499 Personen, 255 hätten zugeschlagen, wenn man sie mitgezählt hätte. 2596 Personen waren auf dem Weg von oder zur Arbeitsstelle in einem Geschäft an der Zeil. 23 Passanten gehörten zum Verfassungsschutz, zwölf arbeiteten als Privatdetektive, 31 waren Außerirdische. Drei wollten über die Arbeit der FDP informieren (davon wahrscheinlich ebenfalls ein Außerirdischer), 122 engagierten sich für den Schutz anderer bedrohter Tierarten. Bei 2385 Zeil-Besuchern handelte es sich um orientierungslose Jugendliche, 17 Personen wollten einkaufen.

Load-Date: September 12, 2012

Irreführend

Die Welt

Dienstag 4. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbrief; S. 2; Ausg. 127

Length: 248 words

Body

Zu: „So nicht, Italien!“ vom 31. Mai

Mit Befremden und Enttäuschung habe ich den Kommentar gelesen. Irreführend und nicht wahrheitsgetreu spielt der Artikel auf eine systematische Politik der italienischen Behörden an, mit der durch finanzielle Anreize die Einwanderung von Bürgern aus Drittstaaten nach Deutschland gefördert werden soll. Auf diese Weise wird der Artikel der Realität nicht gerecht und ist von einer boshaften Auslegung der Ereignisse geprägt. Der Kommentar behauptet, dass Italien von der Küste Afrikas stammende **Flüchtlinge** ausdrücklich ermutigt, nach Deutschland weiter zu ziehen.

Dazu möchte ich betonen, dass die italienische Regierung mit ihrer Maßnahme, über die im Übrigen die deutschen Behörden zuvor unterrichtet waren, in keiner Weise beabsichtigt, die Auswanderung von Immigranten nach Deutschland zu fördern. Vielmehr erfolgte die Bereitstellung der Summe als Beitrag zu den Kosten der Erstversorgung und zur Unterstützung einer Integration in Italien. Sie können mir glauben, dass die Maßnahme nicht dazu gedacht war, das Problem einfach woanders abzuladen. Besonders getroffen hat mich auch die Verwendung bestimmter Ausdrucksweisen wie „Italien spielt mit dem Schicksal traumatisierter Menschen“, obwohl mein Land sich immer wieder und notwendigerweise als Erstes darum bemüht hat, die Notsituation im Zuwanderungsbereich als Folge des Arabischen Frühlings bestmöglich zu bewältigen.

Elio Menzione, Botschafter der Italienischen Republik in Deutschland, Berlin

Load-Date: June 4, 2013

Lufthansa; Passagier hilft Pilot beim Landen

Die Welt

Mittwoch 21. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Kompakt; S. 23; Ausg. 273

Length: 129 words

Body

Bei einem hollywoodreifen Luftzwischenfall über dem Nordatlantik hat ein Passagier einem Jumbo-Kapitän der Lufthansa bei der außerplanmäßigen Landung in Dublin geholfen. Der Vorfall trug sich am Montag zu, nachdem der diensthabende Kopilot wegen eines starken Migräneanfalls arbeitsunfähig geworden war. Das berichteten mehrere irische Zeitungen und Branchendienste am Dienstag.

Bei dem Passagier handelte es sich um einen Piloten einer US-Fluggesellschaft, sagte eine Lufthansa-Sprecherin der „Welt“. Der Mann habe eine Lizenz zum Fliegen von Maschinen des Typs B747. Es handelte sich um den Flug LH403 von Newark an der US-Ostküste nach Frankfurt am Main mit 264 Passagieren an Bord. Das Flugzeug landete um 5.30 Uhr am Morgen sicher auf dem Flughafen der irischen Hauptstadt.

Load-Date: January 26, 2013

Syrien: Putins Geste in Richtung Obama; Russland könnte im UN-Sicherheitsrat doch einer militärischen Operation zustimmen. Moskau fordert aber „überzeugende“ Beweise

Die Welt

Donnerstag 5. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 207

Length: 443 words

Byline: Julia Smirnova

Body

Vor dem G-20-Gipfeltreffen in Sankt Petersburg will Wladimir Putin offenbar die Atmosphäre entspannen. In einem Interview mit internationalen Journalisten sagte der russische Präsident, er rechne sehr damit, am Rande des Gipfels mit Obama sprechen zu können. So ein Treffen wäre „nützlich“. Der US-Präsident sei „ein sehr guter Gesprächspartner“. Die bisherigen bilateralen Gespräche seien konstruktiv verlaufen, sagte Putin. Ursprünglich war auch geplant, dass Obama vor dem Gipfel noch nach Moskau kommt, um sich mit Putin zu treffen. Doch nachdem Russland dem ehemaligen Geheimdienstler Edward Snowden Asyl gewährt hatte, sagte Obama seinen Besuch in Moskau ab und ersetzte ihn durch eine Reise nach Schweden.

Eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates für eine militärische Operation in Syrien war in absehbarer Zeit nicht für möglich gehalten worden, denn die Vetomacht Russland hatte sich bislang immer dagegen ausgesprochen. Nun sagte Putin, er schließe nicht aus, dass Russland einem Militärschlag zustimmen könnte. Das klingt überraschend, bedeutet aber nicht, dass Russland das tatsächlich tut. Voraussetzung für eine russische Zustimmung wären „überzeugende“ Beweise dafür, dass die syrische Regierung Chemiewaffen eingesetzt hat. Denn die Beweise, die bereits vorliegen, hält Putin definitiv für nicht ausreichend. Obama bekräftigte dagegen nach einem Treffen mit Schwedens Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt seine Entschlossenheit zu einem militärischen Eingreifen. „Wir sind sehr davon überzeugt, dass Chemiewaffen angewandt wurden und dass Herr Assad die Quelle dafür ist.“ Die Gewalt im Land könne mit der Unterstützung Russlands „sehr viel schneller“ beendet werden. „Meine Glaubwürdigkeit steht nicht auf dem Spiel, sondern die der Weltgemeinschaft.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fährt nur mit geringen Hoffnungen auf eine Lösung nach Sankt Petersburg. „Es sieht derzeit sehr wenig nach einem russischen Einlenken aus“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Trotzdem wolle Deutschland „jede kleinste Chance“ nutzen, um bei den Vereinten Nationen doch noch zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Im Unterschied zu früheren Treffen wird Merkel von Außenminister Guido Westerwelle (FDP) begleitet. Er trifft sich mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow.

Syrien: Putins Geste in Richtung Obama Russland könnte im UN -Sicherheitsrat doch einer militärischen Operation zustimmen. Moskau fordert aber „überzeugende“ Be....

Frankreich will mit einer militärischen Strafaktion gegen die syrische Führung eine Lösung beschleunigen. „Wir wollen das Ende des Regimes von Baschar-al-Assad“, sagte Premierminister Jean-Marc Ayrault in einer Sondersitzung des Parlaments. Es sei nicht zu akzeptieren, dass ein Land Chemiewaffen verwende. „Wenn wir nicht zuschlagen, ist keine politische Lösung möglich.“

Seite 7

Load-Date: September 5, 2013

End of Document

Die Welt in Kürze Kompakt; Euro-Rettung: Verfassungsgericht verhandelt im Juni weitere ESM-Klagen ++ Bayern: Abgeordnete dürfen keine Angehörigen mehr anstellen ++ SPD: Zeitarbeitsfirma klagt doch nicht wegen „Wir“-Slogan ++ Sachsen-Anhalt: Möllring wird neuer Wirtschaftsminister ++ Afghanistan: Nato lobt deutsche Pläne für Zeit nach 2014 ++ Bulgarien: Korruptionsverdacht gegen obersten Mafia-Jäger ++ Korea: US-Generalstabschef bekräftigt Bündnis mit Süden ++ Pakistan: Ex-Präsident Musharraf nach Flucht festgenommen ++ Europäische Union: Die Zahl der illegalen Flüchtlinge geht zurück ++ Streit beendet: Serbien und Kosovo einigen sich auf Kompromiss ++ Türkei: Abgeordnete planen neue Privilegien für sich ++ Argentinien: Kirchner trifft den neuen Erzbischof

Die Welt

Samstag 20. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 8; Ausg. 92

Length: 1719 words

Byline: Smü

Body

Euro-Rettung

Verfassungsgericht verhandelt im Juni weitere ESM-Klagen

Das Bundesverfassungsgericht nimmt im Juni erneut den Euro-Rettungsschirm ESM und die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Schuldenkrise unter die Lupe. Der Zweite Senat hat die mündliche Verhandlung im Hauptsacheverfahren für den 11. und 12. Juni angesetzt. Gegen den ESM hat der Verein Mehr Demokratie zusammen mit mehr als 37.000 Bürgern geklagt. Im September vergangenen Jahres hatten die Verfassungsrichter den ESM-Beitritt Deutschlands in einer Eilentscheidung unter Auflagen vorläufig genehmigt. Zudem behielt sich das Gericht aber vor, noch genauer zu prüfen, ob die EZB beim Aufkauf von Staatsanleihen der Euro-Krisenstaaten ihre Kompetenzen überschritten habe. Der dauerhafte Rettungsfonds ESM soll Krisenländer mit Notkrediten von bis zu 500 Milliarden Euro unterstützen. Am Donnerstag gab der Bundestag grünes Licht für bis zu neun Milliarden Euro der Euro-Länder für Zypern. Zum ESM-Kapital von 700 Milliarden Euro steuert Deutschland

Die Welt in Kürze Kompakt Euro-Rettung: Verfassungsgericht verhandelt im Juni weitere ESM-Klagen ++
Bayern : Abgeordnete dürfen keine Angehörigen mehr anstellen....

21,7 Milliarden Bareinlagen und 168,3 Milliarden Garantien bei. Das deutsche Risiko liegt damit im Extremfall bei 190 Milliarden Euro.

Bayern

Abgeordnete dürfen keine Angehörigen mehr anstellen

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) will dafür sorgen, dass Landtagsabgeordnete künftig keine engen Familienangehörigen mehr als Mitarbeiter beschäftigen können. Neuverträge sind zwar bereits seit dem Jahr 2000 nicht mehr erlaubt, die Fortführung älterer Verträge wurde damals aber gestattet. Diese Regel sei nach 13 Jahren „nicht mehr begründbar und gegenüber der Öffentlichkeit darstellbar“, sagte Seehofer „Sueddeutsche.de“. „Deshalb muss man diese Regelung beenden.“ Zum einen forderte Seehofer die betroffenen Mitglieder seines Kabinetts auf, entsprechende Arbeitsverträge umgehend zu kündigen. Zum anderen appellierte er an die Koalitionsfraktionen, noch vor der Wahl eine Regelung zu finden, die dies unterbindet.

SPD

Zeitarbeitsfirma klagt doch nicht wegen „Wir“-Slogan

Die Firma Propartner will die SPD nun doch nicht wegen ihres Wahlkampf-Slogans „Das Wir entscheidet“ verklagen. Die Firma werde „derzeit keine rechtlichen Schritte unternehmen“, hieß es in einer Mitteilung. Vor gut einer Woche hatte das Unternehmen in Weil am Rhein der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück noch mit Ärger gedroht, weil die Partei für ihren Bundestagswahlkampf denselben Slogan nutzt wie die Firma. Für sein Unternehmen, das den Slogan 2007 kreierte, sei es ein Nachteil, mit der SPD in Verbindung gebracht zu werden, hatte Firmenchef Christophe Cren argumentiert. Als Grund nannte er die ablehnende Haltung Steinbrücks zur Zeitarbeit. „Wir bedauern es, dass die SPD nicht die positive Auswirkung der Arbeitnehmerüberlassung auf den deutschen Arbeitsmarkt anerkennt“, sagte Cren jetzt.

Sachsen-Anhalt

Möllring wird neuer Wirtschaftsminister

Der ehemalige niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) wird neuer Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt. Er habe das Angebot von Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) am Donnerstagabend spontan bei einer Autofahrt angenommen, sagte Möllring. „Der Mantel der Geschichte weht nur einmal“, sagte Möllring. Er werde sich jetzt in Magdeburg eine Wohnung suchen und wolle zunächst Land und Leute kennenlernen. Sachsen-Anhalts bisherige Wirtschafts- und Wissenschaftsministerin Birgitta Wolff (CDU) wurde entlassen. Damit zog Haseloff offenbar Konsequenzen aus Meinungsverschiedenheiten über den geplanten massiven Sparkurs an den Hochschulen.

Afghanistan

Nato lobt deutsche Pläne für Zeit nach 2014

Die Nato hat das Angebot Deutschlands zu seinem Afghanistan-Engagement ab 2015 gelobt. „Ich begrüße wärmstens die deutsche Ankündigung, in so bedeutender Weise“ zu dem künftigen Einsatz ab dem Jahr 2015 beizutragen, sagte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen in Brüssel. Positiv äußerte sich auch der Bundeswehrverband. Rasmussen sagte, der deutsche Beitrag könne als „Beispiel“ und „Ermutigung“ für andere Staaten dienen. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hatte angekündigt, dass die Bundesregierung nach dem für Ende 2014 geplanten Abschluss des Kampfeinsatzes zunächst 600 bis 800 Soldaten in dem Land stationieren könne. Zwei Jahre später solle sich die Stärke dann auf 200 bis 300 Soldaten reduzieren. Der Chef des Bundeswehrverbands, Ulrich Kirsch, nannte im SWR die Absichtserklärung der Bundesregierung „zielführend“. Allerdings sei noch unklar, wie der vergrößerte zivile Einsatz gestaltet und gesichert werden solle. Darum müsse sich die Regierung kümmern.

Die Welt in Kürze Kompakt Euro-Rettung: Verfassungsgericht verhandelt im Juni weitere ESM-Klagen ++
Bayern : Abgeordnete dürfen keine Angehörigen mehr anstellen....

Bulgarien

Korruptionsverdacht gegen obersten Mafia-Jäger

Bulgariens Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den obersten Anti-Mafia-Kämpfer wegen Verdacht der Korruption im großen Stil. Dem Chef des Polizeidienstes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Stanimir Florow, wurde am Freitag vorgeworfen, von 1999 bis 2002 von Drogenschmugglern Schutzgeld von umgerechnet 10.000 Euro kassiert zu haben. 2009 stieg Florow zum Chef des wichtigsten Polizeidienstes des EU-Landes auf, das dem grenzkontrollfreien Schengen-Raum beitreten möchte.

Korea

US-Generalstabschef bekräftigt Bündnis mit Süden

Angesichts der anhaltenden Spannungen auf der Koreanischen Halbinsel hat US-Generalstabschef Martin Dempsey die Bereitschaft seines Landes zur Verteidigung Südkoreas bekräftigt. Es sei die unerschütterliche Verpflichtung der USA, Südkorea mit allen verfügbaren militärischen Mitteln zu verteidigen, sagte Dempsey bei Sicherheitsberatungen beider Seiten. Zu den Mitteln gehörten der „nukleare Schutzschirm“, konventionelle Kräfte und die Raketenabwehr der Vereinigten Staaten. Beide Seiten betonten zudem, gemeinsam auf jede Provokation durch Nordkorea strikt zu reagieren. Sie beriefen sich dabei auf einen Einsatzplan, den beide Länder im März unterzeichnet hatten und der im Falle einer Eskalation des Konflikts mit dem kommunistischen Norden umgesetzt werden soll.

Pakistan

Ex-Präsident Musharraf nach Flucht festgenommen

Einen Tag nach seiner spektakulären Flucht aus einem Gerichtsgebäude ist der frühere pakistanische Militärmachthaber Pervez Musharraf nun doch noch festgesetzt worden. Er habe sich am Freitag der Justiz gestellt, sagte Qamar Afzal, einer von Musharrafs Anwälten. Daraufhin sei er formal festgenommen worden, und ein Richter habe zwei Tage Untersuchungshaft angeordnet. Laut Afzal wurde Musharraf zunächst zurück in seine Residenz am Rande Islamabad eskortiert, später brachten ihn dann die Beamten ins Polizeihauptquartier. Der staatliche Nachrichtensender Radio Pakistan berichtete hingegen, Musharraf habe sich nicht freiwillig gestellt. Vielmehr sei er verhaftet und vorgeführt worden. In dem Fall geht es um die Verhängung von Hausarrest gegen Richter im Jahr 2007.

Europäische Union

Die Zahl der illegalen Flüchtlinge geht zurück

Härtere Kontrollen an Europas Außengrenzen haben die illegale Zuwanderung auf den tiefsten Stand seit vier Jahren gesenkt. Die EU-Staaten zählten 2012 rund 73.000 unerlaubte Grenzübertritte - halb so viele wie im Jahr zuvor. Das teilte die EU-Grenzschutzagentur Frontex in Brüssel mit. Ein Grund für den Rückgang sei, dass Griechenland seine Grenze zur Türkei stärker kontrolliere, sagte Frontex-Direktor Ilkka Laitinen. Diese Grenze ist eine der wichtigsten Routen für illegale Einwanderer aus Asien und Afrika in die EU. Außerdem ging die Zahl der Flüchtlinge aus den nordafrikanischen Ländern zurück, die im Vorjahr wegen des „arabischen Frühlings“ zu Tausenden geflohen waren. Frontex erhebt erst seit dem Jahr 2008 systematisch diese Daten. Seitdem sank die Gesamtzahl erstmals unter 100.000 Fälle. Ein Sondereffekt war der „arabische Frühling“, in dessen Folge 2011 die Flüchtlingszahl sprunghaft gestiegen war. Nun sei sie wieder gesunken. Die meisten über Nordafrika Flüchtenden steuern Europa in Booten übers Mittelmeer an. Eine große Rolle spiele, dass Griechenland seine Grenze zur Türkei schärfer bewache, sagte Laitinen. So wurde ein kilometer langer Zaun entlang der Grenze zur Türkei gebaut, außerdem schickte Athen im Sommer 1800 Grenzpolizisten zusätzlich an die Grenze.

Streit beendet

Die Welt in Kürze Kompakt Euro-Rettung: Verfassungsgericht verhandelt im Juni weitere ESM-Klagen ++
Bayern : Abgeordnete dürfen keine Angehörigen mehr anstellen....

Serbien und Kosovo einigen sich auf Kompromiss

Serbien und das Kosovo haben sich im jahrzehntelangen Streit um den Kosovo auf einen Kompromiss geeinigt. Über Twitter teilte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton mit, dass es sich um einen „wichtigen Schritt für die beiden Länder“ handle. Der Durchbruch in den Verhandlungen, der in Brüssel von Ashton vermittelt worden war, habe eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo zum Ziel. Die frühere serbische Provinz Kosovo hatte 2008 ihre Unabhängigkeit erklärt, was Serbien bisher nicht anerkannt hatte. Eine Einigung zwischen den Konfliktparteien ist Voraussetzung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen der EU mit Serbien. Die Regierung des Kosovo hofft ihrerseits auf eine Partnerschaftsvereinbarung mit der EU, ein sogenanntes Assoziierungsabkommen.

Türkei

Abgeordnete planen neue Privilegien für sich

Türkische Politiker wollen keine Verkehrsstrafen mehr zahlen. Laut einem Gesetzentwurf im Parlament wollen sich die Abgeordneten von der Bußgeldpflicht befreien, wie türkische Medien meldeten. Zudem sollen die Wagen von Abgeordneten wie schon jetzt Polizei- und Rettungsfahrzeuge das Recht erhalten, auf der Standspur zu fahren und Kreuzungen bei Rot zu überqueren. Zur Begründung wurde besonders auf die Verkehrsprobleme der staugeplagten 15-Millionen-Metropole Istanbul hingewiesen. Mit dem Gesetzentwurf wollen sich die Abgeordneten noch andere Vergünstigungen gönnen, unter anderem Diplomatenvässe auf Lebenszeit.

Argentinien

Kirchner trifft den neuen Erzbischof

Die argentinische Präsidentin Cristina Kirchner hat überraschend den neuen Erzbischof von Buenos Aires, Mario Poli, empfangen. Wie die Tageszeitung „Los Andes“ berichtete, habe die Präsidentin um das Treffen gebeten, da sie am Samstag nicht an der Amtseinführung Polis teilnehmen könne. Kirchner steht unter extremem öffentlichem Druck. Am Donnerstag hatten mehr als eine Million Menschen gegen ihre Politik demonstriert. Der Protest richtete sich gegen die zunehmende Kriminalität und Korruption, aber auch gegen eine Justizreform. Die Neuregelung soll der Regierung mehr Rechte bei der Ernennung von Richtern geben und Einspruchsmöglichkeiten der Bürger beschneiden.

Load-Date: April 20, 2013

Mord in 41 Sekunden?; Die Rekonstruktion eines NSU-Mordes wirft viele Fragen auf

Die Welt

Montag 10. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 212

Length: 1502 words

Byline: Manuel Bewarder

Florian Flade

Uwe Müller

Highlight: Ein Verfassungsschützer war bei der Tat 2006 in Kassel vor Ort. Er meldete sich allerdings nicht als Zeuge bei der Polizei. Andreas T. tritt nun vor dem Untersuchungsausschuss auf. Umstritten ist auch die Rolle der hessischen Landesregierung.

Body

Was weiß dieser Mann? Am Dienstag wird Andreas T. vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags sitzen. Ein ehemaliger Verfassungsschützer, der Rätsel aufgibt.

Der heute 45-Jährige besucht am 6. April 2006 nach Dienstschluss ein Internetcafé in der Kasseler Nordstadt. Knapp eine Viertelstunde später wird der Inhaber des Ladenlokals durch zwei Schüsse getötet. Halit Yozgat ist das letzte Opfer der sogenannten Ceská-Mordserie an neun **Migranten**, die der rechtsextremen Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) zugerechnet wird. Doch von dem furchtbaren Verbrechen hat Andreas T. nach eigener Aussage nichts mitbekommen.

Manche halten T. deshalb für einen Lügner. Die „Zeit“ fragte vor ein paar Wochen sogar: „Hat ein hessischer Verfassungsschützer einen der NSU-Morde begangen?“ Dafür gibt es jedoch keinen Anhaltspunkt - obwohl der Fall bereits zwei Mal aufgerollt worden ist. Die Fahnder halten für ausgeschlossen, dass Andreas T. der Täter ist.

Allerdings glauben erfahrene Ermittler bis heute, dass T. nicht die volle Wahrheit sagt. Hat er am Tatort wirklich nichts gehört und gesehen? War es purer Zufall, dass er an diesem Tag noch kurz vor der Tat mit einem V-Mann aus dem rechtsextremen Milieu telefonierte? Was würde es schließlich bedeuten, wenn ein Verfassungsschützer einen der NSU-Morde mitbekommen hat? Das sind Fragen, die sich auch die Mitglieder des Untersuchungsausschusses stellen. Dort soll T. an diesem Dienstag aussagen.

Mord in 41 Sekunden? Die Rekonstruktion eines NSU-Mordes wirft viele Fragen auf

Um zu verstehen, warum es solche Zweifel an den Aussagen des langjährigen Verfassungsschützers gibt, muss man nachvollziehen, was an jenem Donnerstagnachmittag im April 2006 in Kassel geschehen ist. Dabei kommt es auf Sekunden an.

Andreas T. verlässt früh die Kasseler Außenstelle des hessischen Verfassungsschutzes, laut Stempeluhr um 16.43 Uhr. Er setzt sich in seinen Mercedes und steuert das nahe gelegene Internetcafé in der Holländischen Straße 82 an. Das Lokal besteht aus einem Empfangsbereich mit Tresen und Telefonkabinen sowie einem Computerraum im hinteren Bereich.

Der Verfassungsschützer ist bereits seit zwei, drei Jahren regelmäßiger Besucher des Internetcafés. Dort verwandelt er sich in „wildman70“, flirtet unter diesem Pseudonym auf dem Portal iLove.de mit Frauen. Seine aktuelle Favoritin heißt „TanyMany“. Mit ihr will sich T. auch an diesem Tag austauschen. Er loggt sich um 16.51 Uhr ein, nimmt Platz im hinteren Teil des Cafés, nachdem ihm der Besitzer diesen Platz zugewiesen hat. Rund zehn Minuten später ist eben jener Besitzer, Halit Yozgat, tot.

Die Ermittler der Mordkommission verhören die Zeugen, die im Café während des Tatzeitpunktes telefoniert oder gesurft haben. Nur einen Kunden finden sie nicht: Andreas T. Er ist spurlos verschwunden.

Es dauert fast zwei Wochen, bis es der Polizei anhand der beim Flirtforum angegebenen Kontaktdaten gelingt, T. zu identifizieren. Aus der Presse hat er schon längst von der Tat erfahren. Auch Kollegen haben ihn bereits darauf angesprochen. Bei der Polizei hat er sich jedoch nicht gemeldet.

In seiner ersten Vernehmung sagt T., er habe angenommen, er sei schon am Tag vor der Tat in dem Café gewesen. Auch in der zweiten Vernehmung beharrt T. darauf, sich im Datum geirrt zu haben. Nun aber nennt er auch andere Gründe: Er habe wegen des Surfens und Flirtens im Netz ein schlechtes Gewissen gegenüber seiner Ehefrau gehabt. Zudem befürchte er, der Verfassungsschutz könne durch ihn öffentlich ins Zwielficht gerückt werden. Damit fällt es jedoch schwerer, T. zu glauben.

Fest steht auf jeden Fall: Die Anwesenheit im Internetcafé ist für T. doppelt katastrophal. Während er dort Kontakt zu Frauen sucht, sitzt seine Ehefrau hochschwanger daheim. Zu diesem Zeitpunkt sind sie erst seit rund vier Monaten verheiratet.

Beruflich ist der Besuch ebenfalls ein Fiasko. Denn das Internetcafé liegt nur vier Hausnummern von einer Moschee entfernt, um die sich T. dienstlich kümmern soll. Ein Verfassungsschützer, der sich in direkter Nähe eines Observationsobjektes wiederholt in eine kompromittierende Lage bringt, verstößt in grober Weise gegen Dienstvorschriften.

Könnten das Gründe sein, warum T. sagt, er habe von dem Mord nichts mitbekommen? Keinen Schuss gehört, keine Leiche gesehen. Er gibt an, wahrscheinlich habe er das Geschäft vor dem Mord verlassen. Die Rekonstruktion der Tat wird damit zum Sekundenkrimi.

Laut Verbindungsdaten hat sich T. kurz nach 17.02 Uhr von seinem Computer abgemeldet. Dann will er in den vorderen Bereich des Internetcafés zum Bezahlen gegangen sein, ohne den Besitzer anzutreffen. Ihn habe er nun vergeblich vor der Tür gesucht, sei zurückgekehrt und habe 50 Cent auf den Empfangstresen gelegt. Danach will er das Café erneut verlassen haben und in seinen Mercedes eingestiegen sein. Das muss, so die Analyse der Polizei, spätestens 15 Sekunden vor 17.03 Uhr gewesen sein. 26 Sekunden nach 17.03 Uhr findet Vater Yozgat seinen toten Sohn. Dazwischen liegen maximal 41 Sekunden.

Sollten ausgerechnet in dieser knappen Zeitspanne der oder die Täter in das Internetcafé gestürmt und Halit Yozgat erschossen haben? Theoretisch ist das möglich. Aber wie wahrscheinlich?

Keiner der anderen Zeugen hat die Tat gesehen. Zwei Männer sind an ihrem Computer in Pornoseiten vertieft. Der dritte Mann und die Frau mit Kind telefonieren, sie schauen nicht in Richtung von Halit Yozgat, der im Empfangsbereich sitzt. Allerdings hören die meisten Zeugen ein dumpfes Geräusch - vermutlich einen Schuss aus der mit einem Schalldämpfer ausgestatteten Česká. Sollte T. zu diesem Zeitpunkt noch im Raum gewesen sein,

Mord in 41 Sekunden? Die Rekonstruktion eines NSU-Mordes wirft viele Fragen auf

muss er beim Verlassen des Lokals mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den niedergestreckten Besitzer Halit Yozgat registriert haben.

Andreas T. aber beharrt darauf: Er will von der Mordtat nichts mitbekommen haben. Die Fahnder allerdings können dieser Version nicht ohne Weiteres folgen. 34 Bände umfassen die Ermittlungsakten. Darin stehen weitere Merkwürdigkeiten, die Anlass geben, T. zu misstrauen. Da ist die Sache mit dem Schützenverein, in dem T. jahrelang Mitglied ist. Deshalb besitzt er ganz legal drei Kurzwaffen und ein Gewehr. Diese Waffen bewahrt er in seiner Zweitwohnung im Haus seiner Eltern auf. Doch die wissen davon ebenso wenig wie seine Ehefrau. Grund für die Geheimhaltung: Andreas T. weiß, dass die Familie sein Hobby niemals tolerieren würde. Deshalb verschweigt er es. Auch Kontakte von T. in das Rockermilieu, unter anderem zum Kasseler Hells-Angels-Chef, werden erst nach dem Mord bekannt.

Und dann ist da noch die Sache mit der Hausdurchsuchung. Dabei entdecken Beamte Relikte aus T.s Jugend: Auszüge aus Hitlers „Mein Kampf“, per Schreibmaschine abgetippt. Unterlagen zur SS. Stempel aus dem Dritten Reich. Nachgemachte Hitler-Unterschriften. Im Ort wurde T. einst „Kleiner Adolf“ genannt, weil er mit Springerstiefeln und langem Mantel herumliefe. T. sagt, das sei Vergangenheit.

Trotzdem wird der Verfassungsschützer kurz in Polizeigewahrsam () genommen. Vorübergehend ist er der Hauptverdächtige der Polizei, Telefone von ihm und seiner Familie werden abgehört. Die Polizei unternimmt sehr viel. Das hessische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) allerdings stellt sich in einer Weise vor seinen Mitarbeiter, die für viele auch im Nachhinein nicht nachvollziehbar ist. Eine Vorgesetzte etwa telefoniert mit dem vom Dienst freigestellten T., vereinbart ein Treffen auf einem Autobahnrasthof. Wie in einem schlechten Krimi.

Auch das wird ein großes Thema für den Untersuchungsausschuss am Dienstag sein. Noch vor T. wollen die Abgeordneten den damaligen LfV-Präsidenten befragen. Ende des Monats soll sogar der damalige Landesinnenminister und heutige Ministerpräsident Hessens, Volker Bouffier (CDU), aussagen. Die Frage an ihn: Warum arbeiteten Verfassungsschutz und Polizei so schlecht zusammen? Dem für den Verfassungsschutz zuständigen Minister wird vorgeworfen, dass er die Aufklärung des Mordes in Kassel behindert hat. Bouffier habe zum Beispiel nicht erlaubt, dass Ermittler die von T. betreuten V-Männer befragen dürfen.

Dies wäre jedoch vor allem bei der Quelle mit dem Decknamen „GP 389“ interessant gewesen. Dahinter verbirgt sich der ehemalige Rechtsextremist Benjamin G. Kurz vor der Tat im Kasseler Internetcafé ruft T. diesen V-Mann an. Das Telefonat dauert elf Minuten. Die Bundesanwaltschaft hat den V-Mann deshalb bereits stundenlang befragt. Als die „Welt“ ihn in einem kleinen Ort in Nordhessen findet, scheint auch er noch immer nicht zu wissen, warum T. ihn ausgerechnet an diesem Tag so lange sprechen wollte. „Ich habe das auch nicht geschnallt“, sagt G.

Warum hat T. seinen V-Mann just in dieser Stunde angerufen? Überall bleiben Fragen. Vielleicht wird T. am Dienstag vor dem Ausschuss wenig sagen. Niemand muss sich selbst belasten. Viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass T. sprechen wird. Schließlich ist er vor ein paar Wochen bereits im Fernsehen aufgetreten. Da sagte er, alles sei nur ein dummer Zufall: „Ich war tatsächlich, wie ich immer nur wieder betonen kann, zur falschen Zeit am falschen Ort.“

Graphic

dapd/Harry Soremski

Polizeibeamte in Kassel vor dem Internetcafé, in dem der mutmaßlich von der rechtsextremen Terrorgruppe NSU erschossene 21-jährige Halit Yozgat gefunden wurde

Load-Date: January 5, 2013

Mord in 41 Sekunden? Die Rekonstruktion eines NSU-Mordes wirft viele Fragen auf

End of Document

Snowden und Kafka

Die Welt

Freitag 2. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 178

Length: 430 words

Byline: Michael Stürmer

Body

Alles hat seinen Preis. Das gilt auch für das vorläufige Asyl, das Edward Snowden in Putins Russland gewährt wird. In Geheimdienstkreisen muss man liefern, um etwas zu bekommen. Das Wertvollste in Snowdens Reisegepäck waren wohl die Geheimnisse der NSA. Niemand weiß sie besser zu nutzen als die Kameraden von der Gegenseite. Putin begleitete die gefundene Regelung mit der sarkastischen Bemerkung, der Fall Snowden sei zu klein, um das Verhältnis zu den USA dauerhaft zu belasten.

Es ist bisher offen, ob in der unendlichen Geschichte der Geheimdienste Snowden als Held registriert wird, der die Welt vor dem Zugriff des Monsters aus dem Netz bewahren wollte, oder als Wichtigtuer in der Parallelwelt des Cyberspace und Verräter nationaler Sicherheitsinteressen.

In Deutschland, wo man seit den vorhergehenden Exzessen an Staatsmacht und Verbrechen seit 1945 vegetarische Kost vorzieht, wird Snowden ein Heiligenschein zuteil, der ihm anderswo verweigert wird. Der Kalte Krieg sei doch vorbei, hört man von höchster Stelle, so als ob damit auch die verschwiegenen Künste der Geheimdienste nicht mehr gebraucht würden. In London, wo seit jeher die besten Spionagegeschichten geschrieben werden, wird dieses Wunschdenken so wenig geteilt wie in Paris - von Tel Aviv nicht zu reden.

In Deutschland treffen sich, vom bis dato eher inhaltslosen Bundestagswahlkampf beflügelt, reanimierter Antiamerikanismus und strategische Desorientierung auf dem moralisch höheren Gelände. Wäre es nicht an der Zeit, dass die Bundeskanzlerin die Wanderung in Südtirol unterbricht, das selbst gewählte Schweigen beendet und etwas zu einem Thema sagt, das groß genug ist? Wo muss die Neugier des Staates und seiner Diener, geheim oder nicht geheim, enden? Und wo beginnt die Zone, in der Verfassungsgrundsätze zum Fetzen Papier werden? Und wenn man schon dabei ist, dann sollte nicht nur diversen fremden Diensten auf die Finger geschaut werden, sondern auch den eigenen Behörden.

Abgesehen von allen persönlichen Irrungen des 30-jährigen IT-Fachmanns bleiben Fragen, auf die jede Antwort schwerfällt. Am wichtigsten, wie zu verhindern ist, dass die technischen Fertigkeiten auf immer den moralisch-politischen Fähigkeiten davoneilen. Es wird ja, was möglich ist, früher oder später auch Wirklichkeit - allen frommen

Snowden und Kafka

Wünschen zum Trotz. Kann ein Code of Conduct helfen? Ein System der IT-Rüstungskontrolle? Und wer sollte über die Wächter wachen? Wer dürfte, wer müsste auf Informationsdominanz verzichten?

Die schöne neue Cyberwelt ist, Snowden hat es nun weltöffentlich gemacht, zum Kafka-Schloss geworden.

Load-Date: August 2, 2013

End of Document

Was Eltern leisten

Die Welt

Donnerstag 3. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbrief; S. 2; Ausg. 103

Length: 180 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Zu: „Altes Deutschland“ vom 25.4.

Die Älteren unter uns können sich noch daran erinnern, als die Kinderhorte in der ehemaligen DDR als sozialistischer Eingriff in das Erziehungsrecht der Eltern gebrandmarkt wurden. Zu Recht wurde bei uns die häusliche Erziehung in den ersten Lebensjahren als am besten geeignet angesehen. Heute dominiert die Wirtschaftspolitik; das Wohl der Familie und der Kinder spielt noch nicht die ihm gebührende Rolle. Die Argumente der Wirtschaft und der Opposition gegen das Betreuungsgeld gehen nicht vom Normalfall einer Familie aus. Sie beanstanden, dass in schwierigen sozialen Milieus und bei Migrantenfamilien die Versuchung groß sei, die Kinder nicht in den Kindergarten zu geben. Doch das Versagen einzelner Familien darf nicht der Maßstab staatlichen Handelns sein. Unsere Verfassung räumt den Eltern auch das Recht zur Wahlfreiheit ein, ob sie ihre Kinder in die Betreuung geben wollen oder diese selbst übernehmen möchten. Eine finanzielle Unterstützung der Eltern sowohl für das eine als auch für das andere ist erforderlich.

Otto Selb, Wittkau

Load-Date: May 3, 2012

Tod eines russischen Zeugen; Neue Wendung im Magnitski-Fall

Die Welt

Donnerstag 29. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 280

Length: 511 words

Byline: Julia Smirnova

Body

Alexander Perepelitschny wollte unbemerkt leben, deshalb beantragte der wohlhabende russische Finanzhändler vor drei Jahren Asyl in Großbritannien. Dort lebte der 44-Jährige im Vorort der Kleinstadt Weybridge, bis er vor zwei Wochen plötzlich vor seinem Haus verstarb. Die Todesursache ist noch immer ungeklärt, Perepelitschny soll vor seinem Ableben kerngesund gewesen sein. Als sicher hingegen gilt, dass der Mann viele Feinde hatte, mit denen er nicht immer legale Geschäfte machte. Was Perepelitschnys Tod aber besonders brisant macht, ist die Tatsache, dass er der wichtigste Zeuge in einem Fall über Geldwäsche und Veruntreuung von russischen Staatsgeldern in Millionenhöhe war, in dem die Schweizer Staatsanwaltschaft ermittelt. Unter Verdacht stehen russische Beamte, die sich bereichert haben sollen.

Das Geflecht war vor vier Jahren von einem russischen Anwalt namens Sergej Magnitski aufgedeckt worden, der damals für den in London ansässigen Investmentfonds Hermitage Capital arbeitete. Magnitski beschuldigte Mitarbeiter des russischen Innenministeriums, gemeinsam mit korrupten Beamten für die Geldwäsche und Veruntreuung verantwortlich zu sein. Daraufhin wurde der Anwalt selbst festgenommen, er starb später qualvoll an einer unbehandelten Krankheit im Gefängnis.

Während die Polizei in Weybridge noch immer über die Todesursache von Alexander Perepelitschny rätselt, gehen die Spekulationen um dessen Rolle im Magnitski-Fall weiter. Einer der größten Feinde von Perepelitschny war bekanntlich Wladlen Stepanow, dessen Frau Olga Stepanowa eine russische Steuerbehörde leitete. Es steht mittlerweile fest, dass Stepanowa mehrere illegale Steuerrückzahlungen von rund einer Milliarde Euro billigte. Im Mai des vergangenen Jahres schrieb ihr Ehemann in seinem Blog, dass acht Millionen Euro auf seinem Konto bei einer Schweizer Bank auf Betreiben der Schweizer Staatsanwaltschaft gesperrt worden waren. „Nur ein Mensch konnte die Informationsquelle sein - Alexander Perepelitschny. Dieser Mensch schuldet mir viel Geld“, schrieb Stepanow wütend. Er habe Perepelitschny Mitte der 90er kennengelernt und ihn für einen „Finanzgenie“ gehalten. Seit 1995 sei dieser damit beauftragt gewesen, Stepanows Vermögen zu verwalten - unter anderem das Konto in der Schweiz. In der Finanzkrise von 2009 habe Perepelitschny viel Geld verloren und verstecke sich seither in London.

Tod eines russischen Zeugen Neue Wendung im Magnitski-Fall

Der „Welt“ liegen Aussagen eines Vertreters von Hermitage Capital vor, an die sich Perepelitschny 2010 wandte. Der Russe habe dem Investmentfonds Beweise dafür geliefert, dass sich namentlich genannte Beamte der russischen Steuerbehörde bereichert haben sollen. Der Fonds habe die Dokumente schließlich an die Schweizer Staatsanwaltschaft weitergeleitet, so kamen die Ermittlungen gegen Stepanow ins Rollen. „Genau deshalb ist es notwendig, dass alle Umstände des Todes von Perepelitschny sorgfältig untersucht werden“, so der Vertreter von Hermitage Capital. Tatsächlich ist Perepelitschny nicht der erste Zeuge oder Verdächtige im Magnitski-Fall, der unter mysteriösen Umständen ums Leben kam.

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

Snowden und die Richter; Washington lockt mit einem fairen Prozess. Der Enthüller sendet ein Signal

Die Welt

Donnerstag 18. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 165

Length: 325 words

Byline: Torsten Krauel

Body

Auch unter Folter, sagt Amerikas berühmtester **Flüchtling** Edward Snowden, werde er keine Geheimnisse preisgeben, die US-Agenten gefährden könnten. Die Äußerung ist Teil eines Deals, der ihm die befristete Duldung in Russland verschafft. Wladimir Putin will die Beziehungen mit Washington nicht durch Snowden-Enthüllungen auf russischem Boden gefährden. Snowdens Äußerung könnte zugleich ein Signal in Richtung Heimat sein. Barack Obamas Justizminister versucht, den flüchtigen Abhörexperthen bei der Ehre zu packen. Er solle den Mut zeigen, sich einem US-Gericht zu stellen. Ein Prozess böte die Chance, dies der Öffentlichkeit zu beweisen und in die politische Offensive zu gehen. Die Versicherung, keine US-Agenten zu gefährden, könnte für Snowden hilfreich sein, wenn er als verfolgter Bürgerrechtler statt als Spion vor eine Jury treten will.

Ein solches Verfahren würde Rechtsgeschichte schreiben. Gegen Snowden wird zu Recht wegen der Preisgabe von Geheimwissen ermittelt, aber seine Position wäre nicht aussichtslos. Immerhin hat Obamas Geheimdienstdirektor seinetwegen einräumen müssen, bei der Frage, ob die NSA Amerikaner überwache, den Kongress belogen zu haben. Auch steht fest, dass es bei der NSA intern zu wenig Sicherungen gegen den Zugriff auf Topsecret-Papiere gab. Die Möglichkeit, dass Snowden in Hongkong und Moskau sein Wissen preisgegeben hat, wird ein US-Gericht nicht beweisen können. Der russische Geheimdienst verfügt aus KGB-Zeiten über Drogen, die einen Menschen zum willenlosen Reden bringen und diese Vernehmung anschließend aus dem Gedächtnis löschen. Ehemalige Sowjetagenten gehen davon aus, dass Snowden auf solche Weise abgeschöpft worden sei. Putin wird sich eher die Zunge abbeißen, als das zu bestätigen, und Snowden wird wegen der gelöschten Erinnerung einen Lügendetektortest bestehen.

Für die einen ist er ein Held, für die anderen ein Verräter. Daran würde ein Prozess nichts ändern, gleichgültig wie er ausginge.

Load-Date: July 18, 2013

Snowden und die Richter Washington lockt mit einem fairen Prozess. Der Enthüller sendet ein Signal

End of Document

Gewalt gegen Frauen

Die Welt

Donnerstag 31. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbrief; S. 2; Ausg. 26

Length: 198 words

Body

Zu: „Aufschrei gegen den Aufschrei“ vom 29. Januar

Die aktuelle „Sexismus-Debatte“ ist völlig überzogen. Derartige Sprüche, wie Brüderle sie gegenüber der „Stern“-Journalistin geäußert hat, haben sicher in einem Abhängigkeitsverhältnis am Arbeitsplatz nichts zu suchen - in einer Hotelbar am Abend aber sind sie normal und durchaus legitim. Dort hat jeder und jede die Freiheit, auf einen Flirt einzusteigen, ihn abzuweisen oder einfach zu gehen. Es ist immer wieder erstaunlich, wie in Deutschland Debatten um Nichtigkeiten losbrechen, während wirkliche Probleme und wirkliches Leid unbeachtet bleiben. Liebe deutsche Sexismus-Debatten-Feministinnen, schaut doch einfach mal in deutsche Frauenhäuser und muslimische Familien - dort werdet ihr so viel Sexismus, sexuellen Missbrauch und Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern finden, dass ihr für euer ganzes weiteres Leben eine sinnvolle Betätigung findet. Dies auszusprechen ist zwar nicht politisch korrekt, dafür aber wahr - die Hälfte der Frauen, die im Frauenhaus Hilfe suchen, sind Migrantinnen, und 42 Prozent der türkischen Frauen werden von ihren Männern geschlagen oder vergewaltigt. DAS ist Sexismus.

Maria Sepeter, Herten

Load-Date: January 31, 2013

[Zippert zappt](#)

Die Welt

Freitag 30. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Zippert zappt; S. 1; Ausg. 77

Length: 181 words

Byline: Hans Zippert

Body

An deutschen Tankstellen wird vor allem morgens abkassiert. Der ADAC stellte kräftige Preissprünge im Tagesverlauf fest, Diesel sei am Abend durchschnittlich 3,3 Cent je Liter günstiger. Extreme Preisaufschläge gebe es nachts. Das liegt daran, dass die Nachtschicht oft mit Vampiren besetzt wird, die gerne das Letzte aus den Autofahrern herausaugen. Tanken wird immer komplizierter: Montags sind die Preise höher als donnerstags, Ostern niedriger als Weihnachten, Frauen zahlen mittwochs weniger, homosexuelle Männer mit **Migrationshintergrund** sollten nur freitags zwischen 11.35 und 12.07 Uhr tanken. Paare mit unerfülltem Kinderwunsch sollten samstagsmorgens nur Super tanken, und während Champions-League-Liveübertragungen ist Zweitaktgemisch 55 Prozent billiger. Tanken wird noch in diesem Sommer ein Ausbildungsberuf. Für viele Autobesitzer lohnt es sich inzwischen, einen Tankberater zu beschäftigen, der ständig mitfährt und nachts in der Garage oder im Kofferraum wohnt. Lassen Sie sich aber Referenzen zeigen, damit Sie sich nicht den Vampir von der Nachttankstelle ins Haus holen.

Load-Date: March 30, 2012

Ein mutiger Aufbruch; Seit jeher verlassen Menschen ihre Heimat für ein besseres Leben. Das muss man auch zur Weihnachtszeit nicht kitschig verklären. Aber bewundern sollte man es

Die Welt

Dienstag 24. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 300

Length: 1073 words

Byline: Marko Martin

Body

Es ist schon seltsam: Da erschallt allerorten die Forderung, dass der moderne Mensch möglichst flexibel sei, reaktionsschnell und vor allem unendlich mobil. Gleichzeitig werden genau jene, die dies zum Nennwert nehmen, als soziales und Sicherheitsrisiko gesehen: in den Aufnahmelagern von Lampedusa und anderswo. Nun muss man gewiss nicht, wie in manch linksnostalgischen Kreisen Usus, den Auswanderer oder **Flüchtling** per se idealisieren und seine Obdachlosigkeit zur billigen Spielmarke machen gegen „unsere“ angebliche Bequemlichkeit. Auch ist nicht jeder, der im Zuzug junger Single-Männer aus islamisch geprägten Ländern beträchtliches Konfliktpotenzial sieht, automatisch ein Hysteriker oder Rassist.

Vielmehr gilt es zwischen der Skylla arroganter Unbesorgtheit und der Charybdis permanenten Misstrauens einen Weg zu finden. Apropos: Hat nicht gerade der Aufbruchselan eines Odysseus unsere abendländische Kultur geprägt, ist der biblische Auszug aus der ägyptischen Sklaverei nicht ebenso Teil einer jahrtausendealten Freiheitsgeschichte wie späterhin dann Josephs, Marias und Jesus' Flucht in eben jenes Land am Nil? Unbehaustheit als Chance, die eigene Existenz neu zu erfinden, den Begriff Heimat variabel zu interpretieren und seines individuellen Glückes selbstbewusster Schmied zu werden. Auch der andere Joseph war einst diesen Weg gegangen, erst notgedrungen und verraten von seinen eigenen Brüdern, dann zunehmend selbstbewusst und clever am Metropolenhof des Pharaos - kein anderer als der Emigrant Thomas Mann hat die Geschichte zum Romanstoff geformt.

Gerade in Deutschland, wo das anheimelnde „zu Haus ist's am schönsten“ schnell ins miefig Selbstzufriedene changiert, könnte die Erinnerung an die eigene Auswanderer-Historie nicht schaden. Wenn im Bibelbuch der Sprüche zu lesen ist „Die Fremdlinge sollst du nicht schinden noch unterdrücken, denn auch ihr seid Fremdlinge gewesen im Ägypterland“, besitzt das auch hierzulande Gültigkeit. Denn wurden nicht nach 1933 Zehntausende von Deutschen, Juden wie Nichtjuden, in die Flucht gedrängt - und hatte danach das Land solch weltläufigen Remigranten wie etwa Willy Brandt nicht ebenso viel zu verdanken wie dem Aufbau-Elan der Ostflüchtlinge? Die

Ein mutiger Aufbruch Seit jeher verlassen Menschen ihre Heimat für ein besseres Leben. Das muss man auch zur Weihnachtszeit nicht kitschig verklären. Aber bewun....

Literatur und damit das kulturelle Gedächtnis Deutschlands wäre undenkbar ohne diese Entwurzelten - von Siegfried Lenz und Günter Grass bis hin zu den DDR-Flüchtlingen vom Schlage Uwe Johnsons, Günter Kunerts, Reiner Kunzes oder Sarah Kirschs. Nicht zufälligerweise ist das gegenwärtig im Ausland wohl beliebteste und gerühmteste deutsche Buch W.G. Sebalds „Die Ausgewanderten“ - zusammen mit Daniel Kehlmanns formidabler Aufbruchsgeschichte „Die Vermessung der Welt“. Dabei nicht jene Deutschen zu vergessen, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert an die Piers von Hamburg und Bremen gezogen waren, um per Schiff und oftmals nur dritter Klasse nach Nord- und Südamerika auszuwandern. Wer möchte, kann da noch einmal in seinem alten Karl May schmökern: Die zahlreichen aufmüpfig-freundlichen Sachsen, die da als getreue Freunde Winnetous in der Prärie auftauchen, sind nämlich häufig „48er“, die nach der Niederschlagung der demokratischen Revolution von 1848 ihrem spätfeudalen Heimatland den Rücken gekehrt hatten.

Was wohl hätten sie gedacht, wäre man ihnen damals mit dem schnöden Spruch gekommen, doch „besser die Verhältnisse vor Ort zu verändern, als einfach zu uns zu flüchten“? Das wäre als genauso unsinnig empfunden worden wie die gegenteilige, ebenso pauschalisierende Rede von der „kulturellen Bereicherung“, die angeblich jeder Auswanderer automatisch seinem neuen Land darbringe. Gleichwohl - und dies jenseits der Kitschfolklore vom wunderbar kochenden Araber oder frohgemut tanzenden Afrikaner - könnten so manche der auf gefährvollen Wegen zu uns Gekommenen etwas Entscheidendes lehren: Ebenfalls Kinder der Moderne, haben sie ihre erste Fremdheitserfahrung nämlich bereits hinter sich - all die Vorwürfe und scheelen Neidblicke in ihren Herkunftsdörfern, als sich herumgesprochen hatte, dass sie von da weg wollten und zu Fuß oder per Boot ausbrechen aus einem jahrhundertealten fatalistischen „Es ist so, wie es ist“.

Sollten wir, bei aller notwendigen Skepsis, es also nicht als Kompliment nehmen, wenn diese Menschen Europa, Deutschland, erwählt haben? Wer sich auf lebensgefährliche Fluchtwege und altersschwache Seelenverkäufer wagt und damit alles riskiert, ist wohl kaum von der alleinigen Motivation getrieben, es sich anschließend „in unserer sozialen Hängematte bequem zu machen“. Wieso sollen wir nicht von der Flexibilität dieser Auswanderer etwas lernen können?

Überdies kehrt sich das Verhältnis zwischen Zentrum und sogenannter Peripherie gerade um, sind „reich und arm“ keine statischen Größen mehr. So fühlt man sich in einst klassischen Auswanderer-Staaten wie Irland und Portugal durchaus geschmeichelt, wenn trotz der Krise noch immer Menschen ihren Weg dorthin finden: marokkanische Landarbeiter im Alentejo, polnische Kellner in Galway, brasilianische Rezeptionisten in Dublin, ukrainische Krankenschwestern in Lissabon. Wobei es ebenfalls passieren kann, dass auswanderungswillige Portugiesen, angelockt vom Wirtschaftsboom in den ehemaligen Kolonien in Angola und Mozambique, ihre afrikanischen Nachbarn und Arbeitskollegen dann nach dem einen Ratschlag fragen für eine Neu-Existenz in Maputo und Luanda.

Dennoch: Solch globale Vernetzungen haben nichts Idyllisches, auch lassen sie sich nicht erklären in der schmalzigen Rede von der „Solidarität derer von unten“. Vermutlich hat diese weltweiten, temporären Komplizenschaft gerade deshalb etwas Berückendes: Oft purer Not gehorchend, erkennen sich hier verwandte Seelen, tapfere „Let's do it“-Individuen, die einen Pflifferling auf „gewachsene Strukturen“ und „authentische Kulturen“ geben. Sie alle sind von einer Mentalität beseelt, die es mit der Gewitztheit der Bremer Stadtmusikanten hält: „Zieh'n wir fort, etwas Besseres als den Tod finden wir überall.“ Doch erfüllt sich diese Hoffnung nicht unbedingt, immer wieder ertrinken Bootsflüchtlinge im Mittelmeer.

Auswanderer sollten willkommen sein - nicht nur zur Weihnachtszeit und ohne Sozialromantik. Vor allem aber jenseits kleinmütiger Ressentiments, die im Flüchtling sogleich den Räuber wittert. Er hat uns mehr zu geben, als wir ahnen.

Ist der biblische Auszug aus der ägyptischen Sklaverei nicht ebenso Teil einer uralten Freiheits-geschichte wie Josephs und Marias Flucht?

Ein mutiger Aufbruch Seit jeher verlassen Menschen ihre Heimat für ein besseres Leben. Das muss man auch zur Weihnachtszeit nicht kitschig verklären. Aber bewun....

Graphic

Getty Images/SuperStock RM

Flucht in ein besseres Leben: Die Heilige Familie versucht, Herodes zu entkommen

getty images

Load-Date: December 24, 2013

End of Document

Nachhilfe fürs Bleichgesicht

Die Welt

Donnerstag 16. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kommentar; S. 23; Ausg. 40

Length: 458 words

Byline: Matthias Heine

Body

Gefälschte Schwarze gibt es nicht nur in Steglitz. Die Aktivisten, die vor drei Wochen einen Sturm der Internetempörung gegen das Berliner Schlossparktheater entfachten, weil dort der weiße Schauspieler Joachim Bliese mit geschwärztem Gesicht einen Afroamerikaner im Stück „Ich bin nicht Rappaport“ spielt, dehnen ihre Aktionen nun auch auf andere Bühnen aus. Vor einigen Tagen verließen 42 (nach eigenen Angaben) von ihnen demonstrativ den Saal, als im Deutschen Theater Berlin der Schauspieler Andreas Döhler in Dea Lohers Tragödie „Unschuld“ als afrikanischer Asylbewerber auftrat - geschminkt als Schwarzer. Später verteilten die Protestierer Flugblätter im Foyer.

Der Protest hat insofern etwas seltsam Anachronistisches, weil er mit dem Begriff „Blackface“ hantiert, der bis dahin den meisten deutschen Theatermachern vermutlich unbekannt war. Die Aktivisten werfen den Bühnenkünstlern vor, sich in eine Tradition zu stellen, die in Deutschland gar nicht existiert. Blackface ist, wenn weiße Komiker sich schminken, um zur Gaudi eines weißen Publikums den dummen Neger zu spielen. Diese Masche reicht in den USA zurück bis in die Minstrel-Shows des 19. Jahrhunderts, an die Spike Lee in seinem Film „Bamboozled“ erinnert hat.

Hierzulande war dieses humoristische Stilmittel allerdings nie weit verbreitet. Nicht, weil wir hier so gute Menschen wären, sondern wohl eher aus Mangel an für Witze verwertbaren Klischees. Es gab in Deutschland so wenig Afrikaner, dass der Vorstellungskreis, der sich mit schwarzen Menschen verband, offenbar zu klein blieb, um ihn dauerhaft für Brachialkomik zu nutzen. Man verfügte noch nicht mal über das nötige geografische Grundwissen - wie der Schlager „Ich lass mir meinen Körper schwarz bepinseln und fahre nach den Fidschi-Inseln“ beweist. Deshalb ist Heinz Ehrhardt nie im Blackface aufgetreten - im Gegensatz zu Benny Hill. Erst Martin Sonneborn ließ sich auf Blackface geschminkt im Berliner Wahlkampf fotografieren - dazu der Spruch „Ich bin ein Obama“.

Doch trotz seiner Bemühungen bleiben die Farben, die man in Deutschland mit Rassismus verbindet, eher Braun (wie die Hemden der Nazis). In Amerika ist man schon ein Stück weiter. Dort hat der weiße Komödiant Dave Ackerman Blackface genutzt, um die vermeintliche Ignoranz von weißen Studenten der Brigham-Young-Universität in Utah zu „entlarven“. Mit geschminktem Gesicht interviewte er sie zum „Black History Month“, in dem historische

Nachhilfe fürs Bleichgesicht

afroamerikanische Persönlichkeiten gefeiert werden. Dass Studenten nicht wussten, wer Malcolm X war, wurde ihnen von Teilen der schwarzen Community als Majestätsverbrechen angekreidet. Die Kritik an Ackermans Blackface-Auftritt blieb dagegen moderat. Der gute Zweck heiligte hier wohl das böse Mittel.

feuilleton@welt.de

Load-Date: February 16, 2012

End of Document

Klima-Flucht

Die Welt

Mittwoch 27. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 277

Length: 178 words

Byline: Jens Wiegmann

Body

Fast wäre Ioane Teitiota als erster offizieller Klimaflüchtling in die Geschichte eingegangen. Der 37-Jährige von der Pazifikinsel Kiribati hatte in Neuseeland nach Ablauf seines Visums Asyl beantragt und sich auf die UN-Flüchtlingskonvention berufen. Aufgrund der Klimaveränderungen in seinem Heimatland, das aus Korallenatollen nur knapp über dem immer höher steigenden Meeresspiegel besteht, sei eine Abschiebung nicht zumutbar. Einige Regionen seien bereits unbewohnbar, Ernten zerstört, Brunnen durch Salzwasser kontaminiert. Richter John Priestly bestätigte die Umweltschäden. Aber auf jemanden, der ein besseres Leben suche, indem er den empfundenen Folgen des Klimawandels entfliehe, treffe die Konvention nicht zu. Andererseits gehören die Einwohner Kiribatis laut UN-Menschenrechtskommission zu denjenigen, die aufgrund des Klimawandels „staatenlos“ werden könnten. Die Regierung von Kiribati überlegt, alle gut 100.000 Einwohner umzusiedeln oder künstliche Inseln anzulegen. Hart wird die Abschiebung für Teitiotas drei Kinder - sie wurden in Neuseeland geboren.

Load-Date: November 27, 2013

**Ausland Kompakt; Afghanistan: Bundesregierung bekräftigt Hilfe nach 2014
++ Syrien: Kampfflugzeug beschießt Dorf nahe türkischer Grenze ++ Kongo:
Gespannte Ruhe in Krisenregion ++ Nahost: Papst fordert Religionsfreiheit
für Christen ++ Palästinenser: Hamas unterstützt Initiative von Präsident
Abbas bei UN ++ Norwegen: Polizei entschuldigt sich für Deportation von
Juden**

Die Welt

Dienstag 27. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 278

Length: 738 words

Body

Afghanistan

Bundesregierung bekräftigt Hilfe nach 2014

Deutschland hat bekräftigt, Afghanistan auch nach dem Abzug der Kampftruppen 2014 weiter zu unterstützen. „Wir lassen Afghanistan nicht im Stich“, unterstrich Außenminister Guido Westerwelle in Berlin nach einem Treffen mit seinem afghanischen Amtskollegen Zalmay Rassoul. Es solle kein „Sicherheitsvakuum“ entstehen. Ähnlich äußerte sich Entwicklungsminister Dirk Niebel (beide FDP). Er betonte auf einer Konferenz der Unionsfraktion zu Afghanistan Fortschritte bei Bildung, Gesundheit und der Reintegration von **Flüchtlingen**. Die Nato will ihren Kampfeinsatz Ende 2014 beenden, bis Februar 2014 soll die Zahl der Bundeswehrsoldaten von 4400 auf 3300 verkleinert werden. Das Kabinett entscheidet voraussichtlich am Mittwoch über das neue Mandat, das dann im Bundestag beschlossen werden muss. Auf der Tagesordnung soll auch der Fortschrittsbericht zu Afghanistan stehen.

Syrien

Kampfflugzeug beschießt Dorf nahe türkischer Grenze

Ein Kampfflugzeug der syrischen Luftwaffe hat ein Dorf nahe der Grenze zur Türkei beschossen. Ziel war ein Schulgebäude im nordwestsyrischen Atme, in dem die gegen Präsident Baschar al-Assad kämpfenden Rebellen einen Stützpunkt unterhalten, wie die Nachrichtenagentur AFP berichtete. Das Gebäude wurde jedoch verfehlt, auch wurde niemand verletzt. Nach Angaben von Einwohnern wurde Atme von drei Bomben oder Raketen getroffen. Das Dorf liegt etwa zwei Kilometer von der türkischen Grenze entfernt. Normalerweise leben dort etwa

Ausland Kompakt Afghanistan : Bundesregierung bekräftigt Hilfe nach 2014 ++ Syrien: Kampfflugzeug beschießt Dorf nahe türkischer Grenze ++ Kongo: Gespannte Ruhe....

7000 Menschen, wegen des bewaffneten Konflikts in Syrien gibt es in der näheren Umgebung jedoch derzeit zahlreiche Flüchtlinge. Im Grenzgebiet hatte es zuletzt mehrfach Kämpfe gegeben. Auch auf türkischem Territorium schlugen Geschosse ein.

Kongo

Gespannte Ruhe in Krisenregion

Die kongolesische Regierung will nicht ohne einen Rückzug der Kämpfer aus der Großstadt Goma mit den M-23-Rebellen verhandeln. Ein Sprecher sagte in der Hauptstadt Kampala, es habe bislang noch keine direkten Verhandlungen gegeben. UN-Soldaten berichteten derweil von Aufständischen, die schwer bewaffnet durch das im Osten Kongos gelegene Goma patrouillierten. Die Regierung hatte den Rebellen am Samstag ein Ultimatum gestellt und ihnen bis Mitternacht am Montag Zeit gegeben, die Stadt zu verlassen. Diese wollten die Regierung von Präsident Joseph Kabila stürzen.

Nahost

Papst fordert Religionsfreiheit für Christen

Mit Blick auf die aktuelle Gewalt im Nahen Osten hat Papst Benedikt XVI. den Schutz der Religionsfreiheit eingefordert. Christen müssten auch dort ihren Glauben ohne Einschränkungen ausüben können, sagte das katholische Kirchenoberhaupt bei einer Audienz für sechs in den Kardinalsrang erhobene Kirchenführer in Rom. Am Samstag hatte er unter anderen das neue Oberhaupt der mit Rom unierten Maroniten, Boutros Rai, zum Kardinal ernannt. Durch die Erhebung des maronitischen Patriarchen von Antiochien habe er die Präsenz der Christen in der Region des Libanon stärken wollen, erklärte Benedikt. Rund 20 Prozent der Libanesen gehören der maronitischen Kirche an. Weitere 20 Prozent sind Teil orthodoxer und anderer christlicher Minderheiten.

Palästinenser

Hamas unterstützt Initiative von Präsident Abbas bei UN

Der Exilchef der radikal-islamischen Hamas, Khaled Maschaal, unterstützt überraschend den palästinensischen Antrag auf Aufwertung zu einem Nichtmitgliedsstaat bei den Vereinten Nationen. Das Büro von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas teilte mit, Maschaal habe Abbas telefonisch seine Unterstützung zugesichert. Bisher hatte die Hamas das Vorhaben klar abgelehnt, weil es implizit auch eine Anerkennung des Staates Israel bedeute. Abbas, der am Montag in die USA reiste, will den Antrag am Donnerstag stellen.

Norwegen

Polizei entschuldigt sich für Deportation von Juden

Sieben Jahrzehnte nach der Deportation Hunderter norwegischer Juden in NS-Konzentrationslager hat sich Landespolizeichef Odd Reidar Humlegaard bei den Opfern und ihren Familien entschuldigt. Am 26. November 1942 waren 532 Juden mit dem Frachtschiff „SS Donau“ deportiert worden. Die norwegische Polizei spielte dabei eine zentrale Rolle. Insgesamt wurden während des Zweiten Weltkriegs 772 in Norwegen lebende Juden festgenommen. Nur 34 von ihnen überlebten. Anfang des Jahres hatte sich bereits Regierungschef Jens Stoltenberg deswegen entschuldigt. Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Norwegen begrüßten die Entschuldigung, auch wenn diese spät komme.

Load-Date: January 26, 2013